Transit

EUROPÄISCHE REVUE

Europäische Gedächtnispolitik

Heidemarie Uhl Schuldgedächtnis und Erinnerungsbegehren

Burkhard Olschowsky Erinnerungslandschaft mit Brüchen

Aleksander Smolar Geschichtspolitik in Polen

Dirk Rupnow Transformationen des Holocaust

Timothy Snyder Der vergessene Holocaust

Alexander J. Motyl Warum ist die KGB-Bar möglich?

Vera Koubová GedächtnisGesichte. Photographien

Mai 1968 – Ost/West

Jacques Rupnik Zweierlei Frühling: Paris und Prag 1968

Rudi Dutschke Das Missverständnis von 1968 (Interview)

Aleksander Smolar 1968 – Zwischen März und Mai

Mykola Riabchuk Wie ich zum Tschechen und Slowaken wurde

Russland

Ivan Krastev Auf Konfrontationskurs mit dem Westen

Henrike Schmidt Virtual Vova und Präsident Medved

verlag neue kritik **35**

Transit wird herausgegeben am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien und erscheint im Verlag Neue Kritik, Frankfurt am Main

Herausgeber: Krzysztof Michalski (Wien/Boston)

Redaktion: Klaus Nellen (Wien)

Redaktionsassistenz: Nora Landkammer

Redaktionskomitee: Jan Blonski (Krakau), Peter Demetz (New Haven), Timothy Garton Ash (Oxford), Jacqueline Hénard (Paris), Tony Judt (New York), Cornelia Klinger (Wien), Janos Matyas Kovacs (Budapest/Wien), Claus Leggewie (Gießen), Jacques Rupnik (Paris), Aleksander Smolar (Warschau/Paris), Josef Wais (Wien, Photographie)

Beirat: Lord Dahrendorf (London), Bronislaw Geremek (Warschau), Elemer Hankiss (Budapest), Petr Pithart (Prag), Fritz Stern (New York)

Redaktionsanschrift: Transit, Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Spittelauer Lände 3, A-1090 Wien, Telefon (+431) 31358-0, Fax (+431) 31358-30
E-mail: transit@iwm.at / Web site: www.iwm.at

Verlagsanschrift: Verlag Neue Kritik, Kettenhofweg 53, D-60325 Frankfurt/Main, Telefon (069) 72 75 76, Fax (069) 72 65 85, E-mail: verlag@neuekritik.de

Das vorliegende Heft erscheint mit freundlicher Unterstützung durch das Bundeskanzleramt, Republik Österreich. Wir danken auch der Kunstsektion des Bundeskanzleramts, die den photographischen Beitrag in diesem Heft gefördert hat.

© IWM 2023. This work is licensed under CC BY-NC-ND 4.0.

ISSN 0938-2062 / ISBN 978-3-8015-0634-6

Transit ist Partner von *Eurozine – the netmagazine* (www.eurozine.com), einem Zusammenschluss europäischer Kulturzeitschriften im Internet, sowie von *La République des Idées* (www.repid.com). Transit is regularly listed in the *International Current Awareness Services*. Selected material is indexed in the International Bibliography of the Social Sciences.

Textnachweis: Der Beitrag von Ivan Krastev erschien zuerst unter dem Titel »The Crisis of the Post-Cold War European Order: What to do about Russia's newly found taste for confrontation with the West. A Report to the German Marshall Fund of the United States«, März 2008, www.gmfus.org/publications/index.cfm.

© 2008 für sämtliche Texte und deren Übersetzungen *Transit* / IWM.

Transit 35 (Sommer 2008)

Editorial 3

Europäische Gedächtnispolitik

Heidemarie Uhl
Schuldgedächtnis und Erinnerungsbegehren
Thesen zur europäischen Erinnerungskultur 6

Burkhard Olschowsky
Erinnerungslandschaft mit Brüchen
Das »Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität«
und die Traumata des alten Kontinents 23

Aleksander Smolar
Geschichtspolitik in Polen 50

Dirk Rupnow
Transformationen des Holocaust
Anmerkungen nach dem Beginn des 21. Jahrhunderts 68

Timothy Snyder
Der vergessene Holocaust 90

Eine Exekution in Mariupol
Brief von Samuil Aronovich Belous 98

Alexander J. Motyl
Warum ist die KGB-Bar möglich?
Binäre Moral und ihre Konsequenzen 104

Kommentar: Timothy Snyder 123

Věra Koubová
GedächtnisGesichte. Photographien nach Seite 128

Mai 1968 – Ost/West

Jacques Rupnik
Zweierlei Frühling: Paris und Prag 1968 129

Das Missverständnis von 1968
Interview mit Rudi Dutschke (1978) 138

Aleksander Smolar
1968 – Zwischen März und Mai 142

Mykola Riabchuk
Wie ich zum Tschechen und Slowaken wurde 155

Russland

Ivan Krastev
Die Krise der europäischen Ordnung und Russlands neuer Konfrontationskurs mit dem Westen 160

Henrike Schmidt
Virtual Vova und Präsident Medved
Kunst, Literatur und Politik im russischen Internet 175

Zu den Autorinnen und Autoren 194

Editorial

»Die Zukunft der europäischen Solidarität hängt von der Neubewertung und -erzählung der jüngeren Vergangenheit Europas ab«, schrieb Timothy Snyder vor einiger Zeit in dieser Zeitschrift.[1] Die Artikel im vorliegenden Heft wollen zu dieser Neubewertung und -erzählung beitragen.

Den ersten Teil leitet Heidemarie Uhl mit einer kritischen Reflexion über die europäische Erinnerungskultur ein. Burkhard Olschowsky kartographiert die Brüche in der Erinnerungslandschaft des alten Kontinents. Die Erweiterung der Europäischen Union hat die Brisanz der geteilten europäischen Erinnerung sichtbar gemacht. Auf diese Herausforderung versucht das »Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität« zu antworten. Es soll die traumatischen Erfahrungen auf beiden Seiten aufnehmen und die damit befassten Initiativen und Institutionen miteinander verbinden, um so eine übergreifende »dialogische Erinnerungskultur« zu fördern.

Der von der der Regierung Kaczyński praktizierte Umgang mit der Geschichte hat die Welt in Staunen versetzt. Aleksander Smolar zieht eine kritische Bilanz der Erinnerungspolitik in Polen seit 1989 und entwickelt Perspektiven für die Zukunft, auch im Hinblick auf ein europäisches Geschichtsbewusstsein. Er ermutigt die neuen Mitgliedsstaaten, die eigenen Erfahrungen, den eigenen Blick einzubringen in das Geschichtsbild des neuen Europa und so die historisch bedingte Fremdheit zwischen alten und neuen Mitgliedern überwinden zu helfen.

Dirk Rupnow diagnostiziert einen tiefgreifenden Wandel in der Erinnerung an den Holocaust. Diesem kommt heute eine zentrale Bedeutung für die Konstitution der europäischen Identität zu. »Zusammen mit dem Zweiten Weltkrieg ist ›Auschwitz‹ zum negativen Gründungsereignis Europas avanciert.« Der Holocaust hat mittlerweile den Status einer negativen politischen und kulturellen Norm erlangt. Seit 1989 gilt diese Norm auch in Osteuropa, wo die stalinistischen Verbrechen und die kommunistische Herrschaft mit dem Holocaust konkurrieren und ihre Opfer um politische Anerkennung kämpfen. Zugleich ist die Erinnerung

an den Holocaust bei uns in einer Weise rationalisiert und ritualisiert worden, die seinem Vergessen gleichkommt. Ein Korrektiv dagegen sind die zahlreichen Zeugnisse aus dem – in der westlichen Erinnerung nach wie vor unterbelichteten – Vernichtungskrieg im Osten. Solche Quellen, die noch etwas von der Schockhaftigkeit der damaligen Erfahrung vermitteln, versammelt das hier von Timothy Snyder vorgestellte *Unbekannte Schwarzbuch,* aus dem wir ein Zeugnis abdrucken.

Den ersten Teil schließt ein Essay von Alexander J. Motyl ab, in dem er der irritierenden Frage nachgeht, wie es, nach Terror und Gulag, möglich ist, mitten in New York eine KGB-Bar zu führen, die zu einem beliebten literarischen Treffpunkt geworden ist. Auch in Motyls Erklärungsmodell kommt dem Holocaust die Rolle einer universalen Norm zu – eine Argumentation, die Timothy Snyder in seinem Kommentar in Frage stellt.

Das Schlüsseljahr 1968 ist, wenn man so will, ein wahrhaft gesamteuropäischer *lieu de mémoire*, insofern es Ereignisse umschließt, die die Ost-West-Teilung unterlaufen. Zugleich illustriert »'68« die damaligen Fehlwahrnehmungen und Missverständnisse zwischen West und Ost, und in den Erinnerungen von heute stellt das Jahr sich, gleich wo, als zutiefst widersprüchlich dar.

Jacques Rupnik zitiert Milan Kundera, der 1978 im Rückblick schrieb: »Der Pariser Mai war ein Ausbruch des revolutionären Lyrismus. Der Prager Frühling war der Ausbruch des post-revolutionären Skeptizismus. Daher blickte der Pariser Student voller Misstrauen (oder eher gleichgültig) nach Prag, während der Prager für die Pariser Illusionen, die er (zu Recht oder zu Unrecht) für diskreditiert, komisch und gefährlich hielt, nur ein müdes Lächeln übrig hatte (...).« Das im selben Jahr geführte Interview mit Rudi Dutschke bestätigt diese Diagnose aus der Perspektive eines westlichen 68er.

Und heute? In den obsessiven Debatten des Gedenkjahrs 2008 wurde in Frankreich, aber auch in Deutschland, ein neuer, zweideutiger Gründungsmythos für die postmodernen westlichen Gesellschaften sichtbar: Für die einen ist '68 die Quelle aller Gebrechen und Laster unserer Zeit, für die anderen das Geburtsjahr einer neuen, emanzipierten politischen Kultur – wobei das 68er-Pantheon genügend Helden und Schurken für beide Überzeugungen anbietet, manchmal in Gestalt ein und derselben Person.

Auch der Prager Frühling und sein Scheitern hat ein doppeldeutiges Erbe: den ›klinischen Tod des Marxismus in Europa‹ (Leszek Kolakowski) und die um 20 Jahre verspätete Perestroika Gorbatschows, aber auch die auf den Westen ausstrahlende Renaissance der Zivilgesellschaft in Ostmitteleuropa.

In Polen reiht sich das 2008 offiziell begangene Gedenken an die Proteste gegen das kommunistische Regime im März 1968 ein in die Anstrengungen zu einer Neuformierung der nationalen Identität. Warum die Erinnerung an die März-Ereignisse zugleich eben diese Identität untergräbt und gekennzeichnet ist von einer Mischung aus Irritation, Gewissensbissen und Widerwillen, versucht Aleksander Smolar zu erklären. Er sieht den März (und die Folgen – die Vertreibung vor allem der jüdischen Intelligenz) im Kontext eines »virtuellen polnisch-jüdischen Bürgerkriegs«, ausgelöst durch die Kontroverse um Jedwabne, die »ein Fragezeichen (setzt) hinter das in der Romantik verwurzelte kanonische Polenbild: Polen, der Christus der Völker, das leidende, heroische Polen, das stets auf der Seite des Guten ist und für Freiheit und Würde streitet«.

Mykola Riabchuk schließlich erinnert sich an das ferne, aber nachhaltige Echo des Prager Frühlings in der Ukraine.

Das Heft beschließen zwei Beiträge über Russland. Ivan Krastev fordert, die brüchig gewordene europäische Ordnung neu zu begründen und Russland in diesen Prozess einzubeziehen. Es gehe darum, die gegenwärtig eskalierende Konfrontation zwischen der erweiterten Europäischen Union und dem wiederaufstrebenden postimperiale Russland zu zähmen, ohne die Werte der EU zu opfern. Nachdem Martin Hala im letzten Heft untersucht hat, wie Bürger in China versuchen, sich das Internet von unten als Raum freier Meinungsäußerung anzueignen, demonstriert Henrike Schmidt, wie in Russland die neuen Technologien nicht weniger kreativ von oben zur Imagebildung des Präsidenten eingesetzt werden.

Wien, im Juni 2008

1 »Vereintes Europa – geteilte Geschichte«, in: *Transit* 28 (Winter 2004/2005), S. 171. Vgl. dazu auch den Schwerpunkt *Europäische Geschichten. Auf dem Weg zur Meistererzählung?*, in: *Eurozine*, www.eurozine.com/articles/2005-05-03-eurozine-de.html.

Heidemarie Uhl

SCHULDGEDÄCHTNIS UND ERINNERUNGSBEGEHREN

Thesen zur europäischen Erinnerungskultur

Paradoxien: das Verschwinden der Erinnerung im Gedenken

Der Historiker Tony Judt beschließt seine monumentale *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*[1]mit einem Appell, das europäische Erinnerungsprojekt an die Barbarei des Holocaust vor dem Vergessen zu bewahren: »Wenn wir uns in kommenden Jahren erinnern möchten, warum es so wichtig war, ein bestimmtes Europa aus den Krematorien von Auschwitz zu bauen, kann uns nur die Geschichte helfen. (...) wenn Europas Vergangenheit seiner Gegenwart auch weiterhin als Mahnung und moralische Zielvorgabe dienen soll, muss sie jeder Generation erneut vermittelt werden.«[2]

Bereits 2001 hatten Natan Sznaider und Daniel Levy das Gedenken an den Holocaust emphatisch als den kosmopolitischen Erinnerungsort des »globalen Zeitalters« beschrieben: als universalisierbaren, nicht mehr allein auf den »nationalen Container« begrenzten historischen Bezugspunkt für zivilgesellschaftliche Werte und die Berufung auf universale Menschen- und Bürgerrechte.[3] Dass die Parole »Nie wieder Auschwitz« zum Credo humanitärer und militärischer Interventionen im Kampf gegen Völkermord und Genozid wurde, zeigt die Wirkungsmächtigkeit ebenso wie die Globalisierungsfähigkeit dieses Gedächtnisortes, der symbolisch auch im Herzen der Vereinten Nationen verankert wurde: Im Januar 2008 wurde im Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York die Ausstellung *The Holocaust and the United Nations* eröffnet.[4]

Umso überraschender ist Natan Sznaiders kürzlich veröffentlichter Befund über den »Gedächtnisraum Europa«: »jüdische Stimmen« würden nicht wahrgenommen, das jüdische Gedächtnis sei »ausgelöscht«. »Das jüdische Gedächtnis ist aus dem europäischen Diskurs verschwun-

den. Und das trotz aller Rituale und Gedenktage! Oder vielleicht auch deswegen.«[5]

Diese These ist ein neues Argument in der Debatte um die »Aporien des Gedenkens«.[6] Die moralisch aufgeladene Gegenüberstellung von Erinnerung und Amnesie, das Vertrauen in die kathartische Wirkung des Erinnerns an eine »verdrängte« Vergangenheit hat allerdings bereits seit längerem Risse bekommen, und es ist gerade die von Sznaider angesprochene Paradoxie des Verschwindens von Erinnerung durch das Gedenken, die dazu den Anstoß gab.

Denn der Gedächtnisraum Europa ist mittlerweile durchdrungen von Zeichen der Erinnerung an den Holocaust – zugleich stellen aber die seit den 1980er Jahren errichteten Denkmäler, die neuen Museen und Gedenktage die Schlusssteine des jeweils im nationalen Rahmen ausgetragenen Kampfs um die Durchsetzung einer neuen Erinnerungskultur dar.[7] Und dieses Gedenken kann sich offenkundig der Logik des kulturellen Gedächtnisses nicht entziehen: Durch ihre materielle Präsenz wird die Erinnerung an den »Zivilisationsbruch Auschwitz« (Dan Diner) »normalisiert«, zum Bestandteil eines seit dem 19. Jahrhundert geläufigen Formenrepertoires historischer Identitätsstiftung im öffentlichen Raum.

Die Hoffnung auf neue Denkmals-Formen, von denen eine nachhaltige Irritation ausgehen könnte und die »die tiefste Wunde der westlichen Zivilisation« [8] offen zu halten vermögen, hat sich nicht erfüllt. Das Scheitern dieser Erwartungen geht bereits aus der alltäglichen Selbstverständlichkeit hervor, mit der diese Zeichen im öffentlichen Raum präsent sind. Offenkundig wirkt eher die Leerstelle, das Fehlen eines Erinnerungssymbols als »Messer in der Wunde« (Jochen Gertz).[9] Die realisierten Denkmäler hingegen fügen sich harmonisch in das Weichbild der Metropolen ein, werden zu Tourismus-Attraktionen,[10] zu einem »Ort, an den man gerne geht«.[11] Es sind tröstliche Orte, denn sie symbolisieren die Möglichkeit der »Überwindung der Verbrechen im Gedenken an deren Opfer«.[12] Nicht zuletzt erinnert ein Denkmal an den geschichtspolitischen Erfolg seiner Durchsetzung und wird so zum Symbol für die Erinnerungsfähigkeit eines Kollektivs an seine schuldhaften Verstrickungen – ein Ort, auf den man stolz sein kann.

Nur selten werden diese Gefühlswerte durchbrochen. Der »Audioweg Gusen« des österreichischen Künstlers Christoph Mayer schafft durch das Begehen der nicht mehr vorhandenen, durch Wohnhäuser über-

bauten Topographie des KZ Gusen eine soziale Versuchsanordnung, die Wohlfühlen im Gedenken nicht zulässt. Eine sanfte, weibliche Stimme führt den Besucher durch die Dorfstraßen, fordert ihn auf, einen Blick auf ein bestimmtes Haus zu werfen, die Stimme einer Zeitzeugin berichtet von den Grausamkeiten, die hier, an genau dieser Stelle, begangen worden waren. Der fremde Besucher, mit einem Kopfhörer versehen, Häuser und Landschaften mit den Augen von Opfern, Tätern und Zuschauern betrachtend, erzeugt eine Situation, die außerhalb der Regeln der *face to face*-Kommunikation in einem Dorf steht. Man ist sich der zugewiesenen Rolle als Störfaktor ständig peinvoll bewusst – hier atmet man auf, wenn man den Ort des Gedenkens verlässt. Aber auch diese Irritation ist womöglich nur temporär erfahrbar, die verstörende Wirkung auf beiden Seiten – bei den BesucherInnen wie bei den OrtsbewohnerInnen – kann verblassen oder durch neue Rituale an Spannung verlieren.[13]

Als »soziales Vergessen« beschreibt Elena Esposito das Paradox des Verschwindens von Erinnerung im Gedenken: »Die beste Art, Erinnerung auszulöschen, besteht nicht im Löschen von Informationen (dies ist ja auch nicht möglich), sondern in der Produktion eines Überschusses an Information – nicht durch die Erzeugung einer Abwesenheit, sondern in der Vervielfältigung der Präsenzen. Das Vergessen wird nicht durch eine Hemmung, sondern geradezu durch die Förderung des Gedächtnisses durchgesetzt.«[14] Konkret bezogen auf das Holocaust-Gedenken vermutete James E. Young bereits in einem 1992 publizierten Aufsatz, dass Denkmäler Instanzen des Vergessens sind, die dem Betrachter die »Last der Erinnerung« abnehmen sollen: »Mag sein, daß der Impuls, Ereignisse wie den Holocaust zu monumentalisieren, im Grunde dem gegensätzlichen und gleichermaßen starken Wunsch entspricht, sie zu vergessen.«[15]

Post-mémoire: Gedächtnis jenseits von Erinnerungskultur und Geschichtspolitik

Erinnerungsboom und Vergessensangst sind signifikant für das Bedürfnis nach Bezugspunkten in der Vergangenheit, von dem die Gesellschaften der Spätmoderne durchdrungen sind und der in den Formaten einer neuen Erinnerungskultur zum Ausdruck gebracht wird. Insofern kann das Konzept des kulturellen Gedächtnisses auch als eine Theorie sozialen Handelns gelesen werden: Im agonalen Handlungsfeld Gedächtnis be-

ziehen sich die Konflikte nicht allein auf die Ebene der Deutungen und Interpretationen, also auf die Diskurse über die Vergangenheit, sondern vor allem auch auf die materiellen Repräsentationen. Denn gerade auf der Ebene der Institutionalisierung von Gedächtnis kommen die gesellschaftlichen Machtverhältnisse ins Spiel: Es geht nicht allein darum, eine neue Haltung zur Vergangenheit einzunehmen, sondern diese auch sichtbar im öffentlichen Raum zu manifestieren und damit ihre gesellschaftliche Relevanz zu demonstrieren. Insofern sind Denkmäler auch Siegeszeichen im Kampf um die Erinnerung: welcher Gruppe gelingt es, sich in welcher Form in den öffentlichen Raum einzuschreiben, welche Position nimmt ein Erinnerungszeichen in den Hierarchien eines Gedächtnisraumes ein?

Erinnerungskultur und Geschichtspolitik sind mithin jene Kategorien, die das Feld der Praktiken des Gedenkens strukturieren, darauf richtet sich auch der analytische Blick der mittlerweile etablierten kulturwissenschaftlichen Gedächtnisforschung. Das Gedächtnis einer Gesellschaft erscheint dabei als »Arena«[16], die von der Logik des Ausverhandelns divergierender Standpunkte bestimmt ist. Diese permanenten Verhandlungen können in Phasen verdichteter Kommunikation über die Vergangenheit durchaus die Form leidenschaftlich ausgetragener gesellschaftlicher Grundsatzdebatten annehmen. Gedächtnis wird dabei als Handlungsfeld verstanden, das von rational-funktionalen Logiken und Strategien bestimmt ist, als planbar und kontrollierbar konzipiert. Selbst unvorhergesehene Skandale und Interventionen – etwa Kurt Waldheims Bekenntnis zur »Pflichterfüllung« in der Wehrmacht, der Auslöser für die Implosion des österreichischen Nachkriegsmythos vom »ersten Opfer« – werden als letztlich notwendiger Anstoß zur Veränderung von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur gesehen – Waldheim gilt heute als »Aufklärer wider Willen«.

Die folgenden Überlegungen gehen demgegenüber von der These aus, dass die Relevanz, die Gedächtnis im ausgehenden 20. Jahrhundert gewonnen hat, mit den Kategorien Geschichtspolitik und Erinnerungskultur nicht hinreichend zu erklären ist. Jenseits dieser Oberflächen-Phänomene stellt sich die Frage, warum am Ende des 20. Jahrhunderts eine bestimmte, neue Form von Gedächtnis – gerichtet auf die »guilt of nations«[17], auf »politics of regret«[18], das »negative Gedenken« an die historische Schuld einer Nation – zu einem zentralen Bezugspunkt gesellschaftlicher Imagination, kollektiver Emotionalisierung und »moralischer Empfindsam-

keit« (Sighard Neckel) wurde. Welche Sehnsüchte, welches Erinnerungsbegehren liegen diesem Schuldgedächtnis zugrunde? Wie lassen sich die Zusammenhänge zwischen den Erinnerungsbedürfnissen jener Generation, die nunmehr die Deutungsmacht über die Vergangenheit innehat, und dem Gedenken an den Holocaust als einem zentralen Bezugspunkt historischer Sinnstiftung in den ehemaligen »Tätergesellschaften« beschreiben? Anzumerken ist dabei, dass naturgemäß der hier eingenommene Beobachterinnenstandpunkt mit zu reflektieren wäre: Auch die Zeitgeschichtsforschung ist von den gesellschaftlichen und epistemologischen Rahmenbedingungen ihrer jeweiligen generationsspezifischen Erfahrung geprägt – gerade für die ZeithistorikerInnen der 68er Generation und ihre SchülerInnen ist das Engagement in geschichtspolitischen Konflikten und erinnerungskulturellen Projekten Teil ihres Selbstverständnisses als AkteurInnen historisch-politischer Aufklärung. Ein Engagement, das vor dem Hintergrund familiärer Prägungen zu sehen ist – ein Großteil der ZeithistorikerInnen dieser Generation kam aus einem nationalsozialistischen Elternhaus.

Gedächtnis scheint aber nunmehr in die Phase des *post-mémoire* eingetreten zu sein: Die symbolischen Schlachten um die Erinnerung sind in vielen europäischen Ländern geschlagen, die Verfechter der Nachkriegsmythen haben an Einfluss verloren, mit dem Verblassen des Gegenstandpunktes haben die Konflikte an Streitwert eingebüßt. Die Abkühlung der geschichtspolitischen Leidenschaften, das *fading out* der emotionalen Aufladung, von der die »Kriege um die Erinnerung«[19] gespeist waren, eröffnet die Möglichkeit eines analytischen Blicks auf das, was auf das Zerbrechen der Nachkriegsmythen, das Neuverhandeln der historischen Identität, das »Aufarbeiten« einer belasteten Vergangenheit gefolgt ist: auf das Schuldgedächtnis als transnationale Signatur der Erinnerungskulturen in Europa.

Von den Opfer-Mythen zum Schuldgedächtnis – Transformationen europäischer Erinnerungskultur

Die Erosion der Opfermythen des Nachkriegs-Gedächtnisses lässt sich auch am Beispiel Österreichs verdeutlichen, obwohl – oder gerade weil – das Land seit der Waldheim-Debatte 1986 und dem politischen Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider als paradigmatisches Fallbeispiel für die Verdrängung historischer Schuld gilt. Vor allem die Bildung einer

Koalitionsregierung mit der Haider-FPÖ im Februar 2000 wurde auf europäischer Ebene als Tabubruch empfunden, in Österreich selbst stießen die symbolischen »Sanktionen« der EU-Staaten allerdings weitgehend auf Unverständnis. Dennoch wurde in diesem Konfliktszenario klar, dass die Haltung zum Nationalsozialismus zu den Kernelementen eines europäischen Wertekonsenses zählt. Das offizielle Österreich reagierte entsprechend: Auf Betreiben von Bundespräsident Thomas Klestil wurde die Regierungserklärung der ÖVP-FPÖ Koalition mit einer Präambel versehen, die zum Umgang mit der NS-Vergangenheit eine klare Position bezieht: »Österreich stellt sich seiner Verantwortung aus der verhängnisvollen Geschichte des 20. Jahrhunderts und den ungeheuerlichen Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes: Unser Land nimmt die hellen und die dunklen Seiten seiner Vergangenheit und die Taten aller Österreicher, gute wie böse, als seine Verantwortung an. Nationalismus, Diktatur und Intoleranz brachten Krieg, Fremdenhass, Unfreiheit, Rassismus und Massenmord. Die Einmaligkeit und Unvergleichbarkeit des Verbrechens des Holocaust sind Mahnung zu ständiger Wachsamkeit gegen alle Formen von Diktatur und Totalitarismus.«[20] Dieser Passus drückt programmatisch jenen normativen Wertebezug auf den Nationalsozialismus als negativen historischen Bezugspunkt aus, von dem die gegenwärtige Haltung des offiziellen Österreich bestimmt ist.

Nicht nur in Deutschland und Österreich, den »Nachfolgestaaten« des Dritten Reiches[21], auch in den Ländern, die als Okkupations- oder Kollaborations-Regime Teil des nationalsozialistischen Macht- und Einflussbereichs waren, wurden die geschichtspolitischen Mythen der Nachkriegszeit seit den 80er Jahren brüchig. Die Darstellung der eigenen Nation als schuldloses Opfer eines brutalen Besatzungs-Regimes und die Narrative über den heroischen Widerstand des Volkes, die Projektion der Schuld an den NS-Verbrechen auf Deutschland waren den Bemühungen um gesellschaftliche Befriedung der politisch gespalteten Gesellschaften nach Kriegsende 1945 geschuldet. Der Widerstand gegen das NS-Regime wurde dabei im Rahmen nationaler und (partei-)politischer Sinnstiftung gedeutet und funktionalisiert. Von dieser Nachkriegs-Semantik ist das Gedenken an den Widerstand nach wie vor durchdrungen – seine Rhetorik und die Ästhetik seiner kulturellen Formen sind damit kaum noch anschlussfähig für gegenwärtige Erinnerungsbedürfnisse, die mit dem heroischen Pathos nationaler Sinnstiftung nur noch wenig anfangen können.

Nicht mehr der Stolz auf den Widerstand und das Beharren auf der Unschuld des Volkes bestimmt nunmehr das Interesse, sondern es ist gerade die schuldhafte Involvierung der eigenen Gesellschaft in die Strukturen der NS-Machtherrschaft, in die Verbrechen des NS-Regimes, insbesondere in den Holocaust, die zum historischen Bezugspunkt gegenwärtiger Erinnerungsbedürfnisse wird.

Zukünftige HistorikerInnen werden ihr Forschungsinteresse womöglich darauf richten, mit welcher Selbstverständlichkeit sich die Denkfigur Gedächtnis im Symbolhaushalt spätmoderner Gesellschaften verankert hat, über die rasche Akzeptanz, die dieses Paradigma gewonnen und die Intensität, mit der das Erinnerungsgebot der Postmoderne das gesellschaftlich Imaginäre[22] durchdrungen hat. Die Vorstellung, dass eine Gesellschaft nicht durch ihre Zukunftsentwürfe, sondern durch ihren Bezug zur Vergangenheit sichtbar macht, »was sie ist und worauf sie hinauswill«,[23] korrespondiert offenkundig mit der »Erschöpfung der utopischen Energien« (Jürgen Habermas) der Moderne.

Nach einer Phase der Entlegitimierung der Selbstvergewisserung aus der Geschichte durch das gegenwarts- und zukunftsorientierte Reformprojekt der 1960er und 1970er Jahre ist bereits am Beginn der 1980er Jahre ein neues Interesse für Sinnstiftung aus der Vergangenheit zu beobachten. Dem Bedürfnis nach Verankerung in einem positiven Traditionszusammenhang entspringen großangelegte historische Ausstellungsprojekte wie die Wittelsbacher-Ausstellung (München 1980), die Preußen-Ausstellung (Berlin 1981), »Traum und Wirklichkeit. Wien um 1900« (1985). Während diese Ausstellungen ein hohes Besucherinteresse und eine überwältigende Resonanz in den Medien erfuhren, stieß die von der Regierung Kohl in Angriff genommene Gründung eines deutschen Geschichtsmuseums in Berlin auf vehemente Kritik: Das Projekt galt als Versuch, ein konservatives Geschichtsbild als universale Erzählung der Nation festzuschreiben. Ausstellungen über die Arbeiterkultur der Zwischenkriegszeit in Wien (»Mit uns zieht die neue Zeit«, Wien 1981) und den Februaraufstand 1934 (»Die Kälte des Februar«, Wien 1984) zeigen allerdings, dass sich das Interesse an der »eigenen« Geschichte nicht auf ein konservatives Traditionsverständnis reduzieren lässt. Und Grassroot-Initiativen wie die links-alternativen Berliner Geschichtswerkstätten mit ihrer Suche nach revolutionären Traditionen in der Arbeiterbewegung und im antifaschistischen Widerstand oder die Aneignung von Alltags- und Lokal-

geschichte in Projekten wie »Grabe, wo du stehst« – von der österreichischen Sozialdemokratie anlässlich des 100-jährigen Jubiläums 1988/89 aufgegriffen – beleuchten die Breite des Spektrums, in dem Vergangenheitsbezug als Ressource für gegenwärtige Identitätsstiftung fruchtbar gemacht werden konnte. Gemeinsam ist diesen Projekten die Suche nach positiv besetzten historischen Bezugspunkten – dies konnte »Wien um 1900« als neue Ikone urban-großstädtischer Identität ebenso sein wie die »Wiederentdeckung« des Roten Wedding.

Mitte der 80er Jahre machen sich jedoch neue Ansätze in den gesellschaftlichen Erinnernskulturen bemerkbar. So können in der Initiative zur Markierung der »Topographie des Terrors« in unmittelbarer Nähe zur Ausstellung zum Berliner Stadtjubiläum 1987 im Martin Gropius-Bau jene Intentionen beobachtet werden, für die Volkhard Knigge, Leiter der Gedenkstätte Buchenwald, den Begriff des »negativen Gedenkens« geprägt hat: die Erinnerung an das, was »wir« anderen angetan haben, und nicht – wie in der nationalen Gedächtnispolitik üblich – an das, was andere »uns« angetan haben, die »öffentliche Erinnerung an begangene, nicht an erlittene Untaten«.[24]

Im Zentrum dieses negativen Gedächtnisses steht die Frage der Schuld – aber nicht mehr verhandelt mit dem Ziel, das eigenen Kollektiv als unschuldig darzustellen und die Schuld auf andere zu projizieren, sondern als Übernahme der Verantwortung für die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die im Namen eines Kollektivs begangen wurden.

Die neue Schuldfrage – Entpolitisierung und Anthropologisierung von Schuld

Das negative Gedenken ist, wie Norbert Frei und Volkhard Knigge in der Einleitung des Bandes »Verbrechen erinnern« erklären, etwas »historisch Neues« in der Erinnerungskultur.[25] Allerdings: Nicht die Frage der Schuld ist neu, sondern sie erfährt eine neue Rahmung, neue Bedeutungszuschreibungen, die mit dem politisch Imaginären der Gegenwartsgesellschaften kompatibel sind.

Das österreichische Beispiel kann diese Transformation der Schuldfrage verdeutlichen: Das Gedenken an den »Anschluss« vom März 1938 war in den Nachkriegsjahrzehnten immer auch mit der Frage verbunden, wer Schuld am Untergang des österreichischen Staates trägt, d.h. welches der

großen politischen Lager ein höheres Maß an Schuld für die Preisgabe Österreichs an die NS-Machthaber hat. Mit der Formel von der geteilten Schuld der christlich-konservativen ÖVP und der sozialdemokratischen SPÖ wurde eine Konsens-Antwort formuliert, welche den historischen Kompromiss und gewissermaßen die austarierte geschichtspolitische Basis der Koalitionsregierungen beider Parteien bildete. Dieser Konsens wurde allerdings durch die 68er Generation – insbesondere auch durch VertreterInnen der jungen österreichischen Zeitgeschichte – aufgekündigt: Die Ausschaltung des Parlaments und die Etablierung der »austrofaschistischen« Ständestaat-Diktatur durch die christlich-soziale Partei im März 1933 und die Niederschlagung des sozialdemokratischen Aufstandes im Februar 1934 galten nun als der erste, entscheidende Schritt für den Untergang Österreichs im März 1938. Diese Sichtweise war naturgemäß kompatibel mit den Sinnstiftungsbedürfnissen des sozialdemokratischen Lagers. Die ÖVP konnte sich allerdings nicht zu einer klaren Abgrenzung zur Ständestaat-Diktatur durchringen und brachte demgegenüber die Ermordung des »Märtyrerkanzlers« Engelbert Dollfuß im Juli 1934 bei einem Putschversuch der Nationalsozialisten in Anschlag.

Aber auch in der BRD wurde die Frage der Verantwortung für die Machtergreifung der NSDAP in Deutschland im Jahr 1933 bis in die 1980er Jahre vornehmlich als Versagen der politischen Kräfte diskutiert, Hitlers Weg zur Macht zu verhindern.

Bis zum Paradigmenwechsel in den 80er Jahren richtete sich die Frage nach Schuld, Verantwortung und Versagen somit auf die Dimension des Politischen, vor allem auf die Parteien als Instanzen demokratischer Machtausübung. Entsprechend den unterschiedlichen Logiken universalstaatlicher und partikular-gruppenbezogener Sinnstiftung standen auf der Ebene der nationalen Wir-Gemeinschaft die Narrative von Ausgleich und Konsens im Vordergrund, während auf der Ebene der Geschichtspolitik der Parteien die positive Selbstdarstellung der eigenen Vergangenheit und die Schuldzuschreibung an den politischen Gegner im Vordergrund stand.

Die Nation selbst wurde dabei zwar als unschuldiges Opfer imaginiert, welches politische Lager sie den deutschen Okkupanten ausgeliefert oder zumindest ihren Untergang nicht verhindert hatte, war Gegenstand einer gerade zu den »runden« Jahrestagen immer wieder geführten Schuld-Debatte, die sich auf die Vorgeschichte der Machtergreifung bzw. auf die Ok-

kupation eines Landes bezog.26 Mit der Etablierung des diktatorischen Regimes waren die Parteien als politische Akteure nicht mehr existent bzw. nicht handlungsfähig. Die historische Bezugnahme richtete sich nun auf den Widerstand – den Mythos vom heroischen Freiheitskampf des eigenen Volkes gegen die fremden Machthaber –, wobei sich ebenfalls universale Konsensformeln und partikulare Konkurrenz-Narrative überlagern: Während in der Gedenk-Rhetorik der Nation der heroische Opfermut des »Volkes« gewürdigt wird, geht es auf parteipolitischer Ebene darum, den eigenen Anteil am Widerstand hervorzuheben und jenen der anderen Parteien zu relativieren oder in Abrede zu stellen.

Das negative Gedenken stellt nun die Schuldfrage neu – nicht mehr primär an Staat und Politik, sondern an die Gesellschaft, also an jene Strukturen, die das »Zustandekommen und Funktionieren des Nationalsozialismus«27 und insbesondere den Holocaust ermöglicht haben. Der österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky hat dies mit seinem Bekenntnis zur »Mitverantwortung für das Leid, das zwar nicht Österreich als Staat, wohl aber Bürger dieses Landes über andere Menschen und Völker gebracht haben«, zum Ausdruck gebracht.28

Die neue Schuldfrage adressiert aber nicht allein das Abstraktum Gesellschaft: das »Wir«, das hier angesprochen wird, richtet sich in einem anthropologischen Sinn an das Individuum selbst, allerdings nicht primär als Angehörige/r einer Nation, einer Partei, einer sozialen Schicht bzw. Klasse gedacht, sondern als handlungsfähiges menschliches Wesen. Rex Bloomstein hat dies bei einer Einführung zu seinem Film »KZ« über die Gedenkstätte und den Ort Mauthausen zum Ausdruck gebracht: »This is a film about us – about you and about me«.[29] Es ist dieses »Wir« in einem humanistischen Sinn, das die neue moralisch-ethische Bedeutung des Schuld-Gedächtnis umschreibt: Das Erinnerungsgebot an das, was »wir« den »anderen« angetan haben, stellt an jeden von uns die Frage nach dem eigenen Verhalten, nach einer imaginierten potentiellen Täterschaft eines jeden, der nicht von vorneherein, durch die rassistischen Kategorien des NS-Staates, als Opfer definiert war und damit keinen Handlungsspielraum hatte.

Das Neue am Schuldgedächtnis ist die Entpolitisierung und Anthropologisierung der Kategorie Schuld. Damit verbinden sich auch neue Imaginationen über die Gesellschaft, die jenseits von nationalen, politisch-ideologischen und sozialen Kategorien angesiedelt sind, also jenseits von

jenen Denkfiguren der Moderne, die das historisch Imaginäre der Nachkriegsmythen bestimmen.

Täter und Opfer – der Blick auf die nationalsozialistische Gesellschaft

Die Entwicklung des europäischen Gedächtnisses lässt sich – mit der Terminologie des Soziologen M. Rainer Lepsius – als Kampf um die Durchsetzung der Internalisierung des Nationalsozialismus als normativem Bezugspunkt der politischen Kultur beschreiben. Diese Auseinandersetzungen verliefen jeweils im nationalen Rahmen, allerdings mit hoher Aufmerksamkeit des europäischen Auslandes – die Debatten um die Schuldgeschichte einer Nation zählen nicht nur im Fall von Österreich zu den Leitthemen einer transnationalen europäischen Medienkommunikation.[30]

Im Verlauf dieser Debatten und durch die von ihnen angestoßenen wissenschaftlichen und erinnerungskulturellen Initiativen haben sich in jedem Land spezifische Bezugspunkte und visuelle Ikonen des nationalen Schuldgedächtnisses herauskristallisiert. In Österreich wurden beispielsweise die Bilder des »Anschluss«-Pogroms zu Symbolen für die Mitverantwortung der österreichischen Gesellschaft an der Radikalisierung der rassistisch-antisemitischen NS-Politik. Diese Bilder waren im Bildgedächtnis bereits präsent, sie wurden nun allerdings mit einem neuen interpretativen Rahmen versehen: Unter dem Vorzeichen der Opferthese bezeugten die fotografischen Dokumente der pogromartigen Ausschreitungen in Wien im März 1938 die Exzesse der antisemitischen Verfolgungspolitik der Nationalsozialisten. Aus der Perspektive des Schuldgedächtnisses waren die Täter – Männer, die Juden öffentlich demütigten und zum Beschmieren jüdischer Geschäfte mit antisemitischen Parolen zwangen – Repräsentanten der österreichischen, »unserer« Gesellschaft. Was nun zu sehen war, war der österreichische Beitrag zum Holocaust.

Die neuen Rahmungen durch das Schuldgedächtnis verleihen visuellen und materiellen Zeugnissen eine Bedeutungszuschreibung als Symbole der Verwerfungen »unserer« Geschichte – und nicht mehr der Untaten der Nazi-Barbarei: Die »Judenkartei«, eine von der Vichy-Administration, vornehmlich der Polizeipräfektur angelegte Kartei zur Erfassung der jüdischen Bevölkerung bzw. von nach Frankreich geflüchteten Juden, ist nun eines der zentralen Objekte der Ausstellung im Mémorial de la Shoah in Paris, das 2005 eröffnet wurde. Die Karteikarten werden in der Krypta

des Mémorial gezeigt, in unmittelbarer Nähe zur 1953 errichteten Gedenkstätte für den unbekannten jüdischen Märtyrer (»Tombeau du martyr juif inconnu«), sie legen Zeugnis ab für die Involvierung der französischen Behörden in die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung und sind Angelpunkt des pädagogischen Programms für Beamte und Polizeischüler.[31]

Die Ikonen und Narrative des nationalen Schuldgedächtnisses sind naturgemäß national gerahmt – was zur Debatte steht, ist ja die Involvierung der eigenen Gesellschaft in das NS-System. Was die unterschiedlichen nationalen Varianten des europäischen Schuldgedächtnisses tendenziell gemeinsam haben, sind die mit ihnen verbundenen Vorstellungen über die Gesellschaft im Nationalsozialismus. Das Konzept von Gesellschaft, das den Nachkriegsmythen zugrunde lag, war vom Dispositiv der Moderne geprägt: Gesellschaft – thematisiert in der Darstellung des Widerstandes gegen das NS-Regime – erscheint darin politisch-ideologisch und sozial bzw. klassenspezifisch differenziert. Um wiederum ein österreichisches Fallbeispiel anzuführen: In den Publikationsreihen zu »Widerstand und Verfolgung«, die seit den 70er Jahren vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes herausgegeben werden, wird Widerstand primär nach politisch-ideologischen Kategorien strukturiert – »Die Arbeiterbewegung«, » Sozialisten«, »Kommunisten«, »Widerstand in den Betrieben«, »Das katholisch-konservative Lager« usw.[32]

In einer post-ideologischen Gesellschaft vermögen politische Überzeugungen offenkundig nicht mehr in diesem Maß zu berühren. Die Kategorie der Betroffenheit, der emphatischen Einfühlung bezieht sich weniger auf den Widerstand als auf die »unschuldigen« Opfer rassistischer Verfolgung, denen keine Wahlmöglichkeit in ihrem Verhalten zum NS-Regime gdie wegen der Herstellung von Flugblättern in das Visier der NS-Schergen geriet, eignet sich weniger als historischer Bezugspunkt gegenwärtiger Erinnerungsbedürfnisse als die beiden Ostarbeiterinnen, die wegen Milchdiebstahls kurz vor Kriegsende in Linz standrechtlich erhängt wurden.[33]

Parallel zum Verblassen des historisch Imaginären der Moderne, der Denkfigur einer politisch und sozial differenzierten Gesellschaft, hat die Differenzierung der Gesellschaft in Täter und Opfer an Raum gewonnen. Diese bipolare Herstellung von Eindeutigkeit wird zwar der historischen Komplexität auch nicht hinreichend gerecht, aber das ist nicht die Aufgabe des Gedächtnisses, das sich – wie bereits Maurice Halbwachs konsta-

tiert hat – aus den Erinnerungsbedürfnissen der Gegenwart speist. Was den Blick in die Vergangenheit rahmt, sind nunmehr jene Kategorien, die Raul Hilberg mit seinem Buchtitel »Täter, Opfer, Zuschauer« geprägt hat.[34] Wie selbstverständlich diese Terminologie mittlerweile geworden ist, zeigt sich etwa am Titel der Ausstellung der Wiener Staatsoper zum Gedenkjahr 2008: »70 Jahre danach: Die Wiener Staatsoper und der ›Anschluss‹ 1938. Opfer, Täter, Zuschauer.« Begriffe wie »Tätergesellschaft« zählen mittlerweile zum geläufigen Wortschatz des Vergangenheitsdiskurses, vielfach bereits ohne Anführungszeichen verwendet.

Die Latenz religiöser Vorstellungen im Gedächtnis der Schuld

Die Semantik von Täter, Opfer und historischer Schuld operiert in einem Kommunikationsraum, der keineswegs neutral und »leer« ist , in dem vielschichtige Bedeutungen zirkulieren. Neben juridischen Kategorien der Sühne durch Bestrafung und Wiedergutmachung sind vor allem religiöse Vorstellungen zu nennen – ein latentes, zumindest vages Wissen um den religiösen Umgang mit Schuld, das auch in säkularen Gesellschaften vorhanden ist. Liegt dem negativen Gedenken – das sich selbst unter den Kategorien der politisch-historischen Aufklärung, eines »Nie wieder Auschwitz!« verhandelt – auch die Dimension eines Schuldbegehrens zugrunde, in dem religiöse Kategorien und Sehnsüchte wirksam werden? Ein Bedürfnis nach quasi sakralen, ethisch-moralisch hoch aufgeladenen Inseln in einer säkularisierten Gesellschaft? Die Bedeutung, die die »authentischen« Orte der NS-Verbrechen, aber auch die Orte des kulturellen Gedächtnisses – Holocaust-Denkmäler und Museen – in den letzten Jahren gewonnen haben, legt dies nahe. KZ-Gedenkstätten und Holocaust-Denkmäler wurden gewissermaßen zu »heiligen Orten«, zum Ort emphatischer Einfühlung in das Leid, das die Opfer erduldet haben. In den Konzepten der Politischen Bildung sind sie jene Orte, an denen die heranwachsenden Generationen durch die Einfühlung, das Nachvollziehen des Leidens der Opfer jene moralische Empfindsamkeit entwickeln sollen, die gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit »imprägniert«. Vom Besuch einer KZ-Gedenkstätte wird, in den Worten österreichischer Politiker, eine »Schutzimpfung gegen Rechtsextremismus« erwartet.

Der Blick auf subkutan wirksame religiöse Vorstellungen und Sehnsüch-

te, die mit dem Gedächtnis der Schuld verbunden sind, würde die Frage eröffnen, welche unterschiedlichen religiösen Konzepte für den Umgang mit Schuld – namentlich der Reinigung und Befreiung von Schuld – nun in die Formen und Rituale des negativen Gedenkens einfließen, ob sich Differenzen zwischen jüdisch und christlich, zwischen evangelisch und katholisch festmachen lassen oder ob hier die unterschiedlichen Konzepte im Umgang mit Schuld amalgamiert werden.

Das Einbekennen von Schuld an den Verbrechen des NS-Regimes erfolgt jedenfalls in den »Tätergesellschaften« vor dem Hintergrund eines christlich geprägten kulturellen Codes, in dem Bekenntnis und Befreiung von Schuld eng verknüpft sind. Vor allem die katholische Beichte verbindet das Einbekennen und Bereuen von Schuld mit der Erwartung, oder vielmehr: dem Anspruch auf Vergebung. In der Rhetorik des politischen »Bekenntnisdiskurses« [35] wird das Erlösungsversprechen allerdings aus der jüdischen Tradition abgeleitet. Richard von Weizsäcker hat in seiner Rede zum 8. Mai 1945 den Satz eines chassidischen Mystikers verwendet, der zu einem vielzitierten Leitmotiv für die mit dem negativen Gedenken verbundene Erlösungserwartung geworden ist: »Erinnern ist das Geheimnis der Erlösung, und Vergessen verlängert das Exil.«[36]

Conclusio

Der Zerfall der Nachkriegsmythen ist vor dem Hintergrund des Verblassens des politisch Imaginären der Moderne zu sehen – insofern entsprechen der Perspektivenwechsel auf die NS-Vergangenheit und das Geschichtsbild des negativen Gedächtnisses dem, was eine post-ideologische, post-soziale Gesellschaft »mit ihren gegenwärtigen Bezugsrahmen rekonstruieren kann«.[37] Die mit dem Schuldgedächtnis verbundene Vorstellung der NS-Herrschaft als Dichotomie von Tätergesellschaft und Opfer-Kollektiv löst das historische Bezugsereignis Nationalsozialismus nicht allein aus dem nationalen Kontext, sondern auch aus dem Rahmen von Ideologie, Politik und Gesellschaft (»Klasse«), den zentralen Denkfiguren der Selbstthematisierung der Moderne. Das Herauslösen aus den nationalen und aus den politisch-ideologischen Rahmungen und letztlich aus dem konkret historischen Ereigniszusammenhang, die Anthropologisierung der Geschichtserzählung im Sinne einer »human story« ist die Voraussetzung für die Universalisierung der Holocaust-Erinnerung. Al-

lerdings stellt sich mit Blick auf die Wirksamkeit latenter religiöser Vorstellungen die Frage, ob nicht gerade in den »Tätergesellschaften« mit ihren katholisch bzw. evangelisch geprägten kulturellen Codes subkutane religiöse Motive einfließen, die eine neue, diesmal religiöse Differenz in der universalen Holocaust-Erinnerung eröffnen.

Anmerkungen

1 München / Wien 2006. Die englische Originalausgabe *Postwar. A History of Europe since 1945*, erschien 2005 in London.
2 Tony Judt, »Epilog: Erinnerungen aus dem Totenhaus. Ein Versuch über das moderne europäische Gedächtnis«, in: *Geschichte Europas*, a.a.O., S. 966.
3 Daniel Levy, Natan Sznaider, *Erinnerung im globalen Zeitalter: Der Holocaust*, Frankfurt a.M. 2001 (Edition Zweite Moderne, hg. von Ulrich Beck).
4 Vgl. www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=25471&Cr=holocaust&Cr1; www.un.org/holocaustremembrance/emainpage.shtml.
5 Natan Sznaider, *Gedächtnisraum Europa. Die Visionen des europäischen Kosmopolitismus. Eine jüdische Perspektive*, Bielefeld 2008, S. 7.
6 Dirk Rupnow, *Aporien des Gedenkens. Reflexionen über »Holocaust« und Erinnerung*, Freiburg im Breisgau / Berlin 2006.
7 Auf die geschichtspolitische Situation in den Staaten des ehemals kommunistischen Herrschaftsbereichs, in denen sich das »heiße« Gedächtnis auf die Frage der Verantwortung für die kommunistische Machtherrschaft richtet, soll hier nicht weiter eingegangen werden, aber auch in diesen Ländern nimmt das Holocaust-Gedenken mittlerweile einen festen Platz in der Erinnerungskultur ein, nicht zuletzt wegen seiner symbolischen Funktion als Indikator für die Zugehörigkeit zu einem europäischen Wertekonsens. Vgl. Yehuda Bauer, *Die dunkle Seite der Geschichte – Die Shoah in historischer Sicht. Interpretationen und Re-Interpretationen*, Frankfurt a.M. 2001.
8 Andreas Huyssen, »Denkmal und Erinnerung im Zeitalter der Postmoderne«, in: James E. Young (Hg.), *Stumme Mahner – Mahnmäler des Holocaust. Motive, Rituale und Stätten des Gedenkens*, München 1994, S. 10.
9 Zitiert nach ORF 2, 21.4.1997, *Treffpunkt Kultur*, »Stumme Mahner-Mahnmäler gegen den Holocaust«.
10 Vgl. Barbara Schröder, Monika Sommer, »An On-going memory? Das Mahnmal für die ermordeten Juden Österreichs revisited«, in:. *Zeitgeschichte* 31 (2004) 5, S. 302-314.
11 Claus Leggewie, Erik Meyer, *»Ein Ort, ab den man gerne geht«. Das Holocaust-Mahnmal und die deutsche Geschichtspolitik nach 1989*, München / Wien 2005.
12 Rupnow, *Aporien des Gedenkens*, S. 21.
13 www.audioweg.gusen.org. Vgl. Aleida Assmann, *Geschichte im Gedächtnis, Von der individuellen Erfahrung zur öffentlichen Inszenierung*, München 2007, S. 172 ff.
14 Elena Esposito, *Soziales Vergessen. Formen und Medien des Gedächtnisses der Gesellschaft*, Frankfurt a.M. 2002, S. 29 f.
15 James E. Young, »Die Textur der Erinnerung – Holocaust-Gedenkstätten«, in:

Hanno Loewy (Hg.), *Holocaust: Die Grenzen des Verstehens. Eine Debatte über die Besetzung der Geschichte*, Reinbek bei Hamburg 1992, S. 221.

16 Monika Flacke (Hg.), *Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen*, Mainz 2004 (Katalog zur gleichnamigen Ausstellung des Deutschen Historischen Museums Berlin 2004/05).

17 Elazar Barkan, *The Guilt of Nations. Restitution and Negotiating Historical Injustices*, New York 2000.

18 Jeffrey K. Olick, *The Politics of Regret: On Collective Memory and Historical Responsibility*, London / New York 2007.

19 Harald Welzer (Hg.), *Der Krieg der Erinnerung. Holocaust, Kollaboration und Widerstand im europäischen Gedächtnis*, Frankfurt a.M. 2007.

20 Zitiert nach www.blackbox.net/c/Anarchy/Botschaft_besorgter_BuergerInnen/info/praeambel.html.

21 Erstmals und mit nachhaltiger Wirkung hat M. Rainer Lepsius für Österreich den Begriff »Nachfolgestaat« verwendet. Vgl. Lepsius, »Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des »Großdeutschen Reiches«, in: Max Haller, Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny, Wolfgang Zapf (Hg.), *Kultur und Gesellschaft.* Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentags, des 11. Österreichischen Soziologentags und des 8. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie in Zürich 1988, Frankfurt a.M. / New York 1989, S. 247-264.

22 Zum Begriff des Imaginären vgl. Thomas Frank, Albrecht Koschorke, Susanne Lüdemann, Ethel Matala de Mazza, *Des Kaisers neue Kleider. Über das Imaginäre politischer Herrschaft. Texte, Bilder, Lektüren*, Frankfurt a.M. 2002.

23 Jan Assmann, »Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität«, in: ders., Tonio Hölscher (Hg.), *Kultur und Gedächtnis*, Frankfurt a.M. 1988, S. 16.

24 Volkhard Knigge, »Von der Unselbstverständlichkeit des Guten. Gedächtnis – Bildung – Verantwortung«, Festvortrag zum fünfzigsten Geburtstag des Max-Planck-Gymnasiums in Bielefeld, 6.7.2002, www.mpg-bielefeld.de/schulinfos/knigge_rede.pdf.

25 Volkhard Knigge, Norbert Frei, »Einleitung«, in: dies. (Hg.), *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*, München 2002, S. XI.

26 Vgl. etwa für Frankreich: Philippe Burrin, »Vichy. Die Anti-Republik«, in: Pierre Nora (Hg.), *Erinnerungsorte Frankreichs*, München 2005, S. 134-158.

27 Gerhard Botz, »Österreich und die NS-Vergangenheit. Verdrängung, Pflichterfüllung, Geschichtsklitterung«, in: Dan Diner (Hg.), *Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit*, Frankfurt a.M. 1987, S. 146.

28 Zitiert nach Gerhard Botz, Gerald Sprengnagel (Hg.), *Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker*, Frankfurt a.M. / New York 1994 (= Studien zur Historischen Sozialwissenschaft 13), S. 575f.

29 Rex Bloomstein, *KZ*, Großbritannien 2005. Einführende Worte des Regisseurs bei der Jüdischen Filmwoche Wien, 13.11. 2006.

30 Vgl. etwa den europäischen Online-Pressespiegel der Bundeszentrale für politische Bildung, www.eurotopics.net, oder den Schwerpunkt *Europäische Geschichten. Auf dem Weg zur Meistererzählung?*, in: *Eurozine*, www.eurozine.com/articles/2005-05-03-eurozine-de.html.

31 Vgl. Annette Wieviorka, *Il y a 50 ans. Aux origines du Mémorial de la Shoah*, Paris 2006; www.memorialdelashoah.org.
32 *Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945*, hg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Bd. 2: 1938-1945, 2. Aufl. Wien 1994.
33 Die genannten Beispiele sind den Recherchen für das Projekt IN SITU (Dagmar Höss, Monika Sommer-Sieghart, Heidemarie Uhl) für »Linz Kulturhauptstadt 09« entnommen. Orte der Verbrechen des NS-Regimes werden für einige Wochen im öffentlichen Raum der Stadt Linz markiert. www.linz09.at/de/detailseite/programm/programm/ankuendigungen09/1495823.html
34 Raul Hilberg, *Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933-1945*, Frankfurt a.M. 1996.
35 Vgl. Oliver Marchart, »Das historisch-politische Gedächtnis. Für eine politische Theorie kollektiver Erinnerung«, in: Christian Gerbel u.a. (Hg.), *Transformationen gesellschaftlicher Erinnerung. Studien zur »Gedächtnisgeschichte« der Zweiten Republik*, Wien 2005, S. 21-49.
36 Zitiert nach Rupnow, *Aporien des Gedenkens*, S. 33.
37 Maurice Halbwachs, *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*, Frankfurt a.M. 1985, S. 390.

Burkhard Olschowsky

ERINNERUNGSLANDSCHAFT MIT BRÜCHEN

Das »Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität« und die Traumata des alten Kontinents

Die Beweggründe, sich zu erinnern, sind so unterschiedlich wie die Personen und Konstellationen, die Erinnerungen anstoßen, konservieren und weitergeben. Bei aller Unterschiedlichkeit von Erinnerungsformen ist es in der Regel der Bezugsrahmen einer Gemeinschaft oder eines Landes, innerhalb dessen Erfahrungen ausgetauscht und Erinnerungen gepflegt werden. Das kollektive Gedächtnis selektiert, bewahrt und übermittelt Ereignisse und Vorgänge, die in Form von Erbe und Tradition vor allem national konnotiert werden.

Das 19. Jahrhundert stand unter dem Signum nationaler Erweckungsbewegungen, die ihren libertären Gehalt in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts sukzessive zu Lasten eines aggressiven, häufig xenophoben Konservatismus einbüßten, was Heinrich August Winkler treffend mit dem Wandel vom »linken zum rechten Nationalismus« umschreibt.[1] Für das 20. Jahrhundert ist eine Dynamisierung von Ereignissen, die beschleunigte Erosion traditioneller Werte und die Totalisierung des Nationalen feststellbar, wovon die europäische Staatenordnung nachhaltig erschüttert wurde. Zu Synonymen für das Neue und Unfassbare des 20. Jahrhunderts wurden Begriffe wie »Gewalt«, »totaler Krieg«, »Holocaust«, »Nationalsozialismus«, »Kommunismus« und »Vertreibungen«, um nur einige zu nennen.

Das Neue des 20. Jahrhunderts war nicht das Hegemonialstreben der Großmächte an sich, sondern die zerstörerische Wucht der bolschewistischen Revolution mit ihren globalen Weiterungen und die Einzigartigkeit des vom nationalsozialistischen Deutschland entfachten und total geführten Zweiten Weltkriegs. Anders als in früheren Jahrhunderten brachte das europäische Staatensystem die Kraft zur Abwehr des nunmehr rassistischen Eroberungswahns und zur Erreichung eines selbstbestimmten europäischen Gleichgewichts nicht mehr auf. Die äußere

Befreiung vom Nationalsozialismus kam aus der Sowjetunion und von jenseits des Atlantiks. Der Preis dafür war die Akzeptanz der in Jalta ausgehandelten und in Potsdam notifizierten Teilung Europas, wobei deren Konsequenzen für die Staaten östlich der Elbe weitaus gravierender und schmerzhafter als für jene im Westen waren: der Verlust von Freiheit, die Beschneidung sowohl der staatlichen Souveränität wie die von Lebenschancen einzelner Menschen durch eine nach sowjetischem Muster errichtete Staatenordnung.[2]

*

In Westeuropa stand die Entwicklung unter anderen Vorzeichen. Hier nahmen die Vereinigten Staaten von Amerika die Vorbildrolle ein; die parlamentarisch-liberale Demokratie setzte sich in der Mehrzahl der Länder durch, was nicht zuletzt auf die lehrreiche Erfahrung mit den Gefährdungen der Demokratie in der Zwischenkriegszeit und auch die einprägsame Negativkontrastierung durch den diktatorischen »Ostblock« zurückzuführen war. Die 20jährige Hochkonjunktur der Weltwirtschaft in der Nachkriegszeit tat ein Übriges, um Stabilität und Wohlstand im Westen zu generieren, was wiederum einer allmählichen lebensweltlichen Entfremdung vom östlichen Teil Europas Vorschub leistete. Die erfolgreiche ökonomische und politische Integration Westeuropas blieb nicht ohne Folgen für die inhaltliche Füllung der Vorstellungen, welche Eliten und Gesellschaften von Europa hegten.[3]

Wenn von Europa die Rede war, so war in Paris, Bonn oder Brüssel seit den 1960er Jahren selbstredend Westeuropa gemeint. Mehr noch: die Region zwischen Rhein, Maas und Mosel als administratives und wirtschaftliches Zentrum der Europäischen Gemeinschaft machte bereits Skandinavien und das Mittelmeer zur Peripherie. Das östliche Europa dagegen figurierte in der Vorstellungswelt der meisten Westeuropäer als grauer Einheitsblock oder verschwand aus deren Bewusstsein. Die Westeuropäer hielten sich zusehends für die Vertreter des »eigentlichen« Europa, wobei ihnen die Absenz der anderen Hälfte bald nicht mehr auffiel. Nur wenige haben vor dem Fall der Mauer das Fehlen des Ostens in der westlichen Wahrnehmung thematisiert.[4]

Dass die Spaltung des Kontinents in Ost und West, in totalitäre/autoritäre und demokratische Systeme kein ›natürliches Ergebnis‹ des Zweiten

Weltkriegs war, davon zeugen die Föderationsprojekte, die Widerstandsgruppen quer über Europa für die Zeit nach dem erhofften Sieg über das Dritte Reich entwickelten. Ernst Friedländer spricht gar von der »Geburt des europäischen Föderalismus aus dem Geist des Widerstandes«.[5] Die Lehre, die aus dem eklatanten Versagen des Völkerbundes und dem verheerenden Nationalismus, insbesondere dem Nationalsozialismus, zu ziehen war, hieß europäische Einigung. Wichtige Dokumente dieses Erneuerungswillens wie das »Manifest von Buchenwald« trugen selbstverständlich die Unterschriften von West- und Osteuropäern. Als im Mai 1948 über 600 Vertreter europäischer Nationen in Den Haag zum »Europa-Kongress« zusammenkamen, fehlten vor dem Tagungsgebäude nicht die Fahnen der osteuropäischen Staaten. Allerdings wurden diese Länder damals nur noch durch Exilanten vertreten. Im Oktober 1948 auf dem Weltkongress der Intellektuellen für den Frieden in Breslau/Wrocław waren westliche Vertreter zwar anwesend,[6] aber die sowjetische Regie arbeitete auf die ideologische Spaltung Europas hin.[7]

Die östliche Hälfte des Kontinents insgesamt wie der geistige Anteil von Osteuropäern an europäischen Föderationsplänen drohten fortan in Vergessenheit zu geraten und wären wohl gänzlich aus dem Blickfeld der westeuropäischen Öffentlichkeit verschwunden, hätte es nicht Exilanten gegeben, die in Zeiten des Kalten Krieges versuchten, individuell und durch eigens gegründete Zeitschriften und Zirkel die östlichen Erfahrungswelten nicht dem Vergessen anheimfallen zu lassen. Zu den Zentren der Exilliteratur und -publizistik gehörten für die Tschechoslowakei der in Toronto ansässige Verlag »Sixty-Eight Publishers Corporation« und die »Freie Presse Agentur« in Wurmannsquick,[8] für Ungarn die letztlich in München herausgegebenen Zeitschriften *Új Látóhatar* und *Nemzetőr* sowie die politisch maßgebende, in deutsch erscheinende *Europäische Rundschau* aus Wien.[9] Für Polen erlangte die in Paris erscheinende Zeitschrift *Kultura* einen beträchtlichen Einfluss unter den literarischen wie politischen Emigranten und inspirierte die intellektuellen Diskurse und das oppositionelle Milieu im Lande.[10]

Gegen die machtpolitische Zweiteilung Europas und, gravierender noch, gegen deren Gewöhnung und kulturelle Akzeptanz unter Westeuropäern schrieben Dutzende von ostmitteleuropäischen Intellektuellen und Dissidenten an. Es waren der Exiltscheche Milan Kundera mit seinem berühmten Essay *Un Occident kidnappé oder Die Tragödie Zentraleuro-*

pas und das Buch *Antipolitik* des ungarischen Soziologen György Konrád, die die Mitteleuropa-Debatte Mitte der 1980er Jahre auslösten. Kundera konstatierte nach 1945 eine Verschiebung der alten Grenze zwischen Katholizismus und Orthodoxie um einige hundert Kilometer nach Westen, so dass das geographische Zentrum Europas nun kulturell im Westen und politisch im Osten lag.[11] Konrád betrachtete die »Antipolitik« als Mittel, um sich dieser willkürlichen Teilung zu widersetzen. Gesellschaften, die dem Druck eines totalitären Staates ausgesetzt sind, müssen seiner Meinung nach lernen, ihr eigenes Leben zu führen, indem sie zahlreiche Formen der Zusammenarbeit und des Sich-Vereinigens entwickeln und auf diese Weise Schritt für Schritt eine Grenzen überschreitende Bürgergesellschaft aufbauen.[12]

Während ungarische und tschechoslowakische Autoren – mit dem steten Bezug auf Russland bzw. die Sowjetunion – zur Debatte über ihr Selbstverständnis und den Grad ihrer Zivilisiertheit neigten, war die polnische Diskussion über Mitteleuropa stärker von Themen wie dem Verhältnis zu den beiden deutschen Staaten und zur Sowjetunion geprägt. Die geographische Lage Polens legte geradezu eine Klärung des Verhältnisses zu seinen Nachbarn nahe.[13] Mit der Mitteleuropa-Debatte machten die Intellektuellen aus dem »Ostblock« auf die Wahrnehmungsdefizite in Westeuropa aufmerksam und brachten ihre europäische Identität zur Geltung.[14]

Die wohl nachhaltigste Wirkung besaß die über 40jährige politische Teilung des Kontinents in Ost und West, in autoritäre/totalitäre und demokratische Systeme. Der Zufall, in die eine oder andere Staatsform geboren oder geraten zu sein, hatte für die dort Lebenden erhebliche, bisweilen lebensbedrohliche Konsequenzen, wenn es galt, Wahrheit und Lüge zu unterscheiden und dieses auch angstfrei aussprechen zu wollen. Der polnische Dichter Czesław Miłosz flüchtete 1951 in den Westen und schilderte in seinem zwei Jahre später erschienenen Essay *Verführtes Denken* das Verhalten von Intellektuellen im Stalinismus, das von Angst, Unterwürfigkeit, aber auch Loyalität gegenüber den Machthabern geprägt war. Karl Jaspers würdigte diese Bemühungen des späteren Literaturnobelpreisträgers wie folgt: »Miłosz schreibt nicht wie ein bekehrter Kommunist, man merkt bei ihm nichts von jenem aggressiven Fanatismus der Freiheit, der in Gebärde, Ton und Handeln wie ein umgekehrter Totalitarismus wirkt. Er schreibt auch nicht als oppositioneller Emigrant, der praktisch an Umsturz und Rückkehr denkt. Er spricht als der erschütterte Mensch, der

mit dem Willen zur Gerechtigkeit, zur unverstellten Wahrheit durch die Analyse des im Terror Geschehenden zugleich sich selber zeigt.«[15]

Miłosz' Kenntnisse der östlichen und westlichen Welt, seine Sensibilität wie auch sein Einfühlungsvermögen hoben ihn damals von den Herrschaftsunterworfenen im Osten, aber auch nicht wenigen Intellektuellen im Westen ab, die der Sowjetunion die Niederwerfung des Nationalsozialismus zugutehielten und den Januskopf des Kommunismus mit seiner Immanenz von Gewalt und ideologischer Vereinnahmung nicht sahen bzw. nicht sehen wollten. Die von Miłosz in seinem späteren Schaffen unter Beweis gestellte Fähigkeit zur Einsicht und Empathie war auch nach dem Ende der Blockkonfrontation 1989 keineswegs selbstverständlich. Vielmehr ist bis heute eine geteilte Erinnerung zwischen Ost- und Westeuropa zu beobachten, nur dass heute die Trennungslinie durch die ökonomisch und politisch erweiterte Europäische Union verläuft.[16]

*

Die Aktualität und Brisanz der geteilten europäischen Erinnerung ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts im Zuge der Erweiterung der Europäischen Union sichtbar geworden. Im Folgenden soll versucht werden, am Beispiel des Umgangs mit dem Nationalsozialismus und Kommunismus, speziell am Thema Vertreibungen und Zwangsmigrationen, die Unwägbarkeiten und Brüche innerhalb der europäischen Erinnerungslandschaft zu verdeutlichen.

Vertreibungserfahrungen stehen im europäischen Kontext des 20. Jahrhunderts, aber sie werden nicht als europäische, sondern in der Regel als nationale erinnert. Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung folgte je nach Land und Generation eigenen Bildern, die wiederum von offiziellen Stellen unterstützt oder ausgeblendet werden konnten und daher erheblichen Veränderungen unterlagen. Dies verwundert nicht, schließlich wird zunächst daran erinnert, was man selbst erlebt, gesehen oder gehört hat. Die Perspektive der unmittelbaren Erlebniswelt kann dazu führen, dass die großen historischen Vorgänge, die für die Nachwelt zusammenhängen, von der Erlebnisgeneration separiert wahrgenommen werden. Individuelle Erinnerung verläuft nicht selten quer zu den großen historischen Ereignissen und ist dennoch – oder gerade deshalb – so wichtig. Sie speichert Dialekte, Landschaftsbilder, Gewohnheiten, ja selbst Gerüche

und unterliegt zugleich im Laufe von Jahren Veränderungen. Ängste und Verunsicherungen können individuelle Erinnerung ebenso beeinflussen wie die Fähigkeit zur Selbstreflexion, ja sogar zur Selbstkorrektur. Die individuelle Erinnerung an Vertreibung ist wertvoll durch ihre Authentizität und zugleich anfechtbar durch ihre Emotionalität. Diese Spannung ist nicht auflösbar, aber doch beherrschbar, indem Menschenschicksale anderer Länder mit Empathie wahrgenommen werden und sich die Erkenntnis durchsetzt, dass die Umsiedlungs- und Vertreibungserfahrung für den Einzelnen – unabhängig davon, ob es sich dabei um Polen, Ukrainer oder Deutsche handelte – gleichermaßen schmerzhaft sein mochte. Das kollektive Gedächtnis über Vertreibung, welches sekundäre, nicht unmittelbar erfahrungsgesättigte Erinnerung mit einschließt, darf sich dem Bemühen um die moralische Empfindsamkeit gegenüber den Untaten der eigenen Landsleute und der Reflexion über Ursachen und Wirkung von Vertreibungen nicht entziehen. Erst dann hebt sich kollektives Gedächtnis von einer bloßen Addition von Einzelerfahrungen ab und wird von der individuellen Erinnerung tatsächlich unterscheidbar.

Diese Unterscheidbarkeit basiert nicht zuletzt auf dem Vetorecht der je persönlichen Erinnerung, die sich gegen jede Vereinnahmung in ein Erinnerungskollektiv sperrt. Nach Reinhart Koselleck gehört es »zur oft beschworenen und ebenso oft vergeblich beschworenen Würde des Menschen, dass er einen Anspruch auf seine eigene Erinnerung hat«. Bei der inflationär gewordenen Redeweise von der »kollektiven Erinnerung« rät Koselleck zur Behutsamkeit: »Es gibt keine kollektive Erinnerung, wohl aber kollektive Bedingungen möglicher Erinnerungen. So wie es immer überindividuelle Bedingungen und Voraussetzungen der je eigenen Erfahrungen gibt, so gibt es auch soziale, mentale, religiöse, politische, konfessionelle Bedingungen – nationale natürlich – möglicher Erinnerungen. Sie wirken dann als Schleusen, durch die hindurch die persönlichen Erfahrungen gefiltert werden, so dass sich klar unterscheidbare Erinnerungen festsetzen. Die politischen, sozialen, konfessionellen oder sonstigen Voraussetzungen begrenzen also die Erinnerungen und geben sie zugleich frei.«[17]

Angesichts der Schwierigkeiten der geeigneten Form von Erinnerung und deren Korrektiv stellt sich die Frage: Welche Rolle kann die Geschichtswissenschaft bei der Vergegenwärtigung von historischen Ereignissen spielen? Hans Günter Hockerts hat die begriffliche Tri-

as »Primärerfahrung, Erinnerungskultur und Geschichtswissenschaft« als typologisierenden Zugang zur Zeitgeschichte angeregt. Dabei meint Primärerfahrung die selbst erlebte Vergangenheit, Erinnerungskultur die Gesamtheit eines nicht spezifisch wissenschaftlichen Gebrauchs von Geschichte in der Öffentlichkeit mit unterschiedlichsten Mitteln und zu verschiedenen Zwecken. Dass Geschichte instrumentell eingesetzt wird und die Bedürfnisse des ›Infotainment‹ befriedigt, ist insbesondere bei der Zeitgeschichte zu beobachten. Fachwissenschaftliche Interventionen und Korrekturbemühungen stoßen hier schnell an Grenzen.[18]

Konstitutiv für die Wissenschaft ist, dass sie Standards eines »systematischen, regelhaften und nachprüfbaren Wissenserwerbs« entwickelt hat. Sie ist sich auch der Standortgebundenheit historischer Erkenntnis bewusst und legt Prämissen mehr oder minder explizit offen. Strittig waren und bleiben dagegen Einordnungen, Gewichtungen und Verknüpfungen, zumal sie sich nur selten mit fachwissenschaftlichen Kriterien entscheiden lassen. Hier hat nicht nur die Multiperspektivität ihren legitimen Platz. Hier kann es auch nicht um die regelhaft gewünschte »Objektivität« gehen, weil es keinen Fixpunkt für deren Überprüfbarkeit gibt. Wohl aber muss intersubjektive Überprüfbarkeit im wissenschaftlichen Diskurs als Kontrolle und Korrektur dienen. »Erinnerungsvielfalt heißt nicht, alles für erlaubt zu erklären. Die Fachkompetenz kann dazu beitragen, dass Pluralität nicht zur Beliebigkeit verkommt« und Legenden entschieden entgegengetreten wird.[19]

Auch wenn methodische Zweifel angebracht sind, ob die Charakterisierung des europäischen 20. Jahrhunderts als »das Jahrhundert der Vertreibungen« tragfähig ist, kann zumindest die quantitative Dichte an erzwungenen Migrationen in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts kaum geleugnet werden. Als Beispiele lassen sich unter anderem die Vertreibung der Armenier aus der Türkei 1915, der griechisch-türkische »Bevölkerungsaustausch« von 1922, die Vertreibung von Polen durch den deutschen Aggressor 1939, die Deportation von Tschetschenen und Inguschen 1944 und die Vertreibung von Deutschen aus dem östlichen Europa 1945-1948 nennen. Allen diesen Zwangsmigrationen war gemeinsam, dass sie sich gegen Ethnien richteten, die mit Hilfe der Mobilisierung negativer nationaler Empfindungen und gezielter Propagandakampagnen als fremd und gefährlich kontrastiert werden konnten. Dabei wurde das vermeintliche oder tatsächliche illoyale Verhalten der betreffenden Bevölkerungsgruppe

gegenüber dem Staat oder gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen zum Anlass für jene Zwangsmigrationen genommen und/oder diese politisch damit gerechtfertigt. Die Vertreibungsvorgänge selbst waren in der Regel mit kollektiver Entrechtung, massiver Gewalt und individueller Entwürdigung verbunden und unterlagen in ihrem Verlauf bisweilen einer inhumanen Dynamik, die über das, was die politischen Entscheidungsträger mitunter als »humanen und geregelten Bevölkerungstransfer« definierten, bei weitem und zu Lasten der Betroffenen hinausging.[20]

Neben den Gemeinsamkeiten gibt es elementare Unterschiede zwischen den genannten Zwangsmigrationen. Sie konnten ethnisch, politisch, ideologisch oder rassistisch motiviert sein, sich nach innen richten, z.B. im Streben nach einem homogenen Nationalstaat, oder nach außen wirken. In den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts geschahen Vertreibungen auf dem Kontinent vom Inneren eines Landes aus und wurden wie z.B. der griechisch-türkische Konflikt mit dem Vertrag von Lausanne im Jahre 1923 völkerrechtlich zumindest nachträglich sanktioniert. Diese Konfliktregelung diente im vorliegenden Fall der politischen Entschärfung der griechisch-türkischen Auseinandersetzungen, auch wenn diese Art der Übereinkunft auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen wurde, Heimatverlust mit sich brachte sowie Traumatisierte und Tote hinterließ.

Mit dem Zweiten Weltkrieg veränderte sich der Charakter von Vertreibungen erheblich. Die Nationalsozialisten benutzten nach dem Überfall auf Polen Vertreibungen erstmals als Mittel einer hemmungslosen Eroberungspolitik, indem sie Bevölkerungsgruppen wie die sogenannten Volksdeutschen ungefragt auf der Landkarte verschoben, Millionen von Polen, Russen, Ukrainern und Tschechen ihrer Heimat beraubten und Juden systematisch ermordeten. Ohne den Nationalsozialismus mit seiner brachialen Umsiedlungs- und Ausrottungspolitik im östlichen Europa hätte es die Vertreibung der Deutschen nach 1945 nicht gegeben. NS-Deutschland war es, das Vertreibungen zur Durchsetzung seiner verheerenden Lebensraumpolitik durchführte und damit ein fatales Verhaltensmuster in Europa etablierte, das insbesondere Stalin ausnutzte.[21]

Während die Nationalsozialisten aus rassistischen und siedlungspolitischen Gründen vertrieben und mordeten, taten es die Bolschewiki aus ideologischen und innenpolitischen Gründen. Was das »Dritte Reich« und die Sowjetunion teilten, waren ihre imperialen Ansprüche und utopischen Reinheitsphantasien, wie Jörg Baberowski feststellt. Die Sowjetunion war

ein Vielvölkerreich, bevor die Bolschewiki damit begannen, es nach ihren Vorstellungen neu zu ordnen. Das »Dritte Reich« war ein Nationalstaat, der sich durch kriegerische Expansion in ein Vielvölkerimperium verwandelte. »Es eignete sich jene Ambivalenz erst an, die seine politischen Führer nicht ertragen konnten. Beide Regime, Nationalsozialisten wie Bolschewiki potenzierten das Chaos, das sie mit ihren Ordnungsentwürfen beseitigen wollten. Denn als sie sich über die vertrauten Ordnungen hinausbegaben, um fremde Welten zu erobern und zu zerstören, zeigten sich ihnen nicht nur fremde Verhältnisse, sondern existentielle Bedrohungen ihrer Gesellschaftsentwürfe. Deshalb lernten die Eroberer die Welt jenseits der vertrauten Ordnungen nur als feindlichen Gegenentwurf kennen.«[22]

Nationalsozialisten und Bolschewiki hatten den Ersten Weltkrieg und den folgenden Bürgerkrieg vor allem als Kämpfe erlebt, die sich in einem multiethnischen und gewalttätigen Kontext ereigneten. Während die einen »Barbaren« und »Untermenschen« ausmachten, sahen die anderen »Verräter« und »Feinde«, die sich in Rassen und Ethnien verkörperten. Diese Erfahrungen waren wesentlich für die Herausbildung der nationalsozialistischen und bolschewistischen Ordnungsprogramme und Säuberungsphantasien.[23]

»Das Besatzungsregime der Nationalsozialisten in der Ukraine, in Weißrussland und im Baltikum veränderte seit 1941 nicht nur die ethnische Landkarte der Sowjetunion. Es veränderte auch die Selbstwahrnehmung der betroffenen ethnischen Gruppen und das Denken der Bolschewiki über das Imperium. Juden waren jetzt nur noch Juden, Deutsche nur noch Deutsche und Tschetschenen nur noch Tschetschenen. Was sie sonst noch waren, verlor nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges für alle Seiten an Bedeutung. Während des Krieges ethnisierte und biologisierte sich die Feindrhetorik der Bolschewiki, sie antworteten auf die Zumutungen, die die Nationalsozialisten in die Sowjetunion getragen hatten. Ohne die Eroberung und Erschließung fremder Räume, die von Feinden bewohnt wurden, hätten Nationalsozialisten und Bolschewiki ihren totalen Krieg gegen innere und äußere Feinde nicht entfesseln können. Deshalb war das Imperium der historische Ort des totalitären Ordnungsentwurfs.«[24]

Angesichts des Verhältnisses von Ursache und Wirkung sowie der oben skizzierten Dynamisierung des Ordnungs- und Vertreibungswillens ist die Verwendung des Begriffes »Jahrhundert der Vertreibungen« problematisch. In der Ausrichtung auf die *longue durée* besteht die Gefahr einer

chronologischen Aneinanderreihung von Vertreibungsvorgängen – begonnen mit der Vertreibung und dem Mord an den Armeniern 1915 und endend mit den ethnischen Säuberungen im Jugoslawien der 1990er Jahre. Eine solche quantitative Herangehensweise erklärt wenig, suggeriert hingegen Zusammenhänge zwischen den Einzelereignissen, die nicht existieren, und befördert die nivellierende Botschaft, dass Vertreibungen als zu ächtende Vorgänge alle gleichermaßen verwerflich seien. Die Ursachen einzelner Vertreibungen, seien sie ethnisch, politisch, ideologisch oder rassistisch motiviert, bleiben bei einer derartig generalisierenden Betrachtung unterbelichtet. Notwendig ist dagegen neben der Vergegenwärtigung der obwaltenden Ordnungsvorstellungen die Rekonstruktion der Bezüge und Horizonte, in denen sich das vielfach leidvolle Vertreibungsgeschehen abgespielt hat.[25]

Zudem waren Vertreibungen kein Phänomen, das Europa im Ganzen im 20. Jahrhundert tangierte – es war vor allem ein Mittel der Politik im östlichen Europa. Holm Sundhaussen hat über die Zwangsmigrationen in Südosteuropa geschrieben, dass diese auf das strukturelle Zusammenwirken von zwei Faktoren zurückgingen, die Kombination eines zentralistischen, französischen Staatsmodells mit dem kulturellen, von der Abstammung abgeleiteten »deutschen« oder auch mitteleuropäischen Nationsmodell.[26] Philipp Ther übertrug diesen Befund auf die ostmitteleuropäischen Staaten. Aus multilingualen, vorwiegend durch politische Werte zusammengehaltenen Reichsnationen wurden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und des frühen 20. Jahrhunderts Staatsnationen, die eine höhere Identifikation von ihren Bewohnern verlangten. Der Zwang zur Eindeutigkeit in ethnisch multiplen Gesellschaften fand zum Beispiel seinen Ausdruck in Volkszählungen, in denen sich die Menschen für eine bestimmte Nationalität entscheiden mussten.[27]

Dieser Zwang zur Eindeutigkeit wurde in der Zwischenkriegszeit mit dem grundsätzlich begrüßenswerten Minderheitenschutz als Gestaltungsprinzip internationaler Politik auf die Probe gestellt. Bei Konflikten griff nun der Völkerbund ein und bestimmte beispielsweise beim Schulenstreit in Oberschlesien, wer Deutscher und wer Pole war.[28] Die nach dem Ersten Weltkrieg geschaffene nationalstaatliche Ordnung zog mithin auch auf internationaler Ebene nach sich, dass sich nach vermeintlich objektiven Kriterien definierte Nationen und nationale Minderheiten gegenüberstanden. Als sich dann die sozialen Spannungen im Zuge der Weltwirtschaftskrise

verschärften, hatte dieses ethnische Strukturprinzip der Gesellschaft fatale Folgen für die Minderheiten im östlichen Europa.

*

Die Erinnerungen an das gewalttätige 20. Jahrhundert und den Zweiten Weltkrieg, der die Landkarte Europas gründlich veränderte, haben mit dem Revolutionsjahr 1989 an Kontur gewonnen. Was sich ökonomisch seit längerem und politisch seit der EU-Osterweiterung mit dem Wort Homogenisierung beschreiben lässt, gilt nicht für das kollektive Gedächtnis der europäischen Nationen. Während Auschwitz für das vor dem Ende des Sowjetimperiums vereinte (West-)Europa durchaus als verbindlicher negativer Bezugspunkt denkbar ist, empfinden die Bevölkerungen der Länder Osteuropas diesen kaum als ihren identitätsstiftenden Fluchtpunkt. Es treten zwei Opfergeschichten in eine beunruhigende, weil scheinbar unauflösbare Konkurrenz: Holocaust und Gulag, Nationalsozialismus und Stalinismus.[29]

Deutschland und Polen befinden sich in einem mitteleuropäischen Raum, für den die nationalsozialistische und kommunistische Erfahrung konstitutiv ist. Zudem verkörpern beide Staaten die Teilung Europas in zwei Gedächtniskulturen. Polen und Deutschland sind wie wenige andere Länder des Kontinents durch beide Diktaturen geprägt, aber auch gepeinigt, im Falle Polens nach Westen verschoben und im Falle Deutschlands geteilt worden. Polen wie den (West-)Deutschen ging es seit Ende des Krieges und geht es nach wie vor darum, das »Dritte Reich« und den Zweiten Weltkrieg in die je eigene nationale Geschichtserzählung zu integrieren – ein Vorgang, der sich stetig wiederholt und gemäß den aktuellen Bedürfnissen und Standpunkten seine Akzente ändert.

Dies ist für die beiden Länder eine besondere Herausforderung, weil ihre jahrhundertealte Nachbarschaft dazu geführt hat, dass die Geschichte der einen Nation zumindest für bestimmte Regionen und Phasen zugleich zu einem Bestandteil der Geschichte der anderen geworden ist. Auch wenn diese Verschränkung nicht symmetrisch verläuft, Polen häufiger mit deutscher Politik und Kultur in Berührung kam als umgekehrt, schien das Revolutionsjahr 1989, das Ende der Blockkonfrontation und das Scheitern des Kommunismus, die Gewähr zu bieten, nunmehr vorbehaltlos deutsche und polnische Erinnerungsstränge zu betrachten und

ihre Schnittstellen zu deuten. Das Revolutionsjahr 1989 erweiterte das Feld der Gedächtniskultur um die Geschichte der kommunistischen Diktatur im Zeichen der SED und PVAP[30].

Dieser Erwartung wurden die Historiker beider Länder in der Tradition der westdeutsch-polnischen Schulbuchgespräche und inzwischen frei von politischen Rücksichtnahmen durchaus gerecht, sie erwies sich jedoch mit Blick auf die deutsche und polnische Öffentlichkeit als voreilig. Die Etablierung einer neuen Gedächtniskultur, bezogen auf die jeweils eigene Geschichte, hatte Vorrang. Diesseits von Oder und Neiße war es vor allem die »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur«, so auch der Auftrag und Name der parlamentarischen Enquete-Kommission, die mit der Öffnung der Stasi-Akten dem elementaren informationellen Selbstbestimmungsrecht der Ostdeutschen entsprach, aber auch das (Enthüllungs-)Interesse der – weitgehend westdeutschen – medialen Öffentlichkeit bediente. Etwas Ähnliches gab es in Polen nicht.

So sehr die Thematisierung der zweiten deutschen Diktatur ein legitimes ostdeutsches Anliegen war, so pharisäerhaft war die weitverbreitete Meinung, diese sei scheinbar allein die Aufgabe der Bürger der neuen Bundesländer, gleichsam ihre Pflichtübung, um sich zu jenen Demokraten zu läutern, die die ehemals Westdeutschen angeblich schon waren. Der Zufall, westlich von Elbe und Werra aufgewachsen zu sein, machte nicht gefeit gegen die alltäglichen menschlichen Unzulänglichkeiten – die vielen Feigheiten, Verrätereien und Machtgelüste. Die Deutschen in der Demokratie hatten das Glück, dass sie die Konsequenzen ihres Verhaltens während des »Dritten Reichs« weniger drastisch zu spüren bekamen als die Bewohnern der ehemaligen DDR unter der 40jährigen Vormundschaft durch das kommunistische System. Die politischen »Schulden« der deutschen Vergangenheit, so die Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan, »liegen in einer in beiden Hälften des Landes noch immer nicht überwundenen Tradition, Freiheit und Toleranz als zentrale Pfeiler der Demokratie zu unterschätzen beziehungsweise um wesentliche Bedeutungsmomente zu verkürzen«.[31]

Als wissenschaftlich produktiv erwiesen sich die in den 1990er Jahren begonnenen Vergleichsstudien von nationalsozialistischer und kommunistischer Diktatur – nicht um beide Systeme gleichzusetzen oder den Rassenwahn und den Vernichtungskrieg des Nationalsozialismus zu relativieren, sondern um Unterschiede, Ähnlichkeiten und etwaige Gemeinsam-

keiten zwischen den beiden deutschen Diktaturen strukturell zu erfassen und zu analysieren; um die jeweiligen Spezifika beider Systeme, aber auch die mögliche Kontinuität kultureller Muster und Verhaltensweisen herauszuarbeiten. Die Ergebnisse dieser Vergleiche sind inhaltlich beachtlich wie methodisch anregend und können eine Grundlage für weiterführende Vergleiche von europäischen Diktaturen im 20. Jahrhundert sein.[32]

*

Die Situation in Polen war nach 1989 dadurch gekennzeichnet, dass hier anscheinend keine Notwendigkeit bestand, sich mit einer zweigeteilten Vergangenheit mit all ihren medialen Begleiterscheinungen auseinandersetzen zu müssen. Ähnlich wie in den neuen Bundesländern hingegen galt es, Kriterien des Umgangs mit der diktatorischen Vergangenheit aus einem geistigen Zustand heraus zu entwickeln, der zwar nicht inhaltlich, aber doch strukturell erheblich von dem System geprägt worden war, mit dem nun abgerechnet werden sollte. Die erste frei gewählte Regierung im »Ostblock« unter Premier Tadeusz Mazowiecki vermied eine Abrechnung mit der kommunistischen Vergangenheit, wobei sie sich mit einem Gros der öffentlichen Meinung Polens im Einklang wusste. Dieses Vorgehen, als Politik des »dicken Striches« gegenüber der Vergangenheit von ihr selbst so bezeichnet, mochte die empfindlichen Startbedingungen seiner Regierung verbessern, zeitigte jedoch insofern negative Langzeitfolgen, als die kathartische Aufarbeitung von individuellem, schuldhaftem Verhalten in der Diktatur Volkspolens weitgehend ausblieb.[33]

In den 1990er Jahren stimulierte dieser Zustand Verdächtigung und Denunziation, die zur politischen Instrumentalisierung missbraucht werden konnten. Mehr noch, die Tatsache, dass die »Dritte Republik« nicht mit ihrem unrechtmäßigen Vorgänger ostentativ gebrochen hatte, beeinflusste die Einstellung der Bürger zu ihrem Staat. Da die Vorstellung, der neue Staat sichere die Partikularinteressen der alten Eliten, breiten Widerhall fand, blieb die Skepsis gegenüber den regierenden »Anderen« bestehen.[34]

Rudolf Jaworski machte Mitte der 1990er Jahre geradezu gegensätzliche Trends in den Gedächtniskulturen Deutschlands und Polens aus. Seit der deutschen Einheit sei »eine selbstbestätigende Rückbesinnung auf die nun gleichsam wiedervereinigte deutsche Geschichte ebenso unverkennbar wie eine zunehmende Geschichtsmüdigkeit im postkommunistischen Po-

len«. Die neu eröffneten Chancen zu einer aktiven Gegenwarts- und Zukunftsgestaltung hätten in Polen zu einer Abschwächung der vordem geradezu zwanghaften Fixierung auf ihre eigene Vergangenheit beigetragen, während umgekehrt die Deutschen sich selbstbewusster ihrer früher eher verdrängten oder sogar verleugneten Geschichte zuwenden würden.[35]

Diese für die 1990er Jahre zutreffende Beobachtung hat im neuen Jahrzehnt vor allem für Polen an Plausibilität eingebüßt. Seit dem Jahr 2000 ist eine intensive Beschäftigung mit der eigenen Vergangenheit in den Medien wie der breiten Öffentlichkeit in Gang gekommen. Auslöser dieser neuen Hinwendung zur Geschichte war die Jedwabne-Debatte und die Frage, ob und in welchem Maße Polen das Pogrom an den jüdischen Bewohnern des Ortes Jedwabne im Juli 1941 verübten. Diese Debatte war ein schmerzhafter und zugleich wichtiger Markstein für die Erinnerungsarbeit der polnischen Gesellschaft, stand doch nicht weniger auf dem Prüfstand als das sorgsam tradierte martyrologische Selbstverständnis vieler Polen. Nach Auffassung der als moralische Autorität betrachteten Publizistin und ehemaligen *Solidarność*-Aktivistin Halina Bortnowska wurden infolge dieser offen wie emotional geführten Debatte nationale, auch in Volkspolen gepflegte Selbstbilder hinterfragt, vor allem jenes des ewig unschuldigen Opfers, das in der Jedwabne-Debatte auf dramatische Weise mit dem genuinen Antisemitismus kollidierte.[36]

*

Die Diskussion um den besonderen Platz des Holocaust in der europäischen Erinnerungskultur erhielt Ende der achtziger Jahre neuen Zündstoff. Diesen lieferten das Ende der Blockkonfrontation und die kollektiv ähnlichen Erinnerungen der Osteuropäer. Ihr Leid unter dem kommunistischen Joch fand nach Jahrzehnten der Indoktrination und des Schweigens nun seine Artikulation, und im Westen des Kontinents wurde dafür um Verständnis geworben. Exemplarisch dafür ist die Rede der damaligen lettischen Außenministerin und jetzigen EU-Kommissarin Sandra Kalniete am 24. März 2004 auf der Leipziger Buchmesse. Sandra Kalniete wies in ihrer Ansprache darauf hin, dass nach der Befreiung vom nationalsozialistischen Grauen im Jahre 1945 »in der einen Hälfte Europas der Terror weiterging und dass auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs das sowjetische Regime die Verfolgung und Vernichtung der Völker Ost-

europas und auch des eigenen fortsetzte. 50 Jahre wurde die Geschichte Europas ohne uns geschrieben, als Geschichte der Sieger mit der dafür typischen Einteilung in Gute und Böse; in die, die im Recht sind, und die, die unrecht haben. Erst als der Eiserne Vorhang fiel, erhielten Forscher endlich Zugang zu Archivdokumenten und den Lebensgeschichten der Opfer, die die Tatsache bestätigten, dass beide totalitären Regime, der Nationalsozialismus und der Kommunismus, gleichermaßen verbrecherisch waren.«[37]

Diese letzten Worte waren es, die Salomon Korn, den stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, veranlassten, den Saal demonstrativ zu verlassen. In einem Interview mit der *Leipziger Volkszeitung* nannte er die Gleichsetzung der Verbrechen der Sowjetunion und des Nationalsozialismus »unerträglich«.[38] Manche Kommentatoren fühlten sich an den »Historikerstreit« von 1986 erinnert.[39] Sandra Kalniete ging es darum, auf die im Westen kaum bekannten genozidalen Erfahrungen des Zweimillionenvolkes der Letten aufmerksam zu machen, unter denen fast jede Familie persönlich überlieferte Geschichten aus dem Gulag erzählen kann – so auch Sandra Kalniete selbst, wie in ihrem Buch *Mit Ballschuhen im sibirischen Schnee* nachzulesen ist.[40]

In Deutschland rief das Buch Lob, aber auch vehemente Kritik hervor.[41] Hinter dem Hinweis auf die vermeintlich dominante Kollaboration der Letten mit den Nationalsozialisten verbarg sich das Unbehagen,[42] der Holocaust als Gründungsmythos (West-)Europas werde durch den »Osten« nicht geteilt. Im »Osten« hingegen wurde das »westliche« Erinnerungsprimat von vielen als anmaßend empfunden, auch weil sie die eigenen Erfahrungen und Zumutungen mit einer vormundschaftlichen kommunistischen Diktatur in der »westlichen« Erinnerungskultur nicht oder nicht ausreichend wiedererkannten.[43]

Auch wenn der Kontinent mittlerweile politisch die Jalta-Ordnung, jene Spaltung in einen diktatorischen Osten und einen demokratischen Westen als Folge des Zweiten Weltkriegs, überwunden hat, so wirken die Erinnerungskulturen von Ost- und Westeuropa nach wie vor nebeneinander, nicht selten gegeneinander, so als hätten sich die Zumutungen des Lebens hinter dem Eisernen Vorhang tiefer, als in westeuropäischen Hauptstädten für möglich gehalten, im Gedächtnis der Ostmitteleuropäer eingeprägt. Mit dem Ergebnis, dass das kommunikative Gedächtnis in Ost und West fast zwei Jahrzehnte nach der Revolution von 1989 mit

wenig kompatiblen Erinnerungen gefüllt ist und die wechselseitige Wahrnehmung Unverständnis und mangelndes Vorstellungsvermögen nicht zuletzt im Westen offenbar werden lässt.[44]

Während dem Gedächtnis an den Holocaust im Westen eine unverändert hohe öffentliche Aufmerksamkeit zuteil wird, ist das Wissen über den Gulag auf wenige beschränkt und droht zudem der Vergessenheit anheimzufallen. Die US-amerikanische Publizistin Anne Applebaum formuliert dieses Dilemma so: »[W]enn wir den Gulag vergessen, (...) beginnen wir zu vergessen, was uns mobilisiert und inspiriert hat, was die Zivilisation ›des Westens‹ so lange zusammenhielt. (...) Wenn wir uns nicht stärker für die Geschichte der anderen Hälfte des europäischen Kontinents interessieren, die Geschichte des anderen totalitären Regimes des 20. Jahrhunderts, dann werden wir am Ende unsere eigene Vergangenheit nicht verstehen und nicht mehr wissen, warum unsere Welt so geworden ist, wie wir sie heute erleben.«[45]

Die Virulenz und Aktualität der Problematik von geteilten Erinnerungen ist im Umfeld der Feierlichkeiten vom 9. Mai 2005 in Moskau deutlich geworden. Die Erfahrungen mit der sowjetischen Herrschaft im Baltikum und der Abhängigkeit von der Sowjetunion in den anderen Ländern Ostmitteleuropas wirken auch mental bis heute noch vielfach nach und sind für das historische kollektive Bewusstsein dieser Länder weiterhin konstitutiv. Dagegen sind vertiefte Kenntnisse z.B. über die Befindlichkeit der Menschen in den baltischen Staaten, über die aus der historischen Erfahrung gespeisten Eigen- und Fremdbilder der Esten, Letten, Litauer und Polen in Westeuropa nur selten anzutreffen. Manche politischen Äußerungen und Handlungsweisen der Gegenwart sind nur vor dem jeweiligen historischen Erfahrungshorizont zu erklären.[46]

Welches könnten die Mittel und Wege sein, um die auch (oder gerade) heute konfligierenden Gedächtniswelten zwischen »altem« und »neuem« Europa zu entschärfen? Die Beantwortung dieser Frage gebietet Behutsamkeit, handelt es sich doch häufig um westliche Wahrnehmungsdefizite, deren Gründe sowohl in der andersartigen Sozialisation unter dem Signum sozialer Amerikanisierung und folglich anderer Generationserfahrungen zu suchen sind als auch in der ideologisch propagierten wie auch praktizierten Abgrenzungspolitik der »Ostblockstaaten«. Erschwerend kommt hinzu, dass dieses Defizit kaum mehr zu korrigieren ist, schließlich handelte es sich im »neuen« Europa um ein diktatorisches System,

das 1989/90 im Zeitraffer implodierte, somit nicht mehr direkt erfahrbar ist und dennoch in den Biographien, Erinnerungen und Verletzungen von Millionen Menschen weiterlebt.

Ein Rückblick auf das Wirken ostmitteleuropäischer Bürgerrechtler und Dissidenten ist in besonderer Weise geeignet, als sinnstiftendes Beispiel für die Verwirklichung der Zivilgesellschaft in Europas Freiheitsgeschichte aufgenommen zu werden. Denn sie waren es, die nicht nur die Zersetzung des Staatssozialismus betrieben, sondern auch die Überwindung der Jalta-Ordnung beförderten und ein ungeteiltes Europa gedanklich begründeten. Wolfgang Eichwede bezeichnet sie emphatisch als »Kinder der Aufklärung«, da sie mit ihrem Mut, ihrem Vertrauen auf die Öffentlichkeit und ihrem Beispiel den Boden für eine Zivilgesellschaft schufen, die 1989 zum Durchbruch kam.[47]

*

Es ist ein Auftrag des 2005 von Deutschland, Polen, Ungarn und der Slowakei auf den Weg gebrachten »Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität«, zur Annäherung der Gedächtniswelten beizutragen. Ein Ausgangspunkt für dieses Netzwerk war die sogenannte »Danziger Erklärung« des damaligen polnischen Staatspräsidenten Aleksander Kwaśniewski und des Bundespräsidenten Johannes Rau vom 29. Oktober 2003. Die »Danziger Erklärung« war eine Reaktion auf die teils kontrovers geführte Diskussion über die Aufarbeitung der Problematik von Flucht und Vertreibungen im 20. Jahrhundert, die in und zwischen den Gesellschaften der beiden Länder geführt wurde. In der Erklärung regten die beiden Präsidenten an, »alle Fälle von Umsiedlung, Flucht und Vertreibung, die sich im 20. Jahrhundert ereigneten, gemeinsam neu zu bewerten und zu dokumentieren«.[48]

Im Februar 2005 verabschiedeten die für Kultur zuständigen Minister Deutschlands, Polens, Ungarns und der Slowakei eine Absichtserklärung zur Einrichtung eines länderübergreifenden Netzwerks. In der Absichtserklärung werden die oben angesprochenen unterschiedlichen Erinnerungsbedürfnisse der Länder berücksichtigt. Darin heißt es: »Gegenstand des Netzwerks ist die Analyse, Dokumentation und Verbreitung der Geschichte des 20. Jahrhunderts der Kriege, der totalitären Diktaturen und der Leiden der Zivilbevölkerung – als Opfer von Kriegen, Unterdrü-

ckung, Eroberung, Zwangsmigrationen sowie als Opfer von nationalistischen, rassistischen und ideologisch motivierten Repressionen.«[49]

Dieser umfassend formulierte Anspruch ist nicht zuletzt das Bekenntnis zur dialogischen Erinnerungskultur, das hinreichend viel Raum für wissenschaftliche wie populär angelegte Projekte lässt und zugleich die Möglichkeit einer Erweiterung des Netzwerks um weitere interessierte Länder eröffnet. Die Reihenfolge bei der Nennung der Aufgaben des Netzwerks folgte der plausiblen historischen Gewichtung, wonach Zwangsmigrationen ein Fragment der Geschichte des 20. Jahrhunderts bilden und ohne eine Einordnung in die menschenverachtende Dynamik des Kriegsgeschehens zusammenhanglos bleiben würden. Zwangsmigrationen sind nicht das Wichtigste und Drastischste, was Ost- und Mitteleuropäer erlebt haben. Das, was die europäische und insbesondere die ostmitteleuropäische Geschichte des 20. Jahrhunderts auf dramatische wie schmerzhafte Weise geprägt hat, sind die Erfahrungen von zwei Totalitarismen: des Nationalsozialismus und des Kommunismus. Das Gemeinsame, das sich in dieser Aufgabenbeschreibung ausdrückt, ist die ungeteilte Empathie mit allen Opfern der Geschichte.[50]

Im September 2005 wurde die Satzung der Stiftung »Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität« vom Stiftungsrat unter Vorsitz von Andrzej Przewoźnik, dem Leiter des »Rates zum Schutz des Gedenkens an Kampf und Märtyrertum«, verabschiedet. Als Stiftungsgründer konnte der jüngst verstorbene namhafte Künstler, Theaterwissenschaftler und Auschwitz-Überlebende Józef Szajna gewonnen werden. Zeitgleich konstituierte sich in Warschau der Stiftungsrat, dessen wissenschaftliche Mitglieder von den Kulturministern Deutschlands, Polens, Ungarns und der Slowakei benannt wurden. Die Erklärung über die Gründung des »Europäischen Netzwerks« vom Februar 2005 rief in der Presse ein breites Echo hervor, stieß bei vielen Initiativen der Bildungs- und Erinnerungsarbeit auf positive Resonanz und äußerte sich in der Bereitschaft zur Kooperation.[51]

Das Netzwerk soll letztlich auch dazu beitragen, die Folgen der jahrzehntelangen Spaltung Europas zu überwinden, indem Erfahrungen von Kriegen, Diktatur und Zwangsmigration mit dem Blick auf das Schicksal des Anderen thematisiert und aufgearbeitet werden. Aufgabe des Netzwerks ist es zudem, die vielfältig vorhandenen Initiativen und Institutionen miteinander zu verbinden und eine dialogische Erinnerungskultur

zu befördern, die der europäischen Zusammengehörigkeit und Solidarität gerecht wird und einer Vertiefung der Europäischen Union kulturell den Weg ebnet.

Welches sind die Herangehensweisen und Themen, die das Profil des Netzwerks bestimmen können?

Erstens gibt es in der europäischen Erinnerungslandschaft einen hervorgehobenen Zeitraum, auf den die private wie öffentliche Erinnerung nach wie vor ausgerichtet ist: den Zweiten Weltkrieg. Dieser war ein gravierender Einschnitt, der Zerstörung, Vertreibung, Not und Unterdrückung mit sich brachte, aber auch Befreiung und Neubeginn ermöglichte. In der Konsequenz des Krieges wurden Deutschland und Europa in zwei Hälften auseinandergerissen sowie Schicksale und Lebensläufe in Ost und West dauerhaft unterschiedlich geprägt. Deutschen wie auch ihren Nachbarn ging es nach 1945 und geht es nach wie vor darum, den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen in die je eigene nationale Geschichtserzählung zu integrieren – ein Vorgang, der sich stetig wiederholt und gemäß den aktuellen Bedürfnissen und Standpunkten seine Akzente ändert.

Das seit einigen Jahren in Deutschland artikulierte Interesse am Thema Flucht und Vertreibung soll im historischen Kontext durch das Netzwerk ebenso bearbeitet werden wie Themen zur nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Ostmitteleuropa, für welche die polnische Seite eine besondere Sensibilität besitzt. Das Netzwerk kann hier ansetzen, die Geschichtsbilder wechselseitig zu öffnen, die Perspektive des Anderen mit einzunehmen, zu versuchen, die Befindlichkeiten der Nachbarn mitzudenken und in das jeweils eigene Geschichtsbild zu integrieren, die Geschichten der europäischen Nationen untereinander zu verbinden.

Zweitens stellt die Thematisierung der östlichen Erfahrungswelten samt dem Gedächtnis des Kommunismus und seiner Erinnerungskonkurrenz zum Nationalsozialismus ein zentrales, wenngleich erst in wenigen Publikationen behandeltes Narrativ europäischer Geschichte dar. Richtungweisend sind die Arbeiten von François Furet, Mark Mazower und Tony Judt.[52] Die drei Historiker legten kenntnisreich und treffend dar, wie der lange Schatten des Zweiten Weltkriegs auf dem ganzen Nachkriegseuropa lag, die politischen Geschicke und Integrationsanstrengungen in Ost und West prägte sowie kulturelle Muster – auch grenzübergreifend – kodifizierte.

Zudem könnte ein Vergleich zwischen den Diktaturen nach 1945 wie auch die Kontrastierung mit demokratischen Systemen Aufschluss darü-

ber geben, wie die jeweiligen politischen Eliten ihren Führungs- und Gestaltungsanspruch mit den Modernisierungszwängen der Ökonomie und dem gesellschaftlichen Verlangen nach Wohlstand und Demokratisierung zu vereinbaren suchten.[53] Auf diese Weise ließen sich Integrationsmechanismen und -formen wie auch transnationale kulturelle Einflüsse in und unter den Ländern Ost- wie Westeuropas charakterisieren. Eine derartige Analyse, die bisher nur rudimentär vorgenommen wurde,[54] könnte nicht nur die Gründe für den Verfall und das friedliche Ende des »Ostblocks« genauer beleuchten, sondern auch seine jahrzehntelange Dauer und relative Stabilität.[55]

Drittens eröffnet die Auseinandersetzung mit Erinnerung und Gedächtnis in Form von »lieux de mémoire«, Erinnerungsorten, einen vielversprechenden Zugang zur europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Die von Pierre Nora in Frankreich ausgegangenen Ansätze zur Erfassung, Kategorisierung und damit auch Kanonisierung von »lieux de mémoire« haben Nachahmungen und Modifizierungen für andere Staaten gefunden – was für sich bereits einen nennenswerten Tatbestand von Europäisierung darstellt.[56] Projekte über materielle wie immaterielle Erinnerungsorte erlauben, für die Gegenwart eine kulturelle Dimension der Rückbesinnung und Orientierung einzuführen, welche die Veränderungen von Erinnerungsformen über längere Zeiträume bis in die aktuelle Gegenwart hinein zum Thema macht. In den letzten Jahren erfuhr die Beschäftigung mit Erinnerungsorten auch in Deutschland eine beachtliche wissenschaftliche Resonanz.[57] Inzwischen gibt es Anzeichen, dass die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema Erinnerungsorte auch in Ostmitteleuropa zunimmt.[58]

In vielen europäischen Ländern sind Bestrebungen einer Vergangenheitspolitik und offiziellen Gedenkkultur erkennbar, die nationalen Paradigmen folgen.[59] Dies sollte nicht vorab beargwöhnt werden, sondern bei den Themen und Projekten des Netzwerks insofern Berücksichtigung finden, als damit die unterschiedlichen Narrative wissenschaftlich diskutiert und gewichtet werden können. Dabei kann es nicht darum gehen, den nationalen Rahmen, innerhalb dessen sich die Erinnerung an Krieg und Gewalt konstituiert, europäisch zu nivellieren. Vielmehr wird es Aufgabe sein, die verschiedenen Zuordnungen von Schuld und Verantwortung als gegebene Bruchlinien im europäischen Erinnerungsraum wahrzunehmen. Diese müssen auch im Rahmen des Netzwerks ständig reflektiert werden,

um die eigene Vergangenheit aushalten zu können. Reinhart Koselleck sagte eindringlich: »Wir können unsere Erinnerung nicht wahren, ohne diese unüberbrückbaren Bruchlinien mit zu erinnern. Sonst wären wir uns selbst gegenüber unehrlich.«[60] Wenn es dem Netzwerk gelänge, die Brüche in der europäischen Erinnerungslandschaft offenzulegen und zu überbrücken, indem die Befindlichkeiten der Nachbarn mitgedacht und die Perspektiven der Anderen übernommen werden, wäre dies mehr, als die Gründer des »Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität« zu erhoffen wagten.

Anmerkungen

1 Heinrich August Winkler, »Vom linken zum rechten Nationalismus: Der deutsche Liberalismus in der Krise von 1878/79«, in: ders., L*iberalismus und Antiliberalismus,* Göttingen 1979, S. 36-51.
2 Hagen Schulze, *Staat und Nation in der europäischen Geschichte,* München 1999, S. 320.
3 Ute Frevert, *Eurovisionen. Ansichten guter Europäer im 19. und 20. Jahrhundert,* Frankfurt a.M. 2003 (Europäische Geschichte), S. 148f.
4 Vgl. Gregor Thum, »›Europa‹ im Ostblock. Weiße Flecken in der Geschichte der europäischen Integration«, in: *Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History*, Online-Ausgabe, 1 (2004), H. 3, S. 1, http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Thum-3-2004; Peter Bender, *Das Ende des ideologischen Zeitalters. Die Europäisierung Europas,* Berlin 1981; Karl Schlögel, *Die Mitte liegt ostwärts. Die Deutschen, der verlorene Osten und Mitteleuropa*, Berlin 1986.
5 Ernst Friedländer, *Wie Europa begann*, 2. Aufl. Köln 1968, S. 50.
6 Teilnehmer aus Westeuropa waren unter anderen Pablo Picasso, Hans Scharoun, Max Frisch, Max Pechstein, Paul Éluard, Fernand Léger, Irene Joliot-Curie, Hans Mayer.
7 Thum »›Europa‹ im Ostblock«, a.a.O., S. 3; Hans Mayer, *Ein Deutscher auf Widerruf. Erinnerungen*, Bd. 1, Frankfurt a.M. 1988, S. 397-411.
8 Jan Čulik, »Tschechisches literarisches Leben im Exil 1971-1989«, in: Ludwig Richter / Heinrich Olschowsky (Hg.), *Im Dissens zur Macht. Samizdat und Exilliteratur in den Ländern Ostmittel- und Südosteuropas*, Berlin 1995 (Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa), S. 69-84, hier S. 70.
9 Juliane Brandt, »Ungarische Exilliteratur – Ungarische Literatur im Westen«, in: Richter / Olschowsky (Hg.), *Im Dissens zur Macht*, a.a.O., S. 169-190, hier S. 173, 175.
10 Andrzej Stanisław Kowalczyk, *Giedroyc i »Kultura«* [Giedroyc und die *Kultura*], Wrocław 1999; Krzysztof Kopczyński, *Przed przystankien Niepodległość. Paryska »Kultura« i kraj w latach 1980-1989* [Vor der Haltstelle Unabhängigkeit. Die Pariser *Kultura* und Polen in den Jahren 1980-1989], Warszawa 1990.
11 Milan Kundera, »Un Occident kidnappé – oder Die Tragödie Zentraleuropas«, in: *Kommune* 7 (1984), S. 43-52, hier S. 44.

12 György Konrád, *Antipolitik*, Frankfurt a.M. 1985, S. 76ff., 145ff.
13 Zu den tschechoslowakischen, ungarischen und polnischen Stimmen siehe Hans-Peter Burmeister / Frank Boldt / György Mészáros (Hg.), *Mitteleuropa. Traum oder Trauma?* Bremen 1988; Krystyna Rogaczewska, *Niemcy w myśli politycznej polskiej opozycji w latach 1976-1989* [Deutschland im politischen Denken der polnischen Opposition in den Jahren 1976-1989], Wrocław 1998, S. 125, 141.
14 Vgl. Hermann Rudolph, »Ein Stellvertreterkrieg am falschen Platz. Zur Mitteleuropa-Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland«, in: Hans Ester / Hans Hecker / Erika Poettgens (Hg.), *Deutschland, aber wo liegt es? Deutschland und Mitteleuropa*, Amsterdam u.a. 1993 (Amsterdam Studies of Cultural Identity 3), S. 323-334; Peter Bender, »Die Notgemeinschaft der Teilungsopfer«, in: ebd., S. 335-350.
15 Czesław Miłosz, *Verführtes Denken*, Frankfurt a.M. 1980, S. 8.
16 Heinrich Olschowsky, »Emigrantenschicksal und literarische Strategie. Überlegungen zu Czesław Miłosz«, in: Richter / Olschowsky (Hg.), *Im Dissens zur Macht*, a.a.O., S. 55-68, hier S. 56ff.; Janusz Reiter, »Geteilte Erinnerung im Vereinten Europa«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 7.5.2005.
17 Reinhart Koselleck, »Gebrochene Erinnerung? Deutsche und polnische Vergangenheiten«, in: Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung, *Jahrbuch 2000*, S. 19-32, hier S. 20f.
18 Hans Günter Hockerts, »Zugänge zur Zeitgeschichte: Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 28/2001, S. 15-30. Die Goldhagen-Debatte verdeutlicht, wie sehr Wissenschaft und Mediengesellschaft konfligieren können. Je besser die Historiker mit der Materie vertraut waren, umso schärfer fiel in der Regel die Kritik aus. Aber das tat dem überwältigenden Medienerfolg des amerikanischen Politologen keinen Abbruch. Umgekehrt fehlte dem thematisch ganz ähnlich gelagerten, indes wissenschaftlich vorzüglichen Buch von Christopher Browning die Brisanz für eine Mediendebatte – das heißt: keine PR-Kampagne, keine Nachrichtenfaktoren, keine plakativ versimpelte These. Ruth Bettina Birn / Volker Riess, »Das Goldhagen-Phänomen oder: Fünfzig Jahre danach«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 49 (1998), S. 80-95; Christopher Browning, *Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die »Endlösung« in Polen*, Reinbek bei Hamburg 1993.
19 Hans Günter Hockerts, »Zugänge zur Zeitgeschichte: Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft«, in: Konrad H. Jarausch / Martin Sabrow (Hg.), *Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt*, Frankfurt a.M. u.a. 2002, S. 39-71, hier S. 41.
20 Vgl. Michael Mann, *The Dark Side of Democracy. Explaining Ethnic Cleansing*, Cambridge 2005, S. 34ff.; vgl. Philipp Ther, »A Century of Forced Migration: The Origins and Consequences of ›Ethnic Cleansing‹«, in: ders. / Ana Siljak (Hg.), *Redrawing Nations. Ethnic Cleansing in East-Central Europe 1944-1948*, Lanham 2001 (Harvard Cold War Studies Book Series 1), S. 43-74; Norman Naimark, *Flammender Hass. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert*, München 2004, S. 9ff., 231ff.
21 Vgl. Michael G. Esch, *»Gesunde Verhältnisse«. Deutsche und polnische Bevölkerungspolitik in Ostmitteleuropa 1939-1950*, Marburg 1998 (Materialien und Studien

zur Ostmitteleuropa-Forschung 2), S. 128ff., 176ff.

22 Jörg Baberowski, »Ordnung durch Terror. Stalinismus im sowjetischen Vielvölkerreich«, in: Isabel Heinemann / Patrick Wagner (Hg.), *Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2006, S. 145-172, hier S. 146; vgl. Eric D. Weitz, *A Century of Genocide. Utopias of Race and Nation*, Princeton 2003, S. 8-15.

23 Vejas Gabriel Liulevicius, *Kriegsland im Osten, Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2002, S. 275ff.

24 Baberowski, *Ordnung durch Terror*, a.a.O., S. 147.

25 Karl Schlögel, »Wie europäische Erinnerung an Umsiedlung und Vertreibung aussehen könnte«, in: Anja Kruke (Hg.), *Zwangsmigration und Vertreibung – Europa im 20. Jahrhundert*. Bonn 2006, S. 49-68, hier S. 55.

26 Holm Sundhaussen, »Bevölkerungsverschiebungen in Südosteuropa seit der Nationalstaatswerdung (19./20. Jahrhundert)«, in: *Comparativ* 6 (1996), S. 25-40, hier S. 38.

27 Philipp Ther, »Ein Jahrhundert der Vertreibung. Die Ursachen von ethnischen Säuberungen im 20. Jahrhundert«, in: Ralph Melville / Claus Scharf (Hg.), *Zwangsmigrationen in Europa 1938-1950*, Mainz 2007 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abteilung Universalgeschichte, Beiheft 69), S. 19-38, hier S. 24ff.

28 Tomasz Falęcki, *Niemieckie szkolnictwo mniejszościowe na Górnym Śląsku w latach 1922-1939* [Das Schulwesen der deutschen Minderheit in Oberschlesien in den Jahren 1922-1939], Katowice 1970, S. 67f.

29 Wacław Długoborski, »Das Problem des Vergleichs von Nationalsozialismus und Stalinismus«, in: Dittmar Dahlmann / Gerhard Hirschfeld (Hg.), *Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation. Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland 1933 bis 1945*, Essen 1999 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte 10), S. 19-28.

30 PVAP: Polnische Vereinigte Arbeiterpartei.

31 Gesine Schwan, »Die Last zweier Vergangenheiten«, in: Thomas Brose (Hg.), *Deutsches Neuland. Beiträge aus Religion und Gesellschaft*, Leipzig 1996, S. 24-33, hier S. 31.

32 Siehe den aussagekräftigen Querschnitt an vergleichenden Arbeiten über das »Dritte Reich« und die DDR. Günter Heydemann / Detlef Schmiechen-Ackermann, »Zur Theorie und Methodologie vergleichender Diktaturforschung«, in: Günter Heydemann / Heinrich Oberreuter (Hg.), *Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte*, Bonn 2003 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 398), S. 9-55, hier S. 14.

33 »›Pomówmy o dylematach‹. Z Tadeuszem Mazowieckim rozmawia ks. Adam Boniecki« [»›Lasst uns über die Dilemmata sprechen‹. Adam Boniecki im Gespräch mit Tadeusz Mazowiecki«], in: *Tygodnik Powszechny* vom 22.4.2007, S. 12; Piotr Grzelak, *Wojna o lustrację* [Der Krieg um die Lustration], Warszawa 2005, S. 17-25.

34 Bronisław Wildstein, »Der Antikommunismus nach dem Kommunismus«, in: Paweł Śpiewak (Hg.), *Anti-Totalitarismus. Eine polnische Debatte*, Frankfurt a.M. 2003 (Denken und Wissen. Eine Polnische Bibliothek), S. 527-542.

35 Rudolf Jaworski, »Kollektives Erinnern und nationale Identität. Deutsche und polnische Gedächtniskulturen seit Ende des Zweiten Weltkrieges«, in: Ewa Kobylińska / Andreas Lawaty (Hg.), *Erinnern, Vergessen, Verdrängen. Polnische und deutsche Erfahrungen,* Wiesbaden 1998 (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt 11), S. 33-52, hier S. 48.

36 Vgl. Tomasz Szarota, »Mord in Jedwabne – Dokumente, Publikationen und Interpretationen aus den Jahren 1941-2000. Ein Kalendarium«, in: Edmund Dmitrów / Paweł Machcewicz / Tomasz Szarota (Hg.), *Der Beginn der Vernichtung. Zum Mord an den Juden in Jedwabne und Umgebung im Sommer 1941,* Osnabrück 2004 (Veröffentlichungen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband e.V. 4), S. 209-252; Jan Blonski, »The poor Poles look at the Ghetto«, in: Antony Polonsky (Hg.), *»My brother's keeper?« Recent Polish debates on the Holocaust,* London 1990, S. 34-52; Halina Bortnowska, »Wenn der Nachbar keinen Namen hat«, in: Transodra 23 (2001), S. 122-124.

37 Rede Sandra Kalnietes zur Eröffnung der Leipziger Buchmesse, 24.3.2004, http://www.die-union.de/reden/altes_neues_europa.htm.

38 Salomon Korn, »Vorsicht vor Antisemitismus aus Osteuropa«, in: *Leipziger Volkszeitung* vom 26.3.2004.

39 Ijoma Mangold, »Salomon Korns Protest. Der Historikerstreit lässt grüßen«, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 25.3.2004; Matthias Arning, »Rückkehr des Totalitären«, in: *Frankfurter Rundschau* vom 15.4.2004.

40 Sandra Kalniete, *Mit Ballschuhen im sibirischen Schnee. Die Geschichte meiner Familie,* München 2005.

41 Positive Rezensionen unter anderem von Hubertus Knabe, »Ballschuhe im Schnee«, in: *Der Tagesspiegel* vom 1.8.2005; Christian Esch, »Nachgeholte Tränen«, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 21.3.2005; Anita Klüger, »Ratten in Brennnesselsud«, in: *tazMagazin* vom 21.5.2005; negative Rezension von Michael Wolffsohn, »Keine Gesellen nirgends«, in: *Die Welt* vom 16.4.2005.

42 Mit den deutschen Truppen kollaborierten vor allem die von Viktor Arajs geführte paramilitärische Gruppe, die ca. 200 Mann umfasste und ab Sommer 1941 sich aktiv an der Ermordung der lettischen Juden beteiligte. In der lettischen Bevölkerung hatten die Mitglieder des Arajs-Kommandos allgemein einen äußerst schlechten Ruf. Kathrin Reichelt, »Zwei Beispiele der Judenverfolgung in Lettland 1941-1944«, in: Joachim Tauber (Hg.), *»Kollaboration« in Nordosteuropa. Erscheinungsformen und Deutungen im 20. Jahrhundert* (Veröffentlichungen des Nordost-Instituts 1), Wiesbaden 2006, S. 77-87, hier S. 80f.

43 Basil Kerski, »Ungleiche Opfer«, in: *Kafka. Zeitschrift für Mitteleuropa,* H. 14 (2004), S. 34-43; Jasper von Altenbockum, »Der lange Schatten. Lettland und die ›Gleichsetzung‹ von Stalinismus und Nationalsozialismus«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 3.4.2004.

44 Vgl. Andrzej Paczkowski, »Gedächtniswelten. Das ›alte‹ und das ›neue‹ Europa«, in: Bernd Kauffmann / Basil Kerski (Hg.), *Antisemitismus und Erinnerungskulturen im postkommunistischen Europa,* Osnabrück 2006 (Veröffentlichtungen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband e.V. 10), S. 135-145.

45 Anne Applebaum, *Der GULAG,* Berlin 2003, S. 609.

46 Heinrich August Winkler, »Erinnerungswelten im Widerstreit. Europas langer

Weg zu einem gemeinsamen Bild vom Jahrhundert der Extreme«, in: Kauffmann / Kerski (Hg.), *Antisemitismus und Erinnerungskulturen*, a.a.O., S. 105-116, hier S. 114; vgl. Roland Freudenstein, »Warum die EU gegenüber Russland mit einer Stimme sprechen muss«, in: *Dialog*, H. 77-78 (2007), S. 68-70; Lilija Ševcova, »Garantiert ohne Garantie. Russland unter Putin«, in: *Osteuropa* 3 (2006), S. 3-18, hier S. 13ff.

47 Wolfgang Eichwede, »Kinder der Aufklärung«, in: *Kafka. Zeitschrift für Ostmitteleuropa* 3 (2001), S. 8-13; vgl. Jerzy Giedroycs, »Kultura und die Krise der europäischen Identität«, in: Łukasz Galecki / Basil Kerski (Hg.), *Die polnische Emigration und Europa 1945-1990. Eine Bilanz des politischen Denkens und der Literatur Polens im Exil,* Osnabrück 2000, S. 73-94, hier S. 91ff.

48 www.bundeskanzlerin.de/bk/Redaktion/Binaer/2005/12/2005-12-02-danzigererklaerung-pdf,property=blob.pdf-.

49 www.markusmeckel.de/index.php?option=com_docman&task=doc_download-&gid=231-.

50 Paweł Machcewicz, »Ein Netzwerk aus polnischer Sicht«, in: Kruke (Hg.), *Zwangsmigrationen und Vertreibung*, a.a.O., S. 147-150, hier S.148f.

51 Christoph von Marschall in: *Der Tagesspiegel* vom 3.2.2005; Stefan Dietrich in: *Frankfurter Allegemeine Zeitung* vom 5.2.2005; Gerhard Gnauck in: *Die Welt* vom 3.2.2005; Konrad Schuller in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 3.2.2005; Sebastian Bickerich in: *Der Tagesspiegel* vom 2.2.2005; http://dziennik.pap.com.pl/drukuj.html?id=15909698;http://www.polskiejutro.com/art/a.php?p=144-145okiem.

52 François Furet, *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert,* München 1996; Mark Mazower, *Der dunkle Kontinent: Europa im 20. Jahrhundert,* Berlin 2000; Tony Judt, *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart,* München 2006.

53 Helmut Fehr, *Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen. Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und der DDR,* Opladen 1996; Detlef Pollack / Jan Wielgohs (Hg.), *Dissent and Opposition in Communist Eastern Europe. Origins of Civil Society and Democratic Transition,* Aldershot 2004; Manfred Agethen / Günter Buchstab (Hg.), *Oppositions- und Freiheitsbewegungen im früheren Ostblock,* Freiburg 2003.

54 Zur wirtschaftlichen Integration: Ralf Ahrens, *Gegenseitige Wirtschaftshilfe? Die DDR im RGW. Strukturen und handelspolitische Strategien 1963-1976*, Köln u.a. 2000 (Schriftenreihe des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 15); sozialgeschichtliche Überblicksdarstellung: Mark Pittaway, *Eastern Europe 1939-2000*, London 2004; alltagsgeschichtlich: David Crowley, Susan E. Reid (Hg.), *Socialist Spaces. Sites of Everyday Life in the Eastern Bloc*, Berg 2002; eine sehr aussagekräftige Fallstudie über die weitreichende Hochschul- und Kaderpolitik: John Connelly, *Captive University. The Sovietization of East German, Czech and Polish Higher Education, 1945-1956*, Chapel Hill u.a. 2000.

55 Wolfgang Schmale, »Wie europäisch ist Ostmitteleuropa?«, in: *Themenportal Europäische Geschichte* (2006), http://dziennik.pap.com.pl/drukuj.html?id=15909698, S. 7; Helena Flam, *Mosaic of Fear. Poland and East Germany before 1989*, New York 1998; vgl. Andreas Rödder, *Wertewandel und Postmoderne. Gesellschaft und Kultur in der Bundesrepublik Deutschland 1965-1990*, Stuttgart 2004 (Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Kleine Reihe 12); Włodzimierz Borod-

ziej, »Der Standort des Historikers und die Herausforderung der europäischen Geschichte«, in: Gerald Stourzh (Hg.), *Annäherungen an eine europäische Geschichtsschreibung*, Wien 2002 (Archiv für österreichische Geschichte 137), S. 105-118, hier S. 116.

56 Pierre Nora (Hg.), *Les lieux de mémoire*, 7 Bde., Paris 1984-1992; Mario Isnenghi (Hg.), *I luoghi della memoria*, 3 Bde., Rom u.a. 1987-1997; Moritz Csáky (Hg.), *Orte des Gedächtnisses*, Wien 2000; Pim den Boer / Willem Frijhoff (Hg.), *Lieux de mémoire et identités nationales*, Amsterdam 1993.

57 Etienne François, »Eine Geschichte der deutschen Erinnerungsorte: Warum? Wie?«, in: Alexandre Escudier (Hg.), *Gedenken im Zwiespalt. Konfliktlinien europäischen Erinnerns*, Göttingen 2001 (Genshagener Gespräche 4), S. 77-89; vgl. Etienne François / Hagen Schulze (Hg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, Bde. 1-3. München 2001; Elke Stein-Hölkeskamp / Karl-Joachim Hölkeskamp (Hg.), *Erinnerungsorte der Antike. Die römische Welt*, München 2006.

58 Marcin Kula, *Nośniki pamięci historycznej* [Die Träger der historischen Erinnerung]. Warszawa 2002; Marek Czapliński / Hans-Joachim Hahn / Tobias Weger (Hg.), *Schlesische Erinnerungsorte: Gedächtnis und Identität einer mitteleuropäischen Region*, Görlitz 2005; Robert Traba, *»Wschodniopruskość«. Tożsamość narodowa i regionalna w kulturze politycznej Niemiec* [»Ostpreußentum«. Nationale und regionale Identität in der politischen Kultur Deutschlands], Poznań 2005 (Poznańskie Towarzystwo Pryjaciół Nauk, Wydział Historii i Nauk Społecznych, Prace Komisji Historycznej 64).

59 Helmut König, *Die Zukunft der Vergangenheit. Der Nationalsozialismus im politischen Bewusstsein der Bundesrepublik*, Frankfurt a.M. 2003; Peter Oliver Loew, »Zwillinge zwischen Endecja und Sanacja. Die neue polnische Rechtsregierung und ihre historischen Wurzeln«, in: *Osteuropa* 11 (2005), S. 9-20; vgl. »Krise zwischen Ungarn und Slowaken eskaliert. Neue Ausfälle belasten die bilateralen Beziehungen«, in: *Die Welt* vom 8.6.2006.

60 Koselleck, »Gebrochene Erinnerung? Deutsche und polnische Vergangenheiten«, a.a.O., hier S. 29.

Besuchen Sie uns im Netz
www. iwm.at/transit

Aleksander Smolar

GESCHICHTSPOLITIK IN POLEN

Politik und Vergangenheit

Das angestammte Tätigkeitsfeld von Politikern ist die Gegenwart, ihr Ziel die Gestaltung der Zukunft nach ihren Vorstellungen. Die Vergangenheit interessiert Politiker insofern, als die Veränderung oder Verstärkung des bestehenden Vergangenheitsbildes den Handlungsspielraum erweitern kann. »Geschichtspolitik« gehört damit zum Repertoire politischer Instrumente.

Diesen Begriff haben Vertreter der polnischen Rechten aus Deutschland übernommen, Politiker, die in den vergangenen Jahren in Deutschland paradoxerweise eine ernsthafte Bedrohung für Polen sahen, wenn nicht für seine territoriale Integrität, so doch für seine Identität, seine Stärke, seine Position in Europa. In Deutschland fungierte die Geschichtspolitik als Instrument zur Bekämpfung der Relikte des Nationalsozialismus, sie diente dem kritischen Umgang mit dem nationalen Erbe und der Verbreitung demokratischer Werte, sie propagierte Europa als gemeinsames Projekt seiner Nationen. Geschichtspolitik war ein Mittel zur Schaffung demokratischer Gesinnung in einem Land, dem die westlichen Besatzungsmächte die Demokratie übergestülpt hatten.

Die Apologeten der Geschichtspolitik in Polen streben eine Stärkung der Volksgemeinschaft an, sie wollen Selbstbewusstsein und Stolz auf die Leistungen früherer Generationen schaffen und für einen starken Auftritt auf der internationalen Bühne sorgen. Im Laufe des Wahlkampfs 2005 haben sich Donald Tusk und Lech Kaczyński nicht zufällig vor Bildern des patriotischen Historienmalers Jan Matejko ablichten lassen. Der eine ließ sich von *Batory vor Pskow* eine heroische Aura verleihen, der andere von der *Schlacht bei Tannenberg*. In Deutschland war die Geschichtspolitik die Antwort auf die Verbrechen des »Dritten Reichs« und den moralischen Niedergang der Gesellschaft. Im Polen der letzten Jahren war sie die Antwort auf den Pragmatismus und Indivi-

dualismus, den die politische und wirtschaftliche Transformation hervorgebracht hat. Sie war auch eine Reaktion auf den Schock, den die Aufdeckung des Verbrechens von Jedwabne verursacht hat, mit der der Mythos vom stets gerechten, heroischen und leidenden Polen in Frage gestellt wurde. Und nicht zuletzt war sie die Antwort auf die in Putins Russland und der Bundesrepublik produzierten jüngsten Lesarten der Geschichte, die als Bedrohung der moralischen Position Polens und seiner Interessen wahrgenommen wurden.

Politik und Wahrheit

Mit der Manipulation von Vergangenheitsbildern durch Politiker oder Ideologen unterschiedlicher Couleur sind wir tagtäglich konfrontiert. Wladimir Putin machte sich den 60. Jahrestag des Kriegsendes zunutze, um das Bild eines großen, unbesiegbaren Russlands zu präsentieren. Er bediente sich der Vergangenheit, um Russlands Position und internationale Großmachtrolle in der Zukunft festzuschreiben. Aus diesem Bild wurde die Tragödie von Abermillionen Opfern des Kommunismus in der UdSSR und außerhalb ihrer Grenzen getilgt. Für eine Anerkennung der Opfer des Verbrechens von Katyn etwa, wo 1940 über 20 000 Polen vom NKWD liquidiert wurden, war in diesem Bild kein Platz.

Die Geschichte wird von den Siegern geschrieben, aber nur bis zu einem bestimmten Zeitpunkt. Das heutige Deutschland ist kein Verliererland mehr, vielmehr kann es in vieler Hinsicht auf respektable Erfolge verweisen: bei der Etablierung der Demokratie, der Wirtschaftsentwicklung, seiner Rolle in Europa und der Welt. Deutschlands Weg zur Wiedererlangung der vollen Souveränität, dessen jüngste Etappe mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende der DDR begann, musste zwangsläufig auch den Blick auf die eigene Vergangenheit einschließen. Es bedürfte schon einer gehörigen Portion bösen Willens, wollte man Deutschland unterstellen, es wälze die Verantwortung für die Verbrechen des Zweiten Weltkriegs auf andere ab. Der amerikanische Journalist Nicholas Kulish eröffnete seinen Artikel über die Erinnerung der Deutschen mit den Worten: »Die meisten Ländern feiern die positivsten Seiten ihrer Vergangenheit. Deutschland wirbt erbarmungslos für seine negativsten.«[1]

Es stimmt allerdings auch, dass die Deutschen begonnen haben, offen über die Tragödie ihres Volkes während des Zweiten Weltkriegs und

danach zu sprechen, über das Schicksal der vielen Zivilisten, die fliehen mussten oder aus ihrer Heimat vertrieben wurden. In Polen wurde dies in gewissen Kreisen als Bedrohung polnischer Interessen wahrgenommen, als Gefahr für das Bild Polens in der Welt. Der Kampf gegen Erika Steinbach, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen und vormals in Europa nicht sonderlich bekannt, wurde für einige Jahre zu einer festen Größe polnischer Außenpolitik. Was bezweckten die Bekämpfung des Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin und die Entwicklung von Alternativprojekten zur Würdigung der Opfer ethnischer Säuberungen in Europa bis hin zum Vorschlag, in Danzig ein Museum des Zweiten Weltkriegs zu bauen, den Donald Tusk nach Berlin trug? Letztlich richteten sie sich gegen den Wandel der deutschen Erinnerung und seine Folgen. Die Befürchtung war, Polen könne eine Darstellung des Zweiten Weltkriegs und seiner Folgen drohen, die den Holocaust als Grundübel und die Vertreibungen als allgemeingültiges Phänomen des 20. Jahrhunderts einstuft, die die jüdischen und deutschen Opfer von Totalitarismus und Krieg ins Zentrum des Erinnerns rückt und damit die Verbrechen an anderen Völkern, etwa den Polen, in den Hintergrund drängt.

Eine extreme Lesart dieser Bedrohung hat, und das nicht nur einmal, Jarosław Kaczyński vorgestellt: »Uns droht eine Situation, in der in einigen Jahrzehnten, vielleicht auch schon früher, der Zweite Weltkrieg aus zwei großen Verbrechen bestehen wird: dem Holocaust, an dem angeblich Polen beteiligt waren, ferner der Aussiedlung der Deutschen, die gänzlich auf das Konto der Polen geht.«[2] Von ähnlichen Befürchtungen ließ sich die polnische Regierung vor einigen Jahren leiten, als sie die UNESCO aufforderte, den Titel »Konzentrationslager Auschwitz« zu ersetzen durch »Ehemaliges nazideutsches Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau«. Die Absicht ist so verständlich wie naiv. Mit bürokratischen Mitteln sollte die Wahrheit über eine gut 60 Jahre alte Tragödie festgeschrieben werden.

Geschichtspolitik

Die jüngsten polnischen Debatten um die Geschichte und ihren politischen Gebrauch sowie die Emotionen, die sie auslösten, mögen auf den ersten Blick erstaunen, scheint doch der Rahmen klar, in dem legitime staatliche Politik die Präsenz der Vergangenheit im öffentlichen Raum und Leben gestalten darf und soll. In den Zuständigkeitsbereich dieser

Politik fallen z.B. die Festsetzung staatlicher Feiertage, die Regelung patriotischer Bräuche und Rituale, die Einrichtung von nationalen Gedenkorten und von Museen, die Errichtung von Denkmälern zur Würdigung von für das nationale Gedächtnis bedeutsamen Menschen und Ereignissen, die Benennung von Straßen, die Förderung von Werken mit einer besonderen Bedeutung für das nationale Gedächtnis und Bewusstsein, die Erarbeitung von Lehrbüchern.

Wenn die Geschichtspolitik in Polen dennoch lebhafte Emotionen ausgelöst hat, so nicht hinsichtlich der dem Staat zugeschriebenen Rolle, sondern aufgrund des Milieus und der diesem Milieu nahestehenden politischen Kräfte, die die Geschichtspolitik zu einem Werkzeug der »moralischen Ertüchtigung«, einer »moralischen Revolution« umfunktioniert haben. Symbolhaft für diesen Wandel steht die Ummodelung des Instituts für Nationales Gedenken in eine Agentur des engstirnigen Nationalismus.

Der Begriff »Geschichtspolitik« selbst scheint fragwürdig, ist doch die Kombination von Geschichte – die als Wissenschaft methodologischer Disziplin gehorchen und um Objektivität und Wahrheitsfindung bemüht sein sollte – und Politik – die naturgemäß möglichst alles instrumentalisiert – nicht eben glücklich. Dennoch sind nicht alle Formen von »Geschichtspolitik« zu verwerfen. Es lassen sich mehrere Modelle unterscheiden, die ein Staat praktizieren kann:

– *Politik der Unterwerfung*. Hierbei handelt es sich um den Versuch der Machthaber, der Gesellschaft im Namen des Patriotismus ihre Werte und ihre Vision der Geschichte aufzuzwingen. Dieses Ziel lässt sich nur unter den Bedingungen von Diktaturen erreichen, nicht aber in einem modernen, offenen Gemeinwesen. Trotz zahlreicher beunruhigender Signale waren wir unter der Regierung der Partei »Recht und Gerechtigkeit« (PiS) weit entfernt von einer Umsetzung dieses Modells. Schon allein aufgrund der Tatsache, dass die Massenmedien pluralistisch geblieben sind und nur die öffentlich-rechtlichen Medien von der Regierungspartei kontrolliert wurden.

– *Politik des kalten Bürgerkriegs*. Hinter diesem Modell steht ebenfalls der Wunsch, der Gesellschaft eine bestimmte Vision der Vergangenheit aufzuzwingen, allerdings ist sich das Regime hier der Begrenztheit seiner

Möglichkeiten bewusst. Der Verzicht auf einen Frontalangriff geht hier einher mit dem permanentem Versuch, so viel Einfluss auf Information und Bildung zu gewinnen wie möglich, sich in den eroberten Kanälen und Institutionen zu verschanzen und sie der eigenen Logik zu unterwerfen. Dieses Modell entspricht der PiS viel mehr als das vorhergehende.

– *Politik des begrenzten demokratischen Konsenses.* Von einer asymmetrischen Integration kann man sprechen, wenn man akzeptiert, dass nicht alle gleichermaßen Recht haben und die Wahrheit nicht gleich verteilt ist. Dies schließt nicht aus, dass es einen grundlegenden Konsens über bestimmte Werte gibt wie Freiheit, Unabhängigkeit, Demokratie, Menschenrechte oder Rechtsstaatlichkeit, der auf eine zunehmende Integration der Gesellschaft und Konvergenz auf ein gemeinsames Narrativ hoffen lässt, bei gleichzeitiger Anerkennung einer fortgeschrittenen Differenzierung aufgrund voneinander abweichender Biographien, gesellschaftlicher Stellung, Weltanschauung oder ethnischer Herkunft. Ich will nicht verhehlen, dass mir dieses Modell am nächsten ist.

– *Politik der Differenzierung und des friedlichen Miteinander.* Dieses Modell beruht auf der Anerkennung einer Vielzahl koexistierender Werte, Vorstellungen von Patriotismus, Interpretationen historischer Fakten, konkurrierender Erinnerungen. Der Zusammenhalt des bunten Gemeinwesens wird nicht im kollektiven Gedächtnis, einer dominierenden Religion oder in nationalen Mythen gesucht, sondern in akzeptierten Regeln des Zusammenlebens, im Gefühl der Zugehörigkeit zu einer konkreten politischen Gemeinschaft gleichberechtigter Bürger. Unter den gegenwärtigen polnischen Bedingungen ist ein solches Modell kaum zu realisieren.

Zusammenfassend ließe sich über diese vier Modelle von Geschichtspolitik sagen, dass in den Jahren 1989-2005 das dritte dominant war. Mit dem Sieg der PiS und der Regierungskoalition aus PiS, Samoobrona und LPR hat sich die Geschichtspolitik jedoch schnell dem zweiten Modell angenähert, der »Politik des kalten Bürgerkriegs«. In den öffentlich-rechtlichen Medien waren auch Elemente einer »Politik der Unterwerfung« zu beobachten.

Symbolisch für die Geschichtspolitik der »IV. Polnischen Republik« kann der von der genannten Koalition ins Strafgesetzbuch eingebrachte

Paragraph 132a stehen: »Wer das polnische Volk öffentlich der Teilnahme, Organisation oder Verantwortung für kommunistische oder nazistische Verbrechen beschuldigt, wird mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft.«

Zwei Geschichten vom neuen Polen

Das wichtigste geschichtspolitische Unternehmen der vergangenen Jahre, insbesondere während der PiS-Regierung, war die Popularisierung der polnischen Geschichte nach 1989. Lange war eine eher apolitische, auf Konsens bedachte und von Optimismus getragene Erzählung dominant, in welcher der »Runde Tisch« als Gründungsmythos fungierte und die Erlangung vollständiger Souveränität, der Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft und schließlich der Beitritt zur NATO und zur Europäischen Union als Erfolge verbucht wurden. Zwar existierten auch andere Narrative, sie waren aber kaum von Bedeutung. Das änderte sich mit Beginn unseres Jahrzehnts. Man begann, den Einfluss der postkommunistischen Eliten, ihre Symbiose mit den Geheimdiensten, mit der Mafia und mit einem Teil der ehemaligen *Solidarność* angeblich kommunistischer Provenienz in den Mittelpunkt zu rücken. Die fragile polnische Demokratie wird nun als »Fassade« beschrieben, sie werde beherrscht von Oligarchen, sei umschlungen von den Tentakeln der allgegenwärtigen und allmächtigen »Kartelle«. Diese Umwertung der Transformationszeit wurde von der PiS schließlich noch um ein gesellschaftskritisches Motiv ergänzt, die Ungerechtigkeiten des Übergangs, in dessen Verlauf die Eliten privilegiert und breite Schichten der Gesellschaft marginalisiert worden seien. Polen nach 1989 wurde bezeichnet als »Volksrepublik Polen II«, »postkommunistisches Monstrum«, »UBekistan« (UB ist das Kürzel für Urząd Bezpieczeństwa, den ehemaligen kommunistischen Geheimdienst).

Dieses Geschichtsnarrativ verhalf weder zu einem besseren Verständnis der Gegenwart noch eröffnete es Perspektiven für die Zukunft. Seine Stärke war vielmehr der Protest, die Wut, der »Biss in den Wisent-Arsch«, um mit dem Dichter Jarosław Marek Rymkiewicz zu sprechen, der diese Metapher prägte. Er wollte damit das Verdienst Jarosław Kaczyńskis würdigen, Polen endlich auf Trab gebracht zu haben. Doch wozu? Wohin? Kann das Polen der Zeit nach 1989, in dem die Gesellschaft in vielen zentralen Bereichen schmerzhaften radikalen Verände-

rungen unterworfen wurde, mit einem apathischen Rindvieh verglichen werden?

Die Anhänger der IV. Republik denken weder in historischen Kategorien, noch im Rahmen realer politischer Wahlmöglichkeiten, die stets bestimmt sind durch die Beschränkungen der Zeit, des Wissens, des Könnens und der zur Verfügung stehenden Mittel. Sie suchen ihre Antworten in der Theologie einer kommunistischen Erbsünde und der Dämonologie einer Verschwörung gegen das wahre Polen. Die Apologeten der neuen Geschichtspolitik scheinen auch kein Interesse zu haben an der Entwicklung der anderen postkommunistischen Ländern – ein Vergleich, der zeigen würde, dass diese mit ganz ähnlichen Transformationsproblemen zu kämpfen haben, ohne freilich gleich die halbe Gesellschaft zu kriminalisieren.

Auch Reflexionen, Analysen oder wenigstens Informationen zu möglichen, nicht auf das kommunistische Erbe projizierbaren Ursachen für unsere unbestreitbaren Schwächen sucht man bei den Verfechtern der IV. Republik vergebens. Für Piotr Sztompka sind die Jahre nach 1989 durch vier große Prozesse geprägt, die jeweils die ganze Gesellschaft und jeden einzelnen Bürger stark traumatisiert haben: Transformation, Modernisierung, Globalisierung und europäische Integration. Die Gesellschaften unserer Region waren dem unerhörten Druck dieser simultanen Prozesse ausgesetzt. So also sah der träge Wisent aus, bevor Jarosław Kaczyński ihn gebissen hat.

Die Ursache unserer Schwächen und Pathologien sei, so der Historiker und Ökonom Jacek Kochanowicz, nicht allein im Erbe des Kommunismus zu suchen, sondern auch in der ökonomischen Rückständigkeit Polens, unter der die Mittelschicht häufig parasitär auf Kosten des Staates lebe und um Posten, Verträge und Lizenzen kämpfe, während die schlecht bezahlten Beamten empfänglich für Schmiergelder seien. Die Mittelschicht sei an einem wachsenden Staat interessiert, weil dann neue Posten entstehen, die wachsende Zahl von Verordnungen biete immer mehr Möglichkeiten für Schlupflöcher und illegale Einkünfte.[3] Kochanowiczs Argumentation könnte noch ergänzt werden um weitere Faktoren wie die nur schwach ausgebildete Tradition moderner Eigenstaatlichkeit, der mangelnde Respekt gegenüber dem Staat, die schwache Zivilgesellschaft. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass das aus dem Kommunismus stammende Erbe mangelnder politischer Kultur eben durch die PiS-Regierung

illustriert wurde, die sich auf eine repressive Politik und das Auswechseln von Kadern beschränkte und darüber die Reform der Institutionen vernachlässigte und demokratischen Regeln keine Beachtung schenkte.

Geschichte und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Der amerikanische Publizist Jim Hoagland bezeichnete Europa als einen Kontinent, der im Gegensatz zu den zukunftsorientierten USA »von der eigenen Vergangenheit und Erinnerung kolonisiert« sei.[4] In der Tat stellt die radikale Geschichtspolitik unter den Brüdern Kaczyński eine intensive Kolonisierung Polens dar. Bogdan Zdrojewski, Minister für Kultur und nationales Erbe in der Regierung Donald Tusks, äußerte unlängst seine Besorgnis angesichts der Folgen dieser Politik, und warnte, Polen könne »ein Land der Museen und Nekropolen« werden. Sein Amtsvorgänger Kazimierz M. Ujazdowski, Minister der PiS-Regierung, antwortete in seinem Blog, dass »der moderne Staat keine Aktiengesellschaft ist, kein schlichter Verband wirtschaftlicher Interessen. Historische Tradition ist ein starkes Bindemittel für Bürger- und Staatsgesellschaft, sie ist von erheblicher Bedeutung für Bildung und Förderung.«[5] Das ist richtig, es kommt aber darauf an, was und wie gelehrt wird, was und wie gefördert. Wichtig ist zudem, dass staatliche Geschichtsdidaktik in modernen Demokratien nicht das einzige und auch nicht das wichtigste Bindemittel für die Gesellschaft ist. Häufig ist sie ganz einfach ein aufdringliches Propagandainstrument.

Die Hinwendung zur Vergangenheit als Bindemittel entsprang in Polen nach 1989 nicht zuletzt dem Bedürfnis, die Folgen der Herrschaft des Kommunismus und seiner Mechanismen zur Atomisierung der Gesellschaft zu überwinden, aber auch die Folgen der Transformationsjahre, als Eigeninitiative, Ehrgeiz und Durchhaltevermögen gefragt waren. Die III. Republik des nationalen Nihilismus zu bezichtigen, so die Sprachregelung der Kaczyński-Revolutionäre, entbehrt gleichwohl jeglicher Grundlage. Erinnert sei nur an die radikalen Veränderungen des Systems, die allein schon eine de facto-Verurteilung der kommunistischen Ära bedeuten. Und haben die Kritiker schon die nach 1989 praktizierte Geschichtspolitik vergessen, die drastischen Veränderungen von Medieninhalten und Geschichtsbüchern, die Wiedereinrichtung der Feiertage des 3. Mai und 11. November, den Sturz der kommunistischen Denkmäler und die Um-

benennung von Straßen, die Aberkennung des Veteranenstatus für Geheimdienstfunktionäre, die Rehabilitierung politischer Häftlinge? Haben sie vergessen, dass das heftig umstrittene Institut für Nationales Gedenken schon seit dem Jahr 2000 existiert?

All diese Initiativen sollten nicht vergessen werden. Zugleich liegen die Ursachen auf der Hand, warum in Polen das Bedürfnis nach einem affirmativen Geschichtsbild wuchs, das dann von den Verfechtern der IV. Republik bedient wurde.

Um die Voraussetzungen für eine moderne Demokratie zu schaffen, setzte man nach 1989 weniger auf das Gemeinschaftsgefühl als auf Ehrgeiz und individuelle Ziele. Das Prinzip Sicherheit und Stabilität wurde zusehends durch das Prinzip Risiko abgelöst, das Chancen eröffnet, aber auch bedrohlich wirken kann. Auf das Monopol folgte die Konkurrenz. Das Gebot des Glaubens an die eine Wahrheit fiel und machte dem Pluralismus von Informationen und Meinungen Platz.

Stephen Holmes, der amerikanische Philosoph und aufmerksame Beobachter der Veränderungen in unserer Region, hat für die Probleme ehemals kommunistischer Länder eine griffige Formel gefunden: Schwache Staaten mit schwacher Bindung an schwache Zivilgesellschaften und mit schwacher Marktwirtschaft.[6] In dieser Formel sind die Ursachen für die schwache Integrationsfähigkeit von Staat, Zivilgesellschaft und Markt enthalten.

In den modernen Gesellschaften der entwickelten Demokratien Westeuropas spielen der Wohlfahrtsstaat und die soziale Dimension der Staatsbürgerschaft eine zentrale Rolle für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Redistributionsmechanismen sollen die Voraussetzungen für die Gleichheit der Bürger schaffen, sie sollen garantieren, dass alle gleichermaßen von ihren politischen Rechten Gebrauch machen können. In Krisenzeiten wie heute verlieren diese Mechanismen überall deutlich an Effizienz. In Polen spielt die Redistribution des Nationaleinkommens zwar eine wichtige Rolle, doch die aus der kommunistischen Zeit übernommene Erwartungshaltung fördert nach wie vor den Eindruck, der Staat habe sich seiner elementaren Pflichten entledigt. In weiten Teilen der Bevölkerung herrscht ein starkes Empfinden von Ungerechtigkeit.

Ralf Dahrendorf schrieb einmal über die moderne Demokratie als kaltes Projekt, das keine Gefühle mobilisiere, nicht zu den Emotionen der Bürger vordringe. In Polen hat das »kalte« Projekt der Transformation

sicherlich die Hinwendung zur Vergangenheit gefördert – allerdings auf eine zuvor kaum vorstellbare Weise. Die von den Kaczyńskis vorangetriebene Kolonisierung Polens durch Vergangenheit und Erinnerung hat dazu geführt, dass Politik im eigentlichen Sinne immer wieder durch Geschichtspolitik ersetzt wurde, besonders deutlich in der Außenpolitik.

Was uns trennt – Geschichtspolitik und Europäische Union

Die Erweiterung der Europäischen Union am 1. Mai 2004 war in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht ein enormer Erfolg. In vielen Ländern Westeuropas wurde das aber nicht so wahrgenommen. Das »Nein« der Franzosen und Niederländer zur Europäischen Verfassung wie das »Nein« der Iren zum revidierten Verfassungsvertrag war wohl nicht zuletzt gegen die Osterweiterung gerichtet. Sicherlich spielte das Gefühl des schwindenden Einflusses auf das eigene Schicksal in einem immer größer werdenden politischen Gebilde eine Rolle, genauso wie die Furcht vor drohender Konkurrenz aus Ländern mit niedrigen Lohnkosten und Steuern. Zu wenig berücksichtigt wurde allerdings bislang ein weiterer Faktor, der für die innereuropäischen Beziehungen von großer Bedeutung ist – die Wahrnehmung der Neuankömmlinge im europäischen Haus als Fremde.

Sie entspringt zu einem guten Teil dem mangelnden historischen Zusammengehörigkeitsgefühl der Europäer.[7] So wie sich Westeuropa in den Nachkriegsjahrzehnten gezielt um ein gemeinsames Bild der Vergangenheit bemüht hat, muss auch das erweiterte Europa das heute tun. Gemeinsame Erinnerung schafft gegenseitiges Vertrauen, ein Gefühl der Mitverantwortung, der Solidarität. Solange wir von der gemeinsamen Erinnerung ausgeschlossen werden oder uns selbst ausschließen, sind wir keine vollwertigen Mitbürger der Union. Ernest Renans Reflexionen über die Nation haben nichts an Aktualität verloren:

> In der Vergangenheit ein gemeinschaftliches Erbe von Ruhm und von Reue, in der Zukunft ein gleiches Programm verwirklichen, gemeinsam gelitten, sich gefreut, gehofft haben – das ist mehr wert als gemeinsame Zölle und Grenzen (...). Das ist es, was man ungeachtet der Unterschiede von Rasse und Sprache versteht. (...) Ja, das gemeinsame Leiden eint mehr als die Freude. Die nationalen Erinnerungen und die Trauer wiegen mehr als die Triumphe, denn sie erlegen Pflichten auf, sie gebieten gemeinschaftliche Anstrengungen. Eine Nation ist also eine große Solidargemeinschaft, getragen von dem Gefühl der Opfer, die man gebracht hat, und der Opfer, die man noch zu bringen gewillt ist.

> Sie setzt eine Vergangenheit voraus, aber trotzdem fasst sie sich in der Gegenwart in einem greifbaren Faktum zusammen: der Übereinkunft, dem deutlich ausgesprochenen Wunsch, das gemeinsame Leben fortzusetzen. Das Dasein einer Nation ist (...) ein täglicher Plebiszit, wie das Dasein des einzelnen einen andauernde Behauptung des Lebens ist.[8]

Was Ernest Renan hier formuliert, war auf die Nation bezogen. Europa ist keine Nation und wird auch keine werden, doch Renans Worte lassen sich gut auf Europa übertragen.

Die starken Bande innerhalb der alten Europäischen Gemeinschaft, besonders zwischen den sechs Gründerstaaten, basierten nicht nur auf einem gemeinsamen Markt und gemeinsamen Gesetzen, auf Elementen einer gemeinsamen Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik, sondern auch auf immer engeren Verbindungen zwischen den Gesellschaften der Mitgliedsländer. Von zentraler Bedeutung waren dabei die Bildung, das Bestreben, die Geschichtsbilder anzunähern, und die Verständigung auf ein gemeinsames Narrativ für die Entstehung der Gemeinschaft. Kurz, eine Verschränkung von nationaler und europäische Geschichtspolitik. Ihr Ausgangspunkt war kein idealisierter Gründungsmythos, kein »Goldenes Zeitalter«, sondern im Gegenteil die Apokalypse des Krieges und das »Nie wieder«. Dank einer umsichtigen Politik der Staaten und Nationen gelang es, das freie Europa immer besser zu integrieren, angefangen mit der Montanunion über die Römischen Verträge und Maastricht bis – so das Ziel – zu einer gemeinsamen Verfassung. Doch hier ist es in dieser eindrucksvollen Erfolgsgeschichte zu einem Bruch gekommen.

Die Polen sind mit ihrer Andersartigkeit in die Europäische Union gekommen, mit ihrem eigenen Geschichtsbild, das von dem im Westen vorherrschenden in wesentlichen Punkten abweicht. Von großer Bedeutung ist hierbei die *Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg.* Das Kapitel des Krieges ist im Westen längst abgeschlossen. Der Aufbau eines gemeinsamen Europa hat ein Ende der Trauer, der Aufrechnungen, der Forderungen nach Wiedergutmachung ermöglicht. Deutschland hat das Gefühl, nach Jahrzehnten der »Erinnerungsarbeit«, mit der Anerkennung der Naziverbrechen und dem Bekenntnis zu einer soliden Demokratie der Welt wieder in die Augen sehen zu können. Von unserer Seite gestaltet sich die Angelegenheit komplizierter. Der Krieg ist im Gedächtnis der Polen und der anderen Nationen der Region deutlich stärker verankert. Die Brutalität, der Vernichtungscharakter des Zweiten Weltkrieges gehörten hier

im Gegensatz zum Westen zum Alltag. Die späte Wiedererlangung voller Souveränität 1989 und die Besorgnis um den Platz Polens in Europa, um die nationale Sicherheit hatten wesentlichen Einfluss auf die deutsch-polnischen Beziehungen. Wir haben hier nicht das Gefühl von Sicherheit, das Franzosen, Belgier oder Niederländer genießen. Die westlich der Oder immer stärker werdende Erinnerung an die eigenen Tragödien während des Krieges und nicht mehr nur an die von Deutschen verübten Verbrechen hat in Polen eine Besorgnis ausgelöst, die von Politikern und Journalisten, nicht nur aus dem Umfeld der PiS, für politische Zwecke missbraucht wurde. Von Deutschland wird die Anerkennung der Kriegsverbrechen besonders gegenüber Polen erwartet, außerdem die Lossagung von all jenen Elementen deutscher Geschichtspolitik, die in Polen als Bedrohung der eigenen Interessen und der Position Polens als Opfer von Aggression und Verbrechen seitens der Deutschen wahrgenommen werden.

Aber es ist natürlich auch die *Erinnerung an den Kommunismus und die UdSSR,* die Polen und seine ebenso betroffenen Nachbarländer radikal von ganz Westeuropa unterscheidet. Der Westen hat die Erfahrung des »real existierenden Sozialismus« nicht gemacht, der Polen von 1939-1941 und nach dem Krieg für weitere 45 Jahre ausgesetzt war. Die westliche Erinnerung an den Kommunismus war an die starken kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien gebunden, in anderen Ländern des freien Europas war der Einfluss der Kommunisten geringer. Der Kommunismus wurde darüber hinaus mit der Bedrohung durch die Sowjetunion während des Kalten Krieges in Verbindung gebracht, wobei die Präsenz der Vereinigten Staaten in Europa und der Raketenschild der USA das Bedrohungspotential minderten.

Die westlichen Erfahrungen des Kommunismus stehen jedoch in keinem Verhältnis zu der Tragik und banalen Alltäglichkeit derjenigen Polens und der anderen Satellitenstaaten Ostmitteleuropas. Dies erklärt, warum sich Polen und die ostmittelosteuropäischen Nationen durch eine Interpretation der Geschichte bedroht sehen, aus der der Hitler-Stalin-Pakt, Katyn, die sowjetische Besatzung und ein halbes Jahrhundert sowjetischer Dominanz nach dem Krieg verschwunden sind. Hier geht es nicht nur um Geschichte, sondern auch um Politik, um Vergangenheit, aber auch um Zukunft. Und dies um so mehr, als die aus konkurrierenden Erinnerungen resultierenden Probleme durch politischen und ökonomischen Druck verschärft werden können. Die divergierenden historischen Erfah-

rungen, die unterschiedliche Last der Erinnerungen an die Beziehungen zu Russland und der UdSSR bedingen neben wirtschaftlichen und strategischen Gesichtspunkten das so unterschiedliche Verhältnis Warschaus, Prags, Berlins, Londons oder Roms zu Putins Russland. Besonders deutlich wird dies am Beispiel der geplanten Gaspipeline, die nach einem Vertrag zwischen Moskau und Berlin und mit der Unterstützung zahlreicher westeuropäischer Länder auf dem Grunde der Ostsee verlegt werden soll. Zugleich hat der brutale Druck in Energiefragen, den Moskau gegenüber der Ukraine, Belarus, Georgien und andere Staaten der Region ausübt, auch den Westen nicht unbeeindruckt gelassen. Diese Erfahrung hat auf beiden europäischen Seiten zu einer gewissen Annäherung in der Wahrnehmung Russlands geführt.

Waren die Beziehungen Polens zu Deutschland und Russland in den vergangenen Jahren geprägt von einer Zuspitzung des »Erinnerungskampfes« und wachsender Unruhe in der Gesellschaft, so scheint das Verhältnis zur Ukraine ein Gegenbeispiel zu liefern. Die guten polnisch-ukrainischen Beziehungen (unter Präsident Aleksander Kwaśniewski genauso wie unter Lech Kaczyński) tragen zu einer beidseitigen Anerkennung der Verbrechen der Vergangenheit bei und fördern so die Entschärfung schmerzhafter Erinnerungen, die einer Aussöhnung bisher im Wege standen.

Von der in der »alten« Union dominanten Erinnerung weicht auch die polnische Lesart der *Rolle der USA in der Geschichte des modernen Europa* ab. Im westlichen Teil des Kontinents verblasst die Erinnerung an Amerikas Rolle bei der Befreiung Europas vom Hitlerregime oder beim Schutz des Westens vor der UdSSR während des Kalten Krieges. Als Charles de Gaulle die französischen Truppen aus den militärischen Strukturen der NATO abzog und gleichzeitig forderte, die amerikanischen Truppen sollten sein Land verlassen, fragte der damalige amerikanische Außenminister ironisch, ob Washington auch die Gräber der amerikanischen Soldaten evakuieren solle, die im Kampf für die Freiheit Frankreichs gefallen sind. Für das polnische Gedächtnis ist die Nachkriegsgeschichte Westeuropas untrennbar mit der Geschichte der Vereinigten Staaten verbunden. Eigentlich war es die Geschichte des Westens, in der den USA seit dem Zusammenbruch Europas 1945 eine tragende Rolle zukommt. Rückblickend ließe sich sogar behaupten, dass der Enthusiasmus, den 1989 die Parole von der »Rückkehr nach Europa« in unserer gesamten Region auslöste, eigentlich die Rückkehr in den Westen meinte.

Eine wesentliche Quelle für das unterschiedliche historische Erinnern in Europa sind auch *der Holocaust und das Schicksal der europäischen Juden*. Die Europäische Gemeinschaft ist entstanden, um eine Wiederkehr der Verbrechen des Zweiten Weltkriegs zu verhindern. Gleichzeitig wurde die Vernichtung der Juden nach dem Krieg für zwei Jahrzehnte aus der Erinnerung ausgeblendet. Der Europahistoriker Tony Judt schrieb sogar, der Aufbau der Europäischen Gemeinschaft gründe auf einem Pakt des Nichterinnerns.[9] Europa war schließlich geschlagen aus diesem Krieg hervorgegangen. Das Problem der Judenvernichtung als einer gesonderten und für den Charakter des Nationalsozialismus grundlegenden Erscheinung wurde in Schweigen gehüllt. In den folgenden dreißig Jahren eroberte sich die Erinnerung an den Holocaust nach und nach einen zentralen Platz im Gedächtnis des Westens (in den Vereinigten Staaten noch mehr als in Westeuropa). Ein paradoxer Effekt dieses Prozesses war, dass die durch Hitlerdeutschland verursachten Leiden anderer Völker und die Verbrechen des Kommunismus in den Hintergrund gedrängt wurden. Als weitere Folge ergab sich eine wesentliche Akzentverschiebung: Die Geschichte der Vernichtung, Verfolgung und des Leids nahm zusehends den Platz der Geschichte heroischer Taten und des Widerstandskampfes ein.

Den Ländern Mittel- und Osteuropas, die eigentlich erst nach der Wiedererlangung ihrer Souveränität 1989 begannen, sich mit dem Erbe des Holocaust auseinanderzusetzen, fällt es schwer, eine Lesart der europäischen Vergangenheit zu akzeptieren, die den Juden gewissermaßen einen zentralen Ort zumisst. Zum ersten haben ein halbes Jahrhundert Kommunismus und Schweigen über den Holocaust das Verständnis der Spezifik des jüdischen Martyriums nicht eben erleichtert. Zum zweiten gab es hier nicht nur Millionen jüdischer Opfer, sondern auch Millionen polnischer, russischer und weiterer Opfer. Zum dritten gab es hier neben den Opfern des Nazismus auch zahlreiche Opfer des Kommunismus. Zum vierten galten die Juden, die Opfer der Hitlerverbrechen, im Gedächtnis der Völker dieser Region vom Baltikum bis Rumänien auch als mitverantwortlich für die Verbrechen des Sowjetregimes. Die im Polnischen weit verbreitete Gleichsetzung von Judentum und Kommunismus im populären nationaldemokratischen Wort von der »Żydokomuna« ist ein Erbe des Antisemitismus vor dem Krieg. Natürlich wäre Polen auch ohne Juden nach dem Krieg der Kommunismus aufgezwungen worden. Aber die relativ große Zahl von Juden im Staatsapparat galt als Bestätigung der übelsten Vorur-

teile. Juden wurden, wie das häufig mit nationalen Minderheiten in Imperien geschieht, während der ersten Phase der kommunistischen Herrschaft in vielen Staaten Ost- und Mitteleuropas gegen die jeweiligen Mehrheiten vor Ort eingesetzt. So auch während der sowjetischen Besetzung 1939-1941. Dieser Umstand hat die Überwindung des antisemitischen Erbes erschwert. Er erschwert bis heute die Anerkennung und Annahme der Tragödie der polnischen und europäischen Juden. Aus westeuropäischer Sicht kann es nur unverständlich und inakzeptabel erscheinen, dass es in einem Land wie Polen zu antisemitischen Äußerungen kommt, in einem Land, in dem die größten Verbrechen des Hitlerregimes begangen wurden, in dem es nach dem Krieg zu Pogromen an Juden kommen konnte. Wie ist es möglich, dass gleich nach 1989 Kämpfe um die symbolische Herrschaft über das Lager in Auschwitz ausgefochten wurden, dass man heute bei vielen Priestern auf offenen Antisemitismus stößt und unlängst mit der Liga der Polnischen Familien (LPR) eine offen antisemitische Partei mitregierte?

Weder der polnisch-deutsche noch der polnisch-russische Gedächtniskonflikt sind die Ursache für die Krise der polnischen Identität, sie können es auch gar nicht sein. Wer Henker war und wer Opfer, steht außer Frage. Anders verhält es sich mit den polnisch-jüdischen Beziehungen. Der Schock über das tatsächliche Verhältnis eines Großteils der polnischen Bevölkerung zu den Juden während des Krieges und danach war unter anderem auf das bis vor kurzem noch vorherrschende und heute noch weit verbreitete Unschuldsbewusstsein der Polen zurückzuführen – die Überzeugung, die Polen seien stets die Opfer anderer gewesen, ohne dass je andere ihnen zum Opfer gefallen sein könnten. Die Verbrechen von Jedwabne und anderswo, die Pogrome nach dem Krieg haben die Frage nach dem Verhältnis zu den Juden auf dramatische Art und Weise ins Zentrum der polnischen Debatte gerückt und einen Schock ausgelöst.

So paradox es klingen mag, aber jenseits der Aufmerksamkeit des Westens und auch Polens vollzieht sich eine fundamentale Verbesserung der polnisch-jüdischen Beziehungen. Nicht aufgrund von Gesten der Anteilnahme, des Gedenkens oder der Versöhnung, sondern infolge des polnischen Engagements im Irak an der Seite der Amerikaner. Ob Saddam Hussein die Sicherheit Polens oder der USA gefährdet hat, darf bezweifelt werden, ganz bestimmt stellte er aber ein Sicherheitsrisiko für Israel dar. Polen ist mit seiner Haltung in der Irakfrage nolens volens zu einem

strategischen Partner Israels geworden. Auch hat das Bündnis zwischen Polen und den USA und die Absenz antiisraelischer Tendenzen in der polnischen Außenpolitik dazu geführt, dass Israel und internationale jüdische Verbände sich um die Unterstützung Polens innerhalb der Europäischen Union bemüht haben, aus der in den vergangenen Jahren vermehrt antiisraelische Töne zu vernehmen waren.

Die Unfähigkeit des »alten« Europa, sich mit unseren Erfahrungen und unserer Geschichte vertraut zu machen, betrifft nicht nur weiter zurückliegende Zeiten, sondern auch die jüngste Geschichte. Ein anschauliches Beispiel für diese Spaltung liefern *die Rolle und der Ort des Jahres 1989*. Für das postsowjetische Europa war dieses Datum von elementarer Bedeutung. In diesem Moment schloss sich der tragische Kreis, der für Tschechen und Slowaken 1938 begonnen hatte, für Polen am 1. September 1939, für andere Länder der Region noch später: Krieg, sowjetische Dominanz und Herrschaft des Kommunismus. 1989 bedeutete für Polen außerdem die Krönung der *Solidarność*-Bewegung von 1980/81, für den gesamten postsowjetischen Raum den Zusammenbruch des Kommunismus, herbeigeführt durch mehr oder weniger starke Emanzipationstendenzen der einzelnen Nationen. Für Westeuropa, aber auch für die USA rückte zusehends die geopolitische Dimension in den Vordergrund: 1989 als Spiel der Großmächte. Nicht zufällig ist die Berliner Mauer zum Symbol der großen Umbrüche geworden, die doch in Polen begonnen hatten. Aber es war das geteilte Berlin, das im Westen den Kalten Krieg, die Teilung Europas, die Bedrohung des Westens versinnbildlichte.

Ein weiterer Erfahrungsbereich, der uns von der »alten Union« trennt, betrifft das *Gedächtnis der europäischen Integration*. Die im westlichen Teil des Kontinents dominante Erzählung über die Schaffung eines gemeinsamen Europas lässt uns außen vor, sie schweigt uns tot. In dieser Erzählung ist Europa Westeuropa, es ist eine Erzählung, die über zwei Generationen verinnerlicht und kanonisiert wurde und die das Gedächtnis der Westeuropäer strukturiert. Sie können sich nur schwer mit unserer Geschichte identifizieren, aber wir uns auch kaum mit ihrer, an der wir schließlich nicht teilnehmen konnten. Die Polen können auch nur schwer einsehen, warum die Gründungsmitglieder der Union beispielsweise die fundamentale Bedeutung der deutsch-französischen Versöhnung für ein geeintes Europa als naturgegeben betrachten. Die neuen Mitglieder, die an der Schöpfung der EU nicht beteiligt waren, kann dieser Mythos kaum

beeindrucken, und es wundert sie, warum der Führungsanspruch der beiden Länder so lange unangefochten blieb. In einer immer größer und immer vielfältiger werdenden Union ist der Führungsanspruch zweier Staaten, so groß und verdienstvoll sie auch seien, kaum noch zu rechtfertigen. So sieht es auch eine zunehmende Zahl westeuropäischer Länder.

Und noch ein weiteres wesentliches Element des historischen Gedächtnisses sei erwähnt, das Europa spaltet – die *Rolle der kolonialen und imperialen Vergangenheit*. Sie berührt die neuen Mitglieder der Europäischen Union nicht. Vielmehr waren sie die Opfer der Feldzüge der Imperien dieser Region, des russischen, deutschen, österreichisch-ungarischen oder osmanischen Reiches. Sie haben ein kompliziertes, häufig negatives Verhältnis zu ihren Nachbarn hinter sich, oft ist auch das Verhältnis zu nationalen Minderheiten belastet. Aber das ist etwas ganz anderes als die imperiale und koloniale Vergangenheit westeuropäischer Länder, die deren Identität und das Verhältnis zu den ehemaligen Kolonien stark mitprägt. Die berühmt gewordene Entgleisung Jacques Chiracs (nach dem sog. »Brief der Acht«, einem offenen Brief von acht Staaten, die 2003 für die USA Partei ergriffen), der den neuen Ländern eine schlechte Kinderstube attestierte und erklärte, sie hätten eine gute Gelegenheit zu schweigen verpasst, wäre an die Adresse ehemaliger Kolonien undenkbar gewesen. Polen und die anderen mitteleuropäischen Staaten gehörten anscheinend zu den Staaten, denen gegenüber der französische Präsident meinte, verbale Brutalität und Paternalismus walten lassen zu können.

Was uns verbindet

Wenn die beiden Teile Europas zusammenwachsen sollen, bedarf es nicht nur einer Marktpolitik und offener Grenzen, sondern auch einer europäischen Geschichtspolitik oder einer »Politik der Mentalität«, um mit Wolf Lepenies zu sprechen. Zweifellos besteht eine Spannung zwischen dem Bestreben, ein geeintes, offenes Europa zu errichten und zugleich die nationale Identität, das nationale Gedächtnis und die eigenständige Rolle Polens zu stärken. Die gefühlte Wertekrise und die Verlorenheit nach achtzehn Jahren tiefgreifender Veränderungen haben in Polen politischen Kräften Auftrieb gegeben, die die gegenwärtige Identitätskrise mit einer fragwürdigen Geschichtspolitik heilen wollen. Selbstverständlich müssen wir das Gefühl der Zugehörigkeit zur Nation und den Stolz auf Polen fördern.

Wir müssen darüber hinaus gemeinsam mit den anderen neuen Mitgliedsstaaten der Union versuchen, das europäische Geschichtsbild dahingehend zu verändern, dass unsere Erfahrungen und unser Blick auf die Geschichte angemessen berücksichtigt werden und so die historisch bedingte Distanz der beiden Teile Europas überwunden werden kann. Aber wir müssen uns ebenso als Europäer begreifen, die gegenüber Europa nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten haben. Wenn wir von der Europäischen Union die Garantie von Frieden und Stabilität und die Möglichkeit für Entwicklung und Wohlstand erwarten, sollten wir in den Köpfen der Bürger keine Mauern errichten – von den anderen Gesellschaften der Union sollten uns keine historischen Ängste, Ressentiments oder nationalen Mythen trennen.

Aus dem Polnischen von Thomas Weiler

Anmerkungen

1 Nicholas Kulish, »A Crisis of Remembrance. Honoring Nazi victims as witnesses fade«, in: *International Herald Tribune*, 29.01.2008.
2 Zitiert nach *Gazeta Wyborcza*, 09.-10.02.2008.
3 Jacek Kochanowicz, »Fantazmaty IV RP«, in: *Gazeta Wyborcza*, 03.04.2007.
4 Jim Hoagland, »Coming to Terms With the War: It's now or never«, in: *International Herald Tribune*, 09.04.1998.
5 Kazimierz Michał Ujazdowskis Blog: http://ujazdowski.salon24.pl/59566,index.html.
6 Stephen Holmes, »Cultural Legacies or State Collapse? Probing the Postcommunist Dilemma«, in: *Postcommunism: Four Perspectives*, Hg. Michael Mandelbaum, New York 1996, S. 22-76.
7 Vgl. hierzu Timothy Snyder, »Vereintes Europa – geteilte Geschichte«, in: *Transit* 28 (Winter 2004/2005), S. 168-171.
8 »Was ist eine Nation?« Vortrag in der Sorbonne am 11. März 1882, in: Michael Jeismann / Henning Ritter, *Grenzfälle - Über neuen und alten Nationalismus*, Leipzig 1993; Übersetzung von Henning Ritter.
9 Tony Judt, »The past is another country: myth and memory in post-war Europe«, in: Jan-Werner Müller (Hg.), *Memory and Power in Post-War Europe. Studies in the Presence of the Past*, Cambridge 2002, S. 157-183. Dt.: »Die Vergangenheit ist ein anderes Land. Politische Mythen im Nachkriegseuropa«, in: *Transit* 6 (Sommer 1993) S. 87-120.

Dirk Rupnow

TRANSFORMATIONEN DES HOLOCAUST
Anmerkungen nach dem Beginn des 21. Jahrhunderts

Transnationale Gedächtnispolitik

Die Erinnerung an den Holocaust ist in einem tiefgreifenden Wandel begriffen – ein Prozess, der spätestens seit der Jahrtausendwende sichtbar geworden ist und noch keinesfalls als abgeschlossen gelten kann: Die von Deutschen und Österreichern initiierten und mit ihren Komplizen europaweit systematisch an den Judenheiten der verschiedenen Länder verübten Massenverbrechen scheinen mittlerweile eine zentrale Bedeutung für die Konstitution einer europäischen Identität zugewiesen zu bekommen – zumindest auf der Ebene eines politisch inszenierten Selbstverständnisses.[1] Zusammen mit dem Zweiten Weltkrieg ist »Auschwitz« zum negativen Gründungsereignis Europas avanciert. Doch auch über die Grenzen Europas hinaus hat der Holocaust mittlerweile den Status einer negativen politischen und kulturellen Norm erlangt. In den Vereinigten Staaten wurde er aus innen- und außenpolitischen Gründen bereits in den 1980er und 1990er Jahren in die Konstruktion einer US-amerikanischen Erinnerung und Identität einbezogen. Im Hinblick auf den Charakter der USA als Einwanderungsland mit vornehmlich europäischen Wurzeln, auf die Begegnung US-amerikanischer Soldaten mit den NS-Gewaltverbrechen bei der Befreiung von Lagern gegen Ende des Zweiten Weltkriegs und die Rolle der USA bei der Durchführung von Kriegsverbrecherprozessen muss dies nicht unbedingt überraschen. Inzwischen gibt es allerdings auch in Japan, nahe Hiroshima, ein *Holocaust Education Center*, und in Kapstadt in Südafrika ein Holocaust-Museum. In den Debatten über das heimische Apartheid-Regime wurde die NS-Verfolgungs- und Vernichtungspolitik immer wieder als Vergleichspunkt herangezogen.

Vor allem aber legen die *Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research* (1998) und das *Stockholm International Forum on the Holocaust: A Conference on Education, Remembrance, and Research* (2000), das *Holocaust Outreach Programme* der Vereinten Nationen (2005) und die Etablierung des 27. Januar – des Tags der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz – als internationaler Gedenktag für die Opfer des Holocaust Zeugnis davon ab, dass der nationalsozialistische Völkermord längst zum Gegenstand einer transnationalen Geschichtspolitik geworden ist.[2] Schon seit 1979 ist das Lager Auschwitz-Birkenau Teil des UNESCO-Weltkulturerbes (mit einer Namensänderung von *Auschwitz Concentration Camp* in *Auschwitz Birkenau: German Nazi Concentration and Extermination Camp 1940-1945* auf Bitten der polnischen Behörden im Jahr 2007), das Ringelblum-Archiv aus dem Warschauer Ghetto wird von der UNESCO seit 1999 als *Witness to the Holocaust* im Weltdokumentenerbe-Register (*Memory of the World*) geführt.

Der Holocaust ist damit wohl das bisher einzige historische Ereignis, dessen Erinnerung auch auf supranationaler Ebene – jenseits der Nationalstaaten – und weltweit zu institutionalisieren und zu standardisieren versucht wird. Dies hebt ihn deutlich ab von anderen Geschehnissen, die eine vergleichbare transnationale Dimension aufweisen, wie etwa der Erste Weltkrieg, denen aber eine solche Aufmerksamkeit und Behandlung nicht zuteil wird. Die Anerkennung des Holocaust als paradigmatisches Menschheitsverbrechen und gegebenenfalls eigener Komplizenschaft mit den NS-Verbrechen ist ebenso wie die Position in Menschenrechtsfragen oder die Aufarbeitung eigener traumatischer und konfliktiver Vergangenheiten zum *billet d'entrée* zur westlichen Welt geworden.

Die transnationale Relevanz liegt bereits in den Ereignissen selbst und ihrer räumlichen Ausdehnung begründet: Fast der gesamte europäische Kontinent wurde während des Zweiten Weltkriegs zum Schauplatz von antijüdischer Diskriminierung, Raub und Massenmord. Die europäische und darüber hinaus die globale Dimension der Auseinandersetzung mit dem Holocaust ergibt sich jedoch nicht nur aus Emigration und Vertreibung aufgrund nationalsozialistischer Politik, sondern ist auch die Kehrseite des universalen, alle moralischen Schranken negierenden Anspruchs der rassistisch-antisemitischen Ideologie des Nationalsozialismus, die die

damaligen deutschen Massenverbrechen zu einer allgemeinen ethischen Herausforderung werden lässt.

Die nationalen Erinnerungskulturen sind keineswegs mehr abgeschottet voneinander, was sie im strengen Sinne wohl nie waren und erst recht im Zeitalter von globaler politischer und wirtschaftlicher Vernetzung und Kommunikation, aber auch des Massentourismus nicht mehr sein können. Die Interpretationen und Repräsentationen der Ereignisse des Holocaust sind währenddessen vielfältigen Veränderungen unterworfen. Viele europäische Nationen mussten ihre Nachkriegsmythen revidieren und sich mit ihrer Kollaboration und Mittäterschaft mit den von Deutschen initiierten und organisierten Verbrechen konfrontieren. Die forcierte Universalisierung des Holocaust-Gedenkens scheint tatsächlich nicht nur zu einer Durchsetzung der deutschen Massenverbrechen als eines globalen »*Lieu de mémoire*«, sondern teilweise auch zu einer Homogenisierung der Erinnerungskulturen geführt zu haben. Paradoxerweise produziert aber eben diese Universalisierung gleichzeitig eine Verschärfung der nationalen Besonderheiten und unterschiedlichen Perspektiven und führt keineswegs zu einer weltweiten Anerkennung der Singularität des von Deutschen, Österreichern und ihren europäischen Komplizen verübten Genozids am Judentum. Dies wird vom Schlagwort der »Globalisierung« der Holocaust-Erinnerung häufig verdeckt.[3] Ob es sich dabei nur um ein letztes Aufbäumen vor einer finalen Einebnung handelt, kann freilich noch nicht abgeschätzt werden.

Verschiedene Gruppen konkurrieren inzwischen um Aufmerksamkeit und einen Status als Opfer des Holocaust neben den Juden. Das heutige Bild kennt keinesfalls mehr ausschließlich Deutsche als Täter und Juden als Opfer. Nicht zuletzt durch die symbolischen Formen der Schuldeingeständnisse und Entschuldigungen und die ganz praktischen Versuche, die Verbrechen durch Restitution und Entschädigungsleistungen zu kompensieren, wurde der Holocaust weltweit zu einem Anknüpfungs- und Vergleichspunkt für andere historische und gegenwärtige Massenverbrechen, in der Hoffnung auf Wahrnehmung und »Wiedergutmachung« oder gegebenenfalls Intervention.

Nationale Gedächtnisse

In vielen Ländern Europas überlagern sich unterschiedliche historische Diktatur- und Gewalterfahrungen mit der Erinnerung an die deutsche Eroberungs- und Vernichtungspolitik. Der Umbruch in den kommunistischen Staaten Ost- und Mitteleuropas führte mit dem Auftauen durch die ideologische Pattstellung des »Kalten Krieges« eingefrorener Themen nicht nur zur Globalisierung der Holocaust-Erinnerung, sondern auch zur Historisierung des 20. Jahrhunderts. Seit 1989 konkurrieren vor allem die stalinistischen Verbrechen und die kommunistische Herrschaft in Osteuropa nach 1945 mit dem Holocaust um öffentliche Aufmerksamkeit, deren Opfer um politische Anerkennung. Aber auch andere autoritär-faschistische Systeme geraten in den Blick. Opfer- und Täterrollen sind nicht immer eindeutig zuzuweisen, die Positionen wechseln mit den historischen Umständen – mit teilweise weitreichenden Folgen für die nationalen Gedächtnisse.[4]

In Ungarn wird dies etwa sichtbar in den widersprüchlichen Konzepten des *Haus des Terrors* (2002) und des *Holocaust Memorial Centers* (2004/06) in Budapest. Die Fokussierung der Verfolgung und Ermordung der ungarischen Juden lenkt die Aufmerksamkeit nicht nur auf die Herrschaft der faschistischen »Pfeilkreuzler«-Partei und damit auf die ungarische Mitschuld an den antijüdischen Verbrechen, sondern erfordert auch eine Neubewertung des Horthy-Regimes. Schließlich kollidiert das ungarische Selbstverständnis als Opfer der kommunistischen Unterdrückung mit dem eigener Täterschaft.

In der italienischen Selbstwahrnehmung der Nachkriegszeit war währenddessen der *resistenza*-Mythos (*»Italiani, brava gente«*) das dominierende Motiv. Der Nationalfeiertag (25. April) erinnerte dementsprechend an den Partisanenaufstand in den Großstädten Norditaliens und die Befreiung Italiens vom Faschismus. Kurz nach der Stockholm-Konferenz führte Italien einen *»Giorno della Memoria«* (27. Januar) zur Erinnerung an die Shoah ein. Italienische Komplizenschaft wird mittlerweile ebenso thematisiert wie eine eigenständige italienische Geschichte von Rassismus und Gewalt, vor allem am Beispiel von Mussolinis Abessinien-Feldzug. Im Gegenzug wurde 2004 auf Initiative der postfaschistischen *Alleanza Nazionale* von der Berlusconi-Regierung ein *»Giorno del Ricordo«* (10. Februar) kreiert, der nun italienische Opfer und italienisches Leid in den

Mittelpunkt rückt: zum Gedenken an die Vergeltungsaktionen jugoslawischer Partisanen an der italienischen Bevölkerung Istriens und Dalmatiens und deren Vertreibung aus der Region.

In Litauen überlagern sich seit der Unabhängigkeit 1991 Erinnerungen an das autoritär-nationalistische Smetona-Regime vor dem Zweiten Weltkrieg, die deutsche Besatzung, die mit einheimischer Beteiligung zur Ermordung von mehr als 90 Prozent der litauischen Juden führte, sowie die sowjetische Okkupation von 1944 bis 1991, die die Deportation und den Tod vieler litauischer Bürger zur Folge hatte. Dabei wurden viele der früheren Nazi-Kollaborateure zu Opfern. Auch hier wird die Selbstwahrnehmung als Opfer durch die Wiederentdeckung eigener Täterschaft in Frage gestellt. Wohl nicht zuletzt zur Vorbereitung auf die EU-Mitgliedschaft wurde 1998 eine internationale Historikerkommission eingerichtet, die die nationalsozialistischen und sowjetischen Verbrechen in Litauen gleichzeitig aufarbeiten und die unterschiedlichen Perspektiven litauischer Opfer- und Täterschaft in einer nationalen Geschichte integrieren soll.

In Österreich kam es in den 1990er Jahren mit den internationalen Entwicklungen zur Aktualisierung von Diskussionen über Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie bisherige Rückstellungen und Entschädigungen und schließlich aufgrund internationalen Drucks und einiger Eigenheiten des US-amerikanischen Rechtssystems zur Einrichtung einer mit deren Aufarbeitung beschäftigten Historikerkommission. Nach Jahrzehnten eines offiziellen Selbstverständnisses als »erstes Opfer«, das auch zur erfolgreichen Etablierung einer eigenständigen österreichischen Identität beigetragen hat, scheint das Land damit eine Mittäterschaft anerkannt zu haben. Tatsächlich steht aber die umstrittene Bewertung der Zwischenkriegszeit mit ihrem einheimischen Klerikal-Faschismus und autoritären Regime weiterhin einer breiten Anerkennung der Rolle von Österreichern bei den NS-Verbrechen im Wege. Wien hat zwar vor Berlin ein Holocaust-Mahnmal realisiert (2000), allerdings nur für die 65.000 ermordeten österreichischen Juden. Hier findet sich ein eigentümlich gewendeter Opfermythos: es wird zwar der einheimischen jüdischen Opfer gedacht, die eigene Täterschaft aber nicht anerkannt. Nicht-österreichische Opfer, an deren Vertreibung, Beraubung und Ermordung österreichische Täter mitbeteiligt waren, werden weiterhin ausgeblendet.

Die Reihe der Beispiele könnte beliebig fortgesetzt werden. Der nationale Rahmen bleibt prägend, auch in Zeiten der Globalisierung, die

ja häufig vereinfachend als eine lineare Entwicklung der Auflösung des Nationalen und fortschreitende Homogenisierung wahrgenommen wird.[5] Die nationalen Erinnerungskulturen lassen sich aber mittlerweile nicht mehr ohne ihre transnationalen Verflechtungen verstehen. Nationale und transnationale Trends stehen in einem komplexen Wechselverhältnis zueinander, wie auch unterschiedliche transnationale Prozesse, die im allgemeinen nicht nur als Globalisierung, sondern auch als Europäisierung und Amerikanisierung bezeichnet werden, aufeinander einwirken und miteinander konkurrieren. Die nationale Rahmung der Erinnerung wird dabei nicht ohne weiteres aufgelöst, aber sehr wohl beeinflusst und verändert, überlagert und unterwandert von transnationalen Strömungen.

In West- und Zentraleuropa verändert zudem die Immigration zunehmend die Erinnerungskulturen, was in naher Zukunft sicherlich noch viel deutlicher zutage treten wird: MigrantInnen haben häufig eine andere Perspektive auf die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs und der NS-Vernichtungspolitik als die Mehrheitsbevölkerung des Landes, in das sie einwandern, oder sind mit dieser Geschichte gänzlich unverbunden und importieren statt dessen andere historische Erfahrungen und Erinnerungen von Krieg und Gewalt.[6] Von Zuwanderung geprägte multi-identitäre Gesellschaften lassen sich nicht mehr auf ein für alle verbindliches nationales Geschichtsnarrativ reduzieren, sondern sind von den verschiedenen, teilweise gegenläufigen Geschichtsbildern und Erfahrungen ihrer BürgerInnen geprägt – und dies in einem anderen Maße als bisher. Denn nationale Gedächtnisse sind natürlich nie monolithisch und uniform, sondern immer schon fragmentiert und zerklüftet gewesen – geprägt durch konkurrierende, gegensätzliche private und lokale, gruppenspezifische und institutionelle Erinnerungen, die sich darüber hinaus noch in ganz unterschiedlichen Formen (Kunst, Wissenschaft, Politik) mit ihren je eigenen Funktionsbedingungen ausdrücken.

Das Ende der Zeugenschaft

Die Erinnerung an den Holocaust muss mittlerweile immer weniger gegen Leugnung, Verdrängen und Beschweigen verteidigt werden, obwohl diese Gefahren kaum als endgültig gebannt gelten können. Die Verbrechen werden schon allein deshalb nicht mehr einfach geleugnet, sondern geschickt in die verschiedenen Diskurse eingebunden, weil sie als Chiffre

für Viktimisierungen und Massenverbrechen längst die entscheidende Bezugsgröße geworden sind. Vor allem aber wird die Erinnerung an den Holocaust zunehmend gegen Trivialisierung, Analogisierung und eine vereinfachende Instrumentalisierung in nationalen und supranationalen Gedenkritualen in Schutz zu nehmen sein. Gerade mit der ubiquitären Verfügbarkeit und Omnipräsenz des Themas im internationalen Maßstab scheint der Diskurs zu verflachen und entleert zu werden, wird das Thema unangemessen leicht handhabbar, austauschbar und ein Mittel zum Zweck. Routine und Ritualisierung des Gedenkens haben indirekt zu einer Einebnung und Normalisierung geführt, die vorher häufig krampfhaft zu erreichen versucht, aber regelmäßig verfehlt wurde. In der Zwischenzeit ist auch der Fokus, sind die Relationen verloren gegangen: Zum einen ist ein Verschwimmen der Besonderheiten der NS-Vernichtungspolitik im stetig wachsenden Detailwissen über das »Dritte Reich« möglich geworden, zum anderen können inzwischen sogar Deutsche und Österreicher als Opfer von Bombenkrieg und Vertreibung während und nach dem Zweiten Weltkrieg neben »Auschwitz« gestellt werden. Individuelles Leiden, das natürlich bei Kriegsende massenhaft ebenfalls auf deutscher Seite, auch unter NS-Tätern, zu beobachten ist, wird gegen individuelles Leiden auf Seiten der Opfer ausgespielt. Indem der Blick auf das Leiden selbst fokussiert wird, findet eine Entkontextualisierung statt, die Täter- und Komplizenschaft im NS-System weitgehend ausblendet.

Im Zuge des Voranschreitens der Forschung und der damit verbundenen Differenzierungen werden in letzter Zeit immer öfter die klare Opposition und die eindeutigen Zuschreibungen von »Tätern« und »Opfern« grundsätzlich in Frage gestellt. Als Kollektivzuschreibungen stellen sie tatsächlich ein Problem dar und bleiben für beide Seiten zu eindimensional – für die Seite der Opfer allerdings nicht deswegen, weil sie selbst Täter gewesen wären, sondern vielmehr, weil der Begriff ihre angeblich völlige Passivität fortschreibt; für die Täter, weil damit sehr verschiedene Formen von Tatbeteiligung und sehr verschiedene Motivationen zusammengefasst und widerständige Haltungen und Handlungen von vornherein ausgeblendet werden. Dennoch sind die Begriffe gelegentlich unausweichlich und notwendig, um Klarheit zu erzeugen. Gerade dies wird in den Debatten um Bombenkrieg und Vertreibung – meistens wohl absichtlich – außer Acht gelassen, so dass kurzerhand Täter und Zuschauer zu Opfern mutieren, die sie allerhöchstens in einem sehr eng umgrenzten

Zusammenhang, aber keineswegs im weiteren historischen Kontext waren.

Währenddessen steht das Ende unmittelbarer Zeugenschaft des Holocaust bevor, das allerdings schon seit Beginn der 1980er Jahre diskutiert wird. In den vergangenen Jahren sind bereits die Perspektive und das Schicksal von Kindern, den letzten Überlebenden der Verbrechen, immer deutlicher in den Vordergrund getreten. Das Wissen über den systematischen Massenmord an den europäischen Judenheiten ist jedoch bereits seit langem keineswegs vorrangig durch familiäre Erzählungen, Gespräche mit authentischen Zeitzeugen oder auch Gerichtsverfahren, sondern vielmehr medial vermittelt worden, durch Museen und Ausstellungen, Filme und Bücher, seien sie wissenschaftlich, autobiographisch oder literarisch. Dem Übergang vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis und Zurücktreten des Holocaust in eine Geschichte, die sich unserem Zugriff entzieht, kommt somit wohl vor allem eine symbolische Bedeutung zu, die dennoch nicht unterschätzt werden sollte.

Der Tod der Augen- und Zeitzeugen, den die unterschiedlichen nationalen und transnationalen Bemühungen um die Institutionalisierung der Erinnerung aufzufangen versuchen, scheint allerdings nicht nur mit Bedauern erwartet, sondern teilweise – uneingestanden und unausgesprochen – sogar herbeigesehnt zu werden. Der Soziologe und Forschungsanalytiker Christian Schneider hat diese nur schwer einzugestehende Ambivalenz kürzlich angesprochen.[7] Der moralische Reflex auf seine These ist vorprogrammiert. Aber als exzessiver Gewalt Entronnene überfordern die Überlebenden ihr Publikum, sie konfrontieren uns mit einer monströsen Destruktivität, der wir uns letztlich immer noch nicht angemessen zu stellen vermögen. Als erstaunlich muss schließlich weiterhin gelten, dass es »nach Auschwitz« nicht zu einer ständigen Verunsicherung gekommen ist, sondern das Leben weiterging und weitergeht, als wäre das dafür notwendige Grundvertrauen nicht bereits vollständig erschüttert worden.[8] Möglich ist dies nur, weil die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Massenverbrechen weitgehend von Vereinfachungen, Rationalisierungen und Neutralisierungen geprägt ist. In vielen Konstellationen hat sich der Diskurs über den Holocaust längst von den historischen Ereignissen abgelöst und ist zu einem Code für das Böse metaphorisiert und abstrahiert worden. Dabei hat gerade der Wegfall ideologischer Blockaden durch den Zusammenbruch der kommuni-

stischen Regime in Osteuropa zu einer Konkretisierung von Tatorten und Tatzusammenhängen geführt, die aufgrund der Frontstellung im Kalten Krieg ebenso unterblieben war wie die Anerkennung und Entschädigung individueller Schicksale jenseits des Eisernen Vorhangs.

»Black Box« Auschwitz

Mit dem Namen des Standorts des größten Komplexes von Konzentrations-, Arbeits- und Vernichtungslagern im NS-Machtbereich, »Auschwitz«, ist in den 1960er Jahren das fabrikmäßige Töten zum Signum des nationalsozialistischen Massenmords geworden.[9] Die Gaskammern wurden als die spezifische Tötungstechnik der »Endlösung« herausgestellt, der Holocaust auf einen industriellen Charakter festgeschrieben. Was sich in ihnen abgespielt hat, ist nicht nur nicht sichtbar, sondern gilt auch als undarstellbar und unverstehbar. Bei der Gaskammer handelt es sich im wahrsten Sinne des Wortes um eine »Black Box«, um einen hermetisch abgeschlossenen Raum, dessen innere Vorgänge sich dem Blick entziehen.[10] Die Undarstellbarkeit des Sterbens in den Gaskammern der Tötungslager wurde zum Argument für die Undarstellbarkeit des NS-Völkermords überhaupt. Dabei waren »nur« etwa 60 Prozent der sechs Millionen ermordeten Juden in den Gaskammern der Vernichtungslager umgebracht worden.[11] Auch in der Geschichtswissenschaft wurde dieses Bilderverbot lange eingehalten: Nicht nur visuelle Repräsentationen wurden gemieden, sondern auch detaillierte Beschreibungen und Darstellungen des Verbrechens. Die Auslassung konnte dabei unterschiedliche, teilweise gut nachvollziehbare Motive haben, etwa Selbstschutz der recherchierenden Historiker, ein durchaus verständliches Nicht-Ertragenkönnen der Schilderungen der Verbrechen, sie konnte begründet werden mit dem Hinweis auf Mitleid mit den Opfern, konnte bewusst einen obszönen Voyeurismus und reißerische Schilderungen vermeiden wollen – immer jedoch hat sie eine Konfrontation mit der Gewalt erspart und somit die konkrete Praxis der Verbrechen letztlich zu verschleiern geholfen.

Das direkte Morden bei Massenerschießungen war lange Zeit in den Hintergrund gedrängt und vergessen worden. Gerade die osteuropäischen Länder waren Schauplatz dieser nicht weniger systematischen Mordaktionen. In Deutschland und Österreich hatte zuletzt die Ausstel-

lung *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944* (1995) des Hamburger Instituts für Sozialforschung die Besucher ungefiltert mit der Realität des nationalsozialistischen Vernichtungskriegs konfrontiert, mit Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung, Demütigungen, Hinrichtungen, Pogromen und Massenerschießungen. Der öffentliche Streit um die Ausstellung war ein Streit um den Charakter des Kriegs im Osten und um die Täterschaft der deutschen und österreichischen Gesellschaft, um die Beteiligung der Wehrmacht und mit ihr breiter Bevölkerungsschichten an der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik. Vor allem die ausgestellten Fotografien ermöglichten eine bis dahin vermiedene Sichtbarkeit von Tat und Tätern, einen Blick auf durchschnittliche Ehemänner, Söhne, Väter und Großväter beim alltäglichen, durchaus archaischen Handwerk des Tötens und führten geradezu zu einem »Bildbruch«. Die von den Wehrmachtssoldaten selbst und im allgemeinen wohl in Übereinstimmung mit den abgebildeten Vorgängen »geschossenen« Aufnahmen wurden gegen sie gewendet, in ein Instrument der Anklage und Aufklärung verwandelt.

Von den Kritikern der Ausstellung, die das Bild der »sauberen Wehrmacht« zu bewahren versuchten, wurden vor allem Authentizität und Interpretation einzelner Fotografien bezweifelt. Die Kritik an den Bildern führte im November 1999 zur Verhängung eines Moratoriums und zur Einrichtung einer Historikerkommission, die die Ausstellung und die in ihr gezeigten Dokumente überprüfen sollte. Und obwohl die grundlegenden Thesen bestätigt und weniger als 20 von über 1400 Fotografien für problematisch befunden wurden, wurde die Ausstellung – kurz bevor im Dezember eine englischsprachige Version von New York aus durch die USA zu wandern begonnen hätte – kassiert und eine Neubearbeitung in Auftrag gegeben. Die zweite Wehrmachtsausstellung mit dem Titel *Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944* (2001) stellte allerdings eher eine Rücknahme ihrer Vorgängerin aus dem Geiste der Staatsräson als ihre Fortsetzung dar.[12] Der weitgehende Verzicht auf die Fotos, ohne die es vermutlich nie zu einer breiten Diskussion über den Krieg im Osten und die Beteiligung »ganz normaler Männer« an den NS-Verbrechen gekommen, nie beharrliche Bilder und landläufige Vorstellungen in Frage gestellt worden wären, wurde als Versachlichung und Verwissenschaftlichung zu inszenieren versucht. Die Thesen waren so, in einer sterilen Atmosphäre, nun auch für die vormaligen Kritiker

erträglich. Die zweite Wehrmachtsausstellung kann als repräsentativ für ein Deutschland gelten, das sich nach dem Beschluss des Bundestages zur Errichtung eines zentralen *Denkmals für die ermordeten Juden Europas* in Berlin und mit der Verhandlung der Zwangsarbeiterentschädigungen zunehmend von der Last der Vergangenheit befreit hat: keinesfalls im Sinne einer Leugnung oder Ausblendung, sondern vielmehr einer Historisierung und Normalisierung, die gleichzeitig Argumente für eine neue Rolle Deutschlands in der Welt bieten konnte.[13]

Die Erinnerungskultur hat seit den beiden Wehrmachtsausstellungen einige weitere Wendungen genommen. Von Fortschritten kann kaum gesprochen werden, denn – unbeschadet der jeweils unterschiedlichen Kontexte – handelt es sich doch wesentlich um symptomatische Wiederholungen, die vor allem in der periodischen Wiederkehr des bereits Bekannten als vermeintlich Neuem ihren Niederschlag finden. So muss immer noch mit Erstaunen konstatiert und diskutiert werden, dass die NS-Täter, vom »Führer« selbst abwärts, keine Psychopathen und Sadisten waren, sondern normale Männer, die dem Durchschnitt der deutschen Gesellschaft entsprachen, bis hin zu Akademikern und Wissenschaftlern: sei es anlässlich des Films *Der Untergang* (2004), der Hitlers letzte Tage im Bunker der Reichskanzlei auf die Leinwand brachte, anlässlich der Entdeckung eines privaten Fotoalbums des Adjutanten des letzten Lagerkommandanten von Auschwitz, das SS-Männer und Frauen beim Entspannen von ihrer belastenden Tätigkeit in Auschwitz zeigt (2007), oder des Erscheinens von Jonathan Littells Roman *Les Bienveillantes* (2006; dt. *Die Wohlgesinnten*, 2008), der den Holocaust aus dem Blickwinkel eines fiktiven SS-Offiziers erzählt. Deutlich wird durch diese Zirkularität – neben der Oberflächlichkeit der öffentlichen Debatten und der Lernunfähigkeit von Kollektiven – vor allem, wie brisant, aktuell und gegenwartsrelevant das Thema ist. Dies ist eine Geschichte, die (zumindest derzeit noch) von jeder Gegenwart neu geschrieben werden muss, eine Geschichte, die als Ereignis unabgeschlossen und nicht zu Ende gedacht ist.

Selbst wenn mit dem Vernichtungskrieg im Osten, mit Massenerschießungen und Demütigungen der Blick freigegeben wird auf archaische und vollkommen entgrenzte Formen von Gewalt, handelte es sich beim Nationalsozialismus keinesfalls um den vielbeschworenen Rückfall in die Barbarei. Auch die Täter der Massenerschießungen waren keine Bestien, Monster und Teufel, sondern normale Menschen, die mit einer beson-

deren Mischung aus Nüchternheit und Entschlossenheit handelten. Sie bleiben es, so grausam ihre Handlungen im einzelnen auch gewesen sein mögen und selbst wenn sie im Rausch gehandelt haben sollten.[14] Erstaunlich bleibt allerdings, in welch kurzer Zeit in der deutschen und österreichischen Gesellschaft Verbrechen bis hin zum massenhaften und systematischen Mord als legitimiert und geradezu notwendig umgedeutet werden konnten – selbst wenn man die lange Tradition judenfeindlicher und rassistischer Vorurteile und die zahlreichen Vorläufer antisemitischer und rassistischer Gewalt in Rechnung stellt. Obwohl schließlich alle die NS-Politik bestimmenden Vorurteile in verschiedensten Kontexten zuvor vorhanden waren, wurden Ideen von der Ungleichheit der Menschen nie dermaßen konsequent umgesetzt und bis zum Äußersten praktiziert. Nicht weniger erstaunlich ist, wie schnell sich diese Gesellschaften, zumindest oberflächlich, wieder von diesem mörderischen Wertesystem verabschiedet haben. Wie Gewaltpraxis und Gewalterfahrungen in unseren Nachkriegsgesellschaften verarbeitet wurden, welche Folgen sie abseits der Öffentlichkeit, etwa in den Familien hatten, liegt immer noch weitgehend im Dunkeln.[15]

Dies bedeutet nicht, dass das Verbrechen und seine Folgen in den Nachkriegsgesellschaften der Täter anfangs nicht präsent waren. Bereits der erste deutsche Nachkriegsfilm, Wolfgang Staudtes *Die Mörder sind unter uns* (1946), thematisierte das unmittelbare Nebeneinander von gelungener Verdrängung als Mittel zum Wiederaufbau und -aufstieg auf der einen, und psychischer Blockade als Spätfolge der Gewalterfahrungen während des Krieges auf der anderen Seite. Und wenn im Jahr 1960 in Nürnberg gegenüber dem Polizeipräsidenten und dem Oberbürgermeister Falschparken von dem ehemaligen Reservisten einer Polizeikompanie mit einem »nervösen Darmleiden«, das er sich bei der Teilnahme an Massenerschießungen in Russland zugezogen habe, entschuldigt wird – obwohl er selbst natürlich nie geschossen habe –, dann wird deutlich, wie wenig die landläufige Rede vom Verdrängen und Verschweigen nach 1945 die Alltagssituation in der Nachkriegszeit zu charakterisieren imstande ist.[16] Dennoch gelang es den Tätern – durch die Situierung der Tötungsaktionen im Osten, außerhalb des Reichsgebiets, durch die Politik der Geheimhaltung und der Spurenverwischung bei Ende des Krieges sowie durch die Wahl der Tötungsmethoden – der deutschen Post-Holocaust-Gesellschaft einen weitgehend untraumatisierten Alltag zu ermöglichen:

ohne depressive, psychisch dysfunktionale Täter, ohne Erinnerungsstätten und Massengräber im eigenen Land, abgesehen von den Konzentrationslagern, die allerdings nicht mit den Vernichtungszentren zu verwechseln sind.

Das die Erinnerungskultur dominierende Bild von »Auschwitz« und – damit verbunden – der blinde Fleck des Tötens in den Gaskammern erweckte die irreführende Vorstellung eines hygienischen und anonymen Vorgangs. Tatsächlich ist die Genese der Vernichtungspolitik auch eine Entwicklungsgeschichte von Tötungstechniken zur Schonung der Massenmörder: von den Erschießungen über die mobilen Gaswagen bis hin zu stationären Gaskammern ging es darum, die unmittelbaren Täter zu entlasten. Vor allem Heinrich Himmler, der Architekt der »Endlösung«, machte sich Sorgen um die psychischen Probleme derjenigen, die die Verbrechen ausführten, und um die möglichen Auswirkungen einer Verrohung von Teilnehmern an Massenerschießungen auf die gesamte deutsche Gesellschaft. Die Gaskammern ermöglichten nicht nur eine effiziente Durchführung von Tötungen, durch den abgeschlossenen Raum und die zwischengeschaltete Technik konnten sich die Täter auch von ihrem Verbrechen distanzieren. Die unvermeidlichen Arbeiten des Leichen- und Spurenbeseitigens mussten ohnehin von jüdischen Häftlingen in den Sonderkommandos durchgeführt werden.

Die Gedächtnispolitik der Täter

Durchaus im Sinne der Täter ermöglichte die Gaskammer eine Repräsentation des Verbrechens, ohne dabei notwendigerweise an die Täter als unmittelbar Beteiligte zu erinnern. Noch als Symbol für die Vernichtungspolitik gewährleistete sie eine partielle Verdrängung des Massenmorde(n)s und konnte zur Ausrede für die Deutschen und Österreicher werden: Das Verbrechen vollzog sich fern von ihnen und war nicht einsehbar, man konnte nicht nur von den Verbrechen nichts wissen, sondern es hatte auch niemand direkt getötet – ein Verbrechen ohne Verbrecher, eine Tat ohne Täter wurde konstruiert. Die Bilder und Begriffe von Tat und Tätern nach 1945 befinden sich damit in einer eigentümlichen Kontinuität mit deren Absichten.

Im Angesicht der herannahenden alliierten Armeen gingen die NS-Täter daran, systematisch die Spuren ihrer Verbrechen zu verwischen: an den

Vernichtungsstätten im Osten, indem Massengräber wieder geöffnet und Leichen verbrannt wurden; in den Amtsstuben, indem belastendes Aktenmaterial aussortiert und verbrannt wurde. Allerdings betrieben die Nationalsozialisten nicht von vornherein eine Politik des Spurenverwischens. Vielmehr waren sie es selbst, die die ersten, wohlkalkulierten Repräsentationen ihrer eigenen Verbrechen erzeugten: mit komplexen und ambivalenten heroischen Narrativen wie in Reden Heinrich Himmlers oder mit fotografischen und filmischen Dokumentationen der Deportationen aus dem Reich, der Abläufe in Auschwitz nach der Ankunft eines Transports, der Durchführung von Vernichtungsaktionen oder der Tötung in Gaskammern – vor allem aber auch mit einer neutralisierenden Sprache, die die Realität verschleierte, den Tätern aber ihre Taten erst ermöglichte.[17] Die Ambivalenz der Aufarbeitung der NS-Zeit nach 1945 spiegelt nur das (scheinbar) widersprüchliche Verhalten der Täter, die einerseits ihre Verbrechen dokumentiert und andererseits ihre Spuren verwischt haben, die den Massenmord als eine moralisch-gerechtfertigte und notwendige Angelegenheit ansahen und zugleich um den verbrecherischen Charakter ihrer Taten wussten.

Das Betonen der Unvorstellbar- und Unbeschreibbarkeit kann leicht in ein entlastendes und exkulpierendes Moment umschlagen. Begriffe von Unbegreiflichkeit, Unmitteilbarkeit und Undarstellbarkeit sind dennoch – oder gerade deshalb – heute schnell bei der Hand, und das nicht nur, wenn es um den Holocaust oder andere Genozide, sondern auch um Tiertransporte, alltägliche Gewalt in der Gesellschaft oder Naturkatastrophen geht. Weder das Überbetonen der Darstellungs- und Verständnisprobleme, noch das Vereinfachen vielschichtiger Zusammenhänge werden den historischen Vorgängen und deren Bedeutung für unsere Gegenwart gerecht. Die obsessive Konzentration auf das Unfassbare und Nicht-Darstellbare blockiert das Verstehen und Erzählen des Geschehenen. Wer die Vorgänge des systematischen Massenmords, die vorhergehende Verfolgung, Beraubung und Vertreibung sowie die daraus resultierenden Folgen nicht zu verstehen bemüht ist, wer ihre Geschichte nicht glaubt erzählen zu können, prolongiert nur die Perspektive und die Absichten der Täter und verhilft ihnen nachträglich zum Erfolg.

Die meisten Selbstdarstellungen der Täter wurden ohne Zögern in die Nachkriegserinnerungskulturen übernommen und teilweise sogar für das Gedenken an die Opfer umgewidmet, ohne die damit verbundenen

Ambivalenzen und Probleme zu reflektieren. Noch die Fotos der ersten Wehrmachtsausstellung reproduzieren den Blick der Täter und perpetuieren die im Bild festgehaltene Erniedrigung der Opfer. In der deutschsprachigen Zeitgeschichtsforschung wurden vor allem Aussagen der Täter als Grundlage der historiographischen Rekonstruktion verwendet, zumal diese nach dem verlorenen Krieg äußerst redselig waren – in der letztlich berechtigten Hoffnung, auch noch auf die Darstellung und Wahrnehmung ihrer Verbrechen Einfluss nehmen zu können. Gegenüber der überwiegenden Zahl der Opfer und Überlebenden hatten sie zudem den nicht zu unterschätzenden Vorteil, dass sie die gleiche Sprache wie die deutsche und österreichische Gesellschaft sprachen.

Erinnerung und Widerstand

Die Überlieferung der Opfer der Vernichtungspolitik aber wird immer noch sehr viel weniger beachtet. In den Erinnerungskulturen der Tätergesellschaften scheint häufig sogar angenommen zu werden, dass sie praktisch keine Zeugnisse hinterlassen hätten. Natürlich gibt es keine Überlebenden, die aus eigener Erfahrung die Vorgänge in einer Gaskammer bezeugen könnten. Insofern bleibt sie tatsächlich eine »Black Box«: Niemand kann aus ihrem Inneren Zeugnis ablegen. Keineswegs zutreffend ist aber, dass die Opfer keine Quellen hinterlassen hätten, die die Verbrechen, die an ihnen verübt wurden, dokumentieren. Im Zentrum des industrialisierten Massenmords, in den Gaskammern und Krematorien von Auschwitz, betätigten sich Mitglieder des jüdischen Sonderkommandos, das den Tätern die unvermeidliche Arbeit der Leichenbeseitigung abnehmen musste, als Dokumentaristen und Geschichtsschreiber. Sie beschrieben nicht nur die Deportationen, die Ankunft der Transporte in Auschwitz, den Prozess der Ermordung mit Gas und ihre eigene Tätigkeit im Sonderkommando, sondern überlieferten auch die Geschichte der Orte, aus denen die Ermordeten kamen.[18] Im Untergrund und in den Ghettos unternahmen die Opfer an vielen Orten während des Kriegs Anstrengungen, ihre Kultur und ihr Schicksal zu dokumentieren. Das bekannteste Beispiel ist wohl das »Oneg Shabbat«-Archiv im Warschauer Ghetto, das von dem polnischen Historiker Emanuel Ringelblum und einer Vielzahl von Mitarbeitern betrieben wurde.[19]

Der französische Kunsthistoriker und Philosoph Georges Didi-Hu-

berman hat von einer sehr spezifischen medientheoretischen Warte aus kürzlich daran erinnert, wie wichtig es ist, den von den Opfern selbst hinterlassenen Dokumenten Raum zu geben und sie zum Sprechen zu bringen.[20] Er verwies dabei auf die Fotografien, die von Mitgliedern des jüdischen Sonderkommandos in Auschwitz unter Lebensgefahr und als Akt des Widerstands gemacht wurden, um die an ihnen verübten Verbrechen zu dokumentieren: sie zeigen wartende Frauen vor der Gaskammer und das Verbrennen der Leichen nach der Tötung. Sie sind die einzigen aus Auschwitz überlieferten Fotografien, die nicht von den Tätern angefertigt wurden – im Gegensatz zu den in unserer Erinnerungskultur omnipräsenten Bildern aus dem sogenannten Auschwitz-Album, die vom Erkennungsdienst der Politischen Abteilung des Lagers aufgenommen wurden. Vor allem in der französischen Erinnerungskultur, die nicht zuletzt unter dem Einfluss von Claude Lanzmann und seinem filmischen Meisterwerk *Shoah* von 1985 immer noch ganz auf die Gaskammern als quasi-sakrale Räume und eine bilderlose »Shoah« fixiert ist, hat dies zu heftigen Diskussionen geführt. Didi-Hubermans Plädoyer für einen detaillierten Blick auf die Zeugnisse der Opfer wurde unter diesen Bedingungen sogar als voyeuristisch, revisionistisch und antisemitisch denunziert. Dabei mussten gerade die Opfer ein naheliegendes Interesse daran haben, die Verbrechen sichtbar und darstellbar zu machen, um die Täter anzuklagen und ihrem eigenen Schicksal eine Erinnerung zu bewahren.

Auch vom Vernichtungskrieg im Osten, von den Demütigungen, Ghettoisierungen, Pogromen und Massenerschießungen existieren neben den zahlreichen Fotos der Täter Überlebenden- und Augenzeugenberichte.[21] Solche Quellen sind immer wieder ein Korrektiv zu unseren Rationalisierungen und Glättungen, unseren abstrahierenden Begriffen und beschwichtigenden Ritualen. Sie bewahren noch etwas von der Schockhaftigkeit der damaligen Erfahrung. Diese Quellen erzeugen eine Beunruhigung und erzwingen ein »Verweilen beim Grauen«, die beide zur Erkenntnis der Vorgänge des Holocaust unverzichtbar sind, die aber in der eingeübten Erinnerungs- und Betroffenheitsroutine keinen Platz haben.[22]

Aufgaben und Grenzen von Erinnerungskultur und Geschichtswissenschaft

Die historischen Details spielen in den öffentlichen Gedenkritualen jedoch höchstens am Rande eine Rolle, um einen wohligen Schrecken zu erzeugen, notwendig zur kathartischen Reinigung.[23] Schließlich zielen diese nicht auf Erkenntnis und Aufklärung, sondern vielmehr auf Erlösung und Erbauung ab, weshalb auch der Spruch eines chassidischen Mystikers, der Erlösung aus Erinnerung hervorgehen lässt, inzwischen zentral für die Gedenkkulturen der Täter geworden ist – ungeachtet der Tatsache, dass Erinnern und Vergessen auf Seiten der Opfer und ihrer Nachkommen gänzlich andere Funktionen haben als auf Seiten der Täter und deren Nachkommen.

Auch die Zeitgeschichtsforschung hat sich mittlerweile immer mehr in diese Logik einzufügen: während ihr die Darstellungs- und Deutungshoheit in der Öffentlichkeit weitgehend abhanden gekommen ist, bekommt sie in den vergangenen Jahren durch Regierungen, öffentliche Einrichtungen und private Unternehmen sowie durch die in Mode gekommene Einrichtung von Historikerkommissionen eine neue quasi-offizielle Rolle zugewiesen – ebenfalls getragen von der Hoffnung auf dauernde Erlösung von dem, was man etwas unbestimmt gern als Schatten der Vergangenheit bezeichnet, aber durchaus im Gegensatz zur Eigenlogik, Dynamik und zu den gegen kommissionelle Notwendigkeiten, Zwecke und Einschränkungen gerichteten Bedürfnissen der Geschichtswissenschaft. Die Geschichtswissenschaft ist ein Teil der Erinnerungskultur einer Gesellschaft und keineswegs grundsätzlich von ihr unterschieden oder getrennt, gehorcht aber fraglos besonderen Regeln und erfüllt spezifische Funktionen. Sie ist nicht mit Gedenken zu verwechseln, aber dennoch kein Widerpart von Gedächtnis und Erinnerung, vielmehr eine spezifische Form von beidem.

Grundsätzlich bietet die Darstellung des NS-Völkermords kein anderes Problem als die Darstellung des Lebens im Mittelalter, der Schrecken des Dreißigjährigen Kriegs oder des Sterbens in den Schützengräben des Ersten Weltkriegs. Schließlich war der Holocaust keine Naturkatastrophe, wie allerdings häufig in Begriffen und Formulierungen nahezulegen versucht wird, sondern wurde von Deutschen und Österreichern mit ihren Kollaborateuren willentlich ins Werk gesetzt und ist so wie jedes mensch-

liche Unternehmen der Erklärung und dem Verstand zugänglich. Der entscheidende Unterschied ist nur, dass er andere, offensichtlich drängendere Fragen an uns, an die moderne Gesellschaft stellt als andere und weiter entfernt liegende historische Ereignisse, weshalb die historiographischen Darstellungsmöglichkeiten oft als unzureichend und defizitär wahrgenommen werden. Das Verstehen der Ereignisse als ein Einfühlen und intellektuelles Begreifbarmachen bleibt eine Herausforderung.

Eine endgültige, in jeder Hinsicht befriedigende und alles einlösende Darstellung und Repräsentation der NS-Verbrechen wird es nie geben. Dies entspräche auch gar nicht dem Charakter und Funktionieren von Wissenschaft. Die Aufgabe der Historikerinnen und Historiker kann es nur sein, immer wieder eine adäquate Darstellung zu versuchen und den spezifischen Anforderungen des Themas gerecht zu werden. Viel mehr als eine Annäherung ist in der Geschichtswissenschaft nie möglich, ebensowenig wie endgültige Antworten Bestandteil ihres Repertoires sind. Ein Unbehagen wird bleiben. Die Sehnsucht nach End-Lösungen ist aber ein Teil des Problems. Offene Fragen und Verunsicherungen sind der Wissenschaft angemessener als letzte Gewissheiten: Sie sind produktiver und langlebiger und setzen erst den unabschließbaren Prozess in Gang, den wir wissenschaftlich nennen – ein Perpetuum Mobile.

Vergessen werden sollte dabei auch nicht, dass das, was wir heute – im Blick zurück – zu Recht zusammenfassend »Holocaust« oder »Shoah« nennen, keineswegs ein homogenes, wenn auch ein von einer enormen zeitlichen Geschlossenheit, ja Gedrängtheit geprägtes Ereignis war. Zusammengehalten von der Intention, das Judentum in Europa auszulöschen, setzt es sich aus Vorgängen an teilweise sehr weit voneinander entfernten Schauplätzen mit sehr verschiedenartigen Ausgangslagen, einem dementsprechend durchaus unterschiedlichen Vorgehen der Deutschen und vor allem differenzierten Reaktionen der lokalen Bevölkerung zusammen – und hatte damit auch sehr unterschiedliche Folgen für die Nachkriegssituation und die jeweiligen Erinnerungskulturen. Bedauerlicherweise driftet jedoch in der historischen Forschung die Analyse des Holocaust selbst und der an ihn geknüpften Erinnerungen und Repräsentationen zunehmend auseinander, so dass sich – vor allem im deutschen Sprachraum – zunehmend zwei völlig voneinander getrennte Forschungsbereiche etablieren, die kaum miteinander ins Gespräch kommen. Dabei sind die Verbrechen

aus der heutigen Warte ohne die nachfolgenden Wege von Erinnerung und Repräsentation genausowenig zu verstehen wie die Nachkriegserinnerung ohne eine detaillierte Kenntnis der ihnen vorausgehenden Ereignisse eingeschätzt und beurteilt werden kann. Notwendig ist daher eine Engführung der ereignis-/politikgeschichtlichen Perspektive auf der einen und der kulturwissenschaftlichen-gedächtnisgeschichtlichen auf der anderen. Nur so kann auch verhindert werden, was – teilweise überzogen, teilweise zu Recht – als intellektuelle Verkitschung der *memoria*-Rede beklagt wurde.[24]

Schon in einer früheren Phase der Holocaust-Erinnerung, anlässlich des Prozesses gegen Klaus Barbie, den »Schlächter von Lyon«, hat der französische Philosoph Alain Finkielkraut darauf hingewiesen, dass sich gegen das Vergessen jederzeit die Erinnerung mobilisieren lasse, es jedoch keine Rettung gegen eine Erinnerung gäbe, die die Vergangenheit den Lebenden verfügbar macht, ihr Gewissen betäubt, ihre ideologischen Gewissheiten stählt und dem Zeitgeist zur Unterhaltung dient.[25] Seine Diagnose dürfte aktueller denn je sein. So groß das Bedürfnis nach Moral und Pädagogik auch sein mag, eine Lehre lässt sich aus »Auschwitz« wohl kaum ableiten, sieht man einmal von banalen Einsichten ab, die als Simplifizierung des hochkomplexen Geschehens gelten müssen und im übrigen keiner Verbrechen bedurft hätten. Es wird in Zukunft darauf ankommen, Schlüsse aus dem Geschehenen zu ziehen, ohne die Ereignisse zu relativieren oder in reine Beliebigkeit zu verfallen. Instrumentalisierung ist dabei so unvermeidlich wie eine angestrebte authentische Form von Erinnerung immer schon unerreichbar war. Rituale werden einen notwendigen Bestandteil des Umgangs mit der Vergangenheit darstellen, Symbolisierungen dürften unausweichlich sein, Moralisieren und Betroffenheitsrhetorik desgleichen. Soll Erinnerung sich aber nicht darin erschöpfen, muss der Blick auf das Konkrete gerichtet werden, das sich den Vereinfachungen und Abstrahierungen widersetzt, sich den Instrumentalisierungen entzieht und die einschläfernden Gewissheiten in Unruhe versetzt. Nur dies kann dem historischen Ereignis angemessen sein.

Anmerkungen

1 Tony Judt, *Postwar. A History of Europe since 1945*, New York 2005, S. 803-831 (»From the House of the Dead: An Essay on Modern European Memory«). Für einen kritischen Blick auf die Möglichkeiten und Potentiale einer europäischen Erinnerungspolitik vgl. Jan-Werner Müller, »Europäische Erinnerungspolitik *revisited*«, in: *Transit – Europäische Revue,* Heft 33/2007, S. 166-175.

2 Moshe Zimmermann, »Die transnationale Holocaust-Erinnerung«, in: *Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien*, hg. von Gunilla Budde, Sebastian Conrad und Oliver Janz, Göttingen 2006, S. 202-216. Vgl. neuerdings auch Jens Kroh, *Transnationale Erinnerung. Der Holocaust im Fokus geschichtspolitischer Initiativen*, Frankfurt a.M. / New York 2008, der vor allem die Stockholm-Konferenz 2000 untersucht.

3 Daniel Levy / Natan Sznaider, *Erinnerung im globalen Zeitalter: Der Holocaust*, Frankfurt a.M. 2001. Den Prozess der Hybridisierung und Vermischung von globaler Kultur und lokaler Erinnerung haben Levy / Sznaider als »Glokalisierung« bezeichnet.

4 Tony Judt, »The past is another country: myth and memory in post-war Europe«, in: Jan-Werner Müller (Hg.), *Memory and Power in Post-War Europe. Studies in the Presence of the Past*, Cambridge 2002, S. 157-183. Dt.: »Die Vergangenheit ist ein anderes Land. Politische Mythen im Nachkriegseuropa«, in: *Transit* 6 (Sommer 1993) S. 87-120.

5 Für die Bedeutung der nationalen Ebene für transnationale Prozesse und das komplexe Zusammenspiel von Globalem und Lokalem vgl. Saskia Sassen, *A Sociology of Globalization*, London 2007.

6 Viola B. Georgi, *Entliehene Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland*, Hamburg 2003.

7 Christian Schneider, »Trauma und Zeugenschaft. Probleme des erinnernden Umgangs mit Gewaltgeschichte«, in: *Zeugenschaft des Holocaust. Zwischen Trauma, Tradierung und Ermittlung* (Jahrbuch 2007 des Fritz Bauer-Instituts), hg. von Michael Elm und Gottfried Kößler, Frankfurt a.M. / New York 2007, S. 157-175, vor allem: S. 159.

8 Dan Diner, »Vorwort des Herausgebers«, in: ders. (Hg.), *Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz*, Frankfurt a.M. 1988, S. 7-13, hier: S. 8.

9 Norbert Frei, »Auschwitz und Holocaust. Begriff und Historiographie«, in: Hanno Loewy (Hg.), *Holocaust: Die Grenzen des Verstehens. Eine Debatte über die Besetzung der Geschichte*, Reinbek b. Hamburg 1992, S. 101-109.

10 Zum Begriff der »Black Box« im Zusammenhang der NS-Vernichtungspolitik vgl. Dan Diner, »Zwischen Aporie und Apologie. Über Grenzen der Historisierbarkeit des Nationalsozialismus«, in: ders. (Hg.), *Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit*, Frankfurt a.M. 1987, S. 62-73, vor allem: S. 70-73; Gertrud Koch, *Die Einstellung ist die Einstellung. Visuelle Konstruktionen des Judentums*, Frankfurt a.M. 1992, S. 155-169.

11 Ulrich Herbert, »Vernichtungspolitik. Neue Antworten und Fragen zur Geschichte des ›Holocaust‹«, in: ders. (Hg.), *Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939-1945. Neue Forschungen und Kontroversen*, Frankfurt a.M. 1998, S. 9-66, vor allem: S. 57.

12 Hannes Heer / Walter Manoschek / Alexander Pollak / Ruth Wodak, *The Discursive Construction of History. Remembering the Wehrmacht's War of Annihilation*, Basingstoke / New York 2008.
13 Hannes Heer, *Vom Verschwinden der Täter. Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei*, Berlin 2004, vor allem: S. 61f.
14 Zum Begriff des Rausches im Hinblick auf die Massentötungen vgl. Saul Friedländer, »The ›Final Solution‹: On the Unease in Historical Interpretation«, in: Peter Hayes (Hg.), *Lessons and Legacies. The Memory of the Holocaust in a Changing World*, Evanston / Ill. 1991, S. 23-35.
15 Harald Welzer, *Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden*, Frankfurt a.M. 2005.
16 Jim G. Tobias, *»Ihr Gewissen war rein; sie haben es nie benutzt«. Die Verbrechen der Polizeikompanie Nürnberg*, Nürnberg 2005, S. 5.
17 Dirk Rupnow, *Vernichten und Erinnern. Spuren nationalsozialistischer Gedächtnispolitik*, Göttingen 2005; ders., *Aporien des Gedenkens. Reflexionen über »Holocaust« und Erinnerung*, Freiburg i.Br. / Berlin 2006.
18 Inmitten des grauenvollen Verbrechens. Handschriften von Mitgliedern des Sonderkommandos, hg. vom Museum Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau, Oswiecim 1996. Vgl. dazu Nathan Cohen, »The Diaries of the Sonderkommando«, in: Yisrael Gutman / Michael Berenbaum (Hg.), *Anatomy of the Auschwitz Death Camp*, Indiana UP 1994, S. 522-534.
19 Joseph Kermish (Hg.), *To Live with Honor and Die with Honor! Selected Documents from the Warsaw Ghetto Underground Archives »O. S.«* (Oneg Shabbat), Jerusalem 1986; Emanuel Ringelblum, *Notes from the Warsaw Ghetto*, hg. von Jacob Sloan, New York / Toronto / London 1958. Vgl. dazu neuerdings Samuel D. Kassow, *Who Will Write Our History? Emanuel Ringelblum, the Warsaw Ghetto, and the Oyneg Shabbes Archive*, Indiana UP 2007.
20 Georges Didi-Huberman, *Bilder trotz allem*, München 2007. Vgl. auch *Mémoire des camps. Photographies des camps de concentration et d'extermination nazis (1933-1999)*, hg. von Clément Chéroux, Paris 2001.
21 Wassili Grossman / Ilja Ehrenburg, *Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden*, Reinbek b. Hamburg 1994; *The Unknown Black Book. The Holocaust in the German-Occupied Soviet Territories*, hg. von Joshua Rubenstein / Ilya Altman, Indiana UP 2008.
22 Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft*, 7. Aufl., München 2000, S. 912. Vgl. auch Harald Welzer, *Verweilen beim Grauen. Essays zum wissenschaftlichen Umgang mit dem Holocaust*, Tübingen 1997.
23 Ulrike Jureit, »Vom Zwang zu erinnern«, in: *Merkur* 61 (2007), 2, S. 158-163.
24 Vgl. Karl-Heinz Bohrer, *Ekstasen der Zeit. Augenblick, Gegenwart, Erinnerung*, München / Wien 2003, S. 11.
25 Alain Finkielkraut, *Die vergebliche Erinnerung. Vom Verbrechen gegen die Menschheit*, Berlin 1989.

Die *IWMpost* ist das Magazin des Instituts für die Wissenschaften vom Menschen. Es berichtet über die Aktivitäten des Instituts und bringt Originalbeiträge seiner Fellows und Gäste in englischer und deutscher Sprache.
Zu den AutorInnen der letzten Zeit zählen Ilija Trojanow, Olivier Roy, Shalini Randeria, Maria Lipman, Peter Demetz, Ivan Krastev, Jan Werner Müller, Mykola Riabchuk, Claus Offe, Alexander Etkind, Timothy Snyder, Mark Lilla und Evgeny Morozov.

Die IWMpost erscheint dreimal im Jahr und kann kostenlos abonniert werden.

Mehr Information hier:

www.iwm.at/iwmpost

Timothy Snyder

DER VERGESSENE HOLOCAUST[1]

The Unknown Black Book, ed. by Joshua Rubenstein and Ilya Altman, Indiana University Press 2007

> »Ich hatte das starke Verlangen, meinen Kopf, mein ganzes Ich mit Asche zu bestreuen – nichts zu hören, mich in Staub zu verwandeln.«
>
> Ida Belozovskaya

Ida Belozovskaya beschwor hier, obwohl Holocaust-Überlebende, nicht die Krematorien von Auschwitz. Im Kiew des September 1941, das sie in ihrem im *Unbekannten Schwarzbuch* veröffentlichten Zeugnis beschrieben hat, ermordeten die Deutschen die Juden, aber ohne auf Gaskammern zurückzugreifen. Die waren zu dem Zeitpunkt noch nicht erfunden, doch der Holocaust war schon im Gang. Was sie zu schildern versuchte, war das von Angst und Scham bestimmte Leben in einer Stadt, in der an einem einzigen Tag 30 000 Juden erschossen werden konnten, in der ihr Vater gerade von der Straße weg verschleppt worden war. Ihre Erfahrungen reiben sich mit dem, was wir über den Holocaust gelernt haben, doch sie sind genau so repräsentativ und wichtig wie die der Juden, die Auschwitz überlebten. Die Hälfte aller im Holocaust ermordeten Juden starb nicht durch Gas, sondern durch Kugeln, nicht in Vernichtungslagern, sondern in Todesgruben. Rund 2,2 Millionen sowjetische Juden wurden erschossen, weitere 350 000 in umgebauten Lastwagen, die als fahrbare Gaskammern dienten, vergiftet. Man vergleiche das mit den 1,1 Millionen Toten in Auschwitz oder den geschätzt 800 000 Toten in Treblinka. Selbst wenn diese Vernichtungslager nie existiert hätten, müssten wir den dezentralisierten Holocaust im Osten als das denkbar grausamste Verbrechen betrachten. Doch wir haben ihn so gut wie vergessen.

Im »Osten« begann der Massenmord an den europäischen Juden. Nicht in Deutschland oder im deutsch besetzten Polen, sondern an der Ostfront, nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941. Als die deutsche Wehrmacht 1941 und 1942 voranstürmte, hatte sie in

ihrem Gefolge vier »Einsatzgruppen«, die hinter der Front ostwärts vorrückten und den Auftrag hatten, politische Gegner und Juden zu liquidieren. Ende August 1941 ermordeten die Deutschen in der ukrainischen Stadt Kamenets-Podolsk 23 000 Juden. Danach wurde die vollständige Vernichtung der jüdischen Bevölkerung der Ukraine und Weißrusslands zur Norm. In der mörderischen Arbeit der Einsatzgruppen verband sich ein ideologisches mit einem rassistischen Motiv. Die Juden galten als rassisch minderwertig und als »der Weltfeind«, sie hatten aus Europa zu verschwinden. Aber innerhalb dieser Denkschablone waren die Juden auch Kommunisten, und somit war, wie Yitzhak Arad in seiner Einleitung zum Unbekannten Schwarzbuch schreibt, die Ermordung der sowjetischen Juden auch ein Mittel zur Bezwingung des Kommunismus. Adolf Hitlers Männer in Minsk machten den Zusammenhang deutlich, indem sie Massenexekutionen auf den Jahrestag der Oktoberrevolution, auf den Tag der Roten Armee und auf den Internationalen Frauentag legten.

Im Osten kam es auch zu Widerstandsaktionen von Juden. Nachdem die Rote Armee sich aus Weißrussland und der Ukraine zurückgezogen hatte, unterstützte Josef Stalin den Partisanenkrieg in diesen Sowjetrepubliken. Er war für den Ausgang des Krieges wichtiger als die vielgefeierten Widerstandsbewegungen in Westeuropa. Insbesondere in Weißrussland, aber auch in der Ukraine fanden Juden, die aus den Ghettos entkommen waren, oft Unterschlupf bei Partisanen und wurden von ihnen manchmal auch bewaffnet. Einer der Berichte im *Unbekannten Schwarzbuch* erzählt von einem 200 Meter langen, von Juden im Ghetto von Minsk gegrabenen Tunnel, der unter einer Backstube begann und den Hunderte Minsker Juden benutzten, um sich den Partisanen anzuschließen und gegen die Deutschen zu kämpfen. Nach Angaben der Herausgeber des Buches waren möglicherweise 30 000 der auf 350 000 geschätzten Partisanen im sowjetischen Weißrussland Juden. Man braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, dass sie auf Vergeltung aus waren.

Jüdische Schriftsteller aus der Sowjetunion wie Wassili Grossman und Ilja Ehrenburg erfuhren von den Greueln in Weißrussland und der Ukraine kurze Zeit nachdem sie begonnen hatten. Eine Zeit lang war es ihre Aufgabe, NS-Mordaktionen gegen Juden zu dokumentieren und Informationen über die Judenverfolgung zu verbreiten. Im Februar 1942 rief Stalin das Jüdische Antifaschistische Komitee ins Leben und ernannte jüdische Intellektuelle wie Grossman und Ehrenburg zu internationalen

Botschaftern des sowjetischen Judentums. Ihre Presseauftritte auf Rundreisen im Ausland dienten dem Zweck, Geld aufzutreiben und das Image der Sowjetunion zu verbessern. Es war nur eines von mehreren Komitees dieser Art. Stalin wollte damit nicht etwa den Juden besondere Unterstützung angedeihen lassen. Aber weil die Juden Hitlers auserkorene Opfer waren, waren es die Mitglieder des Jüdischen Antifaschistischen Komitees, die mit dem spezifischen Horror der »Endlösung« konfrontiert waren. Als die Rote Armee den Vormarsch der deutschen Wehrmacht Anfang 1943 stoppte und den Westen Russlands nach und nach zurückeroberte, folgten diese Intellektuellen den sowjetischen Truppen westwärts und protokollierten dabei die Greuel, die die Einsatzgruppen im Verlauf der zurückliegenden zwei Jahre begangen hatten. Sie sammelten Briefe und Erlebnisberichte von Menschen, die die Mordaktionen überlebt hatten; manche von ihnen hatten sich aus den Massengräbern herausgegraben.

Die Dokumente, die nun in dem hier besprochenen Band auch auf englisch vorliegen, gehören zu den Zeugnissen, die die Mitglieder des Jüdischen Antifaschistischen Komitees zusammengetragen und bearbeitetet haben mit dem Ziel, einen Katalog deutscher Kriegsverbrechen zu veröffentlichen. Schon während der Krieg noch andauerte, standen Komiteemitglieder in Verbindung mit amerikanischen Juden, und die Veröffentlichung war als gemeinsames amerikanisch-sowjetisches Unternehmen geplant – das Werk sollte in einer russischen und einer englischen Ausgabe herauskommen. Während die englische erschien, wurde die Arbeit an der russischen Ausgabe des Schwarzbuches 1947 unvermittelt eingestellt. Das Jüdische Antifaschistische Komitee wurde aufgelöst, seine Mitglieder wurden selbst zu Verfolgten – bis 1952 wurden dreizehn von ihnen liquidiert. Erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion konnte das *Schwarzbuch* in russischer Sprache erscheinen. Die russische Ausgabe der zweiten, ebenso wertvollen Dokumentensammlung, *Das unbekannte Schwarzbuch,* erschien um dieselbe Zeit, 1993. Das besondere historische Verdienst dieser beiden Sammlungen besteht darin, dass die damit zugänglich gemachten Dokumente unmittelbar nach den geschilderten Ereignissen entstanden sind. Zusammen genommen stellen die beiden Bücher eine der wichtigsten Quellen für die Holocaustforschung dar.[2]

Weshalb war die Protokollierung des Holocaust in der Nachkriegs-Sowjetunion ein solches Problem? Stalin hatte die Völker der Sowjetunion zum Sieg geführt, aber um den Preis, dass Millionen Sowjetbürger von

deutscher Hand umgekommen waren. Wenn das Sowjetsystem überleben wollte, musste dem ungeheuren Ausmaß des Leidens ein Sinn abgewonnen werden, nämlich der, dass hier die vereinigten Völker der Sowjetunion über einen schrecklichen und unbarmherzigen Feind triumphiert hatten. Damit dies propagandistisch funktionierte, mussten alle Sowjetbürger gleichermaßen gelitten, sich aber auch mit gleicher Leidenschaft den Deutschen widersetzt haben. Demgegenüber erinnern die in den beiden Schwarzbüchern versammelten Berichte daran, dass der Holocaust die zahllosen anderen deutschen Kriegsverbrechen im Osten in den Schatten stellt, vor allem aber daran, dass die Deutschen ihre blutige Arbeit nicht ohne lokale Kollaborateure hätten verrichten können. Die Einsatzgruppen zählten nur rund 3000 Mann. Sie erhielten zwar Unterstützung von deutschen Polizeieinheiten und von der Wehrmacht, brauchten aber auch örtliche Polizeikräfte, um die JudenGhettos erst zu errichten und später zu räumen. Das Sowjetsystem bestrafte natürlich Kollaborateure, konnte aber das Ausmaß der systematischen Kollaboration nicht als historische Realität anerkennen. Nicht weniger als Frankreich und alle anderen von den Nazis besetzten Länder war die Sowjetunion auf den Mythos eines einigen Widerstandes angewiesen.

In dem von Stalin überarbeiteten Szenario dieses Mythos spielten die Russen die Hauptrolle. Sie waren unter den Völkern der Sowjetunion das gleicheste unter gleichen. Der Krieg war unter dem Banner des russischen Nationalismus geführt worden, und den Sieg hatte Stalin in einem berühmten Trinkspruch zu einem russischen Sieg erklärt. Tatsächlich wurde der Krieg überwiegend auf nichtrussischem Gebiet ausgefochten – die meisten russischen Zivilisten bekamen nie einen Deutschen zu sehen. Ohne die grausame Belagerung Leningrads oder die erbitterte Schlacht um Stalingrad zu vergessen, ist es eine Tatsache, dass die Ukraine und Weißrussland die Hauptlast der Kämpfe trugen. Ukrainer und Weißrussen hatten weitaus mehr zu leiden als die Bevölkerung Russlands, und die Juden mehr als irgendeine Gruppe sonst. Aber gerade das war es, was in der für Stalin typischen absurden Logik die Größe der russischen Nation ausmachte: Russland war in seinen Augen gleichsam sauberer geblieben. Diejenigen, die in der Ukraine und Weißrussland unter zwei- oder dreijähriger deutscher Besatzungsherrschaft gelebt hatten, waren verdächtig. Sie waren mit einem anderen System in Berührung gekommen. Noch verdächtiger waren diejenigen, die von den Deutschen mitgenommen und in

Lagern gefangen gehalten worden waren; sie hatten das sowjetische Universum verlassen. Sie alle waren, wie die Millionen aus Gefangenschaft zurückkehrender Soldaten und Zwangsarbeiter, durch ihren Kontakt mit der Welt außerhalb der UdSSR verdorben. Vor diesem Hintergrund nimmt die Tatsache, dass das Antifaschistische Komitee in Ungnade fiel, kaum mehr Wunder.

In ihren Bemerkungen zum Schicksal des Jüdischen Antifaschistischen Komitees und zu den von ihm gesammelten Dokumenten erörtern die Herausgeber des *Unbekannten Schwarzbuchs* diese Fragen, lassen aber die größeren Zusammenhänge der internationalen Politik außer Betracht. Für Stalin war die jüdische Frage eine nationale Frage, und jede nationale war auch eine internationale Frage. Er schlachtete nationale Fragen auf der Bühne der internationalen Politik aus. Es war aus Stalins Sicht vollkommen legitim, nationale Aufstände gegen den britischen (oder später den amerikanischen) Imperialismus zu unterstützen, ebenso wie den zionistischen Traum von einem unabhängigen Staat Israel. Die Sowjets erwarteten von Israel, sich als loyaler Verbündeter Moskaus zu zeigen. Als die Israelis das nicht taten, lieferten sie Stalin damit einen Grund, die Juden in der UdSSR zu verfolgen. Wer nicht für ihn war, war gegen ihn. Das war das Ende der Geschichte des Jüdischen Antifaschistischen Komitees, und es hätte auch das Ende der von ihm gesammelten historischen Dokumente sein können. Jetzt aber vervollständigt die Veröffentlichung des *Unbekannten Schwarzbuchs* die Restituierung der intellektuellen Hinterlassenschaft des Komitees, einer der gewichtigsten und unentbehrlichsten Quellen zur »Endlösung«.

Die im Unbekannten Schwarzbuch präsentierten Zeugnisse können uns westlichen Lesern einiges Unbehagen bereiten. Sie erinnern daran, dass das Herz des jüdischen Lebens Europas, ja der Welt, in der Ukraine, in Weißrussland und in Polen schlug. Das Holland Anne Franks, das Italien Primo Levis und auch das Deutschland Victor Klemperers waren Randbezirke, nicht Mittelpunkte jüdischen Lebens. Außerdem zwingen uns diese Dokumente, unser vertrautes Holocaust-Bild zu erweitern. In Polen wurden die Juden in Ghettos gesperrt, noch bevor Deutschland die Sowjetunion überfiel, aber sie wurden bis dahin nicht massenhaft ermordet. Hitler trug sich seit Kriegsbeginn mit Plänen für eine »Endlösung«, aber bis 1941 schien diese eher auf Exil hinauszulaufen als auf Mord. Es mag peinlich sein, daran erinnert zu werden, dass die Entscheidung, die

europäischen Juden zu vernichten, erst ziemlich spät, im Sommer oder Herbst 1941, fiel und dass sie in einem ganz bestimmten Kontext getroffen wurde – dem deutschen Einmarsch in die Sowjetunion. Hitler assoziierte die Juden mit der Sowjetmacht, was manche Forscher, die sich mit der neueren Geschichte des Judentums befassen, insbesondere in den USA, dazu verleitet, die Rolle der Juden im Kommunismus zu tabuisieren. Die überlebenden Juden, deren Erinnerungen in dem hier besprochenen Werk versammelt sind, hätten dafür kein Verständnis gehabt, denn viele von ihnen sahen und fühlten sich als Kommunisten und Juden.

Der osteuropäische Holocaust der Todesgruben und Massengräber konfrontiert uns unweigerlich mit der Frage nach der Vergleichbarkeit totalitärer Regime. Vergleiche zwischen dem NS- und dem Sowjetregime, im Westen ein Thema von theoretischem Interesse, waren in Osteuropa praktischer Natur. Die Osteuropäer, sowjetische Juden eingeschlossen, erlebten die Herrschaft beider Regime und mussten sich zu beiden verhalten. Die Komplexität der Ostfront erlaubt uns keine einfache Rubrizierung in Helden und Opfer. Jüdische Kommunisten, die als Partisanen in Weißrussland oder der Ukraine kämpften, erscheinen uns natürlich als Helden, weil sie den Nazis die Stirn boten und ihre Familien rächten. Zugleich ist festzuhalten, dass sie mit der Waffe in der Hand ein System verteidigten, das zehn Jahre zuvor etwa sechs Millionen Ukrainer, Kasachen und Russen zu Tode gehungert und in den Jahren 1937-38 eine Million Sowjetbürger dem Henker überantwortet hatte. Das warf ebenso einen Schatten auf ihren Nimbus wie der Umstand, dass die Sowjetunion in den Zweiten Weltkrieg als De-facto-Bündnispartner Hitlers eintrat und am Überfall auf Polen und an der Ausplünderung des Landes teilnahm. Im Sommer 1941 wussten die sowjetischen Juden noch nicht, was sie von den Deutschen zu gewärtigen hatten, denn die sowjetische Presse hatte noch nicht über die antisemitische Politik des NS-Regimes berichtet. Ungeachtet all dessen ist ziemlich klar, warum Juden in Weißrussland und der Ukraine sich den Partisanen anschlossen, und wir tun sicher gut daran, uns um ein Verständnis ihrer unmittelbaren Motive zu bemühen, anstatt vor diesem Thema zurückschrecken, aus Angst, wir könnten ein Tabu verletzen, indem wir Juden mit dem Kommunismus assoziieren.

Auf eine seltsame Weise kommen wir mit dem »westlichen« Holocaust besser zurecht als mit dem Holocaust im Osten. In 60 Jahren des Debattierens über Genese und Methoden der »Endlösung« haben wir gleich-

sam die Aufklärung gegen sich selbst in Stellung gebracht, indem wir die Verbrechen der Deutschen zu so etwas wie einem Paradoxon der Moderne erklärten. Die Instrumente der modernen Technik wie Züge und Gas, so die verbreitete Ansicht, hätten Massenmorde auf Distanz möglich gemacht. Die Entfremdung, die in der modernen Gesellschaft herrsche, führe dazu, dass Menschen nichts davon erfuhren oder sich nicht darum scherten, wenn ihre Nachbarn mitten in der Nacht abgeholt wurden und verschwanden. Die moderne Bürokratie habe es mit sich gebracht, dass Verantwortlichkeiten in so kleine Einheiten aufgefächert wurden, dass es unmöglich sei, einzelne Personen zur Rechenschaft zu ziehen. Mit Hannah Arendt gesagt, banalisiere die Komplexität das Böse. Im Hinblick auf den sowjetischen Osten scheint jedoch kaum etwas von diesen Erklärungen zu greifen. Hier mordeten die Einsatzgruppen einfach auf Befehl von oben; sie schleppten die Juden in die Ghettos und zu den Todesgruben, sei es mit Gewalt oder mit Hinterlist, und beendeten ihr Leben, indem sie sie schlicht und einfach erschossen, an Orten, wo die Nachbarn der Opfer noch die Gewehrschüsse hören konnten. Das Komplizierteste daran (und manchmal wurde es tatsächlich unterlassen) war, dass man im Vorhinein die Gruben ausheben musste.

Die Deutschen wussten, was sie taten, und taten es trotzdem. Die Juden wussten, was ihnen bevorstand, und starben trotzdem. Ihre Mitbewohner und Nachbarn wussten, was den Juden blühte, und halfen ihnen nur selten. Die Vorgänge, die *Das unbekannte Schwarzbuch* schildert, machten die Hälfte des Holocaust aus. Sie stellen die herrschende Darstellung in Frage und legen die Wahrheit bloß. Das Böse ist banal, aber nicht weil es komplex wäre. Das Böse ist banal, weil es so einfach ist.

Aus dem Englischen von Karl-Heinz Siber

Anmerkungen der Redaktion

1 Die vorliegende Rezension erschien zuerst in englischer Sprache in *Truthdig* (15. Februar 2008), www.truthdig.com/arts_culture/item/20080215_the_forgotten_suffering_of_soviet_jews/. Wir danken Zuade Kaufman für die Erlaubnis zur Übersetzung.

2 1948 wurden der bereits fertige Satz des von Wassili Grossman und Ilja Ehrenburg herausgegebenen *Schwarzbuchs* zerstört und Korrekturfahnen und Manuskript beschlagnahmt. Die von Arno Lustiger herausgegebene deutsche Ausgabe

von 1994 (*Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden,* Rowohlt, Reinbek bei Hamburg) beruht auf einem Korrekturexemplar von 1946/47, das Irina Ehrenburg 1992 übergeben wurde, sowie auf einem unzensierten Manuskript. Im Nachwort schreibt Schmuel Krakowski über das *Unbekannte Schwarzbuch*: »Schließlich wurde ein zweites ›Schwarzbuch‹ letztes Jahr auf russisch veröffentlicht – als Gemeinschaftsunternehmen von Yad Vashem und dem Staatsarchiv der Russischen Föderation. Dieses Buch trägt den Titel ›Das unbekannte Schwarzbuch‹ und enthält Materialien, die nicht in dem von Ehrenburg und Grossman herausgegebenen ›Schwarzbuch‹ enthalten sind.« (S. 1086) Die englische Ausgabe erschien 2007 und wird hier besprochen.

EINE EXEKUTION IN MARIUPOL*

Brief von Samuil Aronovich Belous

Die Deutschen fielen am 8. Oktober [1941] in Mariupol ein und begannen ihre Jagd auf die Juden. Nach Einbruch der Nacht gab es Überfälle und Morde. In der ganzen Stadt waren Schüsse zu hören: Es waren die Deutschen, die in Wohnungen eindrangen, die Menschen beraubten, sie misshandelten und Juden erschossen. Den Einwohnern blieb in ihrer großen Angst nichts, als sich in den Ecken ihrer Wohnungen zu verstecken und den gefürchteten Besuch zu erwarten. Am nächsten Morgen wurde in der Stadt der Aufruf plakatiert, umgehend einen Judenrat zu organisieren. Unter Androhung der Todesstrafe wurden die Juden gezwungen, ihre Repräsentanten zu wählen, unter denen die angesehensten Bürger waren – Ärzte und Ingenieure. Sie bekamen als erste die abscheuliche Grausamkeit der deutschen Schlächter zu spüren: Ihnen wurden widerwärtige und unerfüllbare Aufgaben auferlegt, und wenn sie diese nicht bewältigen konnten, waren sie gnadenlosen Misshandlungen ausgesetzt. Jeden Tag wurden Vertreter des Judenrats von der Gestapo oder vom Stadtkommandanten vorgeladen und angewiesen, bestimmte Mengen an Mehl, Zucker, Honig, Schuhcreme, Seife und so weiter zur Verfügung zu stellen. In großer Angst und in dem Gefühl, dass etwas Furchtbares in der Luft lag, beeilte sich die jüdische Bevölkerung, alles, was sie noch besaßen, alles, was in ihrem Haushalt noch vorhanden war, herzugeben – in der Hoffnung, dass jeden Moment die Rote Armee zurückkehren und sie aus diesem Grauen befreien würde.

So vergingen einige Tage. Es kam zu immer mehr Plünderungen. Die Eroberer fuhren am hellichten Tag vor den Wohnhäusern vor und nahmen mit, was sie wollten. Sie luden alles auf Lastwagen und fuhren davon. Jegliche Weigerung, jeglicher Widerstand von Seiten der Bewohner wurde mit Härte und Brutalität, bis hin zum Mord, beantwortet. Jeden Morgen wurden neue Gruppen von Erschießungsopfern gefunden. Versuchten die Familien der Opfer, die Leichen mitzunehmen oder zu begraben, wurden sie mit unmenschlicher Gewalt daran gehindert. Tage vergingen, und die

Toten wurden nicht geborgen. Die Forderungen der Deutschen an die Juden wurden immer umfangreicher. Eine weitere Verordnung wurde erlassen, die den Juden vorschrieb, einen sechszackigen Stern aus weißem Stoff an ihrem linken Ärmel zu tragen. Die Strafe für die Missachtung dieser Vorschrift, wie jeglicher Vorschrift, war die Erschießung. Das Leben der jüdischen Gemeinde wurde weiter erschwert, als die Lebensmittel knapp wurden. Lieferungen wurden entweder von den Deutschen konfisziert oder zur Gänze aufgebraucht. Es war gefährlich, auf die Straße zu gehen, da die Deutschen jeden Juden, der ihnen begegnete, festnahmen und unter Schlägen zur Arbeit abführten. Kaum jemand schaffte es, von der Arbeit wieder nach Hause zu kommen; die meisten wurden an Ort und Stelle umgebracht. Der Hunger wurde größer. Es gab keinen Ort mehr, wo man etwas kaufen hätte können, alle Geschäfte waren leergeplündert.

Acht Tage später, am 16. Oktober, mussten alle Juden sich registrieren lassen. Sich der Registrierung zu entziehen war gleichbedeutend mit dem Tod. Dann kam der nächste Befehl: alle Wertgegenstände, die im Besitz von Juden waren, mussten innerhalb von zwei Stunden abgegeben werden. Darauf folgte die Anordnung zur »Evakuierung« der jüdischen Einwohner. Man konnte mitnehmen, was man wollte. Für die gesamte jüdische Bevölkerung wurden zwei Versammlungspunkte bestimmt. Von großer Angst ergriffen rannten alle durcheinander. Jeder suchte, lief hin und her, packte seine besten Stücke ein. In Furcht und Verzweiflung fragten besorgte Augen »Wohin bringen sie uns?«. Schweigen war die einzige Antwort.

Mit unserer wichtigsten Habe gingen mein Sohn und ich zum Versammlungspunkt. Gruppen von Menschen mit schweren Koffern und Säcken näherten sich aus allen Richtungen. Männer, Frauen und Kinder, die Gesichter dem Boden zugekehrt, schnaufend unter dem Gewicht ihres Gepäcks, voller Angst und Zweifel und in Ungewissheit, wohin sie gebracht würden und warum. Einige brachten ihren Besitz auf einem Wagen, vor den eine Kuh oder ein Pferd gespannt war. Zwei Stunden später trieben die Deutschen die ganze riesige Menge (es waren über dreitausend Menschen) in Richtung Mühle. Auf einem Platz neben einem großen, vierstöckigen Gebäude hießen sie uns anhalten. Filmkameras tauchten auf und es wurde begonnen, die Menschen in ihrem Unglück zu filmen, um dem »großen« Deutschland zu zeigen, wie die Eroberer mit den Eroberten umgingen. Sie trieben uns rasch in das Gebäude, wo sie uns zwei Tage und zwei Nächte ohne Nahrung und Wasser festhielten. In kurzen

Abständen kam die Gestapo in das Gebäude, und die nächste Runde von Plünderungen begann. Sie forderten Geld, Uhren und andere Wertgegenstände. Sobald sie ihre Taschen und Börsen mit dem Erbeuteten gefüllt hatten, verschwanden die Polizeibeamten lächelnd, nur um ein, zwei Stunden später wiederzukommen. Gemeinsam mit meinem Sohn überdauerte ich die zwei Tage in dieser schwierigen, nervenzerreißenden Atmosphäre, vom Hunger erschöpft. Die Anspannung und die Beklemmung wurden durch die Gerüchte, die in der Menge zirkulierten, weiter gesteigert. Doch niemand vermutete, dass diese riesige Menschenmenge zur Exekution geführt werden sollte.

Am Morgen des 18. Oktober trieben die Deutschen diejenigen fort, die draußen bei ihren Wagen und Karren standen. Sie gingen fort, mit unbekanntem Ziel, und ließen ihre Habseligkeiten zurück. Bei diesem Anblick verließ uns jeder Rest von Mut. Schreckliche Gedanken gingen uns durch den Kopf; die Hoffnung, aus dieser Situation lebend herauszukommen, schwand. Ruhelos liefen alle hin und her, suchten nach Verwandten, Freunden, erzählten Geschichten, fragten. Lippen bebten, Gesichter waren bleich wie der Tod. Wieder stürmten die Deutschen herein, und wieder schrieen sie herum und verlangten Uhren, Geld und ähnliches. Nach einer halben Stunde war der Beutezug vorüber, und sie zogen ab. Die Menschen warteten auf den nächsten Raubzug, danach wurden sie zu einem unbekannten Ziel abgeführt. Zwei Stunden später holten sie jene aus dem zweiten Stock, auch ohne ihr Gepäck. Jeder, der nach irgendetwas griff, wurde brutal zusammengeschlagen. Sie ließen Reihen bilden und trieben die Gruppe fort. Uns wurde immer deutlicher klar, dass uns Schreckliches erwartete. Aber gleichzeitig glaubten wir nicht, dass unsere Stunden gezählt waren. Mein Sohn versuchte nun, mich zur Flucht zu überreden. Die Wachmannschaft war zu groß, und jeder Fluchtversuch hätte bedeutet, frühzeitig von einer Kugel getroffen zu werden. Ich bemühte mich, meinen Sohn dazu zu bringen, Ruhe zu bewahren, aber er wollte nichts davon wissen. Schließlich gab ich ihm die Erlaubnis, allein zu gehen. Im Wissen, dass es keinen Ausweg gab, ließ ich ihn fliehen. Zum ersten Mal in meinem Leben sah ich, wie meinem Sohn die Tränen in die Augen stiegen, als er sich verabschiedete.

Von einem Fenster im dritten Stock aus sah ich ihn losgehen. Die Deutschen hielten ihn auf, aber er sagte, er sei Russe, und sie ließen ihn gehen. Ich sollte meinen Sohn nie wiedersehen. Ich selbst blieb in der riesigen

Menschenmenge. Lärm, Rufe und Klagen erfüllten den großen Raum, in dem ich mich befand. Neben mir saßen mein achtzehnjähriger Neffe (der Sohn meines Bruders), seine Tante und sein Onkel. Wir waren alle in einer verzweifelten Verfassung. Eine Stunde später jagten sie uns alle auf die Straße, ließen uns Reihen bilden und schlugen uns mit Stöcken. Meine Verwandte bekam den ersten, harten Schlag auf den Kopf. Feiner Herbstregen fiel den ganzen Weg lang auf uns nieder. Die Menschen, die da gingen, litten Hunger und waren geschwächt; der Matsch machte das Vorwärtskommen noch schwieriger. Deutsche mit Maschinenpistolen standen am Straßenrand. Wir kamen auf die Straße, die zum staatlichen Landwirtschaftsbetrieb *Krasnaya zvezda* (Roter Stern) führt. Auf dem Weg kamen uns Autos voller Deutscher entgegen. Die Offiziere sprangen aus den Wagen, Kameras in der Hand. Die Menge bewegte sich weiter.

Endlich näherten wir uns der Kolchose. Eine schmale Brücke trennte uns noch von den Scheunen. In dem Moment, als wir den Fuß auf die Brücke setzten, wurde jedem von uns klar, was uns erwartete: auf dem Boden, durchnässt vom Regen, lagen Gepäck, Schuhe, Mäntel, Kissen, Uhren und Geld. Ein grauenvolles Gefühl ergreift mich. Mein Kopf dreht sich, alles flimmert vor meinen Augen. Und je weiter wir gehen, desto fester wird unsere Überzeugung, dass wir von hier nicht lebend zurückkommen werden. Die Gedanken verlieren ihren natürlichen Lauf. Wir wollen schreien, der ganzen lebenden Welt mitteilen, was die »kultivierten und zivilisierten« Deutschen im 20. Jahrhundert mit Menschen machen. Eine Ärztin namens Goltsman bahnt sich mit einer Freundin ihren Weg durch die Menge auf mich zu. Angst und Schrecken spiegeln sich in ihren schönen, zarten Gesichtszügen. Beide sagen mir, sich gegenseitig ins Wort fallend: »Du siehst, was hier passiert. Wir müssen hier weg. Es wird bald dunkel sein. Lass' uns zurückfallen, vielleicht schaffen wir es, hier herauszukommen«.

Zu dritt eilen wir nicht länger vorwärts, sondern verlangsamen unseren Schritt, um uns schließlich in entgegengesetzter Richtung durch die Menge zu bewegen. Kaum haben die in Reihen postierten Deutschen uns bemerkt, greifen sie mit einem Schrei nach ihren Waffen. Ich bekomme einen heftigen Schlag mit dem Gewehrkolben. Ich verliere meine Reisegefährtinnen aus den Augen und gehe wie betrunken mit der Menge mit. Die Offiziere beobachten die Vorübergehenden genau. Vor mir geht eine anmutige junge Dame mit einem teuren Pelzmantel. Ein Deutscher

versetzt ihr einen Schlag auf den Kopf und befiehlt ihr, den Mantel auszuziehen. Das Mädchen, verblüfft und hilflos, gehorcht dem Befehl. Ich nähere mich den Toren der Scheune. Mehrere Leute rennen in verschiedene Richtungen weg, lösen sich von der Menge. Kugeln holen sie ein und sie fallen tot nieder. Es ist dunkel und beängstigend in der Scheune voller Menschen. Ich rufe meinen Neffen, meine Verwandten, aber keiner antwortet.

Ich begriff, dass sie in einem anderen Stall waren. Der ständige Lärm und das Geschrei hielten die ganze Nacht über an: Kinder weinten, fragten nach Brot, nach Wasser. Es war eine der schrecklichsten Nächte meines Lebens. Ich verstand, dass alles aus war, aber der Wunsch zu leben kommt mit all seiner Macht über mich. Das Hirn arbeitet fieberhaft. Ich sehe eine einzige Frage vor mir: Wie kannst du am Leben bleiben und der Welt berichten über das, was du gesehen hast? Einzelne Schüsse fallen da und dort, Kugeln durchschlagen die dünnen Wände und verletzen mehrere Frauen. Die Männer versuchen zu beruhigen und Frauen und Kindern Mut zuzusprechen, bemühen sich, sie zu überzeugen, stark zu sein und tapfer auf den Tagesanbruch zu warten.

Endlich beginnt es schwach zu dämmern. Draußen ist Bewegung. Alle warten in großer Angst. Bald darauf öffnen sich die schweren Tore. Die Deutschen stürmen mit Schlagstöcken in die Scheune und treiben mehrere Dutzend Leute hinaus, lassen sie antreten und führen sie ab. Durch eine schmale Öffnung sehe ich, wie sie eine Gruppe hinauf zum Rand eines Panzerabwehrgrabens führen und mit Maschinengewehren erschießen. Die Körper von Menschen, die gerade noch gelebt und gedacht haben, fallen tot in den Graben. Dann führen sie eine zweite Gruppe hinauf, und dann eine dritte, und derselbe Vorgang wird ausgeführt. Rufe, Gebrüll wurde in der Scheune laut. Ein schönes junges Mädchen (eine Nachbarin aus meinem Wohnhaus) lief von einer Ecke zur andern, griff sich an den Kopf, weinte und schrie: »Wozu machen sie das? Ich bin jung, ich will leben!« Aber sie kommt bald dran.

Das Hirn hört nicht auf zu arbeiten, du siehst den Tod. Aber der Durst nach Leben ist größer. Scharf durchschneidet ein Einfall meine Gedanken. Ich folge ihm, greife nach meinem Pass und reiße ihn in kleine Stücke. Als sich das Tor zum fünften Mal öffnet, renne ich vor allen anderen hinaus und erkläre einem Deutschen: »Ich bin Russe!« Seine boshaften, blutrünstigen Augen durchdringen mich. Auf die Frage, wie ich unter diese Juden

geraten bin antworte ich, dass ich selbst Russe, meine Frau aber Jüdin sei. Mein Trick funktioniert; der Deutsche führt mich beiseite. Eine Frau steht auch dort, neben mir; ihr Pass weist sie als Ukrainerin aus. Wir stehen beide wie versteinert da, während eine Gruppe nach der anderen an uns vorbei zum Abschlachten geführt wird. Die von den Maschinengewehren niedergemähten Körper fallen übereinander. Alle werden zusammengeworfen in diesem Grab: Verwundete, Tote, Frauen, Männer, Kinder. Die Menschen fallen aufeinander, der Graben füllt sich langsam. Da kommt mein Neffe. Bleicher als bleich im Gesicht, seine Augen starren stumpf auf die Füße. Jetzt kommt seine Tante, gehetzt, fast läuft sie, mit rotem Gesicht. Eine Minute später kommt ihr Mann, rennend, mit einem unmenschlichen Schrei, wie das Gebrüll eines Tieres. Das Herz zerspringt in Stücke.

Aus dem Englischen von Nora Landkammer

* Auszug aus *The Unknown Black Book*, ed. by Joshua Rubenstein and Ilya Altman, Indiana UP 2007, S. 222-225. Der Bericht wurde von S. Golovanivsky bearbeitet.

Alexander J. Motyl

WARUM IST DIE KGB-BAR MÖGLICH?
Binäre Moral und ihre Konsequenzen

Die KGB-Bar liegt im ersten Stock eines heruntergekommenen Hauses im New Yorker East Village. »Das KGB«, so wirbt seine Website bescheiden, »ist so etwas wie eine literarische Institution New Yorks geworden (...). Die Szene liebt es.«[1] Die Website vergisst zu erwähnen, dass der Namensgeber der Bar eine kriminelle Organisation ist. Die Wurzeln des 1954 gegründeten realen KGB – des »Komitees für Staatssicherheit« – gehen auf das Jahr 1917 zurück, als Lenin die Tscheka ins Leben rief, die »Außerordentliche Allrussische Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution, Spekulation und Sabotage«. Die Tscheka und alle nachfolgenden Versionen der sowjetischen Geheimpolizei inhaftierten, folterten und ermordeten in dem ausgedehnten System von Konzentrationslagern, das als »Hauptverwaltung der Besserungsarbeitslager« oder »Gulag« bekannt wurde, Millionen von Menschen. Als nach Joseph Stalins Tod die meisten Lager geschlossen wurden, konzentrierte der KGB seine Bemühungen auf die Unterdrückung tausender Dissidenten und den Aufbau ausgedehnter Bespitzelungs- und Spionagenetze im In- und Ausland.

Gleichgültigkeit gegenüber dem Gulag

Den meisten Schätzungen nach forderte Stalins brutale Herrschaft etwa 20 Millionen Menschenleben.[2] Diese Zahl schließt jene ein, die in den Konzentrationslagern oder im Exil umkamen, die während ihrer Deportierung starben, die exekutiert und in Massengräbern verscharrt wurden und die während des Großen Hungers (Holodomor) von 1933 in der Ukraine und im Zuge der Kollektivierung der Landwirtschaft in anderen Teilen der Sowjetunion verhungerten. Selbst wenn man die Zahl halbiert, bleibt sie erschütternd. Und es bedarf nur geringer Vorstellungskraft, um zu begreifen, dass sie für wirkliche Menschenleben steht, die sinnlos und grausam ausgelöscht wurden.

Wir leben in einem Zeitalter der Menschen-, Bürger-, Frauen-, Minderheiten- und Tierrechte. Wir sind darauf eingestellt, uns über die geringste Ungerechtigkeit auf der Welt zu empören. Berichte von sinnlosen Angriffen auf Iraker, Israelis und Russen erfüllen uns mit Abscheu. Die ethnischen Säuberungen und Massenmorde in Darfur und Ruanda übersteigen unser Fassungsvermögen. Wenn eine Bar den Namen der Gestapo oder SS trüge, würde die Reaktion auf dem Fuße folgen: Alle Meinungsmacher New Yorks – und viele weitere weltweit – würden lautstark eine so gefühllose Verletzung grundlegenden menschlichen Anstands verdammen. Wie also ist es dann möglich, dass die KGB-Bar und wofür sie steht, der Gulag – ich benutze das Wort als Kürzel für die Gesamtheit sowjetischer Verbrechen –, weder Empörung noch Unbehagen noch auch nur eine einzige Stimme des Protestes auf den Plan rufen?

Die Gleichgültigkeit gegenüber der KGB-Bar und dem Gulag kann nicht an Unwissenheit liegen, denn Literatur über die sowjetische Geheimpolizei, die Konzentrationslager und die sowjetische Repression ist umfangreich und leicht zugänglich. Ebensowenig ist die Sowjetunion – oder ihr Nachfolgestaat, die Russische Föderation – ein obskures Land, das von geringem Interesse für die Elite der amerikanischen Meinungsmacher wäre. Ignoranz mag daher die breite amerikanische Öffentlichkeit und die eher junge Klientel der KGB-Bar entschuldigen, die intellektuelle New Yorker Elite aber kann sich darauf nicht herausreden.

Wie können wir diese bemerkenswerte moralische Blindheit erklären? Wir wissen, dass Weltanschauungen, Kulturen, Diskurse und Ideologien die Wahrnehmung der Wirklichkeit in einer Art und Weise strukturieren können, die manches sichtbar und wichtig, anderes unsichtbar und unwichtig macht. Wenn der Gulag durch ein alternatives Wertesystem, das einen beherrschenden Einfluss auf unsere Wahrnehmung von Gut und Böse hat, aus der moralischen Sphäre ausgeblendet würde, ließe er sich folglich ohne das Risiko moralischer Schande ignorieren oder übersehen. Wie ich unten nahelege, schafft das herrschende Verständnis des Holocaust ein alternatives Wertesystem, das genau eine solche Wirkung hat.

Der sakrale Status des Holocaust

Der Holocaust ist einzigartig – auf eine Weise, die gemeinhin anerkannt wird, und auf eine andere, für die das nicht gilt. Der Holocaust ist einzigartig in der Entsetzlichkeit seiner klinisch-industriellen Methodik der Ermordung aller Juden, aber er ist auch einzigartig in seinem diskursiven Status. Als Apotheose des Kampfes zwischen dem reinen Guten und dem reinen Bösen ist der Holocaust zu einer transzendenten Meistererzählung und einer heiligen Schrift geworden.

Die objektive Wirklichkeit des Genozids an den Juden hätte nicht den Status des Heiligen hervorbringen können; keine Realität vermag dies. Würde die objektive Realität hinreichen, um den Status der Heiligkeit zu erzeugen, dann würde man sich des Holocaust als einer Katastrophe von Juden und Roma erinnern, da die Roma wie die Juden von den Nazis zur Vernichtung bestimmt waren und wie diese furchtbare Verluste hinnehmen mussten. Stattdessen kommen Roma gemeinhin nur als Fußnote im Holocaust-Narrativ vor. Auch die Intensität des jüdischen Gedenkens an den Holocaust kann seinen Status nicht erklären. So wie die Juden in der Shoa ein einzigartiges Grauen erblicken, so sehen auch die Roma, Polen, Kurden, Armenier, Kambodschaner, Krimtartaren, Tutsi und viele andere ihre eigenen Katastrophen als einzigartig an. Auch hier finden wir ein oft hochentwickeltes institutionalisiertes Gedenken, aber mit ihren Mahnrufen an die Welt ist es diesen Opfern nicht gelungen, den gleichen heiligen Status für ihr Leiden zu erreichen.

Der Holocaust erlangte den Status des Heiligen in vier logischen Schritten, die notwendig sind, um einem Massenmord einen solchen Status zu verleihen:

1. Sowohl Opfer wie Täter müssen den Massenmord als Verbrechen anerkennen. Die Opfer müssen das Verbrechen verurteilen, die Täter die Verantwortung dafür übernehmen.

2. Der Massenmord muss zum zentralen Definitionsmerkmal der nationalen Identitäten sowohl der Opfer wie der Täter werden. Die Opfer müssen ihre Opferschaft durch die Hand der schuldigen Täter, die Täter ihre Täterschaft an den unschuldigen Opfern als Kern ihrer Identität betrachten.

3. Die Opfer müssen sich nicht nur als unschuldig, sondern als kollektiv unschuldig betrachten, genauso wie sich die Täter nicht nur als

schuldig, sondern als kollektiv schuldig sehen müssen. Schuld und Unschuld werden deshalb kollektiv, weil nationale Identität eine kollektive Selbstdefinition ist; folglich wird die primäre Komponente dieser Identität – der Massenmord und die Frage von Unschuld und Schuld, die er aufwirft – ebenfalls zu einem kollektiven Phänomen.

4. Die kollektive Unschuld und die Kollektivschuld müssen in die Vergangenheit und Zukunft der gesamten Nation projiziert werden. Da Nationen immer als generationenübergreifende Gebilde aufgefasst werden, charakterisieren Kollektivschuld und kollektive Unschuld schließlich nicht nur die tatsächlichen Opfer und Täter, sondern auch ihre Vorfahren und Kinder.

Das Ergebnis dieses vierstufigen Prozesses ist eine »binäre Moral«, die postuliert, dass eine Nation immer und überall aus unschuldigen Opfern und die andere immer und überall nur aus schuldigen Tätern besteht. Von hier ist es nur noch ein kleiner Schritt zu der zweifelhaften Auffassung, dass, da die eine Nation immer und überall aus Opfern besteht, alle anderen Nationen, mit denen sie in Kontakt kommt, immer und überall potentielle Täter sein müssen. Der heilige Status des Holocaust führt so zur Akzeptanz eines Wertesystems, das auf der Übertragbarkeit der kollektiven Unschuld und Schuld bestimmter Menschen zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort auf alle anderen Menschen derselben Nation zu allen Zeiten und an allen Orten gründet. Eine solche Morallogik leugnet die Bedeutung individueller Entscheidungen für das moralische Urteilen bzw. die Existenz einer Vielzahl von Wahlmöglichkeiten in moralisch komplexen Situationen. Auch die von Karl Jaspers getroffenen Unterscheidungen zwischen krimineller, politischer, moralischer und metaphysischer Schuld wären im Universum der binären Moral unzulässig.[3]

Deutschlands Sonderweg

Es ist mehr als verständlich, dass eine Katastrophe von solcher Ungeheuerlichkeit wie die Shoa zu einem Eckstein der zeitgenössischen jüdischen/israelischen nationalen Identität wurde. Dass Katastrophen in die nationale Selbstdefinition der Opfer eingehen und diese sich als kollektiv unschuldig betrachten, ist nicht verwunderlich. Katastrophen dienen häufig als Grundsteine nationaler Identität – wie die Schlacht auf dem Amselfeld

für die Serben, der Holodomor für die Ukrainer und der Völkermord für die Armenier. Insbesondere der zionistischen Teleologie dient der Holocaust als Gipfel der langen Geschichte der Judenverfolgungen und als letzter Beweis für die zwingende Notwendigkeit eines jüdischen Staates. Wie die Einverleibung des Holocaust in die jüdische/israelische Identität, so ist auch die Übernahme einer binären Moral durch die Juden völlig einleuchtend. Alle Juden waren ja tatsächliche bzw. potentielle Opfer des Holocaust, und aus Sicht der Verfolgten waren alle Deutschen Verfolger, zumindest bis zu einem gewissen Grad.

Das Bemerkenswerte am Holocaust ist, dass die Deutschen dieser Interpretation ohne Abstriche zustimmen. Keine andere Nation, die einen Völkermord verübte, hat ihre kollektive Schuld anerkannt. In den USA steht die offizielle Anerkennung der Verbrechen der Sklavenhalter durch ihre Nachkommen noch aus; die Vernichtung der amerikanischen Ureinwohner weckt kaum mehr als wissenschaftliches Interesse. Die Türkei fährt fort, den Völkermord an den Armeniern als Kollateralschaden des Ersten Weltkriegs abzutun. Nur widerwillig räumen die Hutu eine Mitschuld an der Ermordung der Tutsi ein. Pol Pots Anhänger haben sich in Luft aufgelöst. Chinas Kommunisten verehren immer noch Mao. Die Serben streiten jede Schuld an den ethnischen Säuberungen in Bosnien ab. Die Ukrainer schweigen über die Massaker an den Polen in Wolynien während des Zweiten Weltkriegs. Die Japaner sträuben sich immer noch, ihre Schuld an Greueltaten während des Zweiten Weltkriegs zuzugeben. Und der Gulag bleibt ein Verbrechen ohne anerkannte Täter, außer vielleicht ein paar Funktionären, die schon lange tot sind.

Die mangelnde Bereitschaft, Verantwortung für Verbrechen zu übernehmen, ist die historische Norm. Trotz unserer heutigen Gedenkobsession haben die Menschen die ganze Geschichte hindurch vergangene Verbrechen und Katastrophen lieber vergessen oder wurden angehalten, sie aus ihrer Erinnerung zu tilgen. Die Erinnerung an sie mag in Lieder, Gedichte und andere Werke eingegangen sein, aber ein institutionalisiertes Gedenken von der Art, wie es am sichtbarsten beim Holocaust praktiziert wird, ist die Ausnahme, nicht die Regel. In der Tat könnte diese Art der Erinnerung die einzige Ausnahme von dieser Regel sein.

Nur beim Holocaust haben die Täter die Verantwortung für das Verbrechen anerkannt. Mehr noch: Obwohl einstige Gegner das Gedenken an die Vergangenheit gewöhnlich aus unterschiedlichen Gründe pfle-

gen – üblicherweise glorifizieren die Sieger, was die Verlierer als Tragödie erinnern –, verhält sich der Holocaust als Eckstein der deutschen nationalen Identität genau komplementär zu seiner Rolle in der jüdischen. In der Tat ist der Holocaust das einzige Bespiel einer Katastrophe, die von den Opfern wie von den Tätern als eine nationale Katastrophe angenommen wurde – und zwar aus genau denselben Gründen.

Dass Deutschland den Holocaust als zentrales Element seiner heutigen nationalen Identität angenommen hat, war nicht der Gipfel einer historisch notwendigen Teleologie, sondern das Ergebnis eines historisch kontingenten politischen Prozesses. Wie Bernhard Giesen erläutert, geriet der mit der Reichsgründung 1871 beginnende Versuch, die politische Identität der Deutschen als Reichsnation zu konstruieren, durch den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg in Misskredit.[4] Dies ließ zwei Alternativen übrig, beide logische Folgen der deutschen Teilung in zwei Staaten und des Frontstatus Deutschlands im Kalten Krieg. Die erste griff auf vor 1871 zurückreichende Wurzeln zurück und wollte die deutsche Identität auf die Vorstellung einer Kulturnation gründen. Diese Option wurde allgemein von den linken Intellektuellen bevorzugt, die nach einer Erneuerung der deutschen Nation durch ihre Reinigung von allem strebten, was nach ihrer Vorstellung zur Katastrophe des Zweiten Weltkriegs geführt hatte: Militarismus, Antisemitismus, Amerikanismus, Kapitalismus und Staatlichkeit. Aus ihrer Perspektive dient der Holocaust als idealer Ausgangspunkt für die Errichtung einer neuen deutschen Nation – einer »Holocaustnation«, wie es Giesen nennt: Der Holocaust symbolisiert zugleich alles, was an der Vergangenheit schlecht gewesen war, und er deutet in die Richtung, in die sich Deutschland entwickeln soll, um diese schreckliche Vergangenheit zu überwinden.

Die zweite Alternative, allgemein von konservativen politischen Kräften und der Mittelschicht bevorzugt, gründete die deutsche nationale Identität auf dem Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit. Die Alternative zur »Holocaustnation« war mithin die »Wirtschaftswundernation«, die sich kraft Wirtschaftswachstums, Ablehnung des Sozialismus, Unterstützung der USA und bereitwilligen Aufbaus einer kapitalistischen, von amerikanischen Produkten und Werten durchdrungenen Gesellschaft aus den Kriegsruinen erheben konnte. Dieses Konzept der deutschen Identität verlangte nicht, den Holocaust zu leugnen, wohl aber, ihn stillschweigend in eine Ecke der deutschen Geschichte zu schieben und die deutsche

Vergangenheit hinter sich zu lassen, um sich auf Gegenwart und Zukunft zu konzentrieren.

Das Modell der Wirtschaftswundernation schien in den 1950er und 60er Jahren Wurzeln zu schlagen. Die meisten Deutschen waren mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau beschäftigt. Fragen der Identität und Verantwortung beschäftigten in erster Linie Intellektuelle, die bestürzt über die Tatsache waren, dass trotz einiger Bemühungen zur Entnazifizierung in den späten 1940er und frühen 50er Jahren die meisten Nazi-Parteimitglieder und Beamten wieder in die Gesellschaft eingegliedert und häufig in wichtige Positionen gelangt waren. Dass die westdeutschen Nachkriegsregierungen von Christdemokraten geführt wurden, verstärkte diese Spaltung. So war es nicht sehr verwunderlich, dass sich auch die Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg mehr als zwei Jahrzehnte lang mit ihrer Rolle im Holocaust nur widerwillig und halbherzig befassten.

Das Projekt der Wirtschaftswundernation scheiterte 1968. Die deutsche Jugend und die deutsche Linke – und das waren sehr häufig dieselben Leute – mobilisierten Geschichte, Erinnerung und Verantwortung, um ihre politischen Gegner, die den Zweiten Weltkrieg erlebt oder an ihm teilgenommen hatten, zu diskreditieren und zu delegitimieren. Linke Studentenrebellen stellten ihren Eltern bohrende Fragen über den Krieg und den Holocaust und nutzten so die deutsche Vergangenheit, um sich politisch Geltung zu verschaffen und die nationale Agenda zu bestimmen. Wären solche Fragen auf Studenten beschränkt geblieben, hätten sie womöglich nicht den nationalen Diskurs besetzt. Doch Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre gab es auch einen politischen Umschwung: Sozialdemokratische Regierungen unter Willy Brandt und Helmut Schmidt kamen an die Macht. Die Studenten waren die natürlichen ideologischen Verbündeten der Sozialdemokraten, wenn auch nicht immer an den Wahlurnen, und die Frage der Verantwortung für den Holocaust wurde zur bequemen politischen Waffe sowohl bei der Definition der sozialdemokratischen Alternative als auch beim Angriff auf die konservative Opposition. Man konnte sich die Kollektivschuld gerade deshalb zueigen machen, weil sie mit tödlicher Genauigkeit gegen die Konservativen zielte. Brandts Kniefall 1970 vor dem Denkmal für die Opfer des Warschauer Ghettoaufstandes von 1943 repräsentierte die symbolische Aneignung des Holocaust durch die Linke. Der »lange Marsch durch die Institutionen«, den die 68er-Generation antrat, führte schließlich zur Verbreitung und

Institutionalisierung dieser Auffassungen. Der Triumph der Linken und ihre Durchdringung der deutschen Gesellschaft signalisierten den Triumph der Holocaustnation.

Deren Herausbildung führte bei allen Deutschen notwendigerweise zur diskursiven Übernahme der Kollektivschuld als Kern ihrer nationalen Identität. Einige linke Aktivisten glaubten wirklich an die Kollektivschuld. Mag sein, dass die meisten Deutschen die Berechtigung dieser Vorstellung in Frage gestellt und es vorgezogen hätten, von kollektiver Verantwortung zu sprechen, doch de facto, wenn vielleicht auch unwillentlich und unbewusst, hatten sie die zweifelhafte These einer generationenübergreifenden Kollektivschuld bereits übernommen. Der Zusammenbruch der Deutschen Demokratischen Republik verstärkte diese Tendenz. Ihr Verschwinden versetzte die westdeutschen Eliten in die Lage, das Projekt der Holocaustnation auf eine Gesellschaft auszudehnen, die bis dahin jede Verantwortung für den Holocaust geleugnet und sich einer neuen Form moralischer Kurzsichtigkeit befleißigt hatte – die dann in der Ostalgie der Ostdeutschen ihren Niederschlag fand.

Die Hegemonie der binären Moral

Dass sowohl Juden/Israelis als auch Deutsche die binäre Moral des Holocaust übernahmen, verwandelte ihn in eine Meistererzählung und eine heilige Schrift. Weil sich Juden und Deutsche vollständig einig waren, wie der Holocaust dargestellt werden sollte, verstärkte sich ihr Gedenken – ob künstlerisch, wissenschaftlich oder politisch – wechselseitig und brachte einen »hegemonialen«, häufig ritualhaften Diskurs über den Holocaust hervor. Wenn sich nur die Juden an den Holocaust erinnert hätten, wäre er nur ein weiterer Völkermord geblieben. Hätten nur die Deutschen seiner gedacht, wäre er schnell in die Vergangenheit entrückt. Gerade weil beide, Opfer und Täter, den Holocaust komplementären und transzendenten nationalen Narrativen einverleibten, kollektive Ausdrucksformen von Unschuld und Schuld akzeptierten und sich eine binäre Moral zueigen machten, konnte der Holocaust einzigartig und heilig werden – für sie.

Wären Israel und Deutschland unbedeutende Länder von geringem Interesse für die USA, würde der sakrale Status des Holocaust nur Deutsche, Israelis/Juden und einige ihrer Nachbarn berühren. Doch Israel

und Deutschland sind strategische Verbündete einer Supermacht und Führungsmacht der »freien Welt«. Beide spielten und spielen noch immer Schlüsselrollen in zwei der längsten Konflikte des 20. Jahrhunderts. Die Bundesrepublik Deutschland war ein Frontstaat im amerikanischen Kampf gegen die Sowjetunion und den Kommunismus. Man könnte sogar argumentieren, dass Deutschland die raison d'être des Kalten Krieges war. Die Vereinigten Staaten mussten Deutschland verteidigen, und das bedeutete auch, die deutsche Nation und ihr Konzept nationaler Identität zu schützen. So brachte es die Verteidigung der deutschen Souveränität mit sich, dass die Amerikaner die deutsche Übernahme der Kollektivschuld und die damit verbundene binäre Moral akzeptierten. Eine ähnliche Logik stand auch hinter der amerikanischen Israelpolitik. Ein Freund der USA seit seiner Gründung 1947, kam Israel nach dem Sechstagekrieg von 1967 in den Genuss bedingungsloser amerikanischer Unterstützung. Israel als strategischen Verbündeten zu akzeptieren und seine Souveränität und sein Existenzrecht zu verbürgen, bedeutete für die Vereinigten Staaten, Israels Selbstbild als Zufluchtsort für die Juden der Welt ebenso anzunehmen wie seine nationale Identität, die auf der Antithese zwischen kollektiv unschuldigen Opfern und kollektiv schuldigen tatsächlichen und potentiellen Tätern fußt.

Der Holocaust nahm in den Vereinigten Staaten einen sakralen Status an – nicht weil die »Israellobby« einen Einfluss ausübte, sondern weil die beiden Länder, die zusammen dieses Narrativ schufen, Deutschland und Israel, zufällig für die USA von enormer Bedeutung waren. Ebenso wichtig war die Rolle, die sie für Amerikas nationales Selbstverständnis als Leuchtfeuer der Freiheit und Beschützer der Schwachen spielten. Die amerikanischen Eliten hatten ihr Land schon seit langem nach solchen Vorstellungen konzipiert, und der Wettbewerb mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten – besonders den Nationalisten des Nahen Ostens und den Terroristen, die Israels Existenzrecht leugneten – leistete einem binären Denken nach dem Muster »Wir gegen sie« Vorschub. Weil die UDSSR ein »Reich des Bösen« war, lange bevor Ronald Reagan sie so nannte, und weil Israels Feinde fanatische, antidemokratische Antisemiten zu sein schienen, konnten die Vereinigten Staaten nur ihr Gegenteil sein: eine gute, selbstlose Nation, die den Menschrechten und der Demokratie verpflichtet war. Die Verteidigung zweier von den Mächten des Bösen, dem Kommunismus und dem Antisemitismus, belagerter Staaten fügte

sich in das amerikanische Selbstbild und bekräftigte es – und wurde so zu einem moralischen Imperativ mit strategischem Ziel.

Sobald der Holocaust nicht nur eine Quelle der Identität zweier Nationen war, sondern auch ein definierendes Merkmal der Außenpolitik und Identität einer Supermacht, waren die Vereinigten Staaten an der Reproduktion und Bewahrung des heiligen Status des Holocaust beteiligt. Amerika wurde, wie Roger Cohen es formuliert, »der globale Hüter des Gedenkens an den Holocaust«.[5] Eine der Folgen dieser Weiterung des Diskurses ist, dass Kritik an Israel gewöhnlich als Leugnung des Holocaust und folglich als Antisemitismus gedeutet wird.[6] Obwohl es keine zwingende Verbindung zwischen diesen beiden Positionen gibt, legt es die Logik des Narrativs nahe, dass es sie geben muss. Israel zu verteidigen bedeutet somit, die israelische/jüdische nationale Identität zu verteidigen, die Legitimität der binären Moral anzuerkennen und den Primat der Holocaust-Erzählung zu bekräftigen. Umgekehrt heißt Kritik an Israel, die israelische/jüdische Identität infrage zu stellen, die Legitimität der binären Moral zu bestreiten und den Primat der Holocaust-Erzählung zu negieren, was nichts anderes heißt, als den Holocaust selbst in Zweifel zu ziehen.

Warum eine KGB-Bar nicht unmöglich ist

Der Gulag hat, im Gegensatz zum Holocaust, der alle Phasen der Aneignung eines sakralen Status durchlaufen hat, nicht einmal die erste bewältigt: dass sowohl Opfer wie Täter den Gulag als Verbrechen anerkennen. Die Opfer der sowjetischen Verbrechen wissen, dass sie Opfer sind und haben, wie die Juden, gewissenhafte moralisch-historische Berichte ihrer Opferschaft durch die Taten des Sowjetregimes, der Kommunistischen Partei und der Geheimpolizei geschaffen. Doch die Täter haben ein entsprechendes Schuldeingeständnis bislang verweigert. Angehörige des KGB wie Wladimir Putin bestehen darauf, nur ihre Arbeit getan zu haben. Mitglieder der Kommunistischen Partei der Sowjetunion behaupten, dass sie an eine gute Sache glaubten und schieben den Stalinisten, von denen die meisten bequemerweise tot sind, die Verantwortung zu. Ausländische Kommunisten waschen ihre Hände in Unschuld. Und die Russen bestehen darauf, dass sie ebenso sehr Opfer waren wie die Nicht-Russen. Das Ergebnis ist paradox: Sowjetische Verbrechen scheinen Millionen von Opfern gefordert, aber keine Täter gehabt zu haben.

Das größte Hindernis ist die fortdauernde Vergöttlichung der Sowjetunion durch eine Vielzahl von gewöhnlichen Russen und einen Großteil der russischen Elite. Die Russen akzeptieren allgemein, dass die UDSSR in Wahrheit ein russisches Gebilde war. Viele bewundern auch ihre Führer, einschließlich Stalin. 2005 bezeichnete Präsident Putin den Zusammenbruch der Sowjetunion als die »größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts«, die für das russische Volk »ein wirkliches Drama« darstelle, und gab damit wohl der Mehrheitsmeinung Ausdruck. Russen sind stolz auf die UDSSR und weigern sich zu glauben, dass sie ein verbrecherischer Staat war, der routinemäßig Repression übte und Massenmorde beging. Wie Dina Khapaeva trocken bemerkt, löst »im heutigen Russland die Frage, wie die Verbrechen des Sowjetregimes, deren Ausmaß ohne die Beteiligung der ganzen Gesellschaft unmöglich gewesen wäre, die Gegenwart und Zukunft dieses Landes beeinflussen, bei den Bürgern keine stürmischen Diskussionen und politischen Meinungsverschiedenheiten aus«.[7]

Dass sich die Russen sträuben, den sowjetischen Verbrechen ins Auge zu sehen, liegt nicht allein an ihrem reizbaren Nationalstolz. Würden sie den verbrecherischen Charakter des Sowjetregimes anerkennen, so würden die Russen riskieren, sich einer binären Moral zu unterwerfen, die alle Nuancen tilgt und ihnen eine einzige Rolle zuweist, nämlich die der Täter. Würden die Russen nach dem Modell binärer Moral die Verantwortung für den Gulag übernehmen und erklären, dass sie alle Täter waren und alle Nicht-Russen Opfer, so wäre dies nicht nur historisch falsch. Es wäre auch moralisch kontraproduktiv und würde die komplexe Geschichte des Gulag und die quälenden Entscheidungsnöte, unter denen alle Sowjetbürger standen, in ein simplistisches Szenario von Gut gegen Böse verwandeln.

Kritik der binären Moral

Der Gulag hat keinen sakralen Status erlangt, und dies mag erklären, warum eine KGB-Bar, anders als eine SS-Bar, kein Ding der Unmöglichkeit ist. Freilich verrät uns das noch nicht, warum sie möglich ist. Um der Antwort darauf näher zu kommen, ist es notwendig, die radikal unterschiedliche moralische Logik in unserem Verständnis der beiden Massenmorde genauer zu betrachten. Die moralische Logik des Gulag ist verworren, während die der Holocaust-Erzählung kristallklar ist. Der Gulag

zeigt, dass Juden, wie alle anderen auch, die unter den Nazi- und Sowjetregimes lebten, mit moralischen Wahlmöglichkeiten konfrontiert waren, dass einige Juden schlechte Entscheidungen trafen und manche sogar zu Tätern wurden. Der Gulag zeigt auch, dass Nicht-Juden mit moralischen Wahlmöglichkeiten konfrontiert waren, dass einige Nicht-Juden schlechte Entscheidungen trafen und manche zu Tätern wurden, andere dagegen zu Opfern. Der Gulag stellt die binäre Moral daher auf viererlei Weise in Frage.

1. Wir wissen, dass einige Nicht-Juden Verantwortung für den Gulag trugen, aber dies gilt, wie uns Yuri Slezkine erinnert, auch für manche Juden:

> In der Tat war die Geheimpolizei – das heilige Zentrum des Regimes, nach 1934 als NKWD bekannt – eine der jüdischsten aller sowjetischen Institutionen. Im Januar 1937, am Vorabend des Großen Terrors, gab es unter den 111 Spitzenbeamten des NKWD 42 Juden, 35 Russen, acht Letten und 26 andere. Von zwanzig NKWD-Direktoraten wurden zwölf, d.h. 60 Prozent, einschließlich derjenigen für Staatssicherheit, Polizei, Arbeitslager und Umsiedlungen [Deportationen], von Beamten geleitet, die sich selbst als ethnische Juden auswiesen. Der exklusivste und sensibelste aller Arbeitsbereiche des NKWD, das Hauptdirektorat für Staatssicherheit, bestand aus zehn Abteilungen: Sieben von ihnen (Schutz von Regierungsbeamten, Spionageabwehr, Geheimpolitik, Besonderes [Überwachung in der Armee], Spionage, Berichte, Gefängnisse) wurden von Immigranten aus dem früheren Ansiedlungsrayon geleitet. Der Auswärtige Dienst war eine beinahe ausschließlich jüdische Domäne, wie auch die sowjetische Spionage in Westeuropa und besonders in den Vereinigten Staaten. Der Gulag, die Hauptverwaltung der Arbeitslager, wurde von 1930 an, als er ins Leben gerufen wurde, bis Ende November 1938, als der Große Terror beinahe vorüber war, von Juden geleitet.[8]

Dass der Kommunismus, wie der Zionismus, eine attraktive Option für die unterdrückten Juden Osteuropas war, ist ganz und gar verständlich. Beide boten Gleichheit und Befreiung vom Antisemitismus – der Zionismus durch Gründung eines jüdischen Heimatlandes in Palästina, der Kommunismus durch die Transformation der Länder, in denen Juden lebten. Dennoch spricht der Eintritt in eine kommunistische Partei oder geheimpolizeiliche Behörde, aus wie edlen oder nachvollziehbaren Beweggründen auch immer er geschehen sein mag, deren Mitglieder – ob Juden, Russen, Ukrainer, Deutsche, Franzosen, Österreicher oder Amerikaner – nicht ganz von der moralischen Komplizenschaft mit den Ver-

brechen frei, die diese Parteien oder Behörden begingen. Es sollte sich von selbst verstehen, dass eine solche Feststellung kein Antisemitismus ist, dass sie keineswegs »die Juden« bzw. eine jüdische Verschwörung für den Kommunismus verantwortlich machen oder den Antisemitismus der Judenhasser entschuldigen will.

2. Der Gulag fordert die binäre Moral des Holocaust noch in einem anderen Sinn heraus. Da nach der binären Moral alle Juden nur Opfer waren, sowohl im Holocaust wie im Gulag, liegt die Schlussfolgerung nahe, dass alle Nicht-Juden, wie etwa alle Deutschen, nur Täter gewesen sein können. Doch was für die Juden gilt, dass sie nämlich im Gulag Opfer und Täter waren, gilt in Wirklichkeit auch für die Nicht-Juden. Russen, Ukrainer, Letten und alle anderen sowjetischen Völker einschließlich der Juden waren Opfer und Täter, Unterdrücker und Unterdrückte, Kolonialherren und Kolonisierte – wenn auch nicht notwendigerweise im gleichen Ausmaß. Die Ukrainer zum Beispiel spielten in Partei und Staat eine wichtige Rolle, besonders nach dem Zweiten Weltkrieg. Doch auch sie litten furchtbar, während der Hungersnot von 1933, unter den stalinistischen Säuberungen und dem Großen Terror, und waren überdurchschnittlich in der Dissidentenbewegung vertreten. Die Juden waren bis zum Zweiten Weltkrieg im Apparat der Geheimpolizei überrepräsentiert, aber sie waren auch das Ziel schwerer Diskriminierungsmaßnahmen in den 1940er Jahren und danach. Eine ähnliche Bilanz ließe sich für jede Volksgruppe in der Sowjetunion und Osteuropa ziehen.

3. Eine noch größere Herausforderung für die binäre Moral ist die Tatsache nicht-jüdischer Opferschaft unter der Naziherrschaft. Slawen waren »Untermenschen«, die von den Nazis für die Sklaverei und schließlich zur Ausrottung vorgesehen waren. Die überwältigende Zahl der Zwangsarbeiter im Deutschen Reich waren Ukrainer, Polen, Russen und Weißrussen. Auch Kriegsgefangene wurden unmenschlichen Bedingungen unterworfen. Millionen von Slawen starben, als die Front 1941/42 nach Osten und dann 1943/44 wieder westwärts rollte. Unbestritten begingen auch die Slawen antisemitische Greueltaten; tausende dienten in der deutschen Polizei oder als Wachleute von Konzentrationslagern; hunderttausende traten in Militäreinheiten wie etwa die Russische Befreiungsarmee oder die Waffen-SS ein. Doch ihre Handlungen berechtigen weder dazu, das

ungeheure Ausmaß des Leids von Millionen ihrer unschuldigen Landsleute in Frage zu stellen, noch legitimieren sie es.

4. Dass die binäre Moral in der Sowjetunion und Osteuropa scheitert, sowohl für Juden wie Nicht-Juden, deutet auch darauf hin, dass sich mit ihr nicht nur der Gulag nicht angemessen begreifen lässt, sondern ebensowenig der Holocaust. Wenn selbst einige Juden zu manchen Zeiten an manchen Orten sowohl Opfer wie Täter sein konnten, ist es wohl nicht unvernünftig zu vermuten, dass einige Deutsche mancherorts zu manchen Zeiten ebenfalls Täter und Opfer sein konnten. Wir wissen von Günter Grass und W.G. Sebald, dass einige deutsche Täter in Hamburg, Dresden und anderen Städten auch Opfer von schrecklichen und militärisch unnötigen Bombardements wurden.[9] Und selbst ohne solche Lektüre ist jedem klar, dass deutsche Kinder nichts anderes als Opfer gewesen sein können.

Solche kleinen Unterscheidungen deuten die Möglichkeit an, dass deutsche Täter womöglich in unterschiedlichem Maße schuldig waren. Nach der Erwartung der binären Moral hätte ein Deutscher nur den Nazis beitreten oder in den Widerstand gehen können. In Wahrheit hätte er sich auch zur Wehrmacht melden können, weil ihm dies als kleineres von zwei Übeln erschien; er hätte einer der zivilen Organisationen der Nationalsozialisten beitreten können; oder er hätte stattdessen echte oder gespielte Begeisterung bei Veranstaltungen und Versammlungen bekunden können; er hätte sich umgekehrt von solchen Veranstaltungen und Versammlungen fernhalten, jedoch mehr oder weniger loyal bleiben können; er hätte seine Ablehnung des Regimes nur seinen Freunden offenbaren oder nur in seiner Küche über die Nazis nörgeln können. Wir wissen, dass es in jeder komplexen moralischen Situation immer eine Fülle von Wahlmöglichkeiten gibt, die von aktiver Unterstützung bis hin zu aktivem Widerstand reichen, mit der ganzen Bandbreite dazwischen. Und wir sollten wissen, dass diese moralischen Entscheidungen ein unterschiedliches Maß an Unschuld oder Schuld mit sich bringen.[10] Die Kontroverse über Günter Grass' Eingeständnis vom August 2006, als junger Mann in der Waffen-SS gedient zu haben, ist nur ein Beleg dafür. Wie selbst seine Kritiker einräumten, war diese Wahl ein moralischer Fauxpas, aber kein Verbrechen. Der schwerer wiegende moralische Fehltritt war sein Schweigen darüber.

Die moralische Lehre aus dem Gulag

Wie die Grass-Kontroverse unter Beweis stellte, gibt es Unterschiede zwischen Schlächtern im Konzentrationslager und autoritären Exspionen wie Putin und wiederum zwischen ihnen und durchschnittlichen Bürgern, die eine moralisch schlechte Wahl treffen oder eine gute versäumen. Wir wissen aus unserem alltäglichen Leben, dass es verschiedene Grade der Schuld gibt – dass alle, die dem Bösen nicht widerstehen, eine moralische Schuld tragen mögen, doch dies in unterschiedlichem Maße. Binäre Moral kann nicht zwischen lässlichen Sünden und Todsünden, zwischen Unterlassungssünden und sündigen Taten unterscheiden, doch sind solche Unterscheidungen von zentraler Bedeutung, um die realen moralischen Dilemmata würdigen zu können, mit denen echte Menschen im wirklichen Leben konfrontiert sind. James C. Scott hat von den »Waffen der Schwachen« gesprochen – kleine Formen des Protests wie Graffiti, Lieder, Bummelstreiks und Ähnliches –, derer sich die Machtlosen bedienen, um gegen ihre Lebensbedingungen zu protestieren.[11] Nach der binären Moral sind die Waffen der Armen keine Waffen, sondern Formen der Kapitulation.

Wir wenden eben diese komplexe moralische Logik gemeinhin auf den Gulag an. Die wissenschaftliche Literatur über die Sowjetverbrechen etwa gewichtet nuanciert die moralischen Wahlmöglichkeiten von Tätern und Opfern. In den Darstellungen werden Erstere häufig als Menschen geschildert, die aufrichtig an eine glorreiche kommunistische Zukunft glaubten, oder als ehemalige Bauern, die besonders anfällig für den Personenkult waren. Auch wenn sie sich grauenhafter Verbrechen schuldig gemacht haben, wissen wir doch, dass sie menschlich und daher unvollkommen waren. Sie traten in die Partei ein, weil dies für ehrgeizige Bauern eine Perspektive zum Aufstieg eröffnete. Sie unterstützten Stalin, weil sie an die strahlende Zukunft glaubten, die er versprach. Sie leisteten keinen Widerstand gegen Massenmord, weil sie Kinder hatten, oder sie sahen weg, weil Widerstand zwecklos war. Sie passten sich an, aus Angst, andernfalls ihre Karriere zu verlieren.

Wir wissen, dass Widerstand gegen den Stalinismus nur für sehr wenige eine Option war, und wir akzeptieren, dass die große Mehrheit des sowjetischen Volkes versuchte, ihr Leben mit einiger Würde und Sorge um die Nachbarn zu führen. Wir erkennen an, dass ein solches Verhalten ver-

nünftig, wenn auch vielleicht feige war, gerade weil die Umstände, unter denen die Menschen damals lebten – ein Polizeistaat, ein massiver Repressionsapparat, nahezu sichere Internierung und sicherer Tod für jeden, auch die Nahestehenden, der Widerstand leistete –, sie zwangen, sich unheroisch zu verhalten. Sollte man sich widersetzen, wenn offenkundig ist, dass damit nichts zu erreichen war? Sollte man Widerstand leisten, wenn sicher ist, dass man damit Vergeltung heraufbeschwört – gegen sich selbst und die eigene Familie? Gibt es keinen Mittelweg zwischen aktivem Widerstand (die Waffe für eine hoffnungslose Sache in die Hand zu nehmen) und aktiver Kollaboration (die bewusste Entscheidung, ein kriminelles Regime zu unterstützen)? »Ab welchem Punkt«, fragt István Deák, »muss man sich gegen Unterdrückung wehren, selbst wenn es einen selbst in Gefahr bringt?«[12]

Wo es um die Nazis geht, lassen wir jedoch all diese Erwägungen fallen und bestehen darauf, dass alle Osteuropäer, die unter deutscher Besatzung lebten, aktiv Widerstand gegen Hitler hätten leisten müssen – obwohl wir wissen, dass ein solcher Widerstand in den Tod geführt hätte. Dass auch die Unterlassung jeden Widerstands eine Funktion der besinnungslosen Verwüstung gewesen sein könnte, die Stalins Revolution von oben anrichtete, dass sie womöglich auch eine rationale Antwort auf die schrecklichen Dilemmata war, vor die sich die Menschen unter der Besatzung konkurrierender totalitärer Regime gestellt sahen, ist für die binäre Moral nicht von Interesse. Die traurige Tatsache ist, dass die moralischen »Grauzonen«, von denen Primo Levi mit Bezug auf Auschwitz-Birkenau sprach, in allen totalitären Verhältnissen existieren, die gewöhnliche Menschen zwingen, sich zwischen Kollaboration und dem eigenen Tod zu entscheiden.[13]

Es ist auch nicht verwunderlich, dass es in der binären Moral keinen Raum für gewöhnliche Juden gibt, denen die Kraft fehlte, eine Kollaboration mit den Nazis zu verweigern.[14] Entsprechend ging man in Israel mit ihrer Erfahrungen um, wie Idith Zertal schreibt:

> Diese Shoa-Literatur, die die Komplexität der menschlichen Existenz und deren Scheitern unter den ausweglosen Bedingungen der Lager dokumentierte, wurde weder publik gemacht noch an nachfolgende Generationen weitergegeben, weil sie ein immenses Bedrohungspotential barg – sowohl in der Banalität der von ihr aufgedeckten »Verbrechen« als auch in der Banalität der Menschen, die diese Verbrechen begangen hatten: Juden, normale, alltägliche Menschen, wie jeder

> Einzelne von uns auch, die wir an ihrer Stelle hätten sein können, Menschen, die sich in Dilemmata gefangen gesehen hatten, aus denen es keinen anderen Ausweg als den Freitod gab, Menschen, die in einem historischen Augenblick, der außerhalb der »normalen« Geschichte der Menschheit lag, zu Fronvogten wurden, andere Menschen schlugen, ohrfeigten, auspeitschten und drangsalierten, um so eine größere Essensration zu bekommen, weniger zu arbeiten, weniger zu leiden, das eigene Leben zu retten, und darüber die eigene Welt verloren. Und gerade weil diese Texte von gewöhnlichen, normalen, x-beliebigen Menschen handeln und die Zerbrechlichkeit und Unsichtbarkeit der Grenze zwischen menschlicher Lauterkeit und dem im Menschen angelegten Bösen an jedem Ort und in jedem Menschen und den oftmals unmerklich fließenden Übergang von einer Seite der Grenze zur anderen sichtbar machten, enthielten sie eine bedrohliche, verstörende Botschaft, eine Botschaft, die verhinderte, dass sie jemals Pflichtlektüre einer Nation wurden, die sich erschuf und definierte als das absolute Gute im Angesicht des absoluten Bösen des Holocaust.[15]

Warum die KGB-Bar möglich ist

Die moralische Logik des Holocaust verwandelt Juden in Opfer und Nicht-Juden in Täter; die moralische Logik und Realität des Gulag verwandelt jeden sowohl in ein Opfer wie in einen Täter. Die binäre Moral des Holocaust besteht darauf, dass alle Menschen Helden sind; die verschwommene Moral des Gulag erkennt an, dass alle Menschen eben nur Menschen sind, die ständig mit der »Zerbrechlichkeit und Unsichtbarkeit der Grenze zwischen menschlicher Lauterkeit und dem im Menschen angelegten Bösen« konfrontiert sind. Doch weil die moralische Zweideutigkeit des Gulag Nicht-Juden und Juden betrifft, unterhöhlt sie die binäre Moral. Der Holocaust und der Gulag sind nicht nur unvereinbare moralische Geschichten; sie sind inkompatibel und sie überschneiden sich, daher können sie nicht koexistieren: Nur eine von ihnen kann »richtig« sein.

Wir empören uns nicht über die KGB-Bar, weil die Anerkennung des Gulag als ein Massenmord, der eine kategorische moralische Verurteilung verdient, bedeuten würde, den sakralen Status des Holocaust infrage zu stellen. Das verworrene Wertesystem des Gulag bedroht die binäre moralische Klarheit des Holocaust und somit seine Bedeutung für die deutsche, jüdische/israelische und amerikanische Identität. Empörung über den Gulag auszudrücken, bedeutet, das historisch kontingente und po-

litisch konstruierte Wesen der binären Moral zu erkennen und die moralische Unangemessenheit von Begriffen generationenübergreifender und transhistorischer kollektiver Unschuld und kollektiver Schuld einzugestehen. Die diskursive Hegemonie der binären Moral infrage zu stellen heißt auch, die Legitimität der deutschen, israelischen und amerikanischen nationalen Identitäten und folglich Deutschlands, Israels und der USA zu unterminieren. Wie alle Amerikaner sind die Meinungsmacher von New York im diskursiven Netz dieser Logik gefangen und können den Gulag nicht sehen. Ironischerweise ist die KGB-Bar möglich, eben weil eine SS-Bar unmöglich ist.

Aus dem Englischen von Andreas Simon dos Santos

Anmerkungen

1 www.kgbbar.com
2 Vgl. Martin Malia, *Vollstreckter Wahn. Rußland 1917-1991*, Stuttgart 1994, S. 301; Anne Applebaum, *Der Gulag,* Berlin 2003, S. 620; Stéphane Courtois e.a. (Hg.), *Das Schwarzbuch des Kommunismus,* 2 Bde., Bd. 1, *Unterdrückung, Verbrechen und Terror,* München/Zürich 1998, S. 16.
3 Vgl. Karl Jaspers, *Die Schuldfrage,* Heidelberg 1946.
4 Vgl. hierzu und zum Folgenden Bernhard Giesen, *Die Intellektuellen und die Nation. Eine deutsche Achsenzeit,* Frankfurt a.M. 1993, S. 236-255.
5 Roger Cohen, »German Normality Is Not Quite Normal Enough«, *The Atlantic Times,* August 2006, S. 3.
6 Vgl. Tony Judt, »A Lobby, Not a Conspiracy«, *New York Times,* 19. April 2006, S. A21.
7 Dina Khapaeva, »Obshchestvo prestupnikov ili ›narod-pobeditel‹«, unter: www.russ.ru/dcos/115340134?mode=print
8 Yuri Slezkine, *Das jüdische Jahrhundert,* Göttingen 2006, S. 252. Ich betone, dass die Überrepräsentierung von Juden im NKWD nicht beweist, dass »die Juden« in irgendeiner Weise eine besondere Verantwortung für den Gulag tragen. Es bedeutet nur, dass einige Juden an sowjetischen Verbrechen beteiligt waren. In gleicher Weise darf man nicht argumentieren, wie es so viele Historiker tun, dass die österreichische Überrepräsentierung bei den Wachmannschaften von Konzentrationslagern beweise, dass »die Österreicher« in besonderer Weise dazu neigten, Nazis zu werden. Vielleicht war es so, doch diese spezifische Statistik vermag eine solche Neigung nicht zu belegen.
9 Vgl. Günter Grass, *Im Krebsgang,* Göttingen 2002; W. G. Sebald, *Luftkrieg und Literatur,* mit einem Essay von Alfred Andersch, München 1999.
10 Der Lebenslauf des Ernst von Salomon, Autor des bemerkenswerten Buches *Der Fragebogen*, Reinbek bei Hamburg 1951, illustriert diese Komplexitäten in vollkommener Weise.
11 Vgl. James C. Scott, *Weapons of the Weak. Everyday Forms of Peasant Resistance,* New Heaven 1985.

12 István Deák, »Scandal in Budapest«, in: *The New York Review of Books,* 19. Oktober 2006, S. 62.
13 Primo Levi, *Die Untergegangenen und die Geretteten,* München 1986, S. 56.
14 Vgl. Jonathan Petropoulos, *John K. Roth, Gray Zones. Ambiguity and Compromise in the Holocaust and Its Aftermath,* New York 2005.
15 Idith Zertal, *Die Nation und der Tod. Der Holocaust in der israelischen Öffentlichkeit,* Göttingen 2003, S. 109.

Timothy Snyder

Kommentar zu Alexander J. Motyl

Mit einer komplizierten Reihe von Behauptungen über die geistige Situation der USA sucht Alexander Motyl zu erklären, warum der Name eines gewissen New Yorker Literaturetablissements, der KGB-Bar, den Amerikanern annehmbar erscheint. Dass sie diesen Namen hinnehmen, liege, so argumentiert er, an einer bestimmten politischen Etikette, oder dem Mangel daran. Die Amerikaner sind nämlich laut Motyl gegenüber den sowjetischen Verbrechen blind, weil sie ein bestimmtes Verständnis der Naziverbrechen akzeptiert haben. Diesem Verständnis nach, das er »binäre Moral« nennt, sind die Juden Opfer und alle anderen potentielle Täter. Nachdem diese Auffassung einmal akzeptiert wurde, können Amerikaner sowjetische Verbrechen nicht mehr angemessen beurteilen, weil Juden zu den Tätern des Großen Terrors in der Sowjetunion zählten. Die Amerikaner akzeptieren also eine KGB-Bar und lehnen eine SS-Bar ab, weil sie, vermutlich unwissentlich, einer binären Moral zum Opfer gefallen sind, die alle historischen Missetaten, welche nicht im Rahmen des Holocaust-Paradigmas verstehbar sind, für sie unsichtbar macht. In einem »diskursiven Netz« gefangen, »können sie den Gulag nicht sehen«.

In der Tat ist etwas schiefgelaufen beim amerikanischen Verständnis der deutschen Geschichte. Seines Kontextes beraubt, hat der Holocaust seine Fähigkeit verloren, uns etwas zu lehren. Wenn er einzigartig ist, dann hat er auch keine historische Relevanz. Die Amerikaner haben es in den letzten sieben Jahren versäumt, die Lektionen der deutschen Geschichte auf sich selbst anzuwenden. So war zum Beispiel die Instrumentalisierung eines singulären terroristischen Aktes zur Rechtfertigung eines nationalen Überwachungsstaats und eines Kriegs im Ausland eine Spezialität von Adolf Hitler, doch niemand vergleicht den Reichstagsbrand mit dem 11. September. Die Bush-Administration erklärte, das Lager von Guantánamo liege außerhalb der Reichweite des amerikanischen und des internationalen Rechts; Hitler behauptete von den ersten Konzentrationslagern in Deutschland das Gleiche. Hitler belehrte seine Generäle, dass die Kommunisten aufgrund ihrer Ideologie nicht unter dem Schutz des Völkerrechts stünden, dasselbe, was die Bush-Regierung von den Terroristen

behauptete. Die bevorzugte Selbstbezeichnung von Bush ist »Leader« und genau das war auch Hitlers Lieblingstitel. Damit soll natürlich nicht gesagt werden, dass die USA unter der Bush-Regierung mit dem Dritten Reich gleichzusetzen seien. Auf eine merkwürdige Weise jedoch schützte der Holocaust die Bush-Administration vor historisch begründeter Kritik. Weil die Geschichte des Dritten Reiches auf den Holocaust reduziert worden ist, entgehen politische Führer, die keinen Holocaust begehen, dem Vergleich mit Nazideutschland. Die Demokratie ist nicht bedroht, solange nicht sechs Millionen Juden ermordet wurden. Dies, nicht die KGB-Bar, ist die große Perversität der Holocaust-Moral im Amerika des 21. Jahrhunderts.

Motyl hat Recht: Die Amerikaner, und nicht nur sie, haben Schwierigkeiten, die Verbrechen der Nazis und der Sowjets gleichzeitig im Blick zu behalten. Es gibt wirklich eine gewisse Neigung, entweder das eine System oder das andere als Quelle des Bösen zu betrachten, statt beide als Produkte und Motoren der Geschichte des 20. Jahrhunderts zu begreifen. Motyl übertreibt allerdings sehr, wenn er behauptet, dass die Amerikaner nicht das Böse des Sowjetsystems erkennen können. Die Amerikaner glaubten, dass sie im Kalten Krieg auf der richtigen Seite standen, gerade weil sie in der Schule über die sowjetischen Verbrechen belehrt wurden. Vielleicht hat die Holocaust-Erziehung ja vier Jahrzehnte Kalten Krieges vergessen gemacht, aber ich mag nicht recht daran glauben. In Wirklichkeit wurde vielen Amerikanern beigebracht, die Verbrechen der Sowjets eben in Analogie zu den nationalsozialistischen zu verstehen. Die Totalitarismusschule, die an den amerikanischen Universitäten und, während der Reagan-Administration, in der amerikanischen Politik großen Einfluss hatte, beruhte gerade auf der Annahme, dass den Systemen der Nazis und Sowjets bestimmte Wesenszüge gemein waren. Es erscheint kaum wahrscheinlich, dass die Amerikaner den Gulag nicht »sehen« können. Sie waren zweifellos in der Lage, Anne Applebaums Pulitzerpreis-prämierten Bestseller über den Gulag zu »sehen«, den Motyl zitiert. Die Autorin dieses Buches ist Amerikanerin, ebenso wie die Autoren einiger wichtiger von Motyl erwähnter Darstellungen des Sowjetterrors.

Wenn Motyl nun recht hätte, dass die Amerikaner in einem diskursiven Netz gefangen wären, das sie daran hindert, die Übel des Sowjetsystems zu sehen, dann wäre anzunehmen, dass jeder beliebige andere sowjetische

Name für eine Bar ebenfalls zulässig sein müsste. Eine Stalin-Bar oder eine Gulag-Bar wären dann ebenso möglich wie die KGB-Bar. Ich wage aber die Behauptung, dass die Stalin-Bar und die Gulag-Bar weder Investoren noch Kunden anziehen würde. Sobald wir dies zubilligen, können wir der banaleren Wahrheit ins Auge blicken, dass die Amerikaner sehr wohl die Übel des Sowjetsystems erkennen, sie jedoch schlicht nicht spezifisch mit dem KGB in Verbindung bringen.

Der KGB wurde nach dem Tod Stalins gegründet. Es war nicht der KGB, der den Großen Terror ausführte, sondern das NKWD. Das mag nach Haarspalterei klingen, aber wenn man Bilder verstehen möchte, gehört dies zu den Dingen, die zu beachten sind. Sowjetische Organe waren, anders als jene der Nazis, nicht stolz darauf, Todesschwadronen zu sein. Sie trugen Hammer und Sichel, keine Totenköpfe. Die Verbrechen des Sowjetsystems wurden im Geheimen verübt. 70 Jahre danach weiß fast niemand in Polen, dass zwischen 1937 und 1938 über 100 000 Sowjetbürger als mutmaßliche polnische Spione erschossen wurden. Die meisten Bürger der Nachfolgestaaten nennen die Hinrichtungen durch das NKWD »Repressionen« und übernehmen damit den Euphemismus des Regimes. Die Deutschen dagegen mordeten offen. 1932/33 ließen die Sowjets mindestens 2,6 Millionen Bürger der sowjetischen Ukraine verhungern, verbargen diese Tatsache jedoch mehr oder weniger erfolgreich. Die Deutschen ließen 1941/42 mindestens 2,6 Millionen sowjetische Kriegsgefangene verhungern, unternahmen aber nicht die geringsten Anstrengungen, ihr Tun zu verbergen.

Der KGB war sowohl ein Auslandsnachrichtendienst als auch ein Dienst für die innere Sicherheit, was ebenso Verwirrung schafft. Die SS war eine Organisation, die den Holocaust ausführte. Ihre Existenz endete etwa zur selben Zeit wie der Holocaust. Es gibt keinen besonderen Grund, warum Amerikaner die SS in irgendeinem anderen Zusammenhang sehen sollten. Der KGB ist den Amerikanern dagegen als Auslandsgeheimdienst bekannt. Dieses Bild ist nicht ganz unrichtig: Der KGB war tatsächlich ein international operierender Nachrichtendienst. Er ist der Dienst, der über vier Jahrzehnte hinweg in Spionagefilmen aus Hollywood vorkam. Der Kalte Krieg dauerte lang genug, um seine glamourösen Seiten zu haben, und etwas von diesem Glamour färbte auf den KGB ab. Der Hauptgrund, dass es eine KGB-Bar geben kann, ist der, dass die Amerikaner den KGB nicht nur mit dem Feindbild des Kalten Krieges, sondern auch

mit Wodka, Kaviar und langbeinigen russischen Blondinen assoziieren, die Pistolen in den Strumpfbändern tragen. James Bonds Feind war der KGB, und das macht einen großen Unterschied.

Auch die gelebte Erfahrung zählt. Die große Mehrheit der Amerikaner hat keine Erinnerung an Nazideutschland, während die meisten Erwachsenen sich noch an die Sowjetunion erinnern können. Selbstverständlich sollten sie vom Großen Terror, dem Gulag und anderen sowjetischen Verbrechen wissen – und, wie erwähnt, tun es viele auch. Doch in ihrem Gedächtnis muss dieses Wissen von den Ereignissen in den 1930er, 40er und 50er Jahren mit dem konkurrieren, was sie selbst aus den 1970er und 80er Jahren in Erinnerung haben. Dazu gehört unter anderem die gescheiterte Invasion in Afghanistan, die Solidarność-Bewegung, das Ableben eines Generalsekretärs nach dem anderen in den 1980er Jahren und die Perestroika von Michail Gorbatschow. Dass den meisten Amerikaner die Erinnerung an Nazideutschland fehlt, leistet einem eher schematischen Verständnis jener Zeit Vorschub; dass sich aber die meisten noch an die Sowjetunion erinnern, macht deren Bild verschwommen und komplex. Es ist die unvermeidliche Zweideutigkeit tatsächlicher Erinnerung, nicht ein »diskursives Netz«, die für die meisten Amerikaner das Bild der Sowjetunion komplizierter macht.

Die Geschichte zählt auch noch in anderer Weise. In Europa lieferten sich Kommunismus und Faschismus in den 1920er und 30er Jahren einen ideologischen Titanenkampf, aus dem, wie es schien, nur einer von beiden als Sieger hervorgehen konnte. Und so sollte es kommen: Die Rote Armee besiegte die Wehrmacht an der Ostfront und nahm Berlin ein. Dieser Sieg schenkte dem Kommunismus eine neue Lebensspanne. Er bestätigte die Überzeugung von vielen auf der Linken, dass der Kommunismus eine Art legitimer Erweiterung sozialdemokratischer Politik sei. Nun gewann die Sowjetunion natürlich nicht den Zweiten Weltkrieg, weil sie ein moralisch überlegenes System war, aber ihr Sieg erschien als Bestätigung ihrer Legitimität – schließlich hatte sie Europa von der deutschen Besatzung befreit. Sie war in dieser Anstrengung der Verbündete der Vereinigten Staaten. Stalin und Roosevelt saßen in Jalta gemütlich auf Korbstühlen beisammen. Es folgte der Kalte Krieg, doch das ursprüngliche Bild der Sowjetunion als Verbündeter, das die US-Propaganda, neben anderen Kanälen, durch Hollywood-Filme verbreitete, ließ sich nie mehr ganz tilgen. Der Streifen

Botschafter in Moskau rechtfertigte die Schauprozesse, doch kein amerikanischer Film entschuldigte je die Vernichtungslager. Die Zweideutigkeit in der Wahrnehmung der Sowjetunion besteht bis heute, im Unterschied zur Wahrnehmung Nazideutschlands: Die Nazis hatten nicht nur unrecht, sie waren ein Feind und sie wurden besiegt. Wenn man die Problematik ohne Vorbehalte betrachtet, muss man sich daran erinnern, dass es die militärische Niederlage und nichts anderes war, die den Nationalsozialismus diskreditierte. Die Sowjetunion wurde nie in gleicher Weise besiegt, und nun, nach ihrem Untergang, kann sie nicht mehr besiegt werden.

Motyl scheint auf Tabus zu zielen, doch er lässt das wichtigste Tabu unberührt. Weit wichtiger für die Zukunft der USA als die Buchstaben KGB sind die Lettern LUKOIL, die man immer häufiger in ganz Amerika sieht. Solange die Vereinigten Staaten eine Politik der geplanten Energieabhängigkeit verfolgen, werden ihre höchsten Repräsentanten nie direkt auf Wladimir Putin und seinen KGB-Staat zielen können. Putin und seine Partner werden in den Genuss derselben Art rhetorischen Schutzes kommen, den auch das Regime der Saudis und die irakische Regierung genießen, und tatsächlich geschieht das bereits. Noch schwerer wiegt die amerikanische Politik regulärer Budgetdefizite. Sie hat der chinesischen Regierung, die die Staatsanleihen kauft, mit denen unsere Ausgaben finanziert werden, enorme Macht über unsere finanzielle Zukunft verschafft. Die chinesische Regierung ist natürlich kommunistisch. Solange das kapitalistische System Amerikas (wenn ein solcher Ausdruck noch erlaubt ist) Energie und Kreditgeber aus dem Ausland braucht, dürfte eine ernste, unzweideutige Kritik der sowjetischen und chinesischen Vergangenheit stets auf einen gewissen Widerstand stoßen.

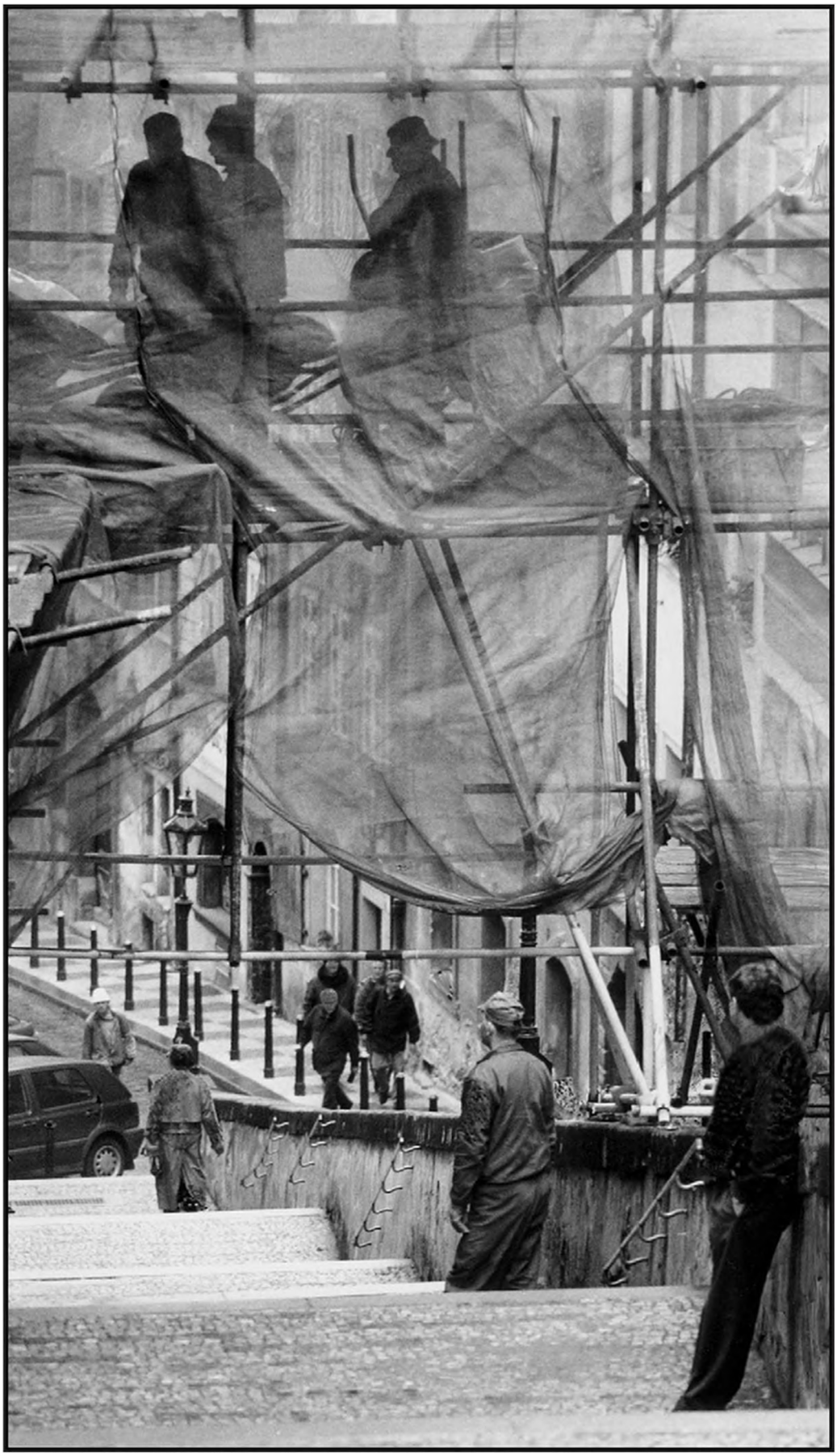
Ich stimme Motyl zu, dass die Sowjetverbrechen weit weniger bekannt sind, als sie es sein sollten. Jeder sollte wissen, dass bei Stalins Zwangskollektivierung der Landwirtschaft so viele Sowjetbürger umkamen wie Juden durch Hitlers Politik. Jeder sollte von den Massengräbern in Bykownia ebenso gehört haben wie von denen in Babi Jar. Auch ich finde, dass zu häufig mit zweierlei Maß gemessen wird. Als Amerikaner meine ich, dass es in New York keine KGB-Bar geben sollte. Ich würde vehement ein Land vorziehen, in dem sowohl eine KGB-Bar wie eine SS-Bar undenkbar wären. Ich stimme jedoch nicht zu, dass das eine vom anderen abhängen muss. Das moralische und psychologische Portrait, das Motyl

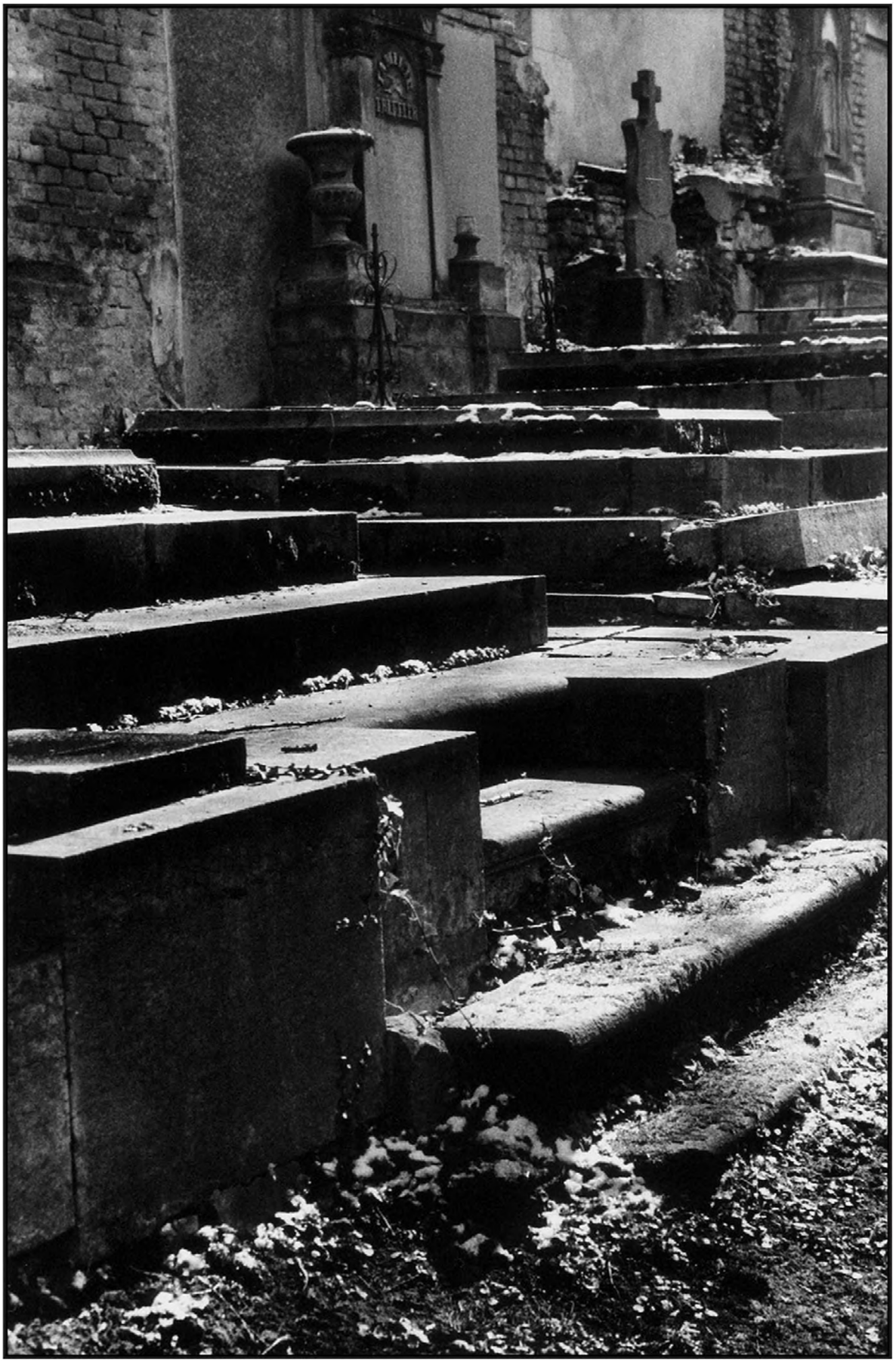
von den Amerikanern zeichnet, ist überzogen und zu harsch. Die populäre Vorstellung vom Holocaust ist kaum zwanzig Jahre alt; es ist unwahrscheinlich, dass sie weitere zwanzig Jahre überdauern wird. Wie die Amerikaner die sowjetischen (und chinesischen) Verbrechen in 20 Jahren sehen werden, ist völlig ungewiss. Ich glaube, Motyl würde mir zustimmen, dass die Regime der Nazis und der Sowjets in ihrem historischen Kontext verstanden werden und ihre Verbrechen nach einem neutralen Standard, zum Beispiel den Menschenrechten, beurteilt werden sollten. Damit es dazu kommen kann, müssen wir unsere Energien jedoch auf die Artikulierung solcher Standards richten. Die Holocaust-Moral, die Motyl beklagt, ist keineswegs festgeschrieben. Die wahre Frage ist, ob wir etwas Besseres aufzubieten haben.

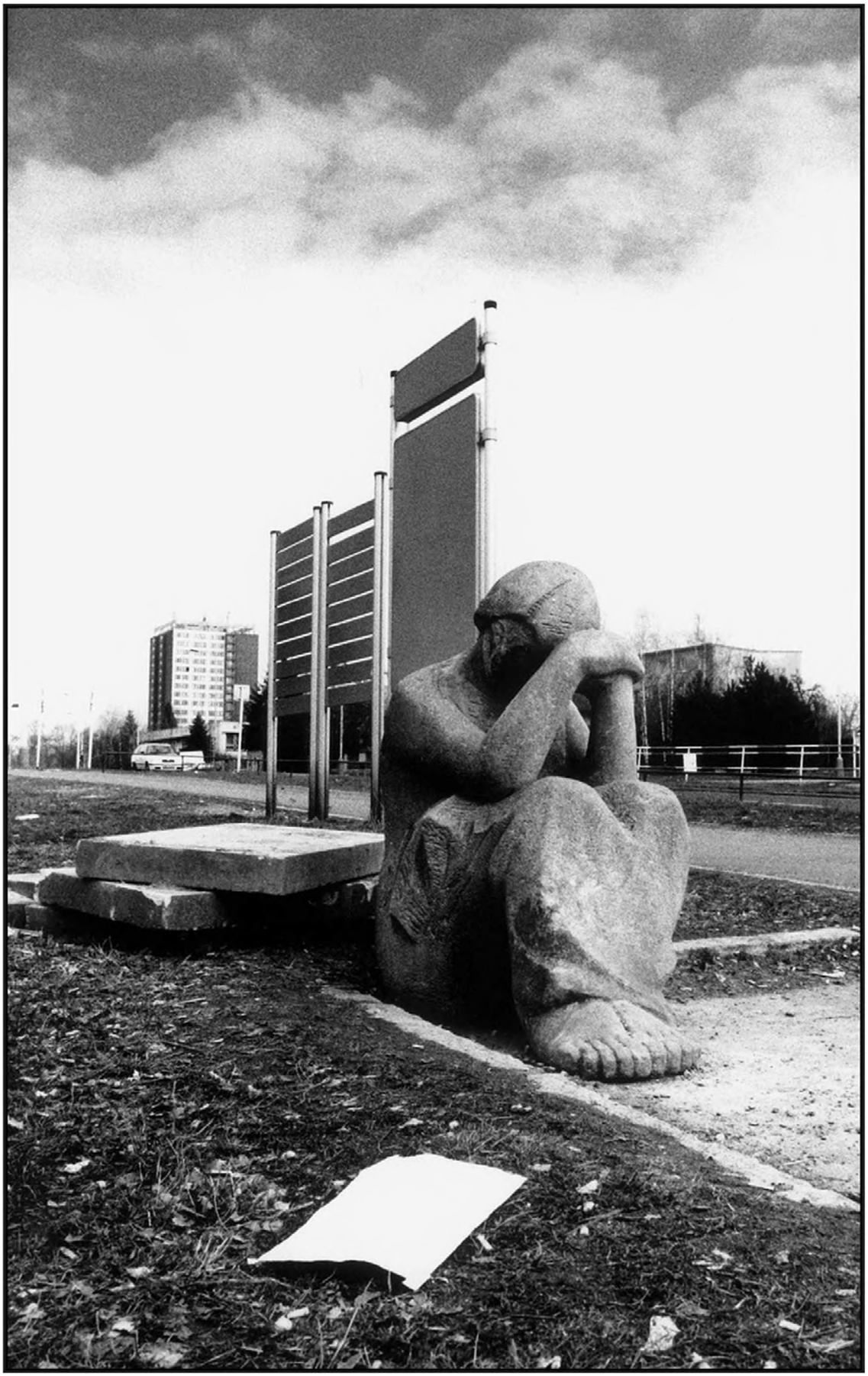
Aus dem Englischen von Andreas Simon dos Santos

GedächtnisGesichte

VĚRA KOUBOVÁ







Jacques Rupnik

ZWEIERLEI FRÜHLING: PARIS UND PRAG 1968

Wenn nun, 40 Jahre danach, in Kolloquien, Debatten und Veröffentlichungen an die reiche Zeit der Frühlinge von Paris und von Prag, und nicht zu vergessen Warschau oder Berlin, erinnert wird, ergibt sich ein erstaunlicher Kontrast zwischen Ost und West, um bei der damaligen Terminologie zu bleiben. In Paris mischt sich bei den Gedenkveranstaltungen zum »Psychodrama« (Stanley Hoffmann) des Mai 1968 die Selbstzufriedenheit einer Generation mit dem Wunsch der nachfolgenden Generation, sich das Erbe des Mai umso energischer anzueignen, als es vom neuen Präsidenten denunziert wurde, der Daniel Cohn-Bendit zufolge ein 68er ist, ohne es zu wissen (vom Mai '68 habe er nur den hemmungslosen Hedonismus behalten)... In Prag ist man weniger geneigt sich zu erinnern – an eine schmerzhafte Niederlage und an Alexander Dubcek, der die Menschen zwar bis heute bewegt, gleichzeitig aber nicht nur das Symbol einer enttäuschten Hoffnung, sondern auch einer Kapitulation ist, auf die 20 Jahre der »Normalisierung« folgten. Nichtsdestoweniger hat die lange verborgene und aus dem kollektiven Gedächtnis verdrängte Debatte über 1968 nun in Prag begonnen, und zwar mit zwei Referenztexten, die unmittelbar nach der Besetzung durch die »Bruderländer« geschrieben und nun, 40 Jahre später, in den *Literární noviny* wiederabgedruckt wurden: der eine stammt von Milan Kundera, der andere von Václav Havel.[1] Trotz seiner Niederlage, so Kundera, bleibe der Prager Frühling als erster Versuch, Sozialismus und Demokratie miteinander zu versöhnen, von universeller Bedeutung. Havel antwortete, dass die großen Errungenschaften des Prager Frühlings (Abschaffung der Zensur, Restitution der individuellen und der kollektiven Freiheiten) nur wiederhergestellt hätten, was es 30 Jahre zuvor in der Tschechoslowakei bereits gegeben habe und was die Grundlage der meisten demokratischen Länder bilde.

In diesem Sinne war 1989 ein Anti-1968: keine Reform innerhalb des Sozialismus, sondern sich so eng wie möglich wieder an den Westen binden, indem man ihn treu nachahmt. Und weitere 20 Jahre später liest sich

die Debatte wieder anders: Im Kontext einer wirtschaftlichen Globalisierung, deren perverse Auswirkungen man gerade entdeckt, und einer Krise der demokratischen Repräsentation gewinnen die Fragen, die der tschechoslowakische Frühling des Jahres 1968 in Bezug auf Demokratie, Markt und den »Dritten Weg« aufwarf, neue Aktualität.

In dieser Perspektive sprengt der Prager Frühling den Rahmen der Geschichte des kommunistischen Systems in Osteuropa und erhält wieder eine transeuropäische Dimension. Diese wurde des öfteren mit den Jugendrevolten in Verbindung gebracht, die 1968 überall in der Welt zu beobachten waren. Der Prager Frühling und der Mai '68 fanden zwar in unterschiedlichen politischen Kontexten statt, stellten aber gleichwohl Revolten dar, die den vom Kalten Krieg aufgezwungenen Status quo in Frage stellten und nach alternativen Gesellschaftsmodellen suchten.

Die Parallelen waren weitgehend der Gleichzeitigkeit der »Ereignisse« von 1968 zuzuschreiben. Deren treibende Kräfte waren die Intellektuellen sowie eine Studentengeneration, die sich von Prag bis Paris (aber auch in Berlin, Berkeley oder Warschau) identisch kleidete, dieselbe Musik hörte und den Institutionen der Macht dasselbe Misstrauen entgegenbrachte – eine Tatsache, die auf einen »Generationenkonflikt« im Augenblick einer »globalen Erregung« und einer »zusammenhanglosen Brüderlichkeit« verweist, um Formulierungen Paul Bermans aufzugreifen, der darin den Ursprung einer späteren Übereinstimmung zwischen den Dissidenten des Ostens und der antitotalitären Linken des Westens erblickt.[2]

Die andere Parallele ist die Verbundenheit in der Niederlage. Die 68er Utopien haben sich zwar unterschieden, doch versuchten sie jeweils eine innere sowie eine internationale Ordnung in Frage zu stellen, die ein Erbe des Zweiten Weltkriegs waren. Daher die ebenso wohlmeinenden wie realitätsfernen ideologischen Verrenkungen (Prag, »die Revolution der Arbeiterräte«), welche Reaktionen auf die »Wiederherstellung der Ordnung« (Milan Šimečka) und die Teilung Europas waren.

Gleichzeitigkeit heißt jedoch nicht Gleichheit. Um sich davon zu überzeugen, braucht man nur einige Unterschiede zwischen den beiden Frühlingen zu erwähnen, die über 1989 hinaus Auswirkungen haben. In seinem Buch über die Wahrnehmungen des Prager Frühlings durch die französische Linke hat Pierre Grémion sein Sujet im Hinblick auf die ideologischen Diskurse und Bezugspunkte untersucht.[3] Heute sind die ideologischen Diskrepanzen und unterschiedlichen Wege der 68er im Westen

und im Osten noch deutlicher sichtbar. Während die französischen bereits seit fast drei Jahrzehnte größten Einfluss auf das Establishment in Kultur und Medien besitzen, gehören die tschechischen einer geopferten Generation an, die erst 1989 ihre Freiheit wiedererlangen und damit erst im Alter von 50 Jahren und mehr die Möglichkeit bekommen sollte, an eine unterbrochene Geschichte anzuknüpfen, in einem Alter also, in dem es nicht gerade leicht fällt, sich persönlich und beruflich neu zu orientieren, auch angesichts einer neuen Generation mit ihren Ambitionen, ihrer Anpassungsfähigkeit und vor allem ihrer Verachtung für die Illusionen des Frühlings von damals.

Was die ideologischen Unterschiede angeht, so ist der wichtigste politischer Natur: Für Menschen, die endlich 20 Jahre sozialistischer Mangelwirtschaft hinter sich lassen wollten, besaß die von der Pariser Bewegung kritisierte »Konsumgesellschaft« keinerlei pejorativen Beigeschmack. Und die Freiheiten und Wahlen, die angeblich nur eine »Falle« der Bourgeoisie seien, die man verurteilen und durch direkte Demokratie überwinden müsse, hatten ganz und gar nichts Verachtenswertes an sich für Menschen, die angesichts der Erfahrung des Totalitarismus bestrebt waren, als Voraussetzung für den Neuaufbau der politischen Ordnung die Bürgerrechte und elementare Prinzipien wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit wiedereinzuführen. Die französische Linke lehnte sowohl den Markt als auch den Kapitalismus ab, während Ota Sik in Prag einen »dritten Weg« zwischen dem Staatssozialismus des Ostens und dem Kapitalismus des Westens vorschlug. Der Versuch, diese ideologische und ökonomische Kluft zu überwinden, war nur eine andere Art und Weise, die Teilung Europas zu überwinden. Die »Rückkehr nach Europa«, der Slogan der »Samtenen Revolution« von 1989, war bereits in den tschechoslowakischen Bestrebungen von 1968 angelegt. Der Philosoph Ivan Sviták, eines der *enfants terribles* des Prager Frühlings, hatte das damals wie folgt formuliert: »Die Frage, von wo wir mit wem wohin gehen, lässt sich präzise beantworten: von Asien nach Europa, und zwar alleine.«[4] Nun klangen aber die Wörter »Europa« oder »Westen« in den Ohren der Pariser Linken nach Kolonialismus oder »gemeinsamem Markt«. Ihr internationaler Horizont war entschieden auf die Dritte Welt fixiert, wobei die konkreten Bezugnahmen von Vietnam (Ho) über die chinesische Kulturrevolution (Mao) bis Kuba (Che) reichten.

Die treibende Kraft des Prager Frühlings war das Streben nach Freiheit,

während in Paris das freiheitliche Moment hinter den Mythos der Revolution zurücktrat. Milan Kundera hat diese Dimension völlig zu Recht hervorgehoben:

> Der Pariser Mai war ein Ausbruch des revolutionären Lyrismus. Der Prager Frühling war der Ausbruch des post-revolutionären Skeptizismus. Daher blickte der Pariser Student voller Misstrauen (oder eher gleichgültig) nach Prag, während der Prager für die Pariser Illusionen, die er (zu Recht oder zu Unrecht) für diskreditiert, komisch und gefährlich hielt, nur ein müdes Lächeln übrig hatte (...) Der Pariser Mai war radikal. Der Ausbruch des Prager Frühlings hingegen war in langen Jahren durch eine populäre Revolte der Gemäßigten vorbereitet worden; Radikalismus als solcher rief allergische Reaktionen hervor, denn er war im Unterbewußtsein der meisten Tschechen mit ihren schlimmsten Erinnerungen verbunden.[5]

Der revolutionäre Lyrismus und der Wortschatz des Mai '68 erinnern Kundera an den Aufstieg des sozialistischen Regimes im Jahre 1948 und das Schicksal des Dichters Jaromil, des Helden seines Romans *Das Leben ist anderswo*, während die tschechischen Achtundsechziger eher der Ironie und dem Skeptizismus der Hauptfigur eines anderen Romans von Kundera zuneigten, der 1968 gerade in Prag erschienen war: Ludvík in *Der Scherz*[6]. Die beiden Figuren illustrieren die Diskrepanz zwischen dem Geist der Jugendrevolte in Paris und der erwachsenen Reife in Prag. Und Kundera fügt hinzu:

> Der Pariser Mai stellte in Frage, was man als europäische Kultur und ihre traditionellen Werte bezeichnet. Der Prager Frühling hingegen war eine leidenschaftliche Verteidigung der kulturellen Tradition Europas im weitesten und tolerantesten Sinne des Wortes (eine Verteidigung des Christentums ebenso wie eine der modernen Kunst, die beide von der Macht negiert wurden). Wir alle haben dafür gekämpft, ein Recht auf diese Tradition zu haben, die vom anti-westlichen Messianismus des russischen Totalitarismus bedroht wird.

Die veraltete politische Sprache, der man sich in Paris bediente, machte die Kommunikation zwischen den beiden Kapitalen nicht gerade einfacher. Obwohl man sich in beiden Fällen auf einen Sozialismus bezog, der mit dem sowjetischen Modell gebrochen hatte, erinnerte die marxistische Vulgata der westlichen Linken allzusehr an die im Osten Europas herrschende Macht. Sichtbar wurde dies beim Besuch Rudi Dutschkes, der Galionsfigur der Berliner Studentenbewegung, im April 1968 in Prag, welcher im Rahmen des vom Philosophen Milan Machovec organisierten Dialogs zwischen Christen und Marxisten stattfand. Der junge Historiker

Milan Hauner gab davon folgenden Bericht: »Dutschke verfügt über ein durchdachtes und ausgefeiltes politisch-ökonomisches Vokabular. Ohne Unterlass bombardiert er sein Publikum mit Ausdrücken wie: Produktion, Reproduktion, Manipulation, Repression, Transformation, Obstruktion, Zirkulation, Integration, Konterrevolution.«[7] Was sind also die Gründe dafür, dass der Anführer der Berliner Revolte bei den tschechischen Studenten keinen Erfolg hatte? »Rudi ist unbestreitbar ein unübertrefflicher Redner, seiner Rede lag ein klarer logischer Plan zugrunde, aber es war gerade diese zur Utopie erhobene Rationalität, die einen beängstigenden Eindruck hinterließ. In seiner perfekt ausgeführten Rede gab es keinen Platz für einen Scherz oder eine menschliche Schwäche; wäre da nicht diese kritische Rationalität, würde man spontan sagen, dass es sich um einen fundamentalistischen Demagogen handelt, noch dazu um einen Deutschen, im Grunde um ein Déjà-vu. Doch wäre dies ungerecht, denn er ist unglaublich ehrlich und aufrichtig.«

Zehn Jahre später, eineinhalb Jahre vor seinem Tod, ist Rudi Dutschke noch einmal darauf zu sprechen gekommen, mit welcher Blindheit die westliche Linke, für die »der Imperialismus« nur amerikanisch sein konnte, in Bezug auf die tschechische Erneuerungsbewegung geschlagen war: »Zum Mai '68 in Frankreich habe ich nicht viel zu sagen; zunächst einmal deshalb, weil ich damals im Krankenhaus lag; vor allem aber, weil das entscheidende Ereignis des Jahres 1968 nicht Paris war, sondern Prag. Damals waren wir unfähig, dies zu sehen.«[8]

Während die »neue Linke« im Westen den Marxismus wiederbeleben wollte, indem sie ihn von der Schlacke des Stalinismus befreite, bemühten sich die Tschechen, ihn so weit wie möglich zu verwässern und aufzulösen. Der »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« konnte sich den großen Denkströmungen anpassen, die in den sechziger Jahren in Mode waren: Von der Psychoanalyse zum Strukturalismus, vom progressiven Christentum zum »nouveau roman«, von der »wissenschaftlich-technischen Revolution« und der »Konvergenztheorie« Radovan Richtas[9] bis hin zur Neudefinition des Europäertums.

Der Pariser Mai wollte Kultur und Universität in den Dienst eines politischen Projekts stellen. In der Tschechoslowakei standen die sechziger Jahre dagegen für einen Prozess der (vorübergehenden) Emanzipation der Kultur von den Zwängen der herrschenden staatlichen Strukturen und wurden so zum Vorspiel für die Umwälzungen des Jahres 1989. Diese

Distanzierung der Kultur gegenüber der Ideologie der Macht besaß auch eine eminent politische Bedeutung. Die politische Krise des Regimes beginnt nicht erst mit der Wahl Dubceks an die Spitze der Partei am 5. Januar 1968, sondern bereits mit den Reden Ludvík Vaculíks, Milan Kunderas und Antonín Liehms auf dem Schriftstellerkongress im Juni 1967, in denen der Bruch zum Ausdruck kam.[10] Die emblematische Zeitung des Pariser Mai '68 hieß *Action*, im Prager Frühling waren es die *Literární noviny*, die Zeitung des Schriftstellerverbands, die damals in einem Land mit 15 Millionen Einwohnern eine Viertelmillion Exemplare verkaufte. Die sechziger Jahre werden ein »Goldenes Zeitalter« der tschechischen Kultur bleiben, sei es nun in Bezug auf die Literatur (Josef Skvorecky, Ludvík Vaculík, Milan Kundera, Ivan Klima) oder das Theater (Václav Havel, Pavel Kohout, Otomar Krejca), ohne natürlich die *nouvelle vague* des tschechischen Films zu vergessen (Milos Forman, Ivan Passer, Jaromil Jires, Vera Chytilová, Jan Nemec, Jirí Menzl)[11]. Diese Kultur bietet eine weitere Parallele oder einen weiteren Kontrast zu dem, was damals in Frankreich geschah. Der außerordentliche Reichtum des kulturellen Lebens wurde ermöglicht durch außergewöhnliche Umstände, in denen sich die schöpferische Arbeit von den Zwängen der Zensur emanzipierte, ohne denen des Markts zu erliegen. Dieser Reichtum steht in deutlichem Kontrast zur relativen kulturellen Sterilität der beiden Jahrzehnte nach 1989 – in Prag wie in Paris.

Dem kulturellen Erbe, das sich mit dem Jahr 1968 verbindet, war nach der Niederlage der beiden Frühlinge ein unterschiedliches Schicksal beschieden: In Prag wurde es vom »Normalisierungs«-Regime systematisch zerstört, während seine wichtigsten Repräsentanten verfolgt, verboten oder ins Exil getrieben wurden. In Frankreich hingegen – sowie im Westen ganz allgemein – fand dieses Erbe weit über die Niederlage der radikalen Utopie des Mai '68 hinaus Fortsetzungen: Die ökologische Politik, der Feminismus, der Multikulturalismus, aber auch die Infragestellung des traditionellen Familienmodells oder die neue antiautoritäre Pädagogik in der Schule sind Indizien für den dauerhaften Einfluss dieses Erbes im Laufe einer Generation, die schließlich die wichtigsten Institutionen des Landes im Kultur- wie im Medienbereich besetzte. Die tschechischen 68er hingegen sind eine verlorene Generation. Als sich die Dinge nach 20 Jahren änderten, nahmen einen neuen Anlauf, mit wenig Erfolg. Ihre französischen Pendants hatten es hingegen verstanden, die politische Nie-

derlage des Mai '68 in einen kulturellen Sieg umzumünzen, dessen Labels »bobo« (*bourgeois-bohême*) und »liblib« (*libéral/libertaire*) Chiffren für die Wandlungen einer Generation darstellen, die sich angesichts ihrer »Hegemonie« (im Sinne Gramscis!) über die kulturellen und politischen Eliten Frankreichs in Selbstzufriedenheit sonnt.

Jenseits aller Missverständnisse gibt es aber auch Unterschiede in dem, was nach den Bewegungen von 1968 kam. Das Nachleben des Prager Frühlings bestand zunächst einmal im Scheitern der Reform innerhalb des kommunistischen Systems, das Dubceks »revisionistische« Perspektive im Osten endgültig diskreditierte, während es im Westen gleichzeitig die Eurokommunisten inspirierte (auf deren Zug die Kommunistische Partei Frankreichs mit einiger Verspätung aufzuspringen versuchte, im Streben nach Glaubwürdigkeit für ihre Billigung des »Gemeinsamen Programms«, das in den siebziger Jahren zum Referenzpunkt der linken Parteien werden sollte).

Was vom Scheitern der Prager 1968er-Bewegung übrigblieb, war »der klinische Tod des Marxismus in Europa« (Leszek Kolakowski) sowie die Perestroika Gorbatschows, die 20 Jahre zu spät kam. Es blieb auch jener andere 68er Frühling, der im Wiederaufbau der Zivilgesellschaft und im »wiedergefundenen staatsbürgerlichen Engagement« bestand, wie Václav Havel in Erinnerung rief.[12] Ivan Sviták fasste das »andere« Programm von 1968 so zusammen: »Von der totalitären Diktatur zur offenen Gesellschaft, zur Abschaffung des Machtmonopols, zur wirksamen Kontrolle der Machtelite durch eine freie Presse und die öffentliche Meinung. Von der bürokratischen Lenkung der Gesellschaft (...) zur Anwendung der grundlegenden Menschenrechte.«[13] Genau dieses Erbe, das den Rahmen des offiziellen Marxismus sprengte, sollte zehn Jahre später seine Fortsetzung in der Dissidentenbewegung finden.

Indem sie die Menschenrechte, die Bürgergesellschaft und die europäische Kultur in den Mittelpunkt stellte, hat die mitteleuropäische (insbesondere tschechische) Dissidentenbewegung im neuen politischen und kulturellen Kontext nach 1968 die antitotalitäre Linke in Frankreich in nicht zu vernachlässigendem Maße beeinflusst. Letztere entdeckte, dass der Mai '68 rückblickend auch eine antikommunistische Komponente umfasste, denn die linke Bewegung bekämpfte die Strategie der PCF, die vor allem dem Moskauer Bestreben die Treue hielt, die »Ordnung«, das heißt die Teilung Europas aufrechtzuerhalten. Die post-68er »Neu-

en Philosophen«, die die Ursprünge der Totalitarismen des 20. Jahrhunderts, des Gulag und der »Barbarei mit menschlichem Antlitz« (Bernard-Henri Lévy) untersuchten, verfolgten die intellektuellen und politischen Abstammungslinien des sowjetrussischen Bolschewismus bis zu den deutschen »Meisterdenkern« (André Glucksman)[14], bis ins Zeitalter der Aufklärung zurück, wobei sie unterwegs auf einige Themen von Denkern aus der tschechischen Dissidentenbewegung wie Jan Patočka und Václav Havel stießen. Andere wie Alain Finkielkraut und Danièle Sallenave (in der Zeitschrift *Le Messager européen*) waren in den 1980er Jahren empfänglich für die Wiederentdeckung Mitteleuropas als »gekidnappter Westen« (Kundera), um Europa als Kultur und Zivilisation neu zu denken und nicht nur als »gemeinsamen Markt«. Auf diese Weise haben der Antitotalitarismus, die Menschenrechte sowie die Wiederentdeckung der Bürgergesellschaft und der europäischen Idee dazu beigetragen, dass die ehemaligen 68er aus Paris und aus Prag mit einiger Verspätung wieder zusammenfanden. Paradoxerweise hat dies den Zusammenbruch des kommunistischen Blocks und den Beitritt der postkommunistischen Länder zur Europäischen Union nicht überlebt. Und zwar genau deshalb, weil dieser Beitritt als »Osterweiterung« der bestehenden Union und nicht als Wiedervereinigung Europas verstanden wird.

Aus dem Französischen von Markus Sedlaczek

Anmerkungen

1 Milan Kundera, »Český uděl«, Václav Havel, »Český uděl?«, in: *Literární noviny*, Nr. 52/1 vom 27.12.2007. Seit dem Wiederabdruck dieser Texte veröffentlichte *Literární noviny* ein Dutzend weiterer Beiträge zu dieser Debatte. Chefredakteur Jakub Patočka stellt in seinem einleitenden Aufsatz die Frage, wann die tschechische Debatte endlich wieder dahin gelangen wird, wohin man sich vor 40 Jahren schon einmal vorgearbeitet hatte (die drei genannten Texte deutsch, übersetzt von Markus Sedlaczek, in: *Lettre International*, Nr. 80 / 2008: Milan Kundera, »Das tschechische Los«, S. 42-44; Václav Havel, »Ein tschechisches Los?«, S. 45-46; Jakub Patočka, »Es war einmal in Prag«, S. 40-41. (Vgl. auch den zweiten Beitrag von Milan Kundera, »Radikalismus a exhibicionismus«, deutsch: »Irrtümer und Hoffnungen. Über echten Kritizismus, Radikalismus und moralischen Exhibitionismus«, ebd., S. 47-49 (A.d.Ü.)).

2 Paul Berman, »Les révoltes de 1968. Une fraternité incohérente«, in: François Fejtö und Jacques Rupnik (Hg.), *Le Printemps tchéchoslovaque 1968*, Brüssel

1999, S. 267; siehe auch das dem intellektuellen und politischen Erbe von 1968 gewidmete Buch von Paul Berman, *The Tale of Two Utopias. The political journey of the generation of 1968*, New York 1996.

3 Pierre Grémion, Paris / Prague. *La gauche face au renouveau et à la régression tchéchoslovaque,* 1968-1978, Paris 1985.

4 Ivan Sviták in: *Student* (Prag) vom 10. April 1968.

5 Milan Kundera, Vorwort zur französischen Ausgabe des Romans von Josef Škvorecký, *Mirácle en Bohême,* Paris 1978, S. 4 (Orig. *Mirákl,* Toronto 1978).

6 Milan Kundera, *Život je jinde*, Paris 1973 (deutsch: *Das Leben ist anderswo*, Frankfurt a.M. 1992); ders., *Žert,* Prag 1967 (deutsch: *Der Scherz*, Frankfurt a.M. 1989, beide übersetzt von Susanna Roth).

7 Milan Hauner, in: *Student* (Prag), 24. April 1968.

8 In einem Gespräch, das der Autor im Mai 1978 in Frankfurt mit Dutschke führte, bestand dieser darauf, dass nicht der Pariser Mai entscheidend gewesen sei, sondern das, was in Prag geschah, und dass es ein großer Fehler der Protestbewegungen gewesen sei, dies nicht begriffen zu haben. (Gespräch mit Jacques Rupnik vom Mai 1978, veröffentlicht in einem Dossier über die »Bilanz 1968-1988«, in: *L'Autre Europe,* Nr. 20 (1989), S. 115-117; in deutscher Übersetzung abgedruckt im vorliegenden Heft).

9 Vgl. Radovan Richta, *Civilisace na rozcestí* (Zivilisation am Scheideweg), Prag 1968 (vgl. deutsch: *Richta-Report. Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts. Die Auswirkungen der technisch-wissenschaftlichen Revolution auf die Produktionsverhältnisse*, hg. von Radovan Richta und Kollektiv, übersetzt von Gustav Solar, Frankfurt a.M. 1971).

10 Vgl. *Reden zum IV. Schriftstellerkongreß des Tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes,* Prag, Juni 1967, Frankfurt a.M. 1968 (A.d.Ü.).

11 Vgl. Antonín Liehm, *Closely Watched Films. The Czechoslovak experience,* White Plains (New York) 1974.

12 Václav Havel, »La citoyenneté retrouvée«, Einführung zu François Fejtö / Jacques Rupnik (Hg.), *Le Printemps tchéchoslovaque 1968,* a.a.O., S. 11-13.

13 Ivan Sviták, in: *Student* (Prag), 10. April 1968.

14 Bernard-Henri Lévy, *Barbarie à visage humain,* Paris 1977 (deutsch: *Barbarei mit menschlichem Antlitz*, Reinbek bei Hamburg 1978); André Glucksman, *Les maîtres penseurs,* Paris 1977 (deutsch: *Die Meisterdenker,* übersetzt von Jürgen Hoch, Reinbek bei Hamburg 1978) (A.d.Ü.).

DAS MISSVERSTÄNDNIS VON 1968
Interview mit Rudi Dutschke

1978 bereitete ich für die BBC eine Sendung zum zehnten Jahrestag des Mai 1968 vor. In Frankfurt traf ich Rudi Dutschke und fragte ihn, ob er bereit sei, ein Interview zu geben. Seine Antwort überraschte mich: »Zum Mai '68 in Frankreich habe ich nicht viel zu sagen. Zunächst einmal deshalb, weil ich damals im Krankenhaus lag; vor allem aber, weil im Rückblick das entscheidende Ereignis des Jahres 1968 in Europa nicht Paris war, sondern Prag. Damals waren wir unfähig, dies zu sehen.« Dutschke war zu Beginn des Frühlings 1968 selbst nach Prag gekommen. Die Begegnung des westdeutschen Studentenführers mit den tschechischen Kommilitonen wurde zu einem Dialog zwischen Schwerhörigen. Mit ihrer Verachtung für die »bürgerliche Demokratie« und den – selbstverständlich amerikanischen – »Imperialismus« erinnerte Dutschkes Sprache allzusehr an die des Prager Regimes. Auch in dem im April 1978 geführten Interview mit Rudi Dutschke fehlt es nicht an der für die deutsche Linke so charakteristischen hölzernen Sprache, und bisweilen ist es sogar nötig, zwischen den Zeilen zu lesen. Doch gerade deshalb illustriert dieses Dokument gut die Missverständnisse, die 1968 zwischen Ost und West herrschten.[1]

Jacques Rupnik

Jacques Rupnik: Wie erklären Sie sich, dass die westliche radikale Linke 1968 nicht in der Lage war, die Bedeutung des Prager Frühlings zu erfassen?

Rudi Dutschke: Dafür gibt es eine historische Erklärung. Seit der Revolution von 1917 zehrte der größte Teil der weltweiten Arbeiterbewegung vom Mythos der Oktoberrevolution als proletarischer Revolution. Der Fortbestand dieses Mythos hatte zur Folge, dass es keine kritische Analyse dessen gab, was in der UdSSR geschah. 1945 hatte die Sowjetunion zur Niederlage des Faschismus und zum Wiederaufbau Europas beigetragen. Mit anderen Worten: Der sowjetische Einfluss bewirkte damals, während

einer ersten Phase, einerseits eine Befreiung und andererseits das Ende jeder Demokratie, das Ende dessen, was man als die Errungenschaften der bürgerlichen Revolution bezeichnet. Im Kalten Krieg tendierte die Linke erneut dazu, den Sozialismus mit der Sowjetunion und, in der BRD, mit der DDR zu identifizieren. Das ist der Kontext, in dem die Studentenbewegung der sechziger Jahre auf den Plan tritt. Ich erinnere mich, dass wir innerhalb des SDS in Bezug auf den Kampf gegen den (amerikanischen) Imperialismus die Mehrheit hatten, nicht jedoch in Bezug auf Osteuropa. Darüber wurde nicht einmal diskutiert. Das galt als sekundär, also ließ man es fallen. Ich erinnere mich, wie nach meiner Rückkehr aus Prag niemand im SDS wirklich begreifen konnte, was ich bezüglich der dortigen Ereignisse zu beschreiben versuchte. Für sie war das ein Problem und ein Vorstoß, der eher auf dem Liberalismus als auf dem Sozialismus beruhte.

J. R.: Also die These, wonach die Gefahr einer »Restauration des Kapitalismus« bestanden habe?

R. D.: Mehr oder weniger. Aber es gab keinerlei Verständnis für die Situation und das, worum es im Lande wirklich ging. Das ist der Hauptgrund dafür, dass die Linke in Westeuropa die Dynamik der sozialen und politischen Emanzipation in Osteuropa nicht zu begreifen vermochte. Das hat sowohl die Kommunikation als auch die Kooperation unmöglich gemacht. Das ganze war auf eine eher persönliche denn politische Angelegenheit reduziert: Ich stamme aus der DDR, ich stand in Kontakt mit Petr Uhl und einigen anderen…

J. R.: Inwiefern waren die Bewegungen des Frühlings 1968 in Paris und in Prag wichtig für Sie? Hat es, jenseits aller Missverständnisse, gemeinsame Nenner gegeben?

R. D.: Ich dachte damals, es würde sich um eine neue Dimension des Klassenkampfs in Mitteleuropa handeln, bei gleichzeitig wachsendem Druck sowohl in Westeuropa als auch in Osteuropa. Die Tschechoslowakei bedeutete im Hinblick auf eine politische Veränderung in Osteuropa einen grundlegenden Schritt nach vorne. Die Ereignisse des Mai und Juni in Paris habe ich nur von meinem Krankenhausbett aus zur Kenntnis genommen. Für mich war klar, dass eine Niederlage die Möglichkeit einer

Zusammenarbeit von Ost und West zunichte machen würde. Die Niederlage in Paris und auch in Westdeutschland hat es den kommunistischen Parteien ermöglicht, auf die politische Bühne zurückzukehren. Moskau hatte ihnen bedeutet, abzuwarten und sich auf keinen Fall am Kampf zu beteiligen, denn das hätte für die Kontrolle Osteuropas Schwierigkeiten nach sich ziehen können. Nach der Niederlage in Paris war für mich die einzige Frage: Werden die Russen in der Tschechoslowakei intervenieren? Darüber hatten wir bereits bei meinem Besuch in Prag debattiert. Damals war ich überzeugt, dass dies undenkbar sei. Doch meine tschechischen Studentenfreunde sagten mir: »Seid ihr sicher, dass 1956 bereits Vergangenheit ist?« Ich hatte in der Tat gedacht, dass sich so etwas nicht wiederholen könne. Ich hatte die Situation falsch eingeschätzt. Vom Juni an begann meine Überzeugung zu schwinden. Was dann kam, war ein fürchterlicher Schock, für mich wie für alle, die ehrlich an ihren sozialistischen Überzeugungen festhielten.

J. R.: Glauben Sie nicht, dass das »Missverständnis«, das 1968 zwischen Ost und West herrschte, nicht nur in den unterschiedlichen Kontexten und Entwicklungsgeschwindigkeiten begründet lag, sondern vor allem in der Tatsache, dass man nicht dieselben Zielvorstellungen teilte? Ideologisch gesehen hatte man wenig gemeinsam: Die Tschechen wollten den Kommunismus humanisieren, während es in Frankreich eine Rückkehr zur revolutionären Reinheit der marxistischen Lehre gab.

R. D.: Absolut. Ich erinnere mich, dass tschechische Studenten, die nach Berlin gekommen waren und mich im Krankenhaus besuchten, mir sagten: »Es ist so schwierig, mit den Deutschen zu sprechen...« Und sie hatten recht. Aber nach der Invasion hat man sich beim Kongress der Jugendbewegungen in Sofia wiedergesehen und konnte neue Verbindungen knüpfen. Die Leute vom SDS hatten verstanden, dass die Tschechoslowaken bereit waren, mit ihnen zusammenzuarbeiten, um die Zwangsjacke abzustreifen, in die sie durch die Offiziellen Sofias und die kommunistischen Organisationen gesteckt worden waren. Das war ein kleiner Schritt in Richtung Wiederannäherung.

J. R.: Die Einigkeit in der Niederlage, aber keine Phase des Aufschwungs für die Bewegung?

R. D.: Sie haben recht. Das war keine durchschlagende Erfahrung. Dennoch bin ich überzeugt, dass die westdeutsche Linke in den kommenden Jahren begreifen muss (was sie in Anfängen bereits tut), dass eine Änderung des Status quo in der BRD und in Westeuropa ohne Verbindung mit der politischen und sozialen Emanzipation in Osteuropa undenkbar ist. Ein isolierter Wandel ist unmöglich. Das zu begreifen, setzt jedoch einen beträchtlichen Bewusstseinswandel voraus.

Aus dem Französischen von Markus Sedlaczek

Anmerkung der Red.

1 Der hier abgedruckten Übersetzung liegt die französische Fassung zugrunde, die 1989 in *L'Autre Europe* Nr. 20, S. 115-117, erschien.

Aleksander Smolar

1968 – ZWISCHEN MÄRZ UND MAI

1971 bin ich aus Polen ausgereist. Nach einem Jahr Gefängnis und erfolgloser Arbeitssuche habe ich nicht nur das Land verlassen, sondern auch meine Freunde und mein Milieu, das immer noch unter dem Eindruck der März-Ereignisse von 1968[1] stand. Wir waren erschöpft, mancher war gebrochen, führende Vertreter der Opposition nach wie vor inhaftiert. Über Polen lag der Schatten eines Einmarschs wie in der Tschechoslowakei, die Wunden des Dezember 1970[2] waren noch frisch.

Mein erstes Jahr in der Fremde verbrachte ich in Bologna. Die damals von der Linken geprägten Universitäten Italiens hatten ihrerseits Unruhen erlebt. Andere Länder, andere Unruhen. Es ging reichlich nostalgisch zu mit Diskussionen über die Revolution und die Theorien Maos. Man sang »La violenza«. Gewalt wurde nicht nur in Liedern idealisiert. Die Studenten skandierten: »Das System stürzen, nicht verändern!«, »Wo Gewalt herrscht, hilft nur Gewalt«. Es waren die Anfänge des Terrorismus.

Ich ging dann nach Paris, für lange Zeit. Immer noch hing die Erinnerung an '68 über der Stadt. Eine ganze Generation schwelgte in jenem Mai, in ihren Revolutionen, dieser »schönen Krankheit«, um mit Leszek Kolakowski zu sprechen. Die Unruhen waren hier anders als im Osten, ästhetischer, fast fröhlich, heroisch. Bernard-Henri Lévy, ein post-Mai-Star, hat das Jahr 1968 gar als einen der wichtigsten Momente in der Geschichte Frankreichs bezeichnet.

Im erlauchten liberal-konservativen Kreis um Raymond Aron, dem anzugehören ich das Glück hatte, gab es weder Revolutionshelden noch -witwen. Der große Humanist und kritische Freigeist wurde damals von Studenten und einem Großteil der akademischen Welt boykottiert. Jean-Paul Sartre, sein Jugendfreund, rief zum »Sturm auf die Bastille Aron« auf – eine Folge der Reaktion Arons auf den Mai, den er als »Karneval« und »Psychodrama« bezeichnet hatte, als Gefahr für das fragile Fundament der demokratischen Ordnung. Sicher, eine Zeit lang sah es danach aus, als würde die Macht auf der Straße liegen. Zehn Millionen streikende Arbeiter hatten sich den Protesten angeschlossen. Die Kommunisten, die den

Streik steuerten, setzten jedoch alles daran, sie von den Studenten zu trennen. Moskau, das damals eine Verbesserung der Beziehungen zum Westen anstrebte und bereits mit dem Prager Frühling zu kämpfen hatte, war an einer Destabilisierung Frankreichs nicht interessiert.

Die westliche 68er-Generation wollte mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit, sie forderte die Anerkennung des individuellen Bedürfnisses nach Selbstverwirklichung. »Jouissez sans entraves« (Genießt ohne Schranken) war eine beliebte Parole an den Häuserwänden von Paris. Die Jugend, die an die Öffentlichkeit drängte, stellte die bestehende Ordnung des Kalten Krieges und den Wiederaufbau der Nachkriegszeit in Frage. Teilnehmer und auch Gegner erinnern sich an den Mai als eine Zeit des großen Gesprächs (Aron sprach von Geschwätz). Die Menschen öffneten sich, man ging schnell zum Du über. Die Revolutionäre von '68 wandten sich enttäuscht von der konservativen Arbeiterklasse ab, sie sahen das Subjekt der Geschichte in den »neuen Proletariern« der dritten Welt und in den Studenten, der neu entdeckten revolutionären Kraft. Ein unerhörter Fortschritt war bei der Emanzipation der Frauen zu verzeichnen. Noch 1965 benötigte eine Frau die Einwilligung ihres Mannes, um ein Bankkonto zu eröffnen. Zahlreiche junge Frauen waren im Mai aktiv, spielten aber noch die Rolle der von dem berühmten Delacroix-Bild her bekannten Marianne mit der entblößten Brust, die das Volk auf die Barrikaden führt – die Frau als Allegorie, als Maskottchen. Doch das änderte sich sehr rasch. Eine echte gesellschaftliche und kulturelle Revolution löste 1967 die Pille aus; das Sexualleben war nun von der Fortpflanzung abgekoppelt, die Frauen wurden unabhängig. Das Jahr 1968 brachte die populäre Sprache der Emanzipation.

Einige unmittelbare Ursachen für die Eruption von 1968 waren von Anfang an offensichtlich. Die Babyboomgeneration sprengte die Universitäten – Hörsäle, Bibliotheken und Wohnheime platzten aus allen Nähten. Die Studenten hatten Zukunftsangst. Im Zuge des Öffnungs- und Demokratisierungsprozesses der Universitäten wurden die akademischen Standards gesenkt. Die Absolventen, die bis dahin die gesellschaftliche Elite bildeten, mussten sich nun auf einem unsicheren Arbeitsmarkt zurechtfinden.

Die Revolte verlieh auch dem Protest gegen die Dominanz Amerikas eine Stimme. Es war die Zeit des Vietnamkriegs, der die USA selbst und ihr Verhältnis zur Welt in eine tiefe Krise stürzte. In einem Anfang 1968

angefertigten Bericht für den US-Kongress schrieb der damalige Verteidigungsminister Robert McNamara: »Während der sechziger Jahre begann die Bipolarität, wie wir sie aus den Nachkriegsjahren kannten, zu zerfallen. Es ist schwieriger geworden, jemanden als engen Freund oder unversöhnlichen Feind zu klassifizieren«[3]; es sei fragwürdig geworden, mit Begriffen wie »Freie Welt« oder »Eiserner Vorhang« zu operieren.

1968 war ein gewaltiger Triumph für die Massenmedien, besonders für das Fernsehen. Jerry Rubin, damals Hippie-Aktivist und später ein bekannter Yuppie, verkündete während der blutigen Demonstrationen in Chicago: »Die ganze Welt schaut zu.« Und er hatte Recht. Wichtiger war aber, dass über das Fernsehen die ganze Welt die Tet-Offensive der kommunistischen Guerilla in Südvietnam mitverfolgen konnte. Zum ersten Mal bekam das entsetzte Amerika Live-Bilder gefallener amerikanischer Soldaten zu sehen. Es half nichts, dass der Vietcong stark dezimiert wurde, die USA hatten den Krieg nun verloren, wenngleich erst sieben Jahre später ein Friedensabkommen unterzeichnet wurde.

Die Studentenbewegung des Jahres 1968 war von Berkeley bis Tokio, wenn auch nicht in Osteuropa, vereint im Protest gegen diesen Krieg. Ein neuer Pazifismus entstand. In seinem Gewand zeigte sich in Deutschland zum ersten Mal seit dem Krieg wieder ein Nationalismus, diesmal in einer linken Variante. Amerika wurde mit dem Nazismus gleichgesetzt, das geteilte Deutschland mit Vietnam. Rudi Dutschke drohte den amerikanischen Besatzern: Wenn ihr die imperialistische Politik nicht aufgebt, werfen wir euch aus dem Land. Die neuen Deutschen wollten sicher den Frieden, sie begannen aber auch, andere den Frieden zu lehren. Die extremen Protestformen der Studenten weckten Ängste, riefen in Deutschland die schlimmsten Erinnerungen wach. Nicht nur rechte, auch linke Intellektuelle wie Jürgen Habermas oder Max Horkheimer warnten vor einem neuen Totalitarismus: vor totalitärer Sprache, vor dem Hang zur Gewalt, vor der Verachtung der bürgerlichen Kultur mit ihren liberalen Werten und ihrem Pluralismus.

Ein weiterer wichtiger Aspekt des Jahres 1968 war in Deutschland der Protest gegen die »schweigende Generation«, die Abrechnung mit den Eltern, denen ihre Verantwortung für die Verbrechen der Nazizeit vorgehalten wurde und ihre Feigheit, sich dazu zu bekennen. In dieser Zeit begann die deutsche »Erinnerungsarbeit«, eine tiefgehende Reflexion über die kollektive Verantwortung der Deutschen. Ähnliches geschah in Frank-

reich, wenngleich die Frage der Kollaboration erst viele Jahre später mit voller Wucht zutage trat.

Ich war fasziniert vom Westen, der durch 1968 umgepflügt worden war, fühlte mich dort aber zugleich einsam und fremd. Viele Menschen, denen ich in Bologna und Paris begegnete, standen mir in Alter, Sensibilität und literarischem Geschmack nahe, doch gleichzeitig trennten uns Welten. Das begann schon mit der Sprache. Für die westlichen 68er war das grundlegende Kriterium die Revolution. Milan Kundera stellte dem Pariser Mai und seiner »Explosion des revolutionären Lyrismus« den Prager Frühling mit seiner »Explosion des postrevolutionären Skeptizismus« gegenüber. Was er über Tschechen und Slowaken gesagt hatte, betraf auch die Polen. Nur hatte die polnische Intelligenz die Hoffnung auf einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« bereits begraben. Die westlichen Geiseln der Semantik – Marxisten, Leninisten, Trotzkisten, Maoisten, Situationisten, Anarchisten, und selbst die Sozialisten – beschrieben die Welt in einer Sprache, derer sich auch Breschnew und Gomulka bedienten. Schon dadurch war die Möglichkeit eines Gesprächs blockiert, ganz zu schweigen von einer Verständigung.

Natürlich meinten die Revolutionäre des Westens etwas anderes als die Kommunisten im Osten. Ihre Ideale waren freiheitlich, individualistisch und oft bewusst antisowjetisch, sie verurteilten die Omnipräsenz staatlicher Gewalt, die »sowjetische Bürokratie« und die »rote Bourgeoisie«. Aber Sprache ist eben nicht unschuldig. Ihre Sprache war belastet durch den Geist der Unterdrückung, die wir aus eigener Erfahrung kannten. Leszek Kolakowski ließ seinerzeit den Frankfurter Studenten, die dagegen protestierten, dass ihm der Adorno-Lehrstuhl für Philosophie angeboten wurde, ausrichten: »Ich werde nicht stören bei eurem Klassenkampf gegen die Professoren.«

Die Sprache der westlichen 68er wirkte aus polnischer Perspektive nicht nur bedrohlich, sie war auch fürchterlich langweilig. Der polnische Philosoph und Priester Jozef Tischner gab gern die Unterhaltung zweier Goralen[4] nach dem Krieg zum Besten: Sagt der eine: »Die Roten werden kommen und uns verhungern lassen.« Darauf der andere: »Verhungern lassen werden sie uns schon nicht, aber zu Tode langweilen.« In den sechziger Jahren war das kommunistische Idiom schon mausetot, sogar für die Machthaber.

Das Gefühl der Langeweile war nicht nur bei uns verbreitet. Der glänzende französische Journalist Pierre Viansson-Ponté schrieb wenige Wochen vor den Mai-Unruhen hellsichtig: »la France s'ennuie« (Frankreich langweilt sich). Die jungen Leute wollten einen Wandel der Politik und der Nachkrieggesellschaft, einer hierarchischen, eher geschlossenen Gesellschaft, die von den Gaullisten reichlich autoritär regiert wurde. Die Sprache, die für uns Bedrohung und Langeweile symbolisierte, versuchten die Revolutionäre von '68 mithilfe von Propheten vom Schlage eines Herbert Marcuse zu erneuern, dessen Name in eine Reihe mit Marx und Mao gestellt wurde.

Noch in ihren edelsten Regungen waren die Mai-Revolutionäre Geiseln dieser Sprache. Sie hatten keine andere, in der sie ihre Revolte hätten artikulieren können. Dies beeinflusste auch ihren Blick auf unser Europa, auf den Prager Frühling genauso wie auf den polnischen März. Ihre Haltung war hier uneindeutig, überwiegend gleichgültig, oft feindselig. Wir waren ex definitione Konterrevolutionäre. Waren die kommunistischen Regime auch das Ergebnis einer »verratenen Revolution«, so doch immerhin einer Revolution. Und war es auch ein »bürokratischer Sozialismus«, so war es doch Sozialismus. Den französischen Kommunisten war die revoltierende Jugend ein Dorn im Auge. Ihre ungezügelte, revolutionäre Sprache bedrohte das gesamte Establishment, und damit auch sie. Sie bedrohte auch ihr ideologisches Monopol auf die Linke. Gemeinsam mit den Gaullisten konnten die Kommunisten die Mai-Bewegung politisch vernichten. Dem Himmel sei Dank. Auch wenn einem bewusst sein sollte, dass dies damals im Interesse Moskaus lag.

Die westlichen radikalen Kräfte und die Jugendlichen in Polen oder der Tschechoslowakei hatten grundsätzlich verschiedene Freiheitsbegriffe. Unser Freiheitsverständnis war traditionell, liberal – Freiheit von Gewalt. Sie dagegen betrachteten jegliche Einschränkung als Nötigung. Von den westlichen Rebellen unterschied uns darüber hinaus das Verhältnis zur Demokratie. Sie träumten von »direkter Demokratie«, die westliche Demokratie sahen sie als rein formal an, als Betrug. Sie lehnten eben die Institutionen ab, die unser Ideal waren. Sie kritisierten den Markt und die Konsumgesellschaft, nach denen sich bei uns alle sehnten.

Das Jahr '68 brachte im Westen eine direkte Konfrontation mit den geltenden Normen. '68 war bestimmt vom Widerspruch gegen das Gesetz – das Gesetz im juristischen Sinne, das Gesetz gesellschaftlicher Konven-

tionen, das moralische Gesetz der Tradition, ja sogar das marxistische Gesetz der Geschichte. Auf den Mauern war zu lesen: »Sei Realist, fordere das Unmögliche!« oder »Verbieten verboten«.

Der polnische März und der Prager Frühling hatten nicht die Abschaffung sämtlicher Regeln und Beschränkungen im Sinn. Im Gegenteil, im Kampf um Freiheit wollte man rechtlich und moralisch begründete Beschränkungen erzwingen, vor allem für das Regime, um so dessen Willkür einzuschränken. Und das östliche '68 hatte auch nicht die Dimension einer moralischen Revolte.

In Polen deutete sich in der 68er-Bewegung bereits die demokratische Opposition der 70er und 80er Jahre an. 1964 hatten Jacek Kuron und Karol Modzelewski den *Offenen Brief an die Partei* verfasst, ein antibolschewistisches Revolutionsprogramm, gehalten in der Sprache des Marxismus. Am 30. Januar 1968, bei der Abschlussvorstellung von Mickiewiczs *Dziady* (Totenfeier)[5], skandierten wir Modzelewskis Parole: »Unabhängigkeit ohne Zensur«. Zum ersten Mal entstand, fast zufällig, eine antipolitische Sprache als Instrument zum Kampf gegen das Regime. In ihrem Protest gegen die Zensur, ihrer Forderung nach Meinungsfreiheit und ihrem Eintreten für die Repressalien ausgesetzten Freunde beriefen sich die Studenten auf das Recht, auf die Verfassung. Die Sprache der Grundrechte und -freiheiten wurde schnell zu einem wichtigen Kampfinstrument der entstehenden demokratischen Opposition. Ihr Ziel war nicht, ja, konnte es nicht sein, die Macht zu erlangen und die bestehende Ordnung zu stürzen, sondern sie zu beschränken, die Diktatur an die Kandare zu nehmen.

Aus heutigem Abstand ist die freiheitliche, antiautoritäre, antibolschewistische und antietatistische Dimension der westlichen 68er-Bewegungen deutlicher sichtbar als damals. Es ist auch kein Zufall, dass so viele ihrer Führungsfiguren später mit der Opposition in unserem Europa sympathisierten und sich für sie einsetzten. Auf dem Feld der Politik sind die bekanntesten Beispiele Joschka Fischer, der mehrmals nach Warschau reiste, um bei seinen Altersgenossen Polnisch zu lernen, Bernard Kouchner, der vor der polnischen Botschaft gegen die Verhängung des Kriegsrechts protestierte, und Daniel Cohn-Bendit, der überall war, wo es die Freiheit zu verteidigen galt. Häufig waren westliche 68er in der ersten Reihe derer, die das KOR[6], die *Solidarność*, die *Charta 77* oder russische Dissidenten unterstützten. In diesen Kreisen fanden die Ideen der antiautoritären Linken Verbreitung, eine Faszination für Mitteleuropa wurde geweckt,

vor allem durch den berühmten Aufsatz von Milan Kundera über den »gekidnappten Westen« (1983)[7]. Nicht zuletzt dank der Opposition in unseren Ländern wurden die Menschenrechte weltweit zu einem Kampfinstrument gegen staatliche Unterdrückung und Willkür. Auch die Idee der Bürgergesellschaft, ein weiteres wichtiges Element des mitteleuropäischen Glaubensbekenntnisses, diffundierte von hier aus in die westliche antipolitische Politik. In diesen Zusammenhang gehört auch die Einsicht Rudi Dutschkes kurz vor seinem Tod, nicht Paris sei das entscheidende Ereignis des Jahres 1968 gewesen, sondern Prag.[8]

Vor wenigen Jahren erschien ein Buch über das Phänomen der »neuen Reaktionäre«, das eine heftige Debatte auslöste, in Frankreich gar einen Skandal.[9] Der Autor Daniel Lindenberg, selbst ein 68er, behauptet darin, dass viele seiner Altersgenossen, etwa Alain Finkielkraut, André Glucksmann, Marcel Gauchet oder auch Jüngere, wie der Schriftsteller Michel Houellebecq, sich von den Idealen des Jahres 1968 entfernt hätten und heute konservative Standpunkte einnähmen. Nicht zufällig haben sich viele von ihnen für den Irakkrieg ausgesprochen, so wie zahlreiche ehemalige Oppositionelle aus den Ländern Mitteleuropas auch: der amtierende französische Außenminister Bernard Kouchner ebenso wie Václav Havel, Adam Michnik oder György Konrád. Ich konnte ihre Entscheidung damals verstehen, wenn auch nicht akzeptieren.

Was ist geblieben vom westlichen 1968? Als Utopie ist es längst tot. Es hat aber beigetragen zur inneren Demokratisierung der Gesellschaften im Westen. Die kulturelle, gesellschaftliche und moralische Revolution von damals ist in den Konflikten und öffentlichen Debatten von heute immer noch präsent. Damals entstandene Bewegungen, die sich für Frauen-, Verbraucher- oder Schwulenrechte oder für Umweltschutz und regionale Belange stark machten, sind auch heute noch lebendig. Im Wahlkampf um die französische Präsidentschaft kritisierte Nicolas Sarkozy harsch den Geist von '68: »Diese Leute wollten, dass die Opfer weniger zählen als die Täter. Sie haben behauptet, es gebe keine Wertehierarchie, alles sei erlaubt.« Der spätere Präsident sagte dies in Anwesenheit André Glucksmanns, eines der führenden Intellektuellen des Mai '68, der sich erstmals in einem Wahlkampf engagiert hatte, noch dazu für den Kandidaten der Rechten. Er stand neben Sarkozy, zaghaft lächelnd und offensichtlich gedemütigt.

Glucksmann antwortete mit einem Buch, das er gemeinsam mit seinem Sohn schrieb, und das im Februar 2008 erschien: *Der Mai '68 für Nicolas Sarkozy erklärt.*[10] Darin erklären die Autoren, dass Sarkozy eigentlich ein Erbe von '68 sei. Wie hätte denn ein Bürger wie er, teils ungarischer, teils jüdischer Abstammung, ein Politiker, der seine Familienverhältnisse vor aller Augen »neu ordnet«, Präsident Frankreichs werden können ohne die Revolution von 1968? Alain Finkielkraut wiederum, ein weiterer Star jener Generation, findet heute kaum noch rechtfertigende Worte für den Mai '68, den Angriff auf jegliche Hierarchie, ohne die doch Kultur und Erziehung unmöglich seien. Den Kult, den seine Altersgenossen um die 40 Jahre zurückliegenden Ereignisse machen, bezeichnet er als »großen Zirkus«.

Vom polnischen März ist weit weniger geblieben. Er war gleichzeitig Teil und Negation Volkspolens und ist gemeinsam mit diesem Atlantis untergegangen. Ähnliches widerfuhr dem Prager Frühling, dessen Hoffnungen und dessen Tragik den polnischen März bei weitem übertrafen. Damals ist Wichtiges geschehen, aber geprägt haben jene Ereignisse unsere heutige Zeit wohl kaum. Was geblieben ist, sind die Achtundsechziger, die im öffentlichen Leben noch eine Rolle spielen.

Wie ist dann zu erklären, dass in Polen die vierzigste Wiederkehr des März so pompös gefeiert wird? Der Präsident meldet sich wiederholt zu Wort, Ausstellungen werden organisiert und Filme produziert, zahlreiche Konferenzen und Vorträge sind dem März gewidmet. Erschöpft von jahrelangen Transformationen und im Konflikt mit der eigenen Identität wendet sich Polen schon seit einigen Jahren der Vergangenheit zu. Eindrucksvoll wurde der 60. Jahrestag des Warschauer Aufstands begangen, ähnlich groß der 25. Jahrestag der *Solidarność*. Der März fügt sich harmonisch ein in diese Atmosphäre der Reflexion über die Vergangenheit und der Neuformierung der nationalen Identität. Als Protestbewegung betrachtet, ist der März klar und verständlich, er tritt für den Schutz von Werten ein, was nichts Neues ist. Von den Ereignissen des Jahres 1956, die für Nachkriegspolen von ungleich größerer Bedeutung waren, ist hingegen kaum die Rede.[11]

Für die Bedeutung, die dem März beigemessen wird, sind meiner Ansicht nach die Schwierigkeiten der Polen mit den Juden mit ausschlaggebend. Zu beobachten ist eine eigenwillige Mischung aus Beunruhigung, Irritation, Gewissensbissen und Widerwillen. Seit 1989 markieren die Konflikte

um die Kreuze vor dem Vernichtungslager Auschwitz[12] und die Diskussion über Jedwabne, ausgelöst durch die Bücher *Nachbarn* und *Angst* von Jan Tomasz Gross[13], die Etappen eines virtuellen polnisch-jüdischen Bürgerkrieges.

Es ist schwierig, diese Probleme nach dem christlichen Modell zu lösen: Schuldbekenntnis, Reue, Vergebung und Versöhnung. Hier hilft ein »wir vergeben und bitten um Vergebung« kaum weiter. Aus einem einfachen Grund: In Polen gibt es Juden als Individuen, doch die polnischen Juden als Volk existieren nicht mehr. Noch tragischer als im 15. Jahrhundert die jahrhundertelange Geschichte der spanischen Juden zu Ende gegangen war, endete im 20. die Geschichte der polnischen Juden. Daher zeugt der häufig erhobene Vorwurf, Gross' *Angst* erschwere den polnisch-jüdischen Dialog, von einer Verkennung der Realität. Einen solchen Dialog gibt es nicht und kann es auch nicht geben, schließlich gibt es keinen jüdischen Gesprächspartner. Man kann mit Israel in Dialog treten oder mit jüdischen Verbänden in den USA, ein polnisch-jüdischer Dialog in Polen ist nicht mehr möglich. Polen befindet sich vielmehr im Dialog mit sich selbst. Die Emotionen, die Gross' Buch ausgelöst hat, verdeutlichen, wie schwierig dieser Dialog ist.

Polen hat Schwierigkeiten mit seinen Nachbarn, aber keiner der gegenwärtigen Kriege um das historische Gedächtnis bedroht die polnische Identität. Niemand wird behaupten wollen, die Deutschen seien Opfer der Polen gewesen, auch wenn diese Aussicht Jaroslaw Kaczynski in Angst und Schrecken versetzt. Und niemand wird den Beweis erbringen, dass die Russen Opfer der Polen waren. Selbst das (beiderseitige) Schuldeingeständnis von Polen und Ukrainern stellt kein unerreichbares Ziel dar, da es die polnische Identität nicht bedroht.

Schwierig aber ist es mit den Juden. Denn die Bilder aus Jedwabne und Radzilow, Episoden während des Krieges, und die Pogrome in Kielce und Krakau nach dem Krieg setzen ein Fragezeichen hinter das in der Romantik verwurzelte kanonische Polenbild: Polen, der Christus der Völker, das leidende, heroische Polen, das stets auf der Seite des Guten ist und für Freiheit und Würde streitet.

Und hier, in diesem polnisch-polnischen Gespräch über das Verhältnis zu den Juden, taucht nun der März auf. Alle sind sich darüber einig, dass die Abscheulichkeiten jener Zeit »ihnen«, »den Roten«, »den Kommunisten« anzulasten sind. Eine solchermaßen zugewiesene Verantwortung

gestattet es den Bürgern des postkommunistischen Polen, reinen Gewissens vom tragischen Schicksal der verbliebenen polnischen Juden zu sprechen. Leider ist die Sache so einfach nicht. Schließlich hatte das Regime die »Säuberung der Volksrepublik Polen von den Juden« ins Werk gesetzt, weil es auf die Popularität einer solchen Politik spekulierte. Und die Rechnung ging auf.

Abschließend noch ein Wort zu den Juden, die 1968 eine entscheidende Rolle spielten. Der März der Studenten, der März der Protestbewegung und der Solidarität der Intelligenz hatte ganz Polen erfasst, auch Milieus weitab der Politik. Das war die schönste Dimension des polnischen März. Diese Bewegung hatte nichts Jüdisches an sich, wenngleich das Regime die Juden ins Scheinwerferlicht rückte. Und doch gibt uns auch die antisemitische Kampagne der damaligen Regierung keine hinreichende Antwort auf die Frage, warum sich unter den Initiatoren der 68er-Bewegung so viele Juden, jüdische Polen, Polen jüdischer Herkunft, Polen mit jüdischen Wurzeln (ach, welche Schwierigkeiten bereiten die Juden dem Polnischen!) befanden. Nicht nur in Polen, auch im Pariser Mai oder in der amerikanischen 68er-Bewegung, vielleicht auch noch anderswo. Ich denke nicht, dass diese Frage verfehlt oder trivial ist, selbst wenn sie nur zweitrangig sein mag, da ja auch ohne die Beteiligung von Juden diese Proteste ihrem Charakter nach identisch verlaufen wären.

Viele Akteure der ersten März-Phase stammten aus privilegierten Kreisen. Sie waren weniger Nomenklatura-Kinder als Kinder von Akademikern, Journalisten und Künstlern. In zahlreichen Diktaturen (so zum Beispiel in Francos Spanien) kam ja den Kindern der regierenden Elite eine entscheidende Rolle bei der Erhebung gegen die Macht der Eltern zu. Auch in Polen waren sie gut informiert und fühlten sich in ihrem Milieu relativ sicher, was naiv war, wie sich zeigen sollte. Sie machten die Erfahrung, dass die Ideen, die zu Hause gepflegt wurden, in krassem Widerspruch zur Regierungspraxis standen. Die Protesthaltung jüdischer Jugendlicher in Polen wurde durch die zunehmenden antisemitischen Tendenzen der Regierung in den 60er Jahren weiter genährt.

Der März war in gewissem Maße auch eine Rebellion der Kinder gegen die kommunistische Subkultur der Elterngeneration, auch wenn diese sich oft weit davon entfernt hatte, er war eine Rebellion gegen die für die Diktatur verantwortlichen Eltern – ähnlich wie in Deutschland und Frankreich die Revolte gegen die »schweigende Generation«.

Am Ende möchte ich noch eine Hypothese wagen, die weit über den Fall Polens hinausweist. Die jüdische 68er-Generation war die erste Nachholocaust-Generation. Sie verspürte nicht mehr die innere Angst, die noch viele nur wenige Jahre ältere quälte, Angst vor Demütigung und Selbsterniedrigung. Nicht nur Antisemiten haben die Frage nach den Gründen für die Passivität der Juden angesichts des drohenden Todes gestellt, sie findet sich auch bei Hannah Arendt oder dem bedeutenden Holocaust-Forscher Raul Hilberg. Mir scheint, dass '68 unterbewusst auch eine Revolte der Nachholocaust-Generation gegen die enorme Last der Geschichte war, welche die Elterngeneration trug. Ein anderer Weg, sich dieses Erbes zu entledigen, war die Identifizierung mit dem Sieg Israels 1967 über die arabischen Staaten und indirekt über die UdSSR.

Vielleicht schloss sich 1968 ein Kreis in der Geschichte der Juden, der in der Französischen Revolution seinen Anfang hatte. Sie verließen ihre Ghettos, hielten Einzug in die Geschichte Europas und erhielten nach und nach volle Rechte, gleichzeitig erhoben sie sich gegen jegliche Erscheinungsform von Diskriminierung und Ungerechtigkeit. Die Schwierigkeiten ihrer Lage und den Schmerz der Entwurzelung und Assimilierung brachten sie in der Sprache universeller Werte und häufig mit radikalem Engagement zum Ausdruck. Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs fühlten sich die Juden in der westlichen Welt zunehmend zu Hause, sie rückten politisch weiter nach rechts und bewegten sich von den aufgeklärten Ideen eines Universalismus, Internationalismus oder Kosmopolitismus hin zu einem Partikularismus der Identifikation mit Israel und dem jüdischen Schicksal.

Begonnen habe ich mit einem Blick auf den polnischen März aus westlicher Perspektive, um gleichzeitig seine Größe und seine bescheidenen Ansprüche zu beleuchten. Geendet habe ich paradoxerweise mit der jüdischen Dimension des Jahres '68. Vielleicht, weil dieser Artikel unbeabsichtigt auch sehr persönlich geworden ist.

Aus dem Polnischen von Thomas Weiler

Anmerkungen der Redaktion

1 Die März-Unruhen 1968 in Polen begannen mit Studenten-Demonstrationen gegen das kommunistische Regime, u.a. in Warschau, Danzig und Krakau, die schnell eskalierten. Die Repressionsmaßnahmen der Regierung gipfelten in einer antisemi-

tischen Kampagne, in deren Folge Tausende aus der Partei ausgeschlossen bzw. aus den Apparaten entfernt und bis 1971 mehr als zehntausend Bürger, vorwiegend aus der Elite des Landes, emigrierten.
Der Journalist Jan Skorzynski schreibt in seinem Artikel »The Other Europe's 1968«: »After 1968, Western student protestors gradually entered their countries' political and intellectual establishments. The Polish dissidents found themselves in prison or exile. Several thousand were expelled from universities, and 80 were imprisoned following political trials. The authorities also sacked prominent professors who had influenced and supported the students. The regime's darkest response, an anti-Semitic purge, resulted in an exodus of more than 10,000 people, who were also deprived of their citizenship.« www.project-syndicate.org/commentary/skorzynski1/English

2 Am 14. Dezember 1970 fanden in Gdansk und Szczecin Arbeiteraufstände gegen massive Preiserhöhungen statt. Bei den Auseinandersetzungen zwischen Streikenden und Polizei bzw. Militär kamen mehrere Menschen ums Leben. Gomulka musste seinen Posten für Edward Gierek räumen.

3 Robert S. McNamara, *Die Sicherheit des Westens. Bedrohung und Abwehr*, Wien 1969, S. 23.

4 An der polnisch-slowakischen Grenze lebende ethnische Gruppe.

5 Das Werk entstand im Exil in Paris zur Zeit der Polnischen Teilungen, als der polnische Staat von der Landkarte verschwunden war. Der Schluss zeigt die Vision eines freien, neu erstandenen Polens. Das Stück wurde schon damals als Appell zu Patriotismus und Widerstand gegen die Besatzungsmächte verstanden.

6 Das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (polnisch: Komitet Obrony Robotników) entstand als Reaktion von Intellektuellen auf die Repressionen der polnischen Regierung gegen die Teilnehmer an den Arbeiterprotesten im Juni 1976. Hauptziel war die materielle Unterstützung und die Bereitstellung eines Rechtsbeistands für verfolgte Arbeiter. Das KOR war eine der Keimzellen der *Solidarność*.

7 Deutsch: »Un occident kidnappé oder die Tragödie Zentraleuropas«, in: *Kommune. Forum für Politik und Ökonomie* 2 (1984), Nr. 7, S. 43-52.

8 Siehe das Interview mit Dutschke im vorliegenden Heft.

9 Daniel Lindenberg, *Le rappel à l'ordre. Enquête sur les nouveaux réactionnaires*, Paris 2002.

10 André und Raphaël Glucksmann, *Mai 68 expliqué à Nicolas Sarkozy*, Paris 2008.

11 »Drei Jahre nach dem 17. Juni 1953 kam es am 28.6.1956 in Posen zu einem Streik der Arbeiter der Stalinwerke. Es ging um höhere Löhne und um bessere Versorgung. (...) Im Verlauf der dem Protest folgenden Straßenkämpfe, in denen die Staatsmacht mehr als 10 000 mit Panzern ausgerüstete Soldaten aufbot, starben 74 Menschen und einige hundert wurden verletzt. Wie 1953 in der DDR, wurden auch, beginnend im September, in Polen Prozesse gegen ›Provokateure‹ durchgeführt und die Angeklagten zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Im Unterschied zur DDR konnte die Lage nicht befriedet werden. Bis zum Ende des Sommers entstanden in vielen Großbetrieben Arbeiterräte zur Selbstverwaltung der volkseigenen Betriebe. Unterstützt von Teilen der Partei und mit ihr verbundener Intellektueller trat diese ›Selbstverwaltungsbewegung‹ dafür ein, dass die Belegschaften die reale Kontrolle über die Tätigkeit der Betriebe übernehmen.

Die Systemkrise in Polen führte im Oktober zu Veränderungen an der Spitze der kommunistischen Partei (PVAP). Eine der ersten Handlungen des neuen PVAP-Chefs Wladyslaw Gomulka war eine Neubewertung des Streiks in Posen. Zuvor war er, wie in der DDR der 17. Juni, in der offiziellen Propaganda als Werk ausländischer Agenten diffamiert worden. Gomulka trat dieser Lüge schroff entgegen. (...) Nach der gewaltsamen Niederschlagung der ungarischen Revolution konnte Gomulka die Macht der PVAP wieder festigen. Zu den sozial- und wirtschaftspolit. Zugeständnissen der PVAP an die Arbeiter gehörten die Erhöhung der Löhne und die Anerkennung der Arbeiterräte. Sie verloren aber bald jegliche Bedeutung.« (FDGB-Lexikon, Funktion, Struktur, Kader und Entwicklung einer Massenorganisation der SED (1945-1990), hg. von Dieter Dowe, Karlheinz Kuba und Manfred Wilke, bearb. von Michael Kubina, Arbeitsversion, Berlin 2005. http://library.fes.de/FDGB-Lexikon/texte/sachteil/p/Polen_1956.html)

12 Gemeint ist der anhaltende Konflikt zwischen Vertretern der katholischen Kirche und jüdischen Organisationen in Polen um die Aufstellung zahlreicher Kreuze in unmittelbarer Nähe des Vernichtungslagers Auschwitz. Auslöser des Konflikts war ein Holzkreuz, das Papst Johannes Paul II. 1979 auf dem drei Kilometer entfernt gelegenen Lagergelände Auschwitz-Birkenau weihte. Anschließend wurde es von Angehörigen eines Karmeliterinnen-Klosters vor dem Lager von Auschwitz aufgestellt. Sowohl das Kreuz selbst, als auch das Karmel und die nach dem Krieg erbaute Kirche neben dem Lager Birkenau interpretieren zahlreiche jüdische Organisationen und Vertreter der polnischen Juden als Versuch, Auschwitz-Birkenau zu christianisieren. Für sie, denen Auschwitz als Höhepunkt christlich-abendländischer Judenfeindlichkeit gilt, ist das Kreuz ein Symbol der Täter, eine Auslegung, die wiederum für die polnischen Katholiken unannehmbar ist. (nach *Berliner Zeitung* vom 11. August 1998)

13 Jan Tomasz Gross, *Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne*, aus dem Englischen von Friedrich Griese, München 2001; ders., *Fear. Anti-semitism in Poland after Auschwitz. An essay in historical interpretation*, Princeton 2006.

Mykola Riabchuk

WIE ICH ZUM TSCHECHEN UND SLOWAKEN WURDE

I

Jeden Sommer verbrachten wir unsere Ferien auf dem Lande, im Haus unserer Großeltern in der Nähe der Stadt Lutsk. Wir waren viele, die gesamte weitere Familie: mein Bruder und ich, unsere Kusinen und Vettern, ihre und unsere Eltern und, natürlich, Oma und Opa. Wir genossen unsere Ferien, das Angeln und Schwimmen, das Fußball- und Kartenspielen, das Schütteln übervoller Obstbäume und die Gespräche am magischen Feuer bis nach Mitternacht.

Ich war 15 und kümmerte mich nicht sonderlich um Politik. Es gab in unserer Datscha nicht einmal einen Fernseher – wir brauchten keinen. Der Großvater und die Eltern hörten allerdings sowjetisches Radio und die »Stimmen«, wie man damals ausländische Sendungen nannte, und so sorglos wir – in unserem goldenen Alter, unserer goldenen Zeit – auch waren, entging uns doch nicht, dass etwas nicht stimmte. Am äußersten Rand unseres Bewusstseins, unseres Sichtfeldes und Gehörs, tauchten bedrohliche Wörter wie »sowjetische Bedrohung«, »Ultimatum« und »Konterrevolution« auf. Und wir spürten, dass es diese Wörter waren, die unsere Eltern in Anspannung versetzten und dazu zwangen, das Thema zu wechseln und in Schweigen zu verfallen, wenn wir uns näherten. Sie waren Sowjetbürger, wir Sowjetkinder, und sie wollten nicht, dass wir ihren politischen Gesprächen lauschten. Aber wir spürten, dass etwas in der Tschechoslowakei schiefging und jeden Moment so etwas wie ein Krieg ausbrechen konnte, so unglaubwürdig das angesichts unserer vergnüglichen Sommerferien unter einem sonnigen, blauen Himmel auch erscheinen mochte.

Als die Sowjets dann in die Tschechoslowakei einmarschierten, erlebten wir unsere Eltern völlig deprimiert, als wären sie selbst Tschechen und Slowaken, als wäre es ihre Regierung, die gestürzt und ihr Land, das abermals von Fremden geschändet wurde. Merkwürdigerweise waren wir von ihrer Haltung nicht überrascht.

Unsere Eltern waren keine Dissidenten, sie hegten jedoch, wie die meisten Westukrainer, wenig Sympathie für die Sowjets, für Moskau und den Kommunismus. Wie die Mehrzahl der Westukrainer zeigten sie sich dem Regime gegenüber nach außen hin loyal und nahmen, wie verlangt, an allen öffentlichen Ritualen teil. Unter sich jedoch sparten sie nie mit bitteren Bemerkungen über das System, die Behörden und den sowjetischen way of life. Es lag wohl nie in ihrer Absicht, dass aus uns Kindern programmatische Antisowjets werden sollten. Das hätte für unsere Gegenwart gefährlich und für unsere Zukunft schädlich werden können. Aber sie verrieten mit ihren Worten, Mienen und Gesten genug, dass wir nicht umhin konnten, ihre Verachtung für das System und ihre tiefe Entfremdung von all seinem symbolischen Ballast zu spüren.

Als ich mich für Eishockey zu interessieren begann, fiel mir sofort auf, dass weder mein Vater noch mein Onkel je die mächtige sowjetische Starmannschaft unterstützten. Im Gegenteil, stets drückten sie deren Gegnern die Daumen, wer immer es war – ob Schweden oder Finnen, Kanadier oder sogar die Schweizer. Obwohl die Sowjets damals unbesiegbar schienen, wünschten wir von ganzem Herzen, aus tiefster Seele und mit aller Inbrunst, dass sie geschlagen würden. Und als dies schließlich geschah, als die wunderbare tschechoslowakische Mannschaft sie bei der Weltmeisterschaft von 1969 vom Eis fegte, waren wir im Himmel der Glückseligkeit. Wir weinten, wir küssten einander und schüttelten uns die Hände; in diesem Augenblick waren wir Tschechen und Slowaken. Wir hatten eine Revanche bekommen für alles – für die Panzer in Prag ebenso wie für Muravyovs Einmarsch in Kyiv, für den betrügerischen Vertrag von Pereyaslav, die Niederlage in der Schlacht bei Poltava und die Plünderung von Baturyn, für den Großen Hunger von 1933 (Holodomor) und die Unterdrückung der unierten ukrainischen Kirche und, und, und ...

II

Meine intellektuelle Entwicklung beschleunigte sich in jenen Jahren. 1970, im letzten Jahr der Oberschule, hatte ich bereits Zugang zur Untergrundliteratur und kannte die vielfältigen Tendenzen des Samvydav (das ukrainische Pendant zum russischen Samisdat). Es waren keineswegs meine Eltern, die mir all diesen gefährlichen Stoff besorgten, vielmehr meine Lehrerin. Oder, genauer gesagt, die Schulbibliothekarin – eine namhafte ukrainische Schriftstellerin und Intellektuelle, Iryna Kalynets, die nach

langer, politisch bedingter Arbeitslosigkeit schließlich eine untergeordnete Stelle an unserer Schule bekommen hatte.

Mit wachem Blick bemerkte sie mein Interesse an guter Literatur und tat ihr Bestes, um es sowohl aus offiziellen wie inoffiziellen Quellen zu stillen. Interessanterweise waren darunter auch einige tschechoslowakische Publikationen des Prager Frühlings. Vor allem war da eine zweimonatlich in Presov erscheinende Kulturzeitschrift namens Dukla, die offiziell für die ukrainische (»ruthenische«) Minderheit in der Ostslowakei gedruckt wurde, und ein paar ukrainische Bücher vom selben Verlag, darunter nichtsowjetische ukrainische Schriftsteller wie Bohdan-Ihor Antonych und Volodymyr Vynnychenko, die in der Sowjetunion verboten waren.

Die Dukla-Nummern von 1968 boten einen umfassenden Überblick über die zeitgenössische tschechische und slowakische Literatur und, wichtiger noch, über die aktuelle Politik in der Tschechoslowakei. Sie enthielten alle wichtigen Dokumente des Prager Frühlings in ukrainischer Übersetzung. Sie belegten eindeutig, dass es keine »Konterrevolution« gab, wie die sowjetische Propaganda behauptete, vielmehr einen ehrlichen (und, wie ich später begriff, ziemlich naiven) Versuch, einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« aufzubauen.

Die Dokumente waren für mich von größtem Wert, da immer mehr meiner Freunde von ihrem Dienst in der Sowjetarmee heimkehrten, wo man ihnen das Gehirn gewaschen hatte: Sie waren überzeugt, die Invasion sei notwendig gewesen, weil die westdeutsche Armee angeblich kurz davor gestanden hätte, die Grenze zu überschreiten, und die verräterische konterrevolutionäre Regierung in Prag sich verschworen hatte, sie ins Land zu holen.

Als nächstes lernte ich Tschechisch und Slowakisch (das Slowakische fiel mir leichter, da es dem Ukrainischen viel näher steht), und ich las die Bücher und Zeitschriften des Prager Frühlings im Original. Ironischerweise stammten viele davon nicht nur aus dem Privatbesitz von Kollegen, sondern auch aus öffentlichen Bibliotheken und sogar aus entlegenen Provinzbuchläden, die »Druzhba« (Freundschaft) genannt wurden. Dort lagen Ivan Klima und Miroslav Holub friedlich neben den gesammelten Werken Ho Chi Minhs und des mongolischen Führers Tsedenbal und setzten Staub an. Die Sowjets fingen erst im August an, tschechische und slowakische Bücher und Zeitschriften zu zensieren, nachdem die Truppen des Warschauer Pakts das Land besetzt hatten. In dieser Hinsicht kann

man die bürokratische Starrheit und Ineffizienz des Sowjetsystems, das zu spät und zu unbeholfen reagierte, nur preisen. Das wiederholte sich, als die Sowjets 13 Jahre später polnische Bücher und Zeitschriften erst zensierten, nachdem General Jaruzelski das Kriegsrecht ausgerufen hatte.

Gott segne die Sowjetideologen für ihre Trägheit und Dummheit, hätte ich doch sonst nie in den 1970er Jahren Hrabal, Kundera und Skvorecky lesen können. Noch hätte ich die konzeptualistische Dichtung von Ladislav Novak ins Ukrainische übersetzt und daraus ein hübsches Samvydav-Buch mit Vlodko Kaufmans provokanten Illustrationen gemacht.

Die lauthals verkündete tschechoslowakische »Normalisierung« der 1970er Jahre fand in der Ukraine eine seltsame ideologische Entsprechung in einem weiteren Schlag gegen den »ukrainischen bürgerlichen Nationalismus«, der 1972/73 zu Massenverhaftungen, umfassenden Säuberungen von Kultur- und Bildungsinstitutionen und einem weiteren Anziehen der Russifizierungsschrauben führte. Die persönlichen Kontakte, die sich während der 1960er Jahre zwischen ukrainischen und tschechoslowakischen Dissidenten entwickelt hatten, wurden durch massive Repression und alle möglichen Restriktionen auf beiden Seiten praktisch gekappt. Damals ahnte ich nichts von diesen Kontakten, obwohl mir wohlbewusst war, dass ohne die Mitwirkung einiger slowakischer Ukrainer aus Presov, Kosice oder Bratislava weder Dukla noch ukrainischsprachige Bücher aus der Ostslowakei in unserem Milieu hätten auftauchen können.

Erst heute, da die Briefe und Memoiren tschechischer und ukrainischer Dissidenten veröffentlicht werden, kann ich die informellen Kontakte zwischen Kyiv und Prag würdigen und die prominente Rolle, die vor allem Zina Genyk-Berezovska und einige andere Tschechen ukrainischer Herkunft in diesen unsicheren Beziehungen spielten – Erben der ukrainischen Emigration in den 1920er Jahren nach dem Sieg der Bolschewiki.

Meine erste Auslandsreise unternahm ich 1987/88 – sobald mir die Perestroika die Reisefreiheit gebracht hatte – in die Tschechoslowakei. In Prag hielt man mich, als ich mich mit meinem Tschechisch mühte, für einen Polen; als ich in Bratislava Slowakisch zu sprechen versuchte, hielt man mich für einen Jugoslawen. Niemand vermutete in mir einen Ukrainer oder Sowjetbürger, oder – Himmel hilf! – gar einen Russen. Ich wusste allerdings, dass nicht nur Russen, sondern auch Ukrainer in der Sowjetarmee gewesen waren, die 1968 die Tschechen von den Tschechen »befreit« hatte. Wäre ich nur ein paar Jahre älter gewesen, hätte auch ich

unter ihnen sein können. Gott hat mir diese persönliche Schande erspart, nicht aber die nationale.

Ich fand sowohl in Bratislava wie in Prag Freunde und brachte ihnen säckeweise »subversive« Literatur mit – war es doch, wie kurzlebig auch immer, eine einzigartige Phase der Geschichte, als mein Land offener, liberaler und politisch fortschrittlicher war als das ihre. Wir tranken Bier in Prag und Weißwein in Bratislava, und ich erzählte ihnen unglaubliche Geschichten über Texte, die bei uns legal veröffentlicht, über Themen, die offen diskutiert und über öffentliche Veranstaltungen, die ohne offizielle Erlaubnis durchgeführt wurden. Auch sie wünschten sich eine Perestroika, und ich machte ihnen Mut – es war wirklich eine Zeit großer Erwartungen.

Als es ein Jahr später wirklich dazu kam, war das so großartig und elegant und unglaublich wie der legendäre Sieg ihres Hockeyteams 1969. Es war wirklich die Macht der Machtlosen, die sich hier Geltung verschaffte. Und wieder fühlte ich mich für einen kurzen, aber einen der glücklichsten Momente meines Lebens als Tscheche. Und als Slowake. Und als Pole. Und als Ungar.

Dann, Anfang Dezember, befand ich mich mit einem Kollegen in der Warschauer Wohnung von Adam Michnik und wartete auf ein lange verabredetes Interview. Der Gastgeber hatte sich verspätet, und Adams Gattin servierte uns Tee und entschuldigte sich, und dann kam Adam, nein, er sprang aufgeregt herein und posaunte es wie ein Kind heraus: »Wypierdolili Ceausescu!« Dies war offensichtlich ein wichtiges Ereignis in seinem Leben, die Verwirklichung eines großen Traums, der Sieg seines ohnmächtigen Teams über ein mächtiges totalitäres Ungeheuer. Er war in diesem Augenblick Rumäne, und wir mit ihm.

Ich weiß nicht, wie viele Tschechen, Slowaken und Polen sich vor ein paar Jahren während der Orangen Revolution als Ukrainer fühlten. Aber ich hoffe, dass es einige taten. Und das ist bislang alles, worum es in unserer osteuropäischen Geschichte geht.

Aus dem Englischen von Andreas Simon dos Santos

Ivan Krastev

DIE KRISE DER EUROPÄISCHEN ORDNUNG
und Russlands neuer Konfrontationskurs mit dem Westen

Einleitung

Das Europa nach dem Kalten Krieg ist Geschichte. In weniger als einem Jahrzehnt, und beflügelt durch den emporschnellenden Ölpreis, hat Präsident Wladimir Putin Russland in einen mächtigen internationalen Spieler verwandelt. Die Abhängigkeit Russlands von westlichen Krediten hat sich in die Abhängigkeit Europas von russischem Gas verkehrt. Russlands Militärbudget ist seit Beginn des Jahrhunderts um das Sechsfache gestiegen; seine Geheimdienstnetze durchdringen heute jeden Winkel Europas. Russland hat seinen Einfluss in Zentralasien zurückgewonnen und ist im Rahmen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit eine strategische Kooperation mit China eingegangen. In Moskau herrscht in diesen Tagen allgemein die Stimmung: »Russland ist oben, Amerika unten und Europa raus. Russland, früher ein Pluto im westlichen Sonnensystem, ist, getrieben von der Entschlossenheit, sein eigenes System zu finden, aus seiner Umlaufbahn ausgebrochen.«[1]

Die rhetorische Beschwörung der europäisch-russischen Zusammenarbeit und Partnerschaft kann nicht die Tatsache maskieren, dass gegenseitiges Misstrauen, Fehlwahrnehmung, Frustration und Paranoia zunehmend die Dynamik der Beziehung zwischen Russland und der Europäischen Union bestimmen. Russlands Opposition gegen die vom Westen geförderte Unabhängigkeit des Kosovo und ein amerikanisches Raketenabwehrsystem in Polen und der Tschechischen Republik einerseits und Brüssels wachsende Besorgnis über Russlands aggressive Energiepolitik in Europa andererseits haben Erinnerungen an den Kalten Krieg wachgerufen und die Beziehung vergiftet. »Mit der Sowjetunion war es leichter als mit dem heutigen Russland«, bemerkte ein hochrangiger französischer Diplomat. »Manchmal waren die Sowjets schwierig, aber man wusste,

dass sie mit Obstruktion einen Zweck verfolgten. Heute versucht Russland, den Westen systematisch bei jedem Thema zu blockieren – anscheinend ohne Ziel.«[2] In den Augen des Westens hat sich Russland von einem werdenden Partner zu einem werdenden Feind gewandelt. Die Mischung aus Merkantilismus und Messianismus im Kern der neuen Moskauer Außenpolitik macht Europa Angst.

Die neue Bestimmtheit in Putins Außenpolitik, die am nachdrücklichsten in der Rede des russischen Präsidenten auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik am 10. Februar 2007 zum Ausdruck kam, stützt sich auf zwei Kernannahmen und eine strategische Kalkulation. Die erste Annahme ist, dass die globale Hegemonie der Vereinigten Staaten nicht aufrechtzuerhalten und der Niedergang der amerikanischen Macht unumkehrbar sei. Die Russen sind versucht, die gegenwärtige globale Machtkrise Amerikas in Analogie zur Krise der Sowjetmacht in den 1980er Jahren zu sehen. Die russischen Medien betrachten das Debakel im Irak als »Amerikas Afghanistan«. Washingtons Konflikte mit seinen europäischen Alliierten im Gefolge der amerikanischen Irak-Invasion werden als Auseinanderfallen des informellen amerikanischen Imperiums in Europa aufgefasst. Die kürzlich eingetretene Hypotheken- und Bankenkrise in den USA deutet man als Signal einer fundamentalen Schwäche der US-Wirtschaft.

Die zweite Annahme ist, dass die Europäische Union durch ihre bloße Existenz als nachmodernes Imperium eine Bedrohung der russischen Interessen darstelle. Aus Sicht Russlands ist die Europäische Union zugleich aufgrund ihres postmodernen Wesens ein temporäres Phänomen. Russlands europäische Strategie basiert auf der Erwartung, dass es die souveränen Nationalstaaten sind, die Europas Zukunft bestimmen werden. Dies erklärt das Gewicht, das Moskau auf bilaterale Beziehungen zu großen europäischen Mitgliedsstaaten legt (die souveränen Staaten) und seinen wachsenden Widerwillen, mit der Europäischen Union zu verhandeln. In den frühen Jahren seiner Präsidentschaft neigte Wladimir Putin dazu, die Europäische Union als wohlwollenden Konkurrenten und als strategischen Verbündeten für Moskaus Wunsch nach einer multipolaren Welt zu betrachten. Aber die »Orange Revolution« wurde Russlands 11. September, mit umwälzenden Auswirkungen auf sein außenpolitisches Denken. Moskau erkannte, dass die Europäische Union die einzige große Macht mit ungeklärten Grenzen ist und dem europäischen Projekt der Drang inne-

wohnt, seine Prinzipien und Institutionen auszuweiten. In Reaktion auf den Ausbruch der »Farbrevolutionen« in Georgien und der Ukraine und die amerikanische Unterstützung von Regimewechseln als ein legitimes politisches Ziel machte sich Putin das Konzept der »souveränen Demokratie« zu eigen – Sicherheit verstanden als absolute Souveränität, oder: Je geringer die Einmischung von außen, desto größer die Sicherheit.

Moskaus strategische Kalkulation ist, dass »der Westen sein Monopol über den Globalisierungsprozess verliert«[3] und das kommende Jahrzehnt Russland eine Chance eröffnen wird, seinen globalen Einfluss wiederherzustellen. Andernfalls würde das Land vom Aufstieg Chinas in den Schatten gestellt und Moskau eine Großmacht »zweiter Klasse«. In diesem Sinne ist Russlands neu entdeckter Geschmack an Konfrontation mit dem Westen keine emotionale Überreaktion oder theatralische Effekthascherei: Es ist eine strategische Wahl. Die neue Außenpolitik des Kreml ist ihrem Wesen nach nicht zweitrangig. Sie ist der Ausdruck eines neuen außenpolitischen Konsenses innerhalb der russischen Elite und der russischen Gesellschaft insgesamt. Der personelle Wechsel innerhalb des Kreml dürfte an diesem Konsens nichts ändern.

Der Ausnahmecharakter der Europäischen Union

»Was 1989 zu einem Ende kam«, schrieb, den europäischen Konsens resümierend, der britische Diplomat Robert Cooper, »war nicht einfach der Kalte Krieg oder gar der Zweite Weltkrieg. Was in Europa (aber vielleicht nur in Europa) zu Ende ging, waren die politischen Systeme dreier Jahrhunderte: das Gleichgewicht der Mächte und das imperiale Streben.«[4]

Die politische Elite Europas nahm an, dass mit dem Ende des Kalten Krieges eine neue europäische Ordnung heraufzöge. Das Schlüsselelement dieser nachmodernen europäischen Ordnung, so meinte man, würde ein hoch entwickeltes System wechselseitiger Einflussnahme auf die Innen- und Sicherheitspolitik des jeweils anderen auf der Grundlage von Offenheit und Transparenz sein. Das postmoderne System stützt sich nicht auf eine Machtbalance, noch betont es Souveränität oder die Trennung von Innen- und Außenpolitik. Es lehnt den Einsatz von Gewalt als Instrument der Konfliktlösung ab und fördert eine gesteigerte wechselseitige Abhängigkeit zwischen den europäischen Staaten. Das Europa nach dem Kalten Krieg verkörpert sich in der Errichtung eines gemeinsamen europäischen

Rechtsraumes, der sich auf den Vorrang der Menschenrechte gründet, die in der Europäischen Menschenrechtskonvention institutionalisiert sind. Das Wesen dieser Ordnung ist die graduelle Transformation des traditionellen europäischen Nationalstaates in einen EU-Mitgliedsstaat oder einen EU-kompatiblen Staat.

Brüssels Sicht auf die Interaktion zwischen der postmodernen europäischen Ordnung und der globalen Hegemonie Amerikas war immer eine Mischung aus Zweideutigkeit und Heuchelei. Die politischen Eliten Europas wandten sich offen gegen Amerikas unipolare Welt und traten für Multilateralismus und sogar Multipolarität ein. Gleichzeitig basierte das europäische Projekt auf dem amerikanischen Sicherheitsschirm über Europa und auf Amerikas globaler Hegemonie. Die Spannung zwischen dem Postmodernismus Europas und Amerikas aufgeklärtem Modernismus war einer der Gründe für die transatlantische Krise von 2003. Die USA haben dessen ungeachtet den Ausnahmecharakter Europas toleriert.

In seiner Analyse der europäisch-russischen Beziehungen (»Power Audit of EU-Russia Relations«) bezeichnete der Rat für Europäische Außenpolitik (European Council on Foreign Relations) Russland beunruhigt als »größtes Spaltthema in der Europäischen Union«. Moskau sei es gelungen, die EU-Mitgliedsländer in »trojanische Pferde«, »neue Kalte Krieger«, »strategische Partner« und freundliche oder frostige Pragmatiker zu spalten und außerdem in der Union einen Konflikt zwischen (russlandfreundlichen) Wirtschaftseliten und (Russland nervös beäugenden) Politikern und Sicherheitskreisen anzuzetteln. Nach Ansicht des Rates hat Russland den Konsens in der EU untergraben und baut sich »mit einem anderen Verständnis von Souveränität, Macht und Weltordnung als ideologische Alternative zur Europäischen Union auf«.

Drei russische Entscheidungen markierten das Ende der europäischen Ordnung nach dem Kalten Krieg: die Aussetzung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte; gezielte Bestrebungen, die Arbeit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) auf dem Gebiet der Wahlbeobachtung zu blockieren; und die Weigerung, mit dem 14. Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention die Reform des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu ratifizieren. Offensichtlich hegen Russland und die Europäische Union gegensätzliche Vorstellungen über das Wesen der europäischen Ordnung nach dem Kalten Krieg und über die Quellen von Instabilität in Eurasien.

Russland war in den 1990er Jahren kein postmoderner Staat, wohl aber Teil der nachmodernen europäischen Ordnung. Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa, die OSZE (die sich auf Inspektionen vor Ort und aktive Überwachung stützt) und Russlands Mitgliedschaft im Europarat waren die hauptsächlichen Instrumente für die Integration des Landes in das nachmoderne System. Sie erweckten den Anschein, als habe Russland die postmodernen Imperative von Offenheit und wechselseitiger Abhängigkeit akzeptiert, während es als Staat noch immer unter einer Funktions- und Identitätskrise litt. Russlands Schwäche ließ die Illusion aufkommen, dass Moskau mit der europäischen Ordnung nach dem Kalten Krieg ideologisch einverstanden war. Die Realität, so zeigte sich, war ganz anders. Sobald sich ihm die Gelegenheit bot, entschied sich Moskau, von der Postmoderne Abschied zu nehmen und seine Staatlichkeit auf europäische Praktiken und Ideologien des 19. Jahrhunderts statt auf die europäischen Ideen des 21. Jahrhunderts zu gründen.

Die europäische Illusion, Russland könne der Europäischen Union als Partner in ihrem Kampf für eine multipolare Welt auf der Grundlage des internationalen Rechts dienen, ist tot. Für Moskau waren die Unterstützung des Multilateralismus und das Eintreten für eine multipolare Welt schlicht taktische Waffen, um die amerikanische Hegemonie anzufechten. Tatsächlich sind die außenpolitischen Instinkte Russlands eher »amerikanisch« als europäisch. Russland glaubt an Macht, Unilateralismus und die ungebremste Verfolgung nationaler Interessen. Aus Sicht des Kreml ist Souveränität kein Recht; ihre Bedeutung besteht nicht darin, über einen Sitz bei den Vereinten Nationen zu verfügen. Für Moskau ist Souveränität eine Fähigkeit. Zu ihr gehört wirtschaftliche Unabhängigkeit, militärische Stärke und kulturelle Identität. Im Vokabular des Kreml ist souveräne Macht ein Synonym für Großmacht. Während die Europäische Union in Reaktion auf die Gefahren des Nationalismus und die katastrophalen Rivalitäten der europäischen Nationalstaaten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gegründet wurde, ist das außenpolitische Denken Russlands durch die Gefahren postnationaler Politik und den Zerfall der Sowjetunion geprägt. Die europäischen Alpträume wurzeln in der Erfahrung der 1930er Jahre, die Alpträume Russlands dagegen in der russischen Erfahrung der 1980er und 90er. Für die Europäische Union ist der Mangel an Demokratie eine wesentliche Quelle der Instabilität in Eurasien;

Russland sieht in schwachen Demokratien und der westlichen Politik des Demokratieexports eine Hauptquelle der Instabilität im postsowjetischen Raum. Der Zusammenprall dieser widerstreitenden Sichten auf die europäische Ordnung war unvermeidlich.

Gegenwärtig ist Russlands Sicht der europäischen Ordnung eine Mixtur aus Nostalgie nach der Zeit des »europäischen Konzerts« und Neid auf das heutige China, dem es gelingt, die wirtschaftliche Öffnung zum Westen mit der Zurückweisung jeglicher westlicher Einmischung in seine Innenpolitik zu verbinden. Die vom Kreml geförderte Ideologie der souveränen Demokratie soll Russland in die Weltwirtschaft integrieren und gleichzeitig jede ausländische Einmischung in die russische Innenpolitik verhindern.

Putins Russland ist kein beliebiger autoritärer Staat und keine Taschenbuchausgabe der Sowjetunion. Es ist ein umstrittenes Projekt, das den Gewinn aus der kapitalistischen Revolution im Land mit der Angst vor demokratischer Politik verbindet, welche die politische Tradition Russlands geprägt hat. Der kommunistische Einparteienstaat ist durch Putins Ein-Pipeline-Staat ersetzt worden. Putin bot der russischen Gesellschaft Verbraucherrechte, aber keine politischen Rechte, Wahlen, aber keine Kontrolle der Macht durch das Volk, und staatliche Souveränität, aber keine individuelle Autonomie. Putins Modell der souveränen Demokratie ist es gelungen, politische Stabilität zu gewährleisten, aber es gelang ihm nicht, ein stabiles politisches System zu schaffen. Putin konnte für Russland in einem Ausmaß sprechen und handeln, das in der Weltgeschichte selten ist. Die Kohabitation mit Putins handverlesenem Nachfolger Dimitrij Medwedew (der im März 2008 zum Präsidenten gewählt wurde) könnte sich jedoch als weniger harmonisch erweisen, als die Nachfolgestrategen erwarten. In Russland ging es bei Machtübergaben immer auch um die Umverteilung von Eigentum. Die Existenz zweier Machtzentren im Herzen des politischen Systems macht das russische Regime zutiefst instabil. »Zentralisierte Macht«, wie es Putin selbst formuliert hat, »liegt in Russlands DNA.«

Russland ist zugleich eine aufstrebende globale Macht und ein schwacher Staat mit korrupten und ineffizienten Institutionen. Putins Russland ist demokratischer, aber weniger vorhersehbar und verlässlich als die Sowjetunion. Sein Regime scheint felsenfest verankert und gleichzeitig extrem verwundbar. Russlands Wirtschaftswachstum sieht zugleich

beeindruckend und unhaltbar aus. Je kapitalistischer und westlicher das Land wird, desto antiwestlicher geriert sich seine Politik.

Die Politikfalle

Gegenwärtig schwanken westliche Politiker zwischen ihrem Wunsch, Russland die Leviten zu lesen und eine Lektion zu erteilen, und der Erkenntnis, dass der Westen seinen Einfluss auf Russland eingebüßt hat. Die westliche Strategie gegenüber Russland verliert sich zwischen den Verfechtern einer Eindämmung und den Befürwortern einer Einbindung des Landes. Leider sind »Eindämmung« und »Einbindung« politische Schlagwörter und keine effektiven Strategien.

Was genau sollte der Westen denn eindämmen: Russlands Ideologie, seine antizipierte territoriale Ausdehnung oder seine wirtschaftliche Präsenz in Europa? Die Eindämmung der Ideologie wird sich verzwickt gestalten, da Putin keine kohärente Ideologie zum Export feilbietet. Souveräne Demokratie ist für einige postkommunistische Eliten und Gesellschaften attraktiv, aber in erster Linie eine Verteidigungswaffe. Im Kern von Moskaus »weicher« Macht liegt heute nicht die Attraktivität des Putinismus als Ideologie, sondern liegen das Ölgeld und die Korruptionsfähigkeiten russischer Unternehmen. Die Eindämmung der territorialen Aspirationen Russlands wird ebenfalls ein fehlgeleitetes Ziel sein. Die russische Außenpolitik ist (anders als die sowjetische) nicht obsessiv territorial. Moskau träumt nicht davon, sein territoriales Imperium wiederherzustellen. Was den Kreml interessiert, ist die Kontrolle über die Energieinfrastruktur in den postsowjetischen Staaten und die Neutralisierung des westlichen Einflusses. Wenn es um die wirtschaftliche Präsenz Russlands in Europa geht, widerspricht schon die Vorstellung von »Eindämmung« der Logik des freien Marktes, auf der der Westen gegründet wurde. Der Preis für einen antirussischen Protektionismus wird die Verlangsamung des europäischen Wachstums sein. Anders als die Sowjetunion, die entschlossen war, den Kapitalismus zu zerstören, ist Putins Kreml dabei, ihn auszubeuten und zu genießen. Russland ist »unleugbar kapitalistisch, relativ offen und einigermaßen in die Welt integriert«.[5] Gegen die wirtschaftliche Eindämmung Russlands werden sich die europäische Wirtschaft und die europäischen Verbraucher vehement sträuben. Kurz, Eindämmung Russlands ist keine politische Option, die funktionieren wird. Sie ist eine rhetorische

Figur, oder, wie der russische Minister Sergej Lawrow gerne behauptet: eine Mentalität.[6]

»Einbindung« ist ebenfalls nicht mehr als ein politisches Schlagwort. Es ist leicht, einzuräumen, dass Russland und der Westen strategische Interessen teilen. Der Westen braucht Russlands Kooperation, um den Nuklearambitionen des Iran zu begegnen, beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus und bei der Bewältigung des Aufstiegs Asiens. Russland braucht den Westen für seine technologische und institutionelle Modernisierung. Aber eine Politik der Einbindung, gegründet auf nationalem Interesse und dem Wechsel von einer auf Werten gründenden Außenpolitik hin zur Realpolitik des 19. Jahrhunderts, ist keine gangbare Option für die heutigen Beziehungen zwischen Russland und dem Westen. Die Befürworter eines »großen Arrangements« zwischen Russland und dem Westen versäumen es, das eigentümliche Wesen der Europäischen Union als eines globalen politischen Spielers in Rechnung zu stellen. Während die Vereinigten Staaten eine ideologische Macht kraft eigener Entscheidung sind, so ist es die Europäische Union schon ihrem Wesen nach. Was der renommierte Historiker und Politikwissenschaftler George Kennan von der »politischen Persönlichkeit« der Sowjetmacht sagte, gilt auch für die Macht der EU: Sie ist, »wie wir sie heute kennen, das Produkt von Ideologie und Umständen«.[7] In dem Moment, da die Europäische Union sich anschicken würde, zu einer Realpolitik im Stil des 19. Jahrhunderts überzugehen, wäre eine gemeinsame Außenpolitik der EU nicht mehr denkbar. Das Arrangement mit Russland würde zur Renationalisierung der Außenpolitik der großen EU-Mitgliedsstaaten führen und die Hoffung auf eine gemeinsame europäische Außenpolitik zerstören.

Kurz, der Westen steht vor einer unglücklichen Wahl. Bleibt er bei den politischen Grundprinzipien der 1990er Jahre, riskiert er, dass die Konfrontation mit Russland eskaliert; der Bruch mit diesen politischen Leitlinien würde jedoch heißen, die Bedeutung der Union als globaler politischer Spieler zu gefährden. Der Westen sollte sich entscheiden, wie er Russland behandeln will: als aufstrebende globale Macht oder als im Niedergang begriffene Großmacht, die dank des hohen Ölpreises einen temporären Aufschwung erlebt. Das Land als absteigende Großmacht zu behandeln, ist verführerisch, aber riskant.

Russland als autoritären Staat zu bedrohen, wäre ein Fehler. Putins Regime ist weniger stabil und effizient, als die meisten Beobachter glauben.

Die Hoffnung, dass der Revisionismus Russlands eine neue Begründung für die Ausweitung der NATO und die Verankerung von Ländern wie Georgien und der Ukraine im Westen liefern könnte, ist ebenfalls illusorisch. Langfristig kann Putins Russland nicht die Rolle übernehmen, die einst die Sowjetunion spielte, und die Erweiterung der EU und der NATO zur hauptsächlichen und einzigen Strategie des Westens zu machen, könnte sich als kontraproduktiv erweisen. Eine solche Strategie überschätzt die Transformationsmacht der EU und der NATO. Die jüngsten Entwicklungen auf dem Balkan demonstrieren, dass die »weiche« Macht von EU und NATO nachlässt. Es ist außerdem offenkundig, dass NATO- und EU-Erweiterungen kein Allheilmittel für schwache Staaten und gespaltene Gesellschaften sind. Eine Fortsetzung der NATO-Erweiterungsstrategie im postsowjetischen Raum birgt das Risiko, Instabilität in die Europäische Union und die NATO zu importieren, statt Stabilität nach Eurasien zu exportieren. Zweitens sehen die EU und die Vereinigten Staaten Russland aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Für die USA ist Russland in erster Linie eine globale Macht, und Washington ist daran interessiert, Moskaus Kooperation bei der Aufrechterhaltung der globalen Ordnung zu gewinnen. Für die Europäische Union ist Russland zuerst und vor allem eine europäische Macht. Brüssel ist daran interessiert, den nachmodernen Charakter der europäischen Ordnung zu bewahren. Eine gemeinsame transatlantische Strategie gilt sowohl den Vereinigten Staaten wie der Europäischen Union als wünschenswert, aber sie wird nur äußerst schwer zu erreichen sein. Während die amerikanischen Politiker ihre Beziehung zu Russland hauptsächlich auf die Zusammenarbeit bei der Durchsetzung des Atomwaffensperrvertrags und der Terrorismusbekämpfung aufbauen können, ist das für die Europäische Union keine strategische Option.

Die wahre Quelle der Konfrontation zwischen Russland und der Europäischen Union sind heute nicht in erster Linie rivalisierende Interessen oder abweichende Werte; es ist ihre politische Unvereinbarkeit. Russlands Herausforderung der Europäischen Union lässt sich nicht auf das Problem der Energieabhängigkeit und Moskaus Ehrgeiz reduzieren, seine »unmittelbare Nachbarschaft« zu dominieren, die zufällig die »neue Nachbarschaft« der EU ist. Das Herz der gegenwärtigen Krise ist nicht der Zusammenprall von Demokratie und Autoritarismus – die Geschichte belegt, dass Demokratien leicht mit autoritären Staaten zusammenarbeiten können –, sondern der Konflikt zwischen dem postmodernen Staat, den

die Europäischen Union verkörpert, und dem traditionellen modernen Staat, den Russland repräsentiert.

Die Europäische Union bedroht mit ihrer Betonung von Offenheit und Menschenrechten das Kremlprojekt der »souveränen Demokratie«. Russlands Beharren auf einer Machtbalance und merkantilistischer geopolitischer Ruppigkeit stimuliert die Renationalisierung der Außenpolitik der EU-Mitgliedsstaaten. In Moskau wird durch die EU-Politik der Demokratieförderung das Schreckgespenst ethnischer und religiöser Politik und eines territorialen Zerfalls der Russischen Föderation heraufbeschworen. Gleichzeitig ziehen EU-Mitgliedsstaaten angesichts des Ansturms staatsnaher russischer Konzerne in Erwägung, bestimmte Sektoren ihrer Wirtschaften (wie etwa den heimischen Energiemarkt) abzuschotten und bedrohen damit die liberale Wirtschaftsordnung, die das Zentrum des europäischen Projekts bildet. Russland fühlt sich andererseits durch die Invasion westlich finanzierter nichtstaatlicher Organisationen bedroht. Der Kreml ist versucht, wieder einen Polizeistaat zu errichten, um ausländische Einmischung in seine inneren Angelegenheiten zu verhindern. Brüssel ist bereit, zentralasiatische Autokraten zu stützen, um die Abhängigkeit von russischem Gas zu vermindern. Kurz, was Europa heute bedroht, ist nicht ein wechselseitig zerstörerischer Atomkrieg, sondern die wechselseitige Destabilisierung von Russland und der Europäischen Union, die zur Marginalisierung Europas in der Weltpolitik führen kann.

Die Neuschöpfung der europäischen Ordnung

Die Phase nach dem Kalten Krieg war eine außergewöhnliche und bewundernswerte Dekade der europäischen Geschichte. Sie weitete die Grenzen der Freiheit und Demokratie und ermöglichte die Wiedervereinigung Europas. Heute stehen wir einer völlig anderen Realität gegenüber. Die kapitalistische Revolution hat zwar triumphiert, doch die demokratische Revolution ist auf dem Rückzug. Die von den USA dominierte unipolare Welt befindet sich in einer Krise, und die Europäische Union hat etwas von ihrer Fähigkeit eingebüßt, die Realitäten an ihrer Peripherie zu formen. Das Selbstvertrauen sowohl der USA wie auch der Europäischen Union ist tief erschüttert. Viele Gesellschaften der Welt blicken mit Argwohn auf demokratische Revolutionen und den Export der Demokratie. Die EU-Erweiterung ist ausgesetzt, weil die europäischen Öffentlichkeiten

immer weniger Enthusiasmus für neue Erweiterungsrunden aufbringen. Die Vereinigten Staaten und die NATO haben durch den Irakkrieg und die Operation in Afghanistan Prestige und Legitimität eingebüßt.

Kurz, die Politik der 1990er Jahre war an ihre Zeit gebunden. Sie in diesem neuen Kontext fortzusetzen, leistet der Wiedereinführung einer Politik der Interessensphären in Europa Vorschub, statt die Grenzen der Demokratie auszuweiten. Die Rückkehr zweier Blöcke in Europa sollte kein Ziel der EU-Außenpolitik sein.

Der Bruch mit der Politik der 90er Jahre stellt auch ein Risiko dar. Es gibt heute einen wachsenden Konsens, dass es ein strategischer Fehler des Westens war, die Schwäche Russlands in den 90er Jahren auszunutzen und das Land als besiegten statt als transformierten Feind zu behandeln.[8] Aber die Behauptung, dass Russlands gegenwärtige Außenpolitik nur eine Reaktion oder Überreaktion auf die westliche Politik der 1990er Jahre sei, ist nicht überzeugend. Sie dient zur Rechtfertigung, aber sie taugt nicht zur Erklärung von Putins Politik. Ronald Asmus, Leiter des Transatlantic Center des German Marshall Fund of the United States in Brüssel und ehemaliger Stellvertretender Abteilungsleiter für Europäische Angelegenheiten im amerikanischen Außenministerium, hat Recht, wenn er betont, dass »Europa, hätten die NATO und die Europäische Union in den 1990er Jahren nicht gehandelt, heute wirrer, instabiler und introvertierter wäre«.[9] Man könnte die Konzessionen der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten an Putins Russland als Zeichen der Schwäche und nicht des guten Willens lesen. Länder wie die Ukraine und Georgien sind berechtigterweise besorgt, dass eine »Russland-zuerst-Politik« ihrer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung abträglich sein könnte.

Die EU-Politik gegenüber Russland sollte als erstes anerkennen, dass Russland im kommenden Jahrzehnt ein globaler Spieler bleiben wird. Gleichzeitig ist es unwahrscheinlich, dass es in dieser Zeit eine liberale Demokratie werden wird. Die Europäische Union sollte auch konzedieren, dass für Moskau »das Resultat der Integrationspolitik mit dem Westen in den 1990er Jahren die Etablierung externer Kontrolle über russische Ressourcen war; die Errichtung von europäischen und globalen Sicherheitssystemen nach dem Muster der NATO und ohne russische Beteiligung; und der kontinuierliche Verlust von Russlands Einfluss auf dem Feld seiner strategischen Interessen (ehemalige Sowjetrepubliken)«.[10] Russland hegt also legitime Sorgen, was die asymmetrische Wirkung angeht, die das

Ende des Kalten Kriegs auf seine Sicherheitsbelange hatte. Es fühlte sich in seinen Erwartungen einer Entmilitarisierung von Mittel- und Osteuropa betrogen. Und obwohl die NATO-Erweiterung die Sicherheit Russlands nicht wirklich bedrohte, hat sie die Balance zwischen Russland und dem Westen verändert und den Revisionismus in Moskau angefacht. Russland hat legitime Gründe für den Verdacht, dass die westliche Politik der Demokratieförderung stärker darauf gerichtet ist, außenpolitische Ziele des Westens zu erreichen, als demokratische Institutionen zu stärken. Seit der Westen 1993 dem Beschuss des russischen Parlaments seinen Segen gab und 1996 die »freie und faire« Wiederwahl von Boris Jelzin unterstützte, steht die Förderung der Demokratie im Zwielicht.

Was die Europäische Union und die Vereinigten Staaten Russland heute anbieten können, ist kein »großes Arrangement«, sondern eine Einladung, die europäische Ordnung neu zu schmieden. Tauschgeschäfte wie die Unabhängigkeit des Kosovo gegen einen Verzicht auf das amerikanische Raketenabwehrsystem in Polen und der Tschechischen Republik werden nicht funktionieren. Die Europäische Union sollte sich darauf konzentrieren, institutionelle Fundamente für die Koexistenz eines im Aufbau befindlichen postmodernen Imperiums im westlichen Teil des Kontinents und eines im Aufbau befindlichen postimperialen Nationalstaates in Russland zu legen. Beide Projekte sind in sich selbst kontrovers und fragil. Die Welt kennt keine staatliche Struktur, die der gegenwärtigen Europäischen Union ähnelt, und sie hat nie einen russischen Nationalstaat erlebt. Es war Graf Sergej Witte, Premierminister unter Zar Nikolaus II., der sagte, dass es so etwas wie Russland nicht gebe, sondern nur ein russisches Reich.

Die nachmoderne europäische Ordnung ist aus und in den Ruinen der Institutionen des Kalten Krieges wie der OSZE und dem Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa entstanden. Sie wurde durch die EU-Osterweiterung und ihre Interpretation als Wiedervereinigung Europas geformt. Von Brüsseler Seite aus gab es keinen unmittelbaren Druck, das institutionelle Fundament der europäischen Ordnung neu zu erfinden, weil die EU-Erweiterung selbst dieses Fundament bildete. Brüssel schmiedete die neue europäische Ordnung, indem es die Wirtschaft und die politischen Institutionen an seiner Peripherie transformierte. Die Demokratisierung seiner Nachbarn war Ziel der gemeinsamen Außenpolitik der EU-Staaten. Brüssels Botschaft an die ehemaligen kommunistischen Gesellschaften lautete: Wenn ihr euch wie wir benehmt, werdet ihr zu uns

gehören. Das gilt heute nicht mehr. Die neue Realität in Europa ist die Herausbildung einer Nach-Erweiterungs-Union und ein wiederaufstrebendes Russland, das sich als Alternativmodell zur EU präsentiert. Die Reinstitutionalisierung der europäischen Ordnung ist unbedingt geboten, um die Konfrontation zwischen Moskau und Brüssel zu zähmen; sie ist die einzige Alternative zum Wiederaufleben von Einflusssphären in Europa. Der Westen lehnt gegenwärtig alle Versuche Russlands ab, den Vertrag über konventionelle Waffen oder das Mandat und die Agenda der OSZE neu zu verhandeln. Gemeinhin wird angenommen, dass das Ergebnis solcher Neuverhandlungen ein Rückfall hinter die Errungenschaften der neunziger Jahre wäre. Doch was ist an dieser Annahme dran?

Die Europäische Union kann nicht eifersüchtig den Status quo behüten, der nach dem Kalten Krieg ausgehandelt wurde, ohne einen völligen Zusammenbruch der ihn tragenden institutionellen Infrastruktur zu riskieren. In Wirklichkeit liegt es im Interesse Brüssels, die Initiative zu ergreifen und Russland in einen Dialog über die institutionellen Fundamente der erschütterten europäischen Ordnung zu ziehen. Das Hauptziel der EU in politischer Hinsicht sollte es sein, den eigenständigen Charakter dieser Ordnung zu erhalten. Mehr als der Rest der Welt gründet Europa heute auf den Menschenrechten und dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. Es sind diese Werte, für die die EU kämpfen und die sie bewahren sollte. Ziel Brüssels sollte es sein, die Institutionen der neuen europäischen Ordnung um die Union als politischen Hauptakteur zu zentrieren und nicht seinen einzelnen Mitgliedsstaaten zu überlassen. Die Doppelnatur des russischen Regimes – kapitalistisch und undemokratisch, europäisch und antieuropäisch – und die Vollendung der institutionellen Reformen der EU legen eine solche Strategie nahe.

Der Kreml verneint keines der grundlegenden Prinzipien des demokratischen Westens. Offiziell weist er die liberale Demokratie nicht zurück, sondern strebt danach, sein eigenes nationales Modell zu definieren. Der Kreml lehnt offiziell das Primat der Menschenrechte und einer auf Rechtsstaatlichkeit gründenden Gesellschaft nicht ab, er praktiziert es nur nicht. Moskaus Hauptklage richtet sich nicht gegen die Standards des Westens, sondern gegen seine Doppelmoral. Was die Europäische Union sich zunutze machen sollte, ist die Tatsache, dass die Legitimität des gegenwärtigen russischen Regimes zu einem großen Teil auf der Wahrnehmung beruht, dass es danach strebt, Russland in die europäische Kultur zurückzu-

führen. Es ist wahr, dass Russland nicht mehr davon träumt, Mitglied der Europäischen Union zu werden. Russlands Stabilität hängt jedoch davon ab, das europäische Wesen seines Regimes zu bewahren.

Es ist kein Zufall, dass Präsident Wladimir Putin – anders als seine zentralasiatischen Amtskollegen – am Ende seiner zweiten Amtszeit abtrat und seine Macht abgab. In dem Moment, wo das Regime seine europäische Legitimität verliert, ist es zum Untergang verurteilt. Diese Abhängigkeit von Europa ist eine Chance für den Westen, bei der Aushandlung der neuen europäischen Ordnung mit Russland seine Prinzipien zu verteidigen. Brüssel sollte seine eigene Vision des institutionellen Rahmes für Europa anbieten.

Der Vertrag von Lissabon hat die Blockade der EU-Reformagenda gelöst und es Brüssel erlaubt, sich auf die Errichtung einer auf die EU zentrierten europäischen Ordnung zu fokussieren, in der die Koexistenz des postmodernen EU-Imperiums und des postimperialen Russlands gewährleistet ist, ohne die Interessen dritter Länder zu verletzen. Die Transformation der Kosovo-Kontaktgruppe aus sechs Ländern (USA, Russland, Frankreich, England, Deutschland und Italien) zum sogenannten Troika-Prozess aus Vereinigten Staaten, Russland und Europäischer Union ist das Modell für eine solche Reinstitutionalisierung Europas. Die Schaffung institutioneller Anreize für die Einheit der EU kann Europa helfen, den strukturellen Widerspruch des europäischen Projekts zu überwinden. Die Umwandlung der OSZE in ein politisches Forum, wo die EU-Mitgliedsstaaten durch die Europäische Union repräsentiert werden, könnte eine solche institutionelle Neuerung sein. Wenn Russlands Strategie darauf zielt, die Union zu untergraben, indem es sich auf bilaterale Beziehungen mit ausgewählten Mitgliedsstaaten konzentriert, sollte Brüssels Priorität darin bestehen, die Union als Russlands Verhandlungspartner zu institutionalisieren. Die Neuschöpfung der europäischen Ordnung wird der Europäischen Union sowohl erlauben, dieses Ziel zu erreichen, als auch, den entsprechenden institutionellen Rahmen für Kooperation und Wettbewerb zu schaffen. Russland wird auf diese Weise der Nichteinmischung in seine inneren Angelegenheiten versichert, während die Union die auf Rechtsstaatlichkeit und Transparenz fußende europäische Ordnung neu begründet.

Wir brauchen eine neue europäische Ordnung, die nicht nur die Koexistenz einer postmodernen Europäischen Union und eines postimperialen Russlands sichert, sondern auch eine Koexistenz auf Basis der

Prinzipien des Europarats. Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten können nicht mehr so tun, als besäßen sie die Legitimation oder die Fähigkeit, Russland im kommenden Jahrzehnt in eine liberale Demokratie zu verwandeln. Aber die Europäische Union sollte Russland auch nicht erlauben, sie als bedeutungslos zu betrachten und wohlwollend zu ignorieren.

Aus dem Englischen von Andreas Simon dos Santos

Anmerkungen

1 Dmitri V. Trenin, »Getting Russia Right«, Carnegie Endowment for International Peace, 2007.
2 Zitiert nach Charles Grant, »A New Deal with Russia?«, in: *Prospect Magazine*, November 2007.
3 Sergei Karaganov, »A New Epoch of Confrontation«, in: *Russia in Global Affairs,* Nr. 4, Oktober-Dezember 2007.
4 Robert Cooper, The Breaking of Nations: Order and Chaos in the Twenty-First Century, London 2003.
5 Trenin, a.a.O.
6 Sergei Lavrov, »Containing Russia: Back to the Future?«, in: *Russia in Global Affairs,* Nr. 4, Oktober-Dezember 2007.
7 »Die politische Persönlichkeit der Sowjetmacht, wie wir sie heute kennen, ist das Produkt von Ideologie und Umständen.« George Kennan, *The Sources of Soviet Conduct,* New York 1947.
8 Dimitri K. Simes, »Losing Russia. The Costs of Renewed Confrontation«, in: *Foreign Affairs,* November / Dezember 2007.
9 Ronald D. Asmus, »Europe's Eastern Promise. Rethinking NATO and EU Enlargment«, in: *Foreign Affairs,* Januar / Februar 2008.
10 Konstantin Kosachev, »Russia and the West: Where the Differences Lie«, in: *Russia in Global Affairs,* Nr. 4, Oktober-Dezember 2007.

Henrike Schmidt

VIRTUAL VOVA UND PRÄSIDENT MEDVED
Kunst, Literatur und Politik im russischen Internet[1]

Eines Tages saß Vladimir Vladimirovich™ Putin in seinem Kreml-Kabinett und sortierte bedächtig seine präsidialen Fischköder. Die Blinker lagen in einer schönen, safranfarbenen Schachtel, die das russische Staatswappen auf ihrem Deckel trug.
In der Schachtel lagen: ein Blinker aus Bisonhorn, ein Blinker aus Gold der Inka und ein Blinker, gefertigt aus den Zähnen des tschetschenischen Widerstands. Daneben lagen Blinker aus den Trümmern der europäischen Marssonde, die vom russländischen Raketenabwehrschild schon beim Start abgefangen worden war. Ein Blinker mit Federn des Vogels Phönix, einige andere aus dem Material der verschwundenen ukrainischen Raketen [...]
Gesondert lag in einem Kristallkästchen ein Blinker mit einem Belag aus Plutonium, gewonnen aus dem Kopf von Salman Raduev. Direkt daneben ruhte der Blinker, der aus dem zerbrochenen Fingerring von Johannes Paul II. gefertigt war.
Vladimir Vladimirovich™ drehte und wendete die Blinker mit seinem präsidialen Finger und stellte sich vor, wie er eine große Äsche an die Angel bekommt. Warum gerade eine Äsche, wusste Vladimir Vladimirovich™ nicht – er hatte in seinem Leben noch keine gesehen. Ihm gefiel einfach das Wort.
Plötzlich klopfte es leise an die hohen präsidialen Türen seines Büros.
– Ja...! – schrie Vladimir Vladimirovich™.
Die Flügel der Tür öffneten sich einen Spalt breit und herein schaute der erste stellvertretende Ministerpräsident Dmitrij Anatolevich Medvedev, für den am Vorabend bei den Präsidentschaftswahlen 70 Prozent der Wähler gestimmt hatten.
– Darf ich reinkommen? – fragte Dmitrij Anatolevich schüchtern.
– Noch nicht! – antwortete Vladimir Vladimirovich™, vielleicht sogar ein bisschen grob.
Dmitrij Anatolevich verschwand sofort hinter der Tür.

Maksim Kononenko aka Mr. Parker: Vladimir Vladimirovich™, Eintrag vom 03.03.08

Vladimir Vladimirovich™: die Kreml-Soap im Internet

Seit sechs Jahren begleitet der russische Schriftsteller, Journalist und Programmierer Maksim Kononenko die Amtszeit von Präsident Putin im Internet. In Form eines fiktiven Tagebuchs unter der charakteristischen Adresse http://vladimir.vladimirovich.ru berichtet er aus dem Leben seines Helden – Vladimir Vladimirovich™. Beginnend mit dem ersten Eintrag am 6. Oktober 2002 veröffentlicht Kononenko, im russischen Internet besser bekannt unter seinem Nickname Mr. Parker, täglich eine kurze Anekdote über das Leben im Kreml aus der Innenperspektive von *Virtual Vova*.[2] Eine Ausnahme stellen die Wochenenden dar, an denen die Kreativkraft des schriftstellerisch und publizistisch an mehreren Fronten aktiven Maksim Kononenko ruht.[3]

Über die Jahre hinweg entwickelte sich mit Vladimir Vladimirovich™ eine literarische Figur, die einen starken Einfluss auf das massenmedial generierte Image Putins im Internet ausübte. Das Charakterbild des virtuellen Präsidenten sowie seiner Entourage, der Kreml-Administration, spiegelt aktuelle Haltungen der russischen Gesellschaft zur Politik wider und beeinflusst diese zugleich.

Das fiktive Tagebuch ist der alternative Nachrichtenspiegel, der in den Hochzeiten seiner Popularität zur rituellen Morgen-Lektüre von rund 20.000 russischen ›Medienarbeitern‹ wurde. Vladimir Vladimirovich™ erfreute sich gleichfalls eines internationalen Medienechos – die Anekdoten aus dem Kreml, so nah an den politischen Realitäten und doch so geschickt gebrochen in ihrer Rätselhaftigkeit, erwiesen sich als besonders geeignete Aufhänger für politische Reportagen oder Feuilletons zum neuen Personenkult um Putin. Zeitweilig wurden die alternativen Nachrichten aus dem Kreml von Freiwilligen auszugsweise ins Englische, Deutsche und Spanische übersetzt.[4]

Das Blog funktioniert nach den Regeln der Soap-Opera, wie sie aus dem Fernsehen geläufig sind: ein begrenzter Personenkreis, stereotype Handlungsmuster, kurze narrative Einheiten, immer wiederkehrende Gags. Und doch dient die Polit-Soap aus dem Kreml-Kabinett mehr als nur der reinen Unterhaltung, denn sie etabliert sich in ihrer Bindung an den aktuellen Nachrichtenstrom als Form der alternativen Berichterstattung, die mal kritisch, mal affirmativ die offiziellen Statements begleitet. Die endlose Reihe der Einträge reproduziert alle Höhenflüge und Tiefschläge

der russischen Politik der vergangenen sechs Jahre, wird zur Chronik der zeitgenössischen Geschichte Russlands. Sie reicht von skurrilen Berichten über Treffen Putins mit der britischen Queen bis hin zur Tragödie von Beslan. *Virtual Vova* spielt mit George W. Bush am Telefon Schiffe versenken und besucht Michail Chodorkovskij anlässlich des ersten Jahrestags seiner Verhaftung in der Gefängniszelle, mit Wodka und eingelegten Gürkchen. Der geheimnisvolle Putin mit dem charakteristischen, emotionslosen Gesichtsausdruck verwandelt sich in eine Privatperson, mit liebevollen Ticks und sporadischen Anfällen von Angst und Einsamkeit.

Kononenkos Web-Soap ist in Moskau 2005 auch in Buchform erschienen. Abgedruckt sind hier die Einträge der Jahre 2002-2005, ergänzt um einen pseudo-wissenschaftlichen Apparat mit über tausend Kommentaren zum faktischen Gehalt der Anekdoten und mehreren Inventar-Registern, etwa der »sakralen Objekte, die Vladimir Vladimirovich™ in seinem Kreml-Kabinett aufbewahrt«. Das Buch, mit einer für heutige Zeiten sagenhaften Auflage von 50.000 Exemplaren, wird eingeleitet von den Vorworten dreier russischer Polit-Technologen unterschiedlichen politischen Profils (Marat Gel'man, Gleb Pavlovskij und Stas Belkovskij). Der dankbare Autor bezeichnet die vaterländischen *spin doctors* in seinen eigenen einleitenden Bemerkungen als die »Schöpfer vieler seiner [Roman]Helden« (S. 6) und greift damit den populären Mythos von Politikern als Kunstfiguren im Dienste dubioser, im Hintergrund wirkender Kräfte auf.

Der Autor: Maksim Kononenko aka Mr. Parker

Der Autor – oder Schöpfer – von Vladimir Vladmirovich™, Maksim Kononenko, gehört zur frühen Elite des russischen Internet, die sich ihren Status bis heute bewahrt hat und ihr subkulturelles Prestige in kommerziellen Erfolg überführen konnte. Als Programmierer, Journalist und Schriftsteller verfügt der Präsidenten-Blogger gleich über drei Kern-Kompetenzen des Medienbetriebs. Kononenko ist hoch dekoriert – bester Programmierer des Jahres 2000, bester Netzliterat der Jahre 2003 und 2004 – und hyperproduktiv. Er unterhält seit mehreren Jahren verschiedene politische, popkulturelle und private Blogs. Parallel war und ist Kononenko als Feuilletonist, Kommentator, Redakteur und Chef-Redakteur für verschiedene Web-Zeitungen tätig, darunter die elektronischen

Zeitschriften *Dni.ru* (Der Tag), das *Journal der Bourgeoisie* und *Vzgljad* (Blick). Gemeinsam mit dem Politik-Berater Gleb Pavlovskij moderierte er eine Fernseh-Talkshow mit dem vielsagenden Titel »Reale Politik«.

Kononenko ist so berühmt wie berüchtigt für seine politischen Provokationen – dabei ist seine Antipathie gegenüber den russischen Oppositionsbewegungen besonders deutlich ausgeprägt. In seinem politischen Weblog *Der Idiot* www.idiot.ru, das charakteristischerweise den Untertitel »Chronik ohne politische Korrektheit« trägt, wettert er unermüdlich gegen die »sogenannten Demokraten«. Im Jahr 2007 erschien sein Buch *Den' otličnika* (deutsche Übersetzung etwa: *Der Tag des Strebers*), eine exzentrische Parodie auf Vladimir Sorokins literarische Anti-Utopie *Der Tag des Opritschnik*, die als kaum verstellte Kritik am Putin-Regime interpretiert worden war.[5] Der Roman Kononenkos ist umgekehrt eine polemische Abrechnung mit der Menschen- und Bürgerrechtsbewegung in Russland, die er als vom Westen gekaufte Handlanger im Dienste des amerikanischen Imperialismus porträtiert.

»Der Kettenhund des blutigen Regimes«,[6] als der sich Kononenko so provokant wie kokett selbst bezeichnet, steht stellvertretend für einen Mainstream in Gesellschaft und Politik, der die nationale und internationale Stärke Russlands mit der von Putin inszenierten Machtvertikale in Verbindung bringt. *Projekt Kreml*™ lautet denn auch der herausfordernde Untertitel im Impressum des Virtual-Vova-Blogs.

Trademark-Persönlichkeiten – Medien- und Kapitalismuskritik

In einem wohlkalkulierten Widerspruch zur Position des Polit-Agitators stellt der Autor seine Käuflichkeit und kommerzielle Korrumpierbarkeit aus. In den Jahren 2004-2005 wurden Gerüchte kolportiert, Kononenko habe sein Blog an einen dem Kreml nahestehenden Oligarchen verkauft, in dessen Auftrag er nun schreibe. Kononenko, ohne den Wahrheitsgehalt des Gerüchts zu kommentieren, identifiziert sich mit dieser Position eines korrumpierten Kreativen, der beliebigen *Content* produziert, wenn nur die Bezahlung stimmt und ein gewisses Mindestmaß an künstlerischer Selbstbestimmung gewährleistet bleibt.

In den Kontext einer Medien- und Kapitalismuskritik, die paradoxerweise gerade über die Selbststigmatisierung des Autors als käuflichem Künstler funktioniert, gehört das Trademark-Zeichen ™, das mit der Person des

virtuellen Präsidenten »Vladimir Vladmirovich™« unauflöslich verbunden ist. Dahinter steht die banale These, dass in der heutigen Ökonomie der Aufmerksamkeit jede öffentliche Person ein Produkt politischer PR, im russischen Kontext auch als »Polit-Technologie« bezeichnet, ist.[7]

Die These von den Politikern und Personen des öffentlichen Lebens als Geschöpfen der Medien ist so wenig originär wie originell – innerhalb des russischen kulturellen Diskurses wurde sie erstmals in Viktor Pelewins Roman *Generation P* publikumswirksam entfaltet. Aktuell entwickelt dieses Stereotyp der Bestseller-Autor Sergej Minaev höchst erfolgreich weiter, dessen Bücher *DYXLESS* (2006), *Media Sapiens* (2007) und *The Telki* (2007) in den letzten Jahren in extrem hohen Auflagen von 50.000 Exemplaren erschienen und sich in kürzester Zeit verkauften.[8] Minaevs verheerende Medienschelte rief nicht minder harsche Gegenreaktionen hervor. Dmitrij Bykov sieht in dessen Machwerken nicht nur die personifizierte Talentlosigkeit am Werke, sondern verdächtigt den Autor der Produktion von Auftragsliteratur im Dienste des Kreml – eine Verdächtigung, die sich Maksim Kononenko selbst beilegt. Sinn und Zweck dieser Auftragsliteratur liegt, so Bykov, darin, die kritischen Medien als manipuliert darzustellen und damit zu diskreditieren.[9]

Ähnlich wie Kononenko ist auch Minaev der russischen Internet-Szene biographisch und professionell eng verbunden. Er partizipiert an den einschlägigen Web-Foren, deren Slang er in seinen Büchern reproduziert und schreibt für die Internet-Zeitschrift *Vzgljad*, die ebenso wie *Dni.ru*, deren Chefredakteur Kononenko lange Jahre war, von dem Internet-Producer Konstantin Rykov aka Jason Foris herausgegeben wird.

Putiniana in Kunst und Medien

Die Web-Soap http://vladimir.vladimirovich.ru ist Teil des medialen und kulturellen Putin-Kults, der in den vergangenen Jahren weite Teile der russischen Gesellschaft und des kulturellen Establishments ergriffen hat. Befragt nach seiner Motivation für das Projekt des fiktiven Präsidenten-Blog zitiert Autor Kononenko den Moskauer Galeristen und Polit-Technologen Marat Gel'man: »Wer heute populär werden will, der muss etwas mit Putin machen.«[10]

Von der Popmusik über die Mode bis hin zur bildenden Kunst ist die Fokussierung auf den »nationalen Führer« ein Bekenntnis, eine ästhetische

Aussage und ein Instrument der Selbstvermarktung. Exemplarisch entfaltet die Kunstwissenschaftlerin Alexandra Engelfried die unterschiedlichen Facetten des Putinkults am Beispiel der Malerei. In ihrem Artikel *Das Porträt des Präsidenten* stellt sie eine Reihe von höchst unterschiedlichen Künstlern dar und weist ihre jeweiligen Strategien im Umgang mit Putin als *dem* kulturellen Rohstoff im aktuellen Russland aus.[11] Die Spannbreite reicht von Vertretern eines konservativen und neo-realistischen Stils, die sich als neue »Hofmaler« gerieren, bis hin zu dem alternativen Milieu entstammenden Künstlern, die popkulturelle Strategien der Uneindeutigkeit auf die Polit-Ikone Putin applizieren. Bemerkenswert sind dabei drei Aspekte: 1) die Neigung eines Teils der kulturellen Elite sich – je nach individuellem Profil programmatisch oder pragmatisch – einer offiziellen Auftragskunst zu verschreiben, 2) die Überlagerung von politischer Ikonographie und kommerzieller Verkaufsstrategie, die es häufig unmöglich macht, den Motiven der Künstler nachzuspüren und 3) die oftmals verblüffenden Rezeptionsmuster von seiten der offiziellen Politik. Welche der künstlerischen und literarischen Abbilder seiner selbst der Präsident besonders schätzt, ist nicht bezeugt. Die Kreml-Administration nimmt die Kult-Kunstwerke hingegen durchaus zur Kenntnis, und zwar gerade die eher unkonventionellen Darstellungen als Judokämpfer oder gepiercter Liebhaber: »[...] die ›coole‹ Darstellung [passte gut] in das gewünschte Images des Präsidenten als ›liberaler Kerl‹ und ›moderner Popstar‹«.[12]

Interessant ist ein Vergleich der von Alexandra Engelfried für den Bereich der bildenden Kunst herausgearbeiteten zentralen semantischen Parameter des Putin-Images, nämlich Vitalität, Kraft, Männlichkeit, Entschlossenheit und eine bisweilen aggressive Körperlichkeit, mit dem Charakterbild von *Vitual Vova*. Vladimir Vladimirovich™ unterscheidet sich in einigen relevanten Punkten von diesem Bild: an die Stelle der Männlichkeit tritt das Kindliche[13], an die Stelle der Entschlossenheit das Verwunderte und Überraschte, an die Stelle des Militärischen und Martialischen die Einsamkeit und Verletzlichkeit der Figur. Der Putin der Web-Soap geht wie ein Kind durch die Welt. Er »staunt«, »wundert sich«, »versteht nicht«, »ist verblüfft« ob der Winkelzüge seiner Beamten und Bürokraten.

Das Politik-Bild in Vladimir Vladimirovich™

Die Entourage des Präsidenten, die Kreml-Administration sowie die weiteren politischen Kreise (Duma, Föderationsrat), bildet den Hintergrund für das Porträt des Präsidenten. Eine zentrale Figur im Kreml-Kosmos ist der Leiter der Präsidial-Verwaltung – bis 2003 Aleksandr Vološin, den Kononenko liebevoll mit den Charakterzügen eines gewieften Strippenziehers und Manipulators ausstattet. Als 2003 Dmitrij Medvedev dieses Amt übernimmt, übersieht Kononenko nach eigener Aussage dessen politisches Potential und konzentriert sich statt dessen auf den Stellvertretenden Leiter der Präsidial-Verwaltung Vladislav Sur'kov, der seinerseits für die Erfindung des Begriffs der »souveränen Demokratie« (suverennaja demokratija) verantwortlich zeichnet.

Der Kreml ist bei Kononenko ein gefährlicher Ort, selbst (oder gerade?) für den Präsidenten. Der Apparat ist bisweilen eigenmächtig und undurchschaubar. Der Präsident erscheint als Figur in einem übergeordneten Spiel und ist lediglich mit einer beschränkten Handlungsmacht ausgestattet. Die Einsamkeit des Mannes im Kreml ruft Empathie hervor und stärkt gleichzeitig die tief verwurzelte Ablehnung gegenüber dem bürokratischen System. Ungeachtet aller satirischen Einsprengsel setzt die Kreml-Soap ein massentaugliches Politik-Verständnis in Szene, das durch zwei zentrale Elemente gekennzeichnet ist:

– *die Figur des guten Zaren:* das Verhältnis Putins zu seinen Beamten und Ministern reproduziert die Idee des guten Zaren, der den Fängen einer ihm selbst wie seinen Untertanen übel gesonnenen Kreml-Camarilla ausgeliefert ist;
– in der Ausgestaltung der magischen Objekte und Polit-Reliquien, mit denen sich Vladimir Vladimirovich™ in den Stunden der Reflexion und der Nostalgie befasst, schimmert eine *archaische Interpretation von Macht* durch, die an die Prinzipien der Rache und einer persönlichen Opfer-Täter-Beziehung geknüpft ist; dem realen Putin wird ein durchaus vergleichbarer Charakterzug zugeschrieben.

›Präsidiale Medienkompetenz‹ – Kommunikationstechnologie als Machtfaktor

Telekommunikationstechnologien spielen in der Präsidenten-Soap eine zentrale Rolle. Ihre Thematisierung ist nicht nur den Realien der zeitgenössischen Medien-Umwelt geschuldet, sondern auch ihrer anthropolo-

gischen Funktion als Statussymbol und als Instrument der Macht. Der Umgang der Politiker mit Handy, Computer und Internet wird in der Öffentlichkeit sehr genau beobachtet und zu einem Image-Faktor mit positiven oder negativen Konnotationen. Aktuell lässt sich im US-amerikanischen Wahlkampf beobachten, wie Internetplattformen und soziale Netzwerke (*YouTube*, *MySpace*) zum umkämpften Territorium der Kontrahenten werden. Zentral ist dabei das Moment einer scheinbar unmittelbaren Verbindung mit dem ›einfachen‹ Wahlvolk. Entsprechend wird die präsidiale Medienkompetenz zu einer wichtigen symbolischen Komponente des Images.

Das Internet als direkter Draht zum Volk

Zu Beginn der Amtszeit von Boris Jelzin steckte das russische Internet noch in den Kinderschuhen. Die mittlerweile zu Berühmtheit gelangte erste Online-Pressekonferenz eines russischen Politikers im Jahr 1998 stellt symbolisch den Punkt dar, an dem das Internet in das politische Bewusstsein trat. Boris Jelzins Begrüßung »Guten Tag, liebe Mitbürger-Internetchiki« (Dobryj den', grazdane internetčiki) wurde zu einem geflügelten Wort innerhalb der Sphäre des »Runet«, wie es von seinen Protagonisten halb-zärtlich genannt wird.

Ungeachtet dieser ersten Hinwendung der russischen Politik und ihres höchsten Repräsentanten zum Internet trat Jelzin selbst als Nutzer nicht in Erscheinung (natürlich auch ein Effekt des *generation gap*). Bis heute prägend für die politische Kommunikation im Runet ist die Epoche Jelzin dennoch, denn sie legte den Grundstein für die Verschmelzung von Journalismus und PR, von künstlerischer Selbstrealisierung und politischer Strategie.

Während der Putin-Ära entwickelte sich das russische Internet rasant, was Nutzerzahlen und Standards betrifft. Im Jahr 2008 bewegen sich etwa 30 Prozent der Bevölkerung regelmäßig im World Wide Web. Angesichts zunehmenden staatlichen Einflusses im Mediensektor steht das Runet im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit in- wie ausländischer Beobachter. Ungeachtet der zahlreichen Gesetzesinitiativen zur Regulierung und punktueller Repressionen gegenüber einzelnen Ressourcen, Journalisten oder Bloggern, gilt es festzuhalten: Das russische Internet ist in den Jahren 2000-2008 ein weitgehend freier Raum der Kommunikation geblieben, in dem oppositionelle Meinungen artikuliert werden können. Es schließt

sich jedoch die Frage nach der *Bedeutung* dieser Meinungsfreiheit an. Ist das Internet, das im Vergleich zum Leitmedium Fernsehen in Russland immer noch als marginaler Faktor gelten kann, nur ein Ventil, das der Entlüftung oppositioneller Stimmung dient anstatt der Belüftung des politischen Systems? Die Politikwissenschaftlerin Lilia Shevtsova argumentiert, das Internet funktioniere als Entladungsraum für gesellschaftliche Spannungen, ohne diese aufzulösen.[14]

Vor diesem Hintergrund erlangten die regelmäßig durchgeführten Online-Konferenzen Präsident Putins, der »direkte Draht« zum virtuellen Wahlvolk, eine symbolische Bedeutung. Die öffentlichen Fragestunden sind in den Jahren seit 2000 zu einem eigenen Genre der politischen Kommunikation geworden. Putin stellte sich den Fragen der Bürger regelmäßig sowohl im Fernsehen als auch mehrmals im Internet. Kritiker monierten, der »direkte Draht« (prjamaja svjaz') falle in den Bereich der gelenkten Medien-Demokratie mit vorab ausgewählten Fragen und einer lediglich inszenierten Nähe, die den Charme des Internet formal ausnutze ohne ihn inhaltlich zu füllen. Präsidenten-Blogger Maksim Kononenko hielt das Ohr jeweils zeitgleich an den Volkskörper und beantwortete die an den Präsidenten gestellten Fragen in *real time* und in gewohnt satirischer Manier.

Auch im Jahr 2006 fand eine solche Online-Konferenz statt, organisiert von Yandex.ru, einer der zentralen Suchmaschinen in Russland. Rund 200.000 Fragen wurden gesammelt, circa zwei Millionen UserInnen bestimmten per digitalem Votum ihre Favoriten. Die Vorab-Kontrolle der Fragen war diesmal weniger strikt, und prompt kippte die fehlende Kontrolle in das gegenteilige Extrem um: die Veranstaltung geriet zu einem Internet-Flashmob. Fünf von zehn Fragen aus den TopTen waren Nonsens, auf den der Präsident in der Konsequenz auch gar nicht einging.

Besonders nachhaltiger Popularität erfreute sich die Fake-Frage: »PREVED, Vladimir Vladimirovich! Was halten Sie von MEDVED?« Während der echte Putin diese Frage ignorierte, nutzte des Präsidenten virtuelles *alter ego* Vladimir Vladimirovich™ die Provokation der Netzwelt als Steilvorlage für eine polit-prophetische Vision:

Preved. Von Medved halte ich viel. Wir haben ihn sogar zum Emblem der Partei »Einiges Russland« gemacht. Und einen der Kandidaten für die Präsidentschaftsnachfolge haben wir extra nach dem Nachnamen ausgesucht. Medved ist unser ein und alles.[15]

Frage und Antwort bedürfen einer Erläuterung, entstammt die spezifische Sprache, in der sie formuliert sind, doch den (Un)Tiefen der russischen Netzkultur.

Preved Medved – virtuelle Inauguration des Kronprinzen

»Prèved« ist eine im Internet-Slang geläufige Verballhornung des Wortes »privèt« = »Hallo«. Der alternative Gruß verdankt seine Entstehung einer Internet-Mode – einem Internet-Mem, das in den Jahren 2006-2007 das Runet erfasste. Auslöser war ein Bild des amerikanischen Künstlers John Lurie: das Aquarell zeigt ein Pärchen, das beim Sex im Wald von einem Bären überrascht wird. Im amerikanischen Original kommentiert der anthropomorph dargestellte Bär die Begegnung in einer Comic-Sprechblase mit dem Wort »Surprise«. Das Bild unterlag in der russischen Blogosphäre einer lexikalischen Adaptation, wobei das englische »Surprise« durch den erwähnten Gruß »preved« ersetzt wurde. Diese einfache sprachliche Variation ruft im Russischen einen stark komischen Effekt hervor, da sie klanglich mit dem Wort für »Bär« = »mèdved« kongruiert.[16] Verstärkt wird die Komik durch die mit der lexikalischen Deformation verbundene Verschiebung der Wortbetonungen, was den Slang-Charakter der Wendung »prèved« »mèdved« zusätzlich unterstreicht.

Wie ein Lauffeuer eilten der hippe Gruß und der sympathische Bär durch die Kommunikationssphären des Runet. Diese besondere Popularität ist wohl nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass »medvèd« mit dem Familiennamen des (damals noch) Kronprätendenten Dmitrij Medvèdev harmoniert, was eine Welle der digitalen Folklore in Wort und Bild hervorrief. Sicher hat auch die besondere mythologische Bedeutung des Bären für die russische Kultur eine Rolle für die breitenwirksame Rezeption gespielt.[17]

Insofern ist es nicht erstaunlich, dass die Runet-Community im Herbst 2007 in kürzester Zeit auf die Nachricht von Dmitrij Medvedevs Kür zum Präsidentschaftskandidaten reagierte. Die folgenden Illustrationen sind typische Ausprägungen digitaler politischer Folklore: sie zeigen den Bären Medved als Präsidentschaftskandidaten der Partei »Einiges Russland« und Dmitrij Medvedev, der seine erste Ansprache als frisch gewählter Präsident mit dem bärigen Gruß »preved« eröffnet.

Abbildung 1: »Medved ist unser Einheitskandidat« / »Preved, Rossijanchegi«[18]

Abbildung 2: Dmitrij Medved[ev] eröffnet seine erste Rede im Amt mit dem Internet-Gruß »Preved«, Autor »ivill«[19]

Die Personalie Medvedev wird im Internet also schon lange vor der offiziellen Inauguration als »Nachfolger« (preemnik) ins Spiel gebracht. Die Medved-Mode sei gezielt von den Kreml-Strategen in die Wege geleitet worden, als eine Form des pro-staatlichen Guerilla-Marketings, spekulieren denn auch einige Runet-User. Genährt werden solche Spekulationen durch den Umstand, dass die entsprechende Domain preved.ru in kürzester Zeit durch Konstantin Rykov erworben wurde, der eng mit Maksim Kononenko und Sergej Minaev verbandelt ist. Rykov, der heute selbst für die Kreml-Partei »Einiges Russland« in der Staatsduma sitzt, trat im Jahr 2007 auch als Produzent der Pro-Putin-Website www.zaputina.ru (Für Putin) auf, die in der heißen Phase des Vorwahlkampfs für Aufregung gesorgt hatte.[20]

Zaputina.ru – Politische PR als Konzeptkunst

Die elektronische Zeitschrift Gazeta.ru berichtete im Herbst 2007 ausführlich über das Internet-Projekt Zaputina.ru, das zur Unterstützung Präsident Putins als Kandidat der Partei »Einiges Russland« für die Duma-Wahlen aufrief. Heute, nach den – aus Sicht der offiziellen Politik – erfolgreichen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, beschwört die Site das Zusammengehen des neuen Polit-Tandems von Präsident und Premier, von Putin und Medvedev.

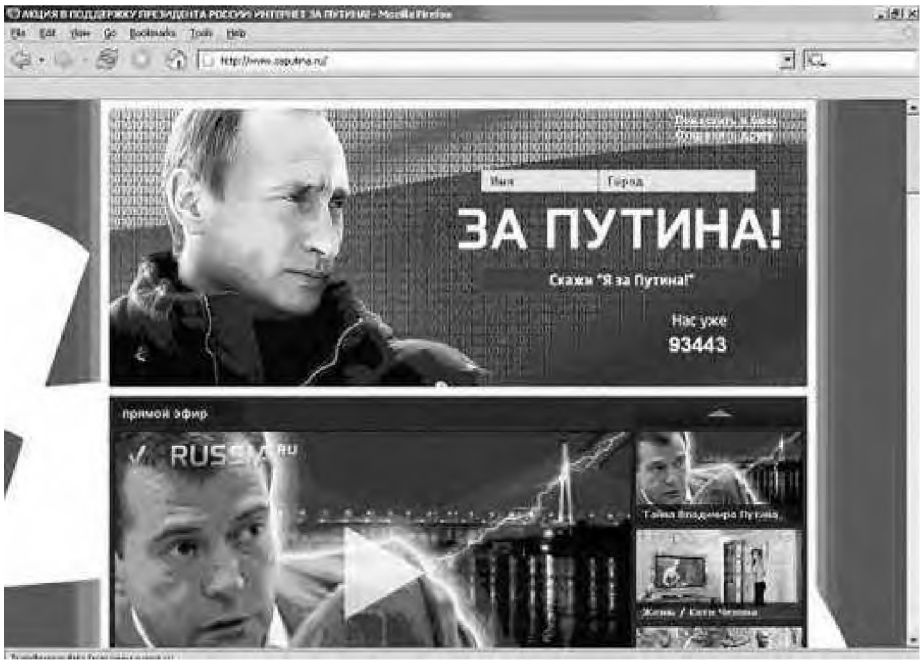


Abbildung 3: Screenshot der Site www.zaputina.ru, »Für Putin. Sag ›Ich bin für Putin‹«

Die Website Zaputina.ru verzichtet weitgehend auf inhaltliche Informationen und inszeniert statt dessen eine auf Suggestion abstellende Solidar-Aktion der Netzgemeinde. Die UserInnen sind aufgerufen, ihre Fotos auf der Site hochzuladen und mit ihren Gesichtern einen Kollektiv-Körper der Putin-Anhänger zu schaffen. Im März 2008 haben mehr als 90.000 Russinnen und Russen mit ihrem Konterfei ›unterzeichnet‹. Die Ersetzung des Inhalts durch Form sowie die strategische Arbeit mit der Körperlichkeit der Masse weist, wie Ulrich Schmid in einem Beitrag über die politischen Jugendbewegungen in Russland deutlich gemacht hat, Anklänge an Strategien der spät-sowjetischen Konzept-Kunst auf.[21]

Abbildung 4: Screenshot der Site www.zaputina.ru, »Wir sind für Putin«.

Nach Meinung der Gazeta.ru-Autorinnen Alija Samigullina und Elina Bilevskaja handelt es sich bei Zaputina.ru um eine Flashmob-artige Aktion, deren konkrete Zielsetzungen und Resultate zwangsläufig diffus bleiben müssen.[22] Diese spezifische Uneindeutigkeit, die auch die bereits erwähnte Konzeptkunst, etwa der bildenden Künstler Komar und Melamid, kennzeichnet, changiert jedoch vom Subversiven ins Affirmative.

Wie für das Internet typisch, hat sich zu den Pro-Putin-Projekten sofort ein Gegenmodell herausgebildet. Es existieren sogar mehrer Anti-Putin-Sites, mit nur leicht unterschiedlichen Adressen: www.protivputina.

ru und www.protiv-putina.ru. Erstere gehört zur Webrepräsentanz der Jugendorganisation der demokratischen Partei *Jabloko*. Die Site hat jedoch rein deklarativen Charakter und weist keine Inhalte (Texte, Bilder, Videos) auf. Schon der erste Klick führt weiter auf die Homepage der Jung-Jablokos.[23]

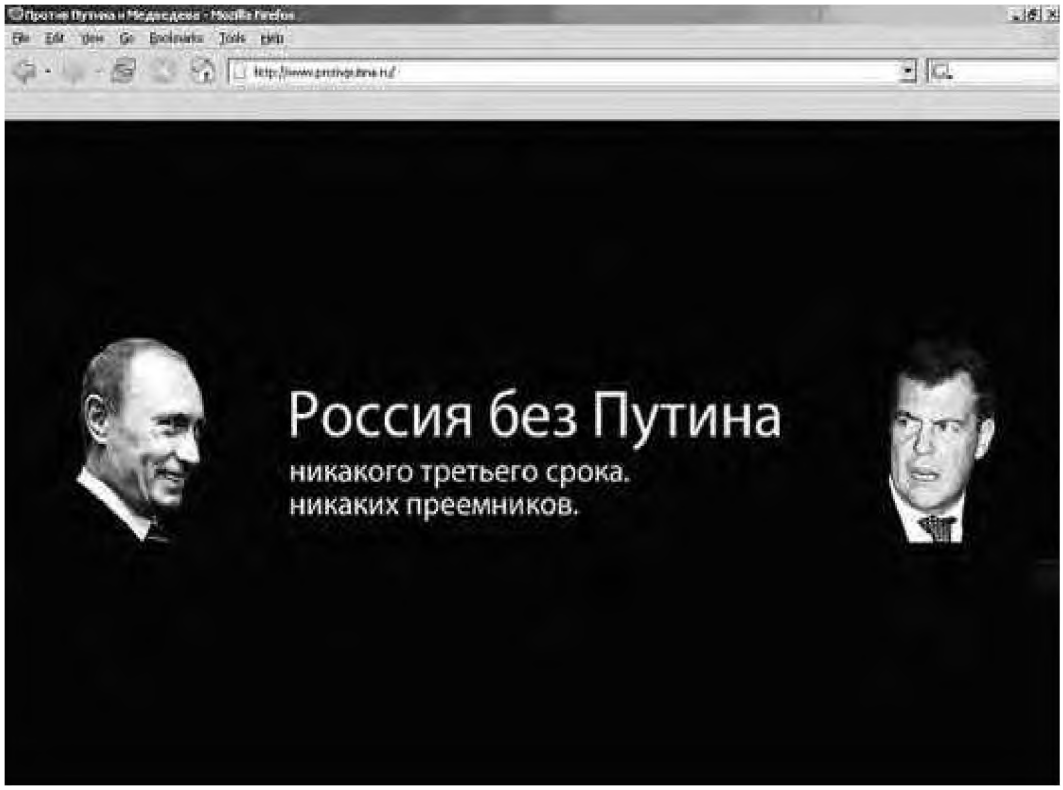


Abbildung 5: Screenshot der Site www.protivputina.ru, »Russland ohne Putin. Keine dritte Amtszeit. Keine Nachfolger«

Das zweite Projekt wird in unregelmäßigen Abständen aktualisiert und hat sich, nach den Wahlsiegen Putins und Medvedevs, nun dem Kampf gegen das politische ›Erbfolge-System‹ verschrieben. Die Site ist, im Vergleich mit dem hoch-professionellen Rykov-Produkt, offensichtlich ein Laien-Projekt. Immerhin über 30.000 Stimmen gegen Putin wurden gesammelt. Eine ernstzunehmende Konkurrenz für die perfekten politischen Technologien der Rykov-Connection stellt www.protiv-putina.ru aber nicht dar.

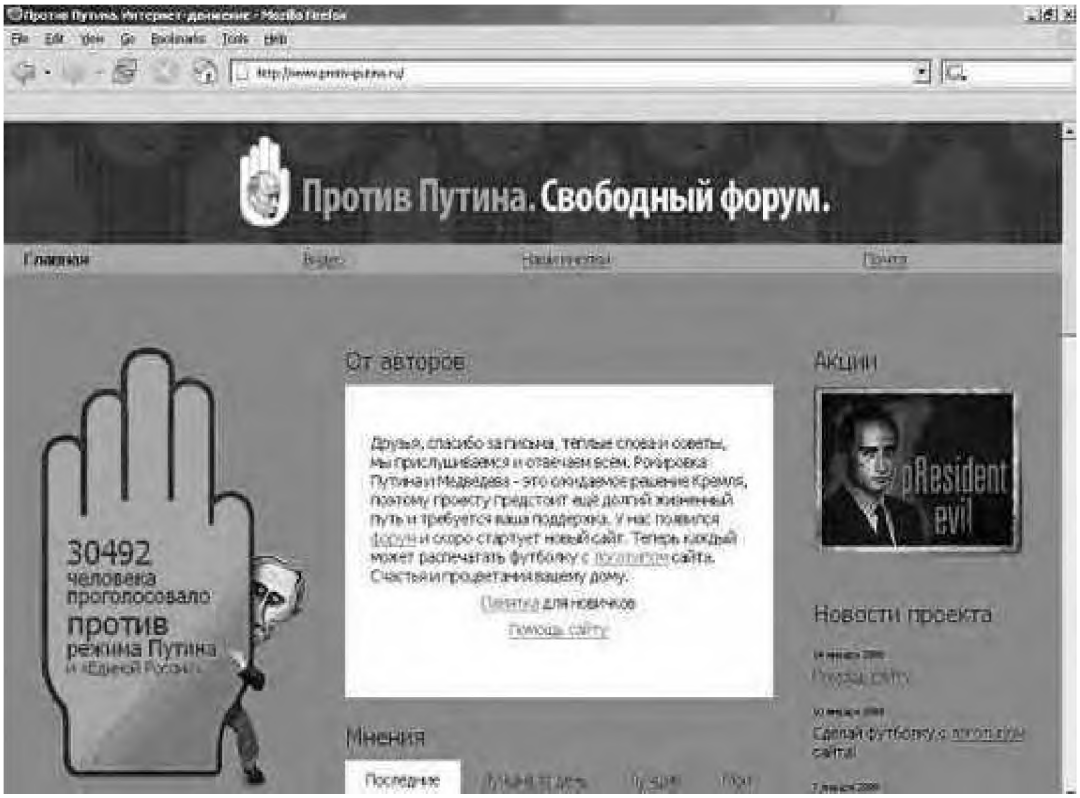


Abbildung 6: Screenshot der Site www.protiv-putina.ru, »Gegen Putin. Freies Forum«

Charme-Offensive im Internet – Medvedev als Medien-Präsident

Dem neu gewählten Präsidenten Dmitrij Medvedev selbst werden hohe Kompetenzen und Insider-Kenntnisse im Bereich der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zugeschrieben. Medvedev kennt den Internet-Slang, die Figur des Internet-Bären Medved als seinem virtuellen *alter ego* ist ihm wohlvertraut und in Online-Interviews beliebt er mit den UserInnen darüber zu scherzen. Die britische *Financial Times* vermutet, dass Medienkompetenz zum jugendlichen und jungenhaften Image Medvedevs passe: »Image-makers in Russia have attempted to give him a modern, youthful appeal, revealing his liking for Deep Purple, the British heavy rock group, and for Olbanian, a Russian slang used online«, schreibt Neil Buckley.[24]

»Albanisch« (olbanian) ist die Alternativ-Bezeichnung für den orthographisch und phonetisch deformierten Jargon der Internet-Subkultur der *padonki*, der Rykov, Kononenko und Minaev nahestehen.[25] In der Tat ist die wild wuchernde und mittlerweile auch offline populäre russische Netzfolklore zum festen Bestandteil politischer PR-Technologien gewor-

den, spricht sie doch die attraktive Zielgruppe der Medienelite stärker an als die post-sowjetische Monumental-Ästhetik der neuen Hofporträtisten.

Bereits die ersten Wochen und Monate der Tätigkeit des gewählten und noch nicht im Amt befindlichen Präsidenten machen deutlich, welche Bedeutung dieser dem Internet zumisst. Nur wenige Tage nach seiner Wahl gibt »Mr. President elected« im Interview mit der *Financial Times* einen Einblick in sein persönliches mediales Morgenritual. Ein typischer Morgen beginne für ihn mit der Lektüre der einschlägigen Internet-Seiten der in- und ausländischen Presse. Neben Quellen, die mit den staatlichen Autoritäten sympathisieren, lese er regelmäßig Publikationen regimekritischen Charakters. Das, so Medvedev, sei eine ganz normale Medienpraktik.[26]

Ende März besuchte der Präsident *in spe* das Russländische Internet-Forum und nutzt den Auftritt vor der versammelten Netz-Community für eine Reihe von Statements zu seiner Sicht auf das Internet. So appellierte der zukünftige Staatschef an die UserInnen, das Internet nicht als einen rechtsfreien Raum zu verstehen – eine Fortsetzung seiner direkt nach der Wahl begonnen Kampagne zur Etablierung eines neuen Rechtsbewusstseins im Lande? Schließlich offenbart Medvedev seine Sympathie für die auch in Russland populären sozialen Netzwerke, etwa www.odnoklassniki.ru (Schulkameraden), wo er unlängst 630 seiner virtuellen Doppelgänger angetroffen habe.[27] Die Charme-Offensive des zukünftigen Präsidenten gegenüber der strategisch wichtigen Wählerschaft im Internet setzt sich offensichtlich fort. Den Image-Wechsel im Kreml bringt eine der Anekdoten aus Vladimir Vladimirovich™ perfekt auf den Punkt: Nutzte *Virtual Vova* sein berühmtes Telefon, das anstelle der Tastatur nur einen einzigen Knopf in der Form des doppelköpfigen Adlers aufwies, spielt Dmitrij Anatolevich mit seinem schicken neuen iPhone.

Dmitrij Anatolevich nahm aus der Tasche seines Jacketts ein Mobiltelefon der Marke Apple iPhone und drehte es nachdenklich in seinen bereits gewählten, aber noch nicht in die Amtsgeschäfte eingeführten präsidialen Händen. Auf seinen Lippen spielte ein kaum merkliches Lächeln.[28]

Kreml-Apologie und Netzfolklore

Das Putin-Bild im Internet ist weniger einheitlich als seine Zeichnung in den hoch- und pop-kulturellen Bereichen des Offline, die (noch?) in einem höheren Maße dem Impetus der politischen und kommerziellen Kapitalisierbarkeit unterworfen sind. Im Kommunikationsraum Internet treffen zudem künstlerische Autoren-Projekte auf digitale Laien-Kultur und Netzfolklore, mit denen sie eine komplizierte Symbiose eingehen.

Das Verhältnis von Folklore und Literatur ist immer osmotisch. Themen aus der ›Hochkultur‹ – unter die aus der Perspektive der Netzwelt gerade auch die Popkultur zu subsumieren ist – dringen in die Folklore ein. Die Folklore stellt ihrerseits ein Reservoir an kreativen Ideen dar, die sich spontan und weitgehend ungesteuert entwickeln. Innerhalb der zeitgenössischen Ökonomie der Aufmerksamkeit werden die digitalen Laien-Spielwiesen jedoch von der Kulturindustrie und von der professionellen Polit-Technologie abgeschöpft. So verdanken sich auch die im Entstehen begriffenen *Medvediana* schon zu einem großen Teil den kreativen Impulsen des Netzes.

Folklore ist von jeher geprägt durch ihren Doppelcharakter der Subordination und der Subversivität. Selbst in den Phasen der schärfsten Repression ist es nie gelungen, die Majestätskritik in Form von Witzen, Anekdoten, apokryphen Bildern und Publikationen gänzlich zu verdrängen. Gleichzeitig sichert ein gewisser Grad an humoresker Entlastung die Systemstabilität. Dies ist auch die genau dosierte und sorgfältig inszenierte Wirkung der Kreml-Soap Vladimir Vladimirovich™. Dieses gewisse Maß an Unberechenbarkeit der Internet-Kultur beschreibt der Kritiker Dmitrij Epštejn folgendermaßen: »Und so entstehen Projekte, die unter bodenständige PR witzige und bissige Histörchen mischen, in denen der Kunde als völliger Idiot dasteht«.[29] Gerade dieses Quäntchen Unkontrollierbarkeit mache die Web-Propaganda für die Polit-Technologen zwar schwer handhabbar, dabei aber gleichzeitig um so wirksamer.

Die russische Polit-Technologie ist über ihre Protagonisten wie über ihre Ästhetik eng an die Internetkultur gebunden. Die personellen Vernetzungen sind nicht weniger komplex als die technischen. Die Internet-Kreativen à la Kononenko, Rykov und Minaev verstören dabei den westlichen Rezipienten durch ihre offene Selbstpositionierung als neue Hof- und Auftragskunst. Die Geste der gewollten Subordination wirkt

auch deshalb so provokativ, weil sie den Fetisch-Charakter der westlichen Konzeption einer interesselosen (oder mindestens machtkritischen) Kunst so deutlich ausstellt. Dieser Effekt ist um so stärker, als sich einige der kreativen Kreml-Apologeten ästhetisch avancierter Techniken bedienen, wie sie aus der tendenziell eher gesellschaftskritischen Konzept- und Medienkunst bekannt sind.

Anmerkungen

1 Teile der Argumentation dieses Artikels verdanken sich Einträgen in dem kollektiven Blog http://russ-cyberspace.livejournal.com/, in dem neben der Autorin selbst Ellen Rutten (Cambridge) und Ekaterina Kratasyuk-Lapina (Moskau) zu Ereignissen aus dem russischen Internet berichten.
2 Vova ist im Russischen ein populärer Kosename für Vladimir.
3 In den Jahren seit 2005 hat sich der Rhythmus der Eintragungen verlangsamt.
4 Eine Auswahl in deutscher Übersetzung findet sich unter http://vladimir.vladimirovich.ru/deutsch. Im vorliegenden Beitrag stammen sämtliche Übersetzungen aus dem Russischen von der Autorin.
5 Sorokin, Vladimir, Den' opričnika, Moskau 2006; deutsche Übersetzung: *Der Tag des Opritschnik,* Köln 2008.
6 Zitiert nach Olga Goriunova, »›Male literature‹ on Udaff.com and other networked artistic practices of cultural resistance«, in: Henrike Schmidt / Katy Teubener / Natalja Konradova (Hg.), Control + Shift. Public and private usages of the Russian Internet, Norderstedt 2006, S. 177-197.
7 Auch in der amerikanischen oder deutschen Netzkunst ist die Vorstellung von den Trademark-Persönlichkeiten weit verbreitet. Vgl. Inke Arns, »This is not a toy war: Politischer Aktivismus in Zeiten des Internet«, in: Stefan Münkler und Alexander Roesler (Hg.), *Praxis Internet. Kulturtechniken der vernetzten Welt,* Frankfurt a.M. 2002, S. 37-60). Kononenko hingegen erreicht eine Steigerung und Umkodierung des Effekts, indem er sich affirmativ als »Händler« politischer Marken positioniert.
8 Sergej Minaev, *Seelenlos. Novelle über den unechten Menschen* (russ.), Moskau 2007; ders., *Media sapiens. Novelle über die dritte Amtszeit* (russ.), Moskau 2007; Ders., *The Girls. Novelle über die unechte Liebe* (russ.), Moskau 2008. Vgl. Michael S. Gorham, »Genesis or Degeneration? Literature, New Media, and the Phenomenon of Sergei Minaev« (Vortragsmanuskript), Konferenz »Landslide III«, Edinburgh, Juni 2007 (vgl. www.hf.uib.no/i/russisk/landslide/home.html).
9 Dmitrij Bykov, »MEAN-EYE'v. Versuch einer Phänomenologie Sergej Minaevs« (russ.), in: Polit.ru, 26.02.2007, www.polit.ru/author/2007/02/26/bykov_print.html.
10 Zitiert nach A. Židkova, »Die ganze Unwahrheit über Vladimir Putin«, in: Dni.ru. Kul'tura, http://www.dni.ru/news/art/2005/5/27/63728.html.
11 Alexandra Engelfried, »Das Porträt des Präsidenten. Vladimir Putin zwischen Kunst, Kult und Kommerz«, in: *Osteuropa* 10 / 2007, S. 51-66.
12 Engelfried, a.a.O., S. 63.

13 Vgl. Olga Goriunova, a.a.O.
14 Shevtsova, Lilia (2007), »Die totale Logik des hybriden Systems. Boris Dolgin interviewt Lilia Shevtsova, Teil 1 (russ.), in: *Polit.ru*, 15.01.2007, http://polit.ru/analytics/2007/01/15/shevzova.html. Vgl. auch Gasan Gusejnov: »Liberty's Autistic Face: Challenges and Frustrations of the Russian Blogosphere«, in: *Transit_online* 35, www.iwm.at/transit_onlinte.htm.
15 Einträge vom 06. Juli 2006, http://vladimir.vladimirovich.ru/2006-7-6/#an2237
16 Zum russischen Netzjargon vgl. Ch. Boutler, »Pizdec! Schöner Schimpfen auf Russisch«, www.russki-mat.net/d/Russisch.htm.
17 Vgl. Dagmar Burkhart / Henrike Schmidt, »›Grüße vom Bären‹: Zu Status und Varietät der russischen Internet-Lore«, Manuskript 2008.
18 http://community.livejournal.com/ru_preved/
19 http://community.livejournal.com/ru_preved/974526.html
20 Die *Süddeutsche Zeitung* vom 8. April 2008 berichtet über die Reservierung einer Internet-Domain mit dem Namen des potentiellen Kanzlerkandidaten für die SPD, Kurt Beck (www.wir-für-beck.de), vgl. www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/841/167360/.
21 Ulrich Schmid, »Naši – Die Putin-Jugend. Sowjettradition und politische Konzeptkunst«, in: *Osteuropa* 5 / 2006. Online in *Eurozine,* www.eurozine.com/articles/2006-06-12-schmidu-de.html (01.04.2008).
22 Alla Samigullina / Elina Bilevskaja, »Putin-Tube«, in: *Gazeta.ru*, 9.11.2007, www.gazeta.ru/politics/elections2007/articles/2296913.shtml.
23 Vgl. Polina Matveeva, »Im Kampf Gegen-Putin.ru« (russ.), in: *Gazeta.ru*, 20.11.2007, www.gazeta.ru/politics/elections2007/articles/2324480.shtml.
24 Neil Buckley, »Liberal outlook likely to cheer west«, in: *Financial Times online*, 10.12.2007, www.ft.com/cms/s/0/3bda4440-a758-11dc-a25a-0000779fd2ac,dwp_uuid=7ee6a12e-7d74-11dc-9f47-0000779fd2ac.html?nclick_check=1.
25 Vgl. Gasan Gusejnov, »In der Höhle des Weblogs. Einführung in die erratische Semantik« (russ.), in: *Archivy foruma »Govorim po-russki«* (Archive des Forums »Sprechen wir Russisch!«) 2005, http://speakrus.ru/gg/microprosa_erratica-1.htm.
26 *Financial Times* Video, 25.03.2008, www.ft.com/cms/1644d08e-f450-11dc-aaad-0000779fd2ac.html.
27 Vgl. *Ria Novosti*, 03.04.2008, www.rian.ru/review/20080403/102912778.html.
28 Anekdote vom 12.03.2008, http://vladimir.vladimirovich.ru/2008-3-12/#an2662.
29 Dmitrij Epštejn, »Das Leben mit dem Präsidenten (Maksim Kononenko. Vladimir Vladimirovich™)« (russ.), in: *Otečestvennye zapiski* (2005), http://www.strana-oz.ru/?numid=23&article=1057.

Zu den Autorinnen und Autoren

Rudi Dutschke, geboren 1940 in der DDR, kam er 1961 nach West-Berlin und schloss sich 1965 dem SDS an. Zur Symbolfigur der Studentenbewegung geworden, wurde er 1968 bei einem Attentat schwer verletzt. Nach seiner Genesung studierte er in Cambridge und lehrte Soziologie an der Universität Århus. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Grünen in der Bundesrepublik. Rudi Dutschke starb 1979 an den Spätfolgen des Attentats. *Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen. Über den halbasiatischen und den westeuropäischen Weg zum Sozialismus,* Berlin 1974.

Věra Koubová, Photographin und Übersetzerin, lebt in Prag. Ausstellungen u.a.: Wilder Wein (Pejskovna 2007); Für tote Bäume (Kaliste 2006); Untereinander (Prag 2004); Sterbliche : Unsterbliche (Freiburg, Prag, Wuppertal 2001; Jena, Erfurt 2002, Düsseldorf 2003, Schloss Weinberg 2004; das Buch gleichen Titels von Steffen Höhne und V. Koubova erschien 2001 in Prag/Potsdam). Mehr unter www.verakoubova.net.

Ivan Krastev ist Politologe und leitet das Centre for Liberal Strategies in Sofia. Er war an der Gründung des European Council on Foreign Relations beteiligt, zu dessen Vorstand er zählt; von 2004 bis 2006 war er Executive Director der International Commission of the Balkans. Krastev ist Open Society Fellow und leitet derzeit an der Central European University in Budapest das Open Century Project. Er ist Chefredakteur der bulgarischen Ausgabe von *Foreign Policy. The Anti-American Century* (Hg. mit Alan McPpherson), Budapest 2007; *Shifting Obsessions: Three Essays on the Politics of Anticorruption,* Budapest 2004.

Alexander J. Motyl ist Professor für Politikwissenschaft und stv. Leiter der Division of Global Affairs an der Rutgers University – Newark. *Imperial Ends: The Decline, Collapse, and Revival of Empires*, 2001; *Revolutions, Nations, Empires: Conceptual Limits and Theoretical Possibilities, 1*999, beide Columbia UP. Motyl ist auch Maler und Literat (zuletzt erschien *Who Killed Andrei Warhol*, Seven Locks Press 2007).

Burkhard Olschowsky studierte Geschichte und Osteuropastudien in Göttingen, Warschau und Berlin. Von 2003 bis 2005 lehrte er Zeitgeschichte und Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin, seit 2005 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. *Einvernehmen und Konflikt. Das Verhältnis zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen in den Jahren 1980-1989,* Osnabrück 2005.

Mykola Riabchuk lebt als Essayist und Journalist in Kyiv, Ukraine. Research Associate an der Kyiv-Mohyla Akademie; Mitherausgeber der Monatsschrift *Krytyka*. 2001 Milena Jesenska Visiting Fellow des Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM). Auf ukrainisch erschien zuletzt *The Fourth Freedom: The Free Movement of People between Ukraine and the European Union - Problems and Perspectives,* Kyiv 2006; auf deutsch *Die reale und die imaginierte Ukraine*, Frankfurt a.M. 2006.

Jacques Rupnik, Politwissenschaftler und Historiker, ist Directeur de recherche am Centre d'Etudes et de Recherches Internationales (CERI) in Paris und lehrt am Europakolleg in Brügge. Von 1990 bis 1992 war er Berater des tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Havel. *L'Europe des Vingt-Cinq. 25 cartes pour un jeu complexe* (mit Christian Lequesne), Paris 2005; *The Road to the European Union: The Czech and the Slovak Republic* (Hg. mit Jan Zielonka), Manchester 2003.

Dirk Rupnow ist Visiting Fellow am Institut für die Wissenschaft vom Menschen (derzeit als Forschungsstipendiat der Gerda Henkel-Stiftung) und Lektor am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien. 1999/2000 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter der Historikerkommission der Republik Österreich; 2004-07 APART-Stipendiat der Österreichischen Akademie der Wissenschaften; Winter 2007 Visiting Assistant Professor am Dartmouth College. *Pseudowissenschaft. Konzeptionen von Nichtwissenschaftlichkeit in der Wissenschaftsgeschichte*, Frankfurt a.M. 2008 (Hg., mit V. Lipphardt / J. Thiel/C. Wessely); *Aporien des Gedenkens. Reflexionen über ›Holocaust‹ und Erinnerung*, Freiburg / Berlin 2006; *Vernichten und Erinnern. Spuren nationalsozialistischer Gedächtnispolitik*, Göttingen 2005.

Henrike Schmidt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Peter Szondi-Institut für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft der Freien Universität Berlin; Projekt »Russische Literatur im Internet: digitale Volkskunst, obszöne Gegenkultur, politische Public Relations«. Von 2000-2005 arbeitete sie am Lotman-Institut für russische und sowjetische Kultur der Ruhr-Universität Bochum. Mitinitiatorin und Mitarbeiterin des interdisziplinären Forschungsprojekts »Russian-cyberspace.org« (www.ruhr-uni-bochum.de/russ-cyb/index.htm). *Control + Shift. Public and Private Usages of the Russian Internet* (Hg. mit K. Teubener, N. Konradova) 2006.

Aleksander Smolar forscht als Politologe am CNRS, Paris, und ist Präsident der Stefan Batory Stiftung, Warschau. Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des IWM. 1990-1991 war er Berater von Premierminister Tadeusz Mazowiecki. Zusammen mit Marcin Król gibt er die Serie *Demokracja. Filozofia i praktyka* (Demokratie. Philosophie und Praxis) heraus. *Globalization, Power and Democracy* (Hg. mit M. Plattner), Baltimore 2000.

Timothy Snyder ist Professor für Geschichte an der Yale University. 2005 war er Visiting Fellow am IWM, wo er u.a. sein Buch *Sketches from a Secret War: A Polish Artist's Mission to Liberate Soviet Ukraine* (New Haven 2005) abschloss. Seit 2007 ist er Mitglied des Council on Foreign Relations. 2008 erschien *The Red Prince: The Secret Lives of a Habsburg Archduke*, New York 2008; derzeit arbeitet Snyder an *Bloodlands: Eastern Europe Between Hitler and Stalin, 1933-1953*.

Heidemarie Uhl ist Historikerin und lehrt am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien. Seit 2001 Mitarbeiterin des Forschungsprogramms »Orte des Gedächtnisses« der Kommission für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. *Schauplatz Kultur – Zentraleuropa. Transdisziplinäre Annäherungen* (Hg. mit J. Feichtinger, E. Grossegger, G. Marinelli-König und P. Stachel), Innsbruck / Wien / Bozen 2006; *Zivilisationsbruch und Gedächtniskultur. Das 20. Jahrhundert in der Erinnerung des beginnenden 21. Jahrhunderts* (Hg.), Insbruck 2003.